Baden und Frankreich in der Rheinbundzeit 1805–1813

Inaugural-Dissertation

zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt
von

Anneliese Waller
aus Bremen

1935

Gatzer & Hahn, Graphische Werkstätten, Schramberg (Schwarzwald)

Referent: Prof. D. Dr. Gerhard Ritter.
Korreferent: Prof. Dr. Philipp Funk.
Tag der mündlichen Prüfung: 4. Dezember 1934.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Eltern in Dankbarkeit zugeeignet.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543125_0057

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort.	1
Einleitung.	3
I. Teil: Vorgeschichte des Rheinbundes.	7
I. Kapitel: Der badisch-französische Allianzvertrag vom 5. Sept. 1805 und seine Vorgeschichte.	7
II. Kapitel: Der Feldzug von 1805 und der Wiener Vertrag vom 20. Dez. 1805.	31
III. Kapitel: Der Geheime Allianzvertrag vom 16./21. Januar 1806. Der Abschluß des Rheinbundes.	49
II. Teil: Vom Abschluß des Rheinbundes bis zum Wiener Frieden.	77
IV. Kapitel: Die badische Politik vom französisch-preußischen Krieg bis zur Abreise Dalbergs aus Paris am 18. Mai 1808.	77
V. Kapitel: I. Die badischen Militärleistungen in Spanien.	114
II. Baden und der Krieg von 1809.	128
III. Teil: Ausgang der badischen Rheinbundpolitik.	136
VI. Kapitel: I. Eingreifen Frankreichs in die innere Politik Badens.	136
II. Badens Teilnahme am Feldzug von 1812/13. Anschluß des Großherzogs an die Verbündeten.	142
Schluß.	155
Beilagen I.—VIII.	158
Exkurse	
I. Dalbergs Reichstraditionalismus.	165
II. Dalbergs Urteil über Napoleon.	168
III. Dalberg Denkschrift vom Februar 1807.	169
Quellen- und Literaturverzeichnis.	172

Vorwort.

Für die vorliegende Arbeit wurden von mir dank der freundlichen Empfehlung meines Lehrers Herrn Prof. D. Dr. Gerh. Ritter und der Deutschen Botschaft in Paris folgende Archive benutzt:

Generallandesarchiv Karlsruhe,
Freiherr von Heyl'sches Archiv in Herrnsheim,
Archives du Ministère des Affaires étrangères *),
Archives Nationales.

Das Freiherr von Heyl'sche Archiv in Herrnsheim ist mir durch die gütige Erlaubnis des Freiherrn D. Dr. C. von Heyl zugänglich gewesen. Im Generallandesarchiv in Karlsruhe waren mir die überaus freundlich zuteil gewordenen Ratschläge des Herrn Archivdirektors Dr. W. Baier und insbesondere des Herrn Archivrats Dr. D. Siebert von größtem Nutzen, für den an dieser Stelle beiden Herrn sehr gedankt sei. Herrn Dr. F. Lautenschlager in Heidelberg danke ich für wertvolle bibliographische Hinweise. In gleicherweise bin ich den verschiedenen Pariser Archivdirektionen für freundliche Hilfsbereitschaft zu Dank verpflichtet.

Bremen, Februar 1935.

Anneliese Waller.

*) Nachforschungen ebd. in den Archives du Ministère de la Guerre blieben für die Zwecke der vorliegenden Arbeit trotz der freundlichen Unterstützung des Monsieur Adolphe Saal leider ergebnislos.

Einleitung.

Der zweite Koalitionskrieg (1799—1802), der Krieg der vereinigten Mächte England, Rußland, Oesterreich, Neapel, Portugal und der Türkei gegen die französische Republik hatte mit einem Siege Napoleons geendet. Die mächtige Koalition, die anfangs von Sieg zu Sieg geschritten war, zeigte schon im Oktober 1799, Anzeichen des Verfalls. Paul I. von Rußland zog sich, erbittert über England und Oesterreich, aus dem Bündnis zurück, schloß sich Napoleon an und erneuerte mit diesem die bewaffnete See-Neutralität von 1780. England und Oesterreich hatten Napoleons Friedensvorschläge abgelehnt. Frankreich, Rußland, Schweden, Dänemark und Preußen traten der Nordischen Konvention vom Dezember 1800 bei und brachten England in eine gänzlich isolierte Stellung. Oesterreich wurde bei Marengo und Hohenlinden in Italien und Deutschland geschlagen und mußte 1801 den Frieden von Lunéville schließen. Nach dieser zweiten Besiegung Oesterreichs stand das mit Rußland verbündete Frankreich auf dem Höhepunkt seiner Macht. Die Vormacht Frankreichs gegenüber England schien gesichert, als unerwartet der französisch-russische Bund durch die Ermordung des Zaren Paul im März 1801 gesprengt wurde. Sein Nachfolger Alexander zeigte sich englandfreundlich und löste die Nordische Konvention auf. War so der russisch-englische Gegensatz beseitigt, so blieb zum Glück Frankreichs der russisch-österreichische erhalten. Der Friedensschluß mit Oesterreich kam mit Hilfe eines Frankreich freundlichen Rußlands zustande. Der Friedensschluß mit England erfolgte erst ein Jahr später im März 1802.

Die Verträge von Lunéville und Amiens sind die Garanten für Frankreichs Stellung in der Welt bis zum Sturze Napoleons. Der Friede von Lunéville vervielfacht die Erfolge von Campoformio, erhärtet Napoleons Sieg über Habsburg-Oesterreich und das Reich und bereitet die Regelung der Jahre 1805/06 vor. Amiens aber ist ein Vertrag zwischen zwei Unbesiegten. Englands weltherrschaftliche Seestellung ist nicht angetastet und Napoleons kontinentale Vormachtstellung ist bis tief nach Mitteleuropa hinein garantiert. Der Verzicht beider ist nur vorläufig und birgt in sich schon den Anlaß zu neuen Kriegen.

Für das Schicksal des deutschen Reiches und seiner Glieder ist der Friede von Lunéville und der aus ihm folgende Reichsdeputationshauptschluß von entscheidender Bedeutung. Der Regensburger Beschluß von

1803 ist die Grundlage der Länderverteilung unter die modernen deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts geworden. Er ist Ende und Beginn zugleich. Durch Mediatisierung und Säkularisierung wurde die Grundverfassung des Heiligen Römischen Reiches Teutscher Nation an der Wurzel getroffen — der römische Kaiser wurde seiner wichtigsten Stützen beraubt und mußte in der Folge die Krone niederlegen. Für fast ein Jahrzehnt waren die größeren deutschen Reichsstände als souveräne Staaten sich selbst überlassen und wurden mit hineingerissen in den Strudel der Auseinandersetzung zwischen napoleonischem Welteroberungsdrang und Selbstbehauptungswillen der abendländischen Nationen.

Die Markgrafschaft Baden an der Westgrenze des alten Reichs gehört zu denjenigen Territorien, die durch ihre geographische Lage am stärksten dem Ansturm des französischen Eroberungswillens ausgesetzt waren. Am Anfang dieser Periode war der alte Reichsverband noch so fest, daß der Reichstag die Sache derjenigen Reichsstände, die durch die Beschlüsse der Nationalversammlung ihren linksrheinischen Besitz verloren hatten, zu der seinen machte. Und im ersten Krieg der Koalition gegen das revolutionäre Frankreich schützte der Markgraf von Baden im engen Bunde mit Oesterreich und Preußen, unterstützt von englischen Subsidien, die deutsche Grenze; französische Versuche, Baden zur Neutralität zu verpflichten, mißlangen, da der Markgraf sich nicht von Oesterreich trennen wollte. Aber schon der Ausgang des ersten Koalitionskrieges verwies Baden auf sich selbst. Durch den Frieden von Basel wurde die Markgrafschaft außerhalb der Demarkationslinie gestellt, französische Truppen rückten in das Land ein, und der Markgraf mußte sich zu einem Separatfrieden mit Frankreich entschließen. In dem Friedensvertrag vom 22. August 1797 (die Ratifikation durch den Markgrafen erfolgte erst nach dem Frieden von Campoformio) verpflichtete sich Baden, in Zukunft keinen Kampf gegen Frankreich mehr zu unterstützen. Die Errichtung einer ständigen badischen Gesandtschaft in Paris seit dem Sommer 1798, die zwei Jahre später durch Napoleon mit einer französischen erwidert wurde, war der Beginn einer immer enger werdenden badisch-französischen Verbindung. Im zweiten Koalitionskrieg blieb Baden trotz des offenkundigen Unwillens Oesterreichs und Rußlands neutral. Als Kurfürstentum endlich mußte es im dritten Koalitionskrieg an der Seite Frankreichs Truppen gegen das alte Kaiserhaus ins Feld marschieren lassen und seitdem für volle acht Jahre lang Napoleon Heeresfolge leisten.

Die badische Geschichte dieser acht Jahre ist der Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Sie ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der europäischen Geschichte im allgemeinen und der deutschen im besonderen. Aber der Versuch Badens, sich zu behaupten zwischen der Macht und dem Willen Napoleons und den Forderungen der eigenen Existenz war ein Problem,

vor das mehr oder minder zwingend alle deutschen Staaten in diesem Zeitraum gestellt waren. Nicht die badische Geschichte als solche vermag unser Interesse zu wecken, wohl aber die Art und Weise, wie und wieweit überhaupt ein deutsches Territorium sich auseinandersetzte mit dem Untergang des Römischen Reiches Teutscher Nation und dem Heraufsteigen einer neuen Zeit. Der Darstellung und Beantwortung dieser Fragen gelten die Bemühungen der folgenden Abhandlung.

I. Teil.

Vorgeschichte des Rheinbundes.

I. Kapitel.

Der badisch-französische Allianzvertrag vom 5. September 1805 und seine Vorgeschichte.

Auf Grund der Neuordnung des Reiches im Reichsdeputationshauptschluß von 1803 erhielt das neue Kurfürstentum Baden folgende Gebiete:

Im Südosten am Bodensee:

Das Bistum Konstanz (ohne die Stadt) mit den Abteien Reichenau und Oehningen, sowie die unmittelbaren Stifte, Abteien und Klöster im Konstanzer Sprengel, die der deutsche Orden nicht angenommen hatte; die Reichsstifter Petershausen und Salem; die Reichsstädte Ueberlingen, Pfullendorf und Biberach.

Im Süden:

Rechtsrheinische Gebiete der Bistümer Basel (wie Schliengen) und Straßburg mit den Abteien Ettenheimmünster und Allerheiligen; die Herrschaft Lahr, das Reichsstift Gengenbach, die Reichsstädte Gengenbach und Zell am Harmersbach, Offenburg, die hessen-darmstädtischen Aemter Lichtenau und Willstätt.

Im Norden:

Rechtsrheinische Gebiete des Bistums Speyer mit dem Ritterstift Odenheim und die rechtsrheinischen Besitzungen des Domkapitels; nördlich daran anschließend von der rechtsrheinischen Pfalz die Oberämter Heidelberg, Ladenburg und Bretten und die Städte Mannheim und Heidelberg; die Reichsstadt Wimpfen.

Dazu erwarb Baden die innerhalb der Grenzen der alten Markgrafschaft gelegenen Güter der Abteien Schwarzach, Lichtental und Frauenalb.

Das so ausgestattete Kurfürstentum hatte einen Umfang von 103 Geviertmeilen mit nahezu 413 000 Einwohnern [1]).

[1]) Friedrich v. Weech, Bad. Gesch. S. 463.

Diese Erwerbungen bedeuteten also im wesentlichen eine Längsausdehnung des badischen Landes — größere Gebietserwerbungen im Osten fehlten ganz. Das so südnördlich gerichtete Kurfürstentum aber verfügte bei weitem noch nicht über ein einheitliches zusammenhängendes Gebiet. Zwischen den nördlichen Gebieten und den südlichen und südöstlichen am Bodensee lagen noch die großen vorderösterreichischen Besitzungen, die Ortenau und der Breisgau und die Fürstenbergischen Güter. Die badischen Erwerbungen von 1803 boten in sich schon den Anlaß zu einer neuen südwestdeutschen Abrundungspolitik. Das nächste und wichtigste Ziel der badischen Politik mußte sein, Gebiete zu erwerben, die einen besseren Zusammenhang des neuen Kurfürstentums gewährleisteten [2]).

Es gehört zu den Grundtatsachen der badischen Politik in dem hier behandelten Zeitabschnitt, daß diejenigen Personen, die das größte Interesse an einer solchen Abrundungspolitik hätten haben müssen, eine klare Vorstellung davon vermissen ließen. Die Mitglieder des badischen Herrscherhauses erwiesen sich als ungeeignet, eine kräftige badische Interessenpolitik im Südwesten des Reiches zu treiben.

Kurfürst Karl Friedrich [3]) war ein Mann von durchaus reichstreuer Gesinnung [4]), dessen traditionalistische Einstellung ein starkes Hemmnis machtpolitischer Entscheidung bildete. Dankbarkeit und Treue waren in diesem Charakter das Bestimmende. So schwer er sich von dem alten Kaiserhaus trennte — er weinte, als er den österreichischen Gesandten im Herbst 1805 verabschieden mußte [5]) — so sorgfältig war er darauf bedacht, daß Napoleons Befehle, nachdem er einmal ein Bündnis mit diesem eingegangen war, nach Kräften erfüllt wurden. Gewiß lag ihm, dem Herrscher, das Wohl des Landes weitaus mehr am Herzen als das seiner Familie, aber zu einer rücksichtslosen Erwerbspolitik zum Vorteil seines Landes war auch er nicht fähig. Er war zu sehr befangen in der überlieferten lutherischen Auffassung vom christlichen Landesherrn, als daß er nicht Erwerb auf Kosten anderer als ein Unrecht empfunden hätte [6]); und es ist keine bloße Phrase, wenn es heißt, er wollte lieber auf Gebietszuwachs

---

[2]) Ueber die Möglichkeit dazu vgl. S. 40.

[3]) 22. Nov. 1728—10. Juni 1811. Ueber ihn vgl.: Freiherr von Drais, Gemälde über Karl Friedrich, Mannheim 1828; Arthur Kleinschmidt, Karl Friedrich von Baden, Heidelberg 1878; Friedrich v. Weech, Baden unter den Großherzogen Karl Friedrich, Karl, Ludwig 1738—1830. Freiburg 1863.

[4]) Obser, PK. IV. Einleitung S. XLVI.

[5]) Obser, PK. V. Nr. 464, Frankfurt, 8. X. 1805, Schall an Cobenzl. ebd. Nr. 450, Karlsruhe, 15. IX. 1805. Ders. an dens.

[6]) Obser, PK. IV. Nr. 396, Basel, 25. IX. 1802, Hofrat Joh. Heinr. Jung, gen. Stilling an Karl Friedrich. Er beruhigt den Markgrafen z. B. über dessen Frage, ob eine Erwerbung der neuen Lande mit seinem Gewissen vereinbar sei.

verzichten als das Leben eines einzigen seiner Untertanen dafür opfern [7]). Bei der Feststellung einer solchen zur Starrheit neigenden Haltung darf freilich nicht vergessen werden, daß der Kurfürst in dieser Zeit der Umwälzung bereits ein Mann von 75 Jahren war und nicht mehr über den vollen Besitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte verfügte [8]).

Zum Unglück Badens neigte sein Nachfolger und seit 1805 Mitregent Karl in fast krankhafter Weise zur Untätigkeit [9]). Seine Schuld an den badischen Mißerfolgen wird aus dem Verlauf dieser Darstellung noch oft deutlich werden. Nach Begabung und Willen war er gänzlich unfähig, regierender Fürst zu sein und eine zielbewußte, nur auf das Gedeihen des Landes gerichtete Politik zu treiben. Wenn Baden trotzdem noch verhältnismäßig günstig bei den verschiedenen Länderverteilungen abschnitt, so hat es das dem Interesse Napoleons an einem gefestigten Rheinstaat und dem Wirken der badischen Minister und Unterhändler zu verdanken. Die übrigen Glieder des badischen Herrscherhauses hatten an der badischen Politik als solcher nur wenig Interesse.

Die Markgräfin Amalie, die Schwiegertochter des Kurfürsten und Mutter des Thronfolgers Karl, darf in ihrer politischen Bedeutung nicht überschätzt werden. Ihre Politik war und blieb in erster Linie Familienpolitik, zur Staatspolitik fehlten ihr die Fähigkeiten. Sie war eine begabte, bis zur Herrschsucht ehrgeizige, aber keine eigentlich politische Frau. Man warf ihr vor, sie habe um die erste Rolle am Hofe zu spielen, die Heirat ihres Schwiegervaters mit ihrem Hoffräulein Luise Geyer von Geyerberg, der späteren Reichsgräfin von Hochberg, unterstützt; sie hoffte, diese junge nicht ebenbürtige Person immer unter ihrem Einfluß halten zu können [10]). Besonders verhängnisvoll wirkte sich ihr Ehrgeiz auf die Erziehung ihres Sohnes aus; ihn eines Tages zu beherrschen, war ihr stiller Wunsch [11]).

[7]) Obser, PK. V. Nr. 329, o. D. (Mitte Sept.) Aufzeichnungen Reizensteins über die Verhandlungen mit Thiard; s. a. von Drais, a. a. O. S. 3.

[8]) vgl. darüber: Obser, PK. V. Nr. 149, Favorite, 14. X. 1804, Kurprinz Karl an Edelsheim; ebd. Nr. 206, Karlsruhe, 22. XI. 1804, Schall an Cobenzl; ebd. Nr. 582, Karlsruhe, 29. IV. 1806, Massias an Talleyrand; ferner Berichte über den Großherzog von Massias vom Januar und August 1807 bei Bapst a. a. O. p. 128 s.

[9]) v. Weech, Baden unter den Großherzogen Karl Friedrich ... a. a. O. gibt auf S. 39 eine sehr gute knappe Charakteristik des Erbprinzen. Auch für die spätere Zeit vgl. ebd. S. 54; u. a. spricht v. Weech von der „jammervollen Lethargie", und der „krankhaften Indolenz" Karls. Vgl. ferner Kap. III, IV, V u. VI passim.

[10]) Archiv Herrnsheim, Selbstbiographie des badischen Gesandten in Paris, Emmerich Joseph Freih. von Dalberg — eigenhändig. Amalie „espérant gouverner par cette jeune personne avait secondé cette intrigue".

[11]) ebd. „Son (Karls) éducation avait été singulièrement négligée. Sa mère, dans l'espoir de le gouverner un jour l'avait confié à un Mr. de Roeder, homme plat et sans moyen qui laissait faire son élève ce qu'il voulait". Dalbergs Urteil ist nicht ohne Bedeutung, weil die Markgräfin ihn zu ihren wenigen Vertrauten zählte.

Die Abneigung der Markgräfin gegen die französische Heirat ihres Sohnes war zum Teil begründet in der Furcht, den Einfluß auf ihn zu verlieren [12]). Sie war viel zu dynastisch, reichsständisch-traditionalistisch gebunden, zu starr und mit zu vielen Vorurteilen belastet, um in dieser Zeit der Umwälzung, des Einsturzes und des Neubaus fruchtbar wirksam sein zu können. Sie hatte mit großer Klugheit, die auch Napoleon bewunderte [13]), ihre Töchter nach Rußland [14]), Schweden, Bayern und Hessen verheiratet, aber diese Verbindungen waren nicht die Folge politischen Weitblicks, sondern persönlichen dynastisch bedingten Ehrgeizes. Sie war mit Recht stolz auf ihre Verwandtschaft [15]); aber sie verstand nicht, diese Verbindungen mit derselben Geschicklichkeit auszunutzen, mit der sie sie geknüpft hatte, obgleich die Möglichkeiten, die ihr ihre Stellung als Schwiegermutter des Zaren bot, keineswegs gering waren. Es gab Zeiten, wo sie für Baden sehr viel zu bedeuten schien. Als im Frühjahr 1807 die badisch-französischen Verhandlungen nicht vorwärts kommen wollten, wies Talleyrand den badischen Gesandten am Pariser Hof, Emmerich Joseph Freiherrn von Dalberg auf die Bedeutung der verwandtschaftlichen Beziehungen hin. „Die Prinzessin Stephanie und die Markgräfin — das sind all Eure Mittel, andere habt Ihr nicht“ [16]). Und vorher schon, im Januar 1807, hatte Talleyrand die Markgräfin auffordern lassen, doch ihre Stellung als Schwiegermutter des Zaren auszunutzen, um zwischen Frankreich und Rußland zu vermit-

---

[12]) Obser, PK. VI. Nr. 308, Karlsruhe 31. XII. 1805, Markgräfin Amalie an Elisabeth von Rußland.

[13]) Obser, PK. V. Nr. 484. Anm. 2 Frankfurt, 28. III. 1806, Schall an Graf Stadion.

[14]) Es war der Markgräfin ein großer Schmerz, daß ihre Tochter, die Zarin Elisabeth, in Petersburg keinen Einfluß auf den Zaren hatte, und ihre Stellung stets überschattet wurde von der der Zarin-Mutter, einer württembergischen Prinzessin. Vgl. dazu mémoires du Prince Adam Czartoryski ed. par M. Ch. De Mazade, T. I. p. 274 s. Obser, PK. IV, Nr. 104, Paris 2.—7. Nov. 1807, Reizenstein an Edelsheim; ebd. VI. Nr. 315, Karlsruhe, 24. I. 1806, Markgräfin Amalie an Kaiserin Elisabeth.

[15]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 11, nr. 90, Karlsruhe, 25. IV. 1811, Moustier an Champagny: „Mme la Margrave, princesse aussi haute qu'ambitieuse, qui a toujours devant les yeux qu'elle est tante du Roi de Prusse, mère de l'Impératrice de Russie, de la Reine de Bavière et de la Comtesse de Gottorp . . .“

[16]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frankr. Fasz. 90, Warschau, 2. IV. 1807, Dalberg an den Großherzog. Talleyrand hat zu ihm gesagt: „La princesse Stephanie d'une part et la Margrave d'autre part voilà tous vos moyens et vous n'en avez pas d'autres“. Dalberg überläßt es dem Großherzog die beiden Fürstinnen aufzufordern, in ihrer Korrespondenz für den Vorteil Badens zu wirken.

teln [17]). Die Markgräfin hat von sich aus keine aktiv politische Haltung eingenommen. Auch ihr Einfluß auf den Sohn war keineswegs politischer Art; im Gegenteil, dort, wo der Thronfolger Gelegenheit gehabt hätte, sich für das Interesse Badens einzusetzen durch eine Begleitung Napoleons im Feldzug von 1805, verbot sie ihm die Teilnahme in unkluger kurzsichtiger Weise. Ihr persönlicher Haß gegen den „Tyrannen" trieb sie dazu, dem Sohne mit dem mütterlichen Fluch zu drohen, sofern er freiwillig ginge [18]). Sie schadete damit der badischen Sache mehr, als sie wohl selbst wußte; Reizenstein [19]) mußte in Wien die Folgen dieser unpolitischen Hal-

[17]) ebd. Fasz. 89, Warschau, 1. I. 1807, Dalberg an den Großherzog. Dalberg berichtet über ein großes Gespräch mit Talleyrand. Talleyrand ist sehr beunruhigt: „Alle Fäden einer Unterhandlung mit irgend einer der großen Mächte sind abgerissen ... er durchlief mit mir alle nur denkbaren Möglichkeiten wiederum, wo die Dinge geblieben waren, anzuknüpfen; und unter den vielen Ideen, die er hinstellte, äußerte er auch die Möglichkeit, die badischen Familienverhältnisse mit Rußland zu benutzen."

Die politische Unselbständigkeit der Markgräfin wird in ihrer Stellung zur braunschweigischen Frage deutlich. Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig verlor in dem preußisch-französischen Krieg seine Lande; Amalie als seine Schwiegermutter wandte sich an Napoleon und sandte zu diesem Zweck ihren Oberhofmeister Berkheim nach Paris (vgl. Obser: „Die Sendung des Oberhofmeisters Freih. Christian v. Berkheim nach Paris im Jahre 1807 und seine Unterredung mit Napoleon". ZGORh. N. F. 23, 1908). Dalberg erkannte, daß diese Mission wenig Erfolg haben würde und versuchte auf einem andern Wege zum Ziel zu kommen. Als im Herbst 1807 die ersten Gerüchte von einer französisch-russischen Heirat auftauchten, schrieb Dalberg daher an Edelsheim: „on se sert de la cour de Wurtemberg pour agir sur l'Impératrice douairière et c'est cette affaire qui si elle réussit donnera des avantages à cette cour que nous ne pouvons balancer par rien parce qu'on nous sait sans influence à Pétersbourg". Dalberg meinte aber: „Mme la Margrave pourra à cette occasion rappeler en Russie le sort du duc de Brunswick. On consentira ici à beaucoup pour obtenir cette alliance". Karlsruhe, H. u. St. Arch. IV. Gesandtschaftssachen. Großherzogl. bad. Gesandtschaft in Paris. Dipl. Korr. 1807. Jan. — 1808 Mai. Copialbuch Fasz. 37., Paris, 20. Nov. 1807, Dalberg an Edelsheim). Der Erbprinz Karl hat seiner Mutter diesen Gedanken mitgeteilt, und diese wandte sich daraufhin an Edelsheim um Rat. „Je voudrais savoir sous quel rapport il (Dalberg) fait ces combinaisons". Sie verstand, daß Württemberg und Weimar Vorteil von einer französisch-russischen Allianz haben konnten; aber Dalbergs Gedanken einer indirekten Beeinflussung durchschaute sie nicht ohne weiteres. (ebd. I. Corr. Edelsheim mit Markgräfin Amalie, Fasz. 12. Karlsruhe, 8. XII. 1807, Edelsheim an Amalie.)

[18]) Obser, PK. V. Nr. 468, Frankfurt, 15. X. 1805, Schall an Cobenzl; ebd. VI. Nr. 285, o. O. Oktober 1805, Karl an Thiard; ebd. Nr. 291, Karlsruhe 30. XI. 1805, Amalie an Elisabeth. — ebd. Nr. 324; Karlsruhe, 26. II. 06, Amalie an Elisabeth.

[19]) Der Freiherr Sigismund von Reizenstein war der Unterhändler Badens in den badisch-französischen Verhandlungen, die dem Frieden von Preßburg vorausgingen. Ueber Reizenstein vgl. Bad. Biogr. Bd. II S. 179 ff. Schnabel a. a. O., Andreas, Verwaltungsorganisation S. 237 ff.

tung spüren [20]). Amalies Ehrgeiz war viel mehr auf das Ansehen ihres Hauses unter den alten europäischen Dynastien als auf die innerdeutsche politische Geltung Badens gerichtet. Sie wehrte sich mit aller Kraft gegen die Heirat ihres Sohnes mit der Adoptivtochter Napoleons; sie konnte sich mit dieser „union indigne et odieuse", wie sie sie stets nannte, nicht zufrieden geben. Die Verbindung erschien ihr als eine solche Schmach, daß sie das Land verlassen wollte [21]); die Vorteile, die das Land durch diese Heirat gewinnen konnte, spielten für sie keine Rolle [22]).

Bei alledem ist aber zu betonen, daß ihr Haß auf Frankreich und die daraus entspringende unkluge politische Haltung nicht allein in dynastischen Beweggründen wurzelte, sondern daß ihr ein echtes reichsständisches Empfinden durchaus eigen war. Man wird Amalie zwar nicht schlechthin eine „gut deutsche" Gesinnung zuschreiben dürfen [23]), aber sie war im alten Sinne reichspatriotisch eingestellt und hielt zu Oesterreich als der überkommenen deutschen Vormacht. Preußens Verhalten im dritten Koalitionskrieg fand sie „selten falsch" [24]), und diese Macht „gedemütigt" zu sehen wäre für sie „eine wahre Freude" gewesen [25]). Ihre reichsständische Gesinnung wird besonders deutlich an der Antwort, die sie Napoleon auf seine Frage, warum allein sie von der badischen Familie gegen ihn handle, gab: „sie sei eine deutsche Prinzessin und bleibe folglich Deutschland und seiner Verfassung anhänglich; S. M. wendeten alle ihre Kräfte an, um die deutsche Verfassung zu zerstören, dieses schmerzte ihr (sic) sehr" [26]).

Von einer solchen Verbundenheit mit dem System des Römischen Reiches waren diejenigen, die in dieser Zeit den größten Einfluß auf den Kurfürsten hatten, weder gehemmt noch gefestigt. Der jüngste Sohn des Kurfürsten aus erster Ehe, der Markgraf Ludwig und die zweite Gemahlin des Kurfürsten, die Gräfin Hochberg, trieben eine Politik, die fast durchweg an ihrem persönlichen Vorteil orientiert war. Das Interesse der Gräfin Hochberg erstreckte sich lediglich auf die Sicherung der Erbfolge ihrer Söhne und auf die Bezahlung ihrer eigenen Schulden. Der Markgraf war nicht jeden Interesses am Vorteil des Landes bar, aber dieses Interesse wurde nur zu oft von seinem eigenen in den Hintergrund gedrängt, da

---

[20]) Obser, PK. V. Nr. 420, Wien 23. XII. 05, Reizenstein an Karl Friedrich.

[21]) ebd. VI. Nr. 324, Karlsruhe 26. II. 1806, Amalie an Elisabeth.

[22]) ebd.

[23]) So Herm. Theobald, a. a. O. S. 32. Zu Theobald vgl. Kap. I Anm. 71).

[24]) Obser, PK. VI. Nr. 324, Karlsruhe 26. II. 1806, Amalie an Elisabeth von Rußland.

[25]) ebd. Nr. 329, Karlsruhe, 2. IV. 1806, Amalie an Dalberg.

[26]) ebd. V. Nr. 484, Frankfurt 28. III. 1806, Schall an den Grafen Stadion.

auch er sich in dauernder Geldverlegenheit befand[27]). Sein Anteil an den Staatsgeschäften war im Anfang der hier behandelten Periode sehr groß. Alle wichtigen Angelegenheiten wurden durch ihn dem Kurfürsten mitgeteilt; er war es, der den alten Kurfürsten in erster Linie lenkte[28]), unterstützt von der Gräfin Hochberg, die ihren Einfluß nicht zum wenigsten geltend machte. Der französische Geschäftsträger am Karlsruher Hof, Massias, hatte nicht so ganz unrecht, wenn er nach Paris schrieb, „die Gräfin Hochberg und der Prinz Ludwig betrachten den Staat als ihr Eigentum und als nur zu ihrem Nutzen daseiend“ [29]).

---

[27]) Der Markgraf Ludwig versäumte nicht, bei jeder Gelegenheit seine eigenen Interessen mit den allgemeinen zu verknüpfen. So schreibt er an Reizenstein anläßlich des badisch-französischen Heiratsvertrages, er habe Thiard ans Herz gelegt bei Napoleon für Erfüllung seiner Wünsche zu sorgen „der eigentlichen Entschädigung unbeschadet“. Er legt besonderen Wert auf „eine Entschädigung für den Verlust der Renten, von denen von Oesterreich in Sequester gelegten Herrschaften und Gefälle . . .“ (Obser, PK. VI. Nr. 306, Karlsruhe 27. XII. 1805). Thiards Vermittlung scheint Erfolg gehabt zu haben, denn am 4. I. 1806 empfiehlt Napoleon dem Kurfürsten, für seinen Sohn Ludwig Sorge zu tragen, „de lui assurer un rang digne de sa naissance et qui le mette aussi dans une position à avoir une existence heureuse. —“ (ebd. V. Nr. 516). Damit aber begnügt sich Ludwig noch nicht; er teilt Reizenstein den Inhalt dieses Briefes mit und bittet ihn, nun beim Kurfürsten diese Gesinnung des Kaisers zu unterstützen; trüge aber Reizenstein Bedenken dabei, so möge er es ihm nur mitteilen, er habe dann die Gewißheit, daß der französische Bevollmächtigte (der mit Reizenstein in Wien verhandelte) den Auftrag erhalten würde, die Entschädigung des Prinzen Ludwig als conditio sine qua non vor Abschluß des Vertrages vom Kurfürsten zu verlangen. (ebd. VI. Nr. 313. Karlsruhe, 9. Jan. 1806). Anscheinend fühlte sich Ludwig aber der Zustimmung Reizensteins doch nicht so ganz sicher, denn er schrieb am 13. Jan. noch einmal an Thiard im selben Sinne. Bei den Vertragsverhandlungen soll dem Kurfürsten die Bezahlung der Schulden seines Sohnes auferlegt werden; Ludwig beteuert dem franz. Gesandten, daß er noch mit niemand darüber gesprochen habe (sein Schreiben an Reizenstein ist vom 9. I.!) und meint: „la chose sera extrèmement façile en faisant ordonner à Mr. de Reizenstein de demander cet agrément pour moi à mon père“. (ebd. VI. Nr. 314). Eine egoistischere Politik ist nicht gut denkbar. Viel Erfolg scheint der Markgraf übrigens nicht gehabt zu haben; vgl. dazu ein Schreiben der Markgräfin Amalie an Dalberg vom 28. I. 1806 (ebd. VI. Nr. 316).

[28]) Obser, PK. V. Nr. 340, 20. Sept. 1805, Thiard an Talleyrand; vgl. u. a. auch eine Bemerkung von Maltitz an den Fürsten Czartoryski vom August 1804 ebd. Nr. 138 und ähnlich Markgräfin Amalie an Kaiserin Elisabeth von Rußland; ebd. VI. Nr. 242, Karlsruhe 27. IX. 1804.

[29]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 97. Karlsruhe, 18. VIII. 1807, Massias an Champagny, „ainsi le pouvoir se trouve concentré dans les mains des personnes qui ne le regardent comme un moyen de fortune particulière, et qui n'ont ni les sentiments ni les vues assez étendues pour le chercher dans la prospérité de l'état“. Dieser Bericht ist zwar von einem etwas späteren Datum, aber er gilt durchaus auch für den Anfang des hier behandelten Zeitabschnittes.

Es ist fast tragisch zu nennen, daß das Interesse Badens in dieser Zeit in erster Linie von seinen hohen Staatsbeamten und nicht von seiner Herrscherfamilie erkannt und verfochten wurde. In der Tat verhielt es sich so, daß der Minister den Fürsten in einzelnen Fällen fast zwingen mußte, für das Wohl und Wachsen seines Landes zu kämpfen. Und unter diesen Umständen war es ein weiteres Unglück für den neuen badischen Staat, daß die beiden leitenden Staatsmänner — Reizenstein und Dalberg — grundverschieden nach Art und Methode, gegenseitig erbitterte Feinde waren; es hat wenig Sinn nachträglich zu fragen, was diese beiden Männer hätten erreichen können, wenn sie einander in die Hände gearbeitet hätten, anstatt sich mit kleinlichen Intriguen gegenseitig im Wege zu stehen. Aber soviel ist sicher, daß die Eigenschaften dieser zwei Staatsmänner sich aufs glücklichste ergänzten; Reizensteins zähe Energie und Dalbergs liebenswürdige Geschicklichkeit waren die Eigenschaften, die bei Verhandlungen im französischen Lager die besten Aussichten hatten. Reizenstein war zweifellos der aktivere Geist, seine menschliche Grobheit aber wäre durch Dalbergs Geschmeidigkeit, die keineswegs nur Schwäche war sondern ebensosehr diplomatische Geschicklichkeit, am besten ausgeglichen worden.

Gegenüber der wachsenden Verwirrung in der europäischen Politik war es von besonderer Tragweite, daß der kleine Reichsstand Baden mit Ausnahme Reizensteins und Dalbergs kaum Persönlichkeiten von irgendwelcher Kraft der Entschließung und des Umblicks herausgestellt hat; die aufs neue einsetzende Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Frankreich im Spätsommer 1805 bot Baden Gelegenheit, seine erwerbspolitischen Interessen mit mehr Aussicht auf Erfolg als in Friedenszeiten zu verfolgen [30]); das Fehlen einer obersten leitenden Hand wurde dabei besonders deutlich. Das Land Baden war in dem einsetzenden österreichisch-französischen Entscheidungskampf geographisch zunächst am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Im Grunde gab es für Baden in diesem Kampf keine Wahl — die Entscheidung der Frage, auf welche Seite es sich zu stellen hatte, lag nicht in seiner Macht, sondern wurde ihm aufgezwungen durch die allgemeinen politischen Verhältnisse.

Einmal war der habsburgische Kaiser infolge der vorangegangenen Niederlagen mit sich selbst beschäftigt und längst nicht mehr in der Lage in seiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt eine die süddeutschen Interessen mitumfassende Außenpolitik zu treiben; ein zweiter, zwar nicht entscheidender, aber doch bislang mit Unrecht übersehener Grund für die Ent-

[30]) Dalberg hatte schon im März 1805 darauf hingewiesen, daß in einem französisch-österreichischen Krieg drei Länder den Nutzen davon haben würden; die italienische Republik, Bayern und Baden. Die Hoffnung, in Friedenszeiten die Ortenau und den Breisgau zu gewinnen, sei recht gering, Obser, PK. V. Nr. 271, Paris, 12. III. 1805, Dalberg an Edelsheim, und ebd. Nr. 270, Karlsruhe 4. III. 1805, Edelsheim an Dalberg.

scheidung Badens zu dem französischen Bündnis ist die Politik Oesterreichs im schwäbischen Kreis [31]). Diese konnte unmöglich dazu beitragen, den süddeutschen Reichsständen Vertrauen zu der Uneigennützigkeit Habsburgs einzuflößen. Waren die Gegensätze zwischen Bayern, Württemberg und Oesterreich auch erheblich schärfer und ernster als die zwischen Baden und Oesterreich, so konnte doch auch Baden die Bestrebungen Oesterreichs nach der Vormachtstellung im schwäbischen Kreis nicht ohne Sorge betrachten. Die Gegensätze, die sich zwischen den drei Kurhöfen und Oesterreich bildeten, zeigten sich auf dem letzten schwäbischen Kreistag zu Eßlingen Ende 1804. Bei den Verhandlungen über die Frage, wer die Stimmen der Reichsstädte und säkularisierten geistlichen Stände fortführen solle, erwies sich, daß Oesterreich an der Spitze der ständischen Opposition stand. Trotz der Vereinbarung der drei Kurfürsten, um die Opposition zu beruhigen, nur erst provisorisch die Stimmen der Städte für sich zu beanspruchen und die endgültige Entscheidung einer gemeinsamen Versammlung von Kaiser und Reich zu überlassen, wurde der Widerstand der Gegenpartei unter der Führung des österreichischen Vertreters, Hofrat von Steinherr, nicht geringer. Die Verhandlungen scheiterten infolgedessen und nach vergeblichen Versuchen Badens, zwischen Württemberg zu vermitteln [32]), legte die badische Gesandtschaft in einem Bericht über diesen Konvent ihre Meinung dahin nieder: „sie könne sich dem Eindruck nicht entziehen, als beabsichtige Oesterreich seine Stellung in Schwaben zu stärken — sei es durch direkte Unterstützung der fürstlich- und gräflich-schwäbischen Opposition oder sei es, daß es sich mit ihnen zu einer neuen Union zusammenschlöße“ [33]). Karl Friedrich versäumte zwar nicht, seine Vermittlungsversuche auch nach Auflösung des Kreistages noch fortzusetzen [34]), aber Gerüchte, die im Mai 1805 auftauchten, waren nicht

[31]) Als es sich im Oktober 1805 um die Entscheidung der Frage handelte, ob Baden wie Bayern und Württemberg ein Manifest zur Motivierung seines Bündnisses mit Frankreich veröffentlichen sollte, trat Reizenstein dafür ein, daß man die badisch-französische Allianz mit der unfreundlichen Haltung Oesterreichs begründen müsse; dabei wies er u. a. hin auf die „conduite que ses (Oesterreichs) agents ont tenue à l'égard des affaires intérieures du cercle de Souabe ...“ (Obser, PK. V. Nr. 375, Considérations ... o. O. 25. X. 05.) Das Manifest wurde aus Rücksicht auf Oesterreich abgelehnt (s. S. 27); aber es ist bezeichnend, daß Reizenstein mit der österreichischen Kreispolitik ein Bündnis mit Frankreich motivieren zu können glaubte.

[32]) Obser, PK. V. Nr. 212, Karlsruhe, 18. XII. 1804, Edelsheim an Gemmingen.

[33]) ebd. V. Nr. 250, Nov.—Dez. 1804. „ Aus den Akten über den engeren und allgemeinen Kreiskonvent in Eßlingen.“

[34]) ebd. Nr. 251, Karlsruhe, 28. XII. 1804, Karl Friedrich an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg. ebd. Nr. 252, Karlsruhe 5. I. 1805, Schall an den Reichshofvizekanzler Fürsten Colloredo; ebd. Nr. 253, Wien, 16. I. 1805, Reichshofvizekanzler Fürst Colloredo an Schall.

dazu angetan, Badens Mißtrauen einschlafen zu lassen. Es handelte sich dabei um eine angebliche Versammlung der „dissentierenden" Kreisstände in Ehingen, die im Hintergrunde von Oesterreich begünstigt wurde, ja, an der Oesterreich selbst teilnehmen sollte. Der Zweck dieser Zusammenkunft war zum mindesten undurchsichtig. Man rechnete in Karlsruhe damit, daß die Möglichkeit zu der „Absicht bestehe, unter österreichischem Schutz eine Assoziation zu bilden, bzw. sich vom Kreise loszusagen" [35]). Noch im August — als die bayrisch-französischen Verhandlungen schon im Gange waren — war man in Süddeutschland durchaus nicht beruhigt über diesen Konvent, der in Meßkirch zustande kam [36]). Es mag dahingestellt bleiben, wie weit diese Befürchtungen berechtigt waren; entscheidend ist, daß sie bestanden, und daß Baden der Loyalität Oesterreichs keineswegs sicher war, als man französischerseits mit Verhandlungen an Baden herantrat [37]). Zu dieser unsicheren Haltung Oesterreichs im schwäbischen Kreis trat noch die langsame Initiative des Wiener Hofes und das überraschend schnelle und energische und keine Zweideutigkeit duldende Vorgehen der Pariser Diplomatie.

Mit dem Beitritt zum englisch-russischen Offensivbündnis vom 11. Mai 1805, zu dem sich Kaiser Franz am 7. Juli entschloß [38]), gab er dem Willen zu einer aggressiveren Politik, als er sie bislang getrieben hatte, Ausdruck. Der innere Grund zu diesem Entschluß lag im wesentlichen in dem Vorgehen Napoleons in Italien; entgegen seinen früheren Versprechungen die lombardische Erbmonarchie nicht mit der französischen Krone zu verbin-

[35]) ebd. Nr. 256, o. O. 29. V. 1805. Copia Schreibens an den Vizepräsidenten von Gschwander.

[36]) ebd. Nr. 258, Karlsruhe, 8. VIII. 1805, Protokoll des Geheimen Rats. — Von Bayern aus hatte der französische Bevollmächtigte am Münchner Hof, der Staatsrat Otto, schon im Mai 1805 Talleyrand von der süddeutschen Vormachtspolitik Oesterreichs verständigt. „... l'Autriche fait beaucoup d'efforts pour s'emparer de tous les suffrages du cercle de Souabe et pour y dominer complètement. En conséquence elle travaille à faire exclure des diètes de ce cercle les électeurs de Bavière, de Bade et de Wurtemberg et à faire considérer leurs possessions comme états séparées . ." (Alombert et Colin, a. a. O. I. p. 54 s. München, 21. V. 1805), Sehr deutlich wird auch die bayrische Sorge hinsichtlich der österreichischen Politik aus einem zweiten Schreiben Ottos an Talleyrand vom 5. August 1805 klar; ebd. I. p. 108 ss.

[37]) Der badisch-französische Allianzvertrag wurde am 5. Sept. abgeschlossen, aber erst am 19. Sept. erhielt Karl Friedrich ein Schreiben vom Fürsten Hermann von Hohenzollern-Hechingen, in dem dieser ihm den Beschluß der Meßkircher Versammlung mitteilte, Baden als kreisausschreibenden Fürsten zu bitten, einen neuen Konvent zur Regelung der allgemeinen Angelegenheiten einzuberufen. Obser, PK. V. Nr. 259, Hechingen, 19. Sept. 1805. Wegen der unsicheren Lage wurde dieses Verlangen dann abgelehnt.

[38]) August Fournier, Napoleon I. Bd. II, S. 78.

den [39]), hatte Napoleon dem römischen Kaiser im März 1805 seinen Entschluß mitgeteilt, auf Wunsch der italienischen Republik „zeitweilig" selber beide Kronen zu tragen [40]); zwei Monate darauf hatte er sich in Mailand zum König von Italien gekrönt. Den äußeren Anlaß zu dem Entschluß Franz II. bot die Annexion Genuas (im Juni) durch Napoleon, die eine unerträgliche Bedrohung des österreichischen Besitzes in Italien bedeutete.

Der Angriff der Koalition auf Frankreich sollte auf Wunsch Englands spätestens innerhalb von vier Monaten nach dem Beitritt Oesterreichs stattfinden; Oesterreich begann sofort aufzurüsten und alle Vorbereitungen zu einem neuen Krieg zu treffen [41]).

Napoleon war durchaus überzeugt von der Notwendigkeit eines neuen Kampfes mit Oesterreich, um die Vormacht Frankreichs auf dem Festland endgültig gesichert zu sehen; nur war er sich über den Zeitpunkt zum Angriff nicht restlos klar. Wohl wünschte er im Grunde eine möglichst schnelle Entscheidung [42]), aber der Schwerpunkt seiner Pläne lag im Frühjahr 1805 bis in den Sommer hinein auf einem Angriff gegen England [43]); er gab diesen Plan erst Mitte August auf [44]), als er erkannte, daß Oesterreich unweigerlich zu einem baldigen Krieg entschlossen sei, d. h. er entschloß sich also vier Wochen später als Oesterreich zu der Auseinandersetzung.

Trotz dieser vier Wochen Vorsprung geschah von Oesterreich nichts,

---

[39]) Corr. de Napol. Ier. t. X. nr. 8250, Paris 1. I. 1805, Napoleon an Kaiser Franz.

[40]) ebd. nr. 8445, Malmaison, 17. III. 05, ders. an dens., Fournier a. a. O, II, S. 74.

[41]) Mitteilungen von den österreichischen Rüstungen gelangten auch nach Karlsruhe. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Oesterr. Fasz. 89, Wien, 18. VIII. 1805, Gemmingen an Edelsheim: „les préparatifs de la guerre se continuent avec la même ardeur". Am Schluß fügt der badische Gesandte seine eigene Meinung bei, die charakteristisch ist dafür, daß es immer noch Kreise gab, die ein starkes Oesterreich für den besten Schutz des Reiches hielten; „toutefois il paraît que l'énergie avec laquelle la cour de Vienne a repris sa place entre les puissances de l'Europe doive être regardée comme un grand avantage pour l'empire germanique qui ne peut trouver de surêté que dans l'équilibre de ses puissants voisins". Ueber Gemmingens Reichstreue vgl. Obser, PK. VI. Nr. 504, Karlsruhe 18. X. 1803.

[42]) Corr. de Napol. Ier. t. X. nr. 8590, Lyon, 16. IV. 1805, Napoleon an Talleyrand.

[43]) Erich Keßler, a. a. O.

[44]) Hier ist mit Fournier gegen Keßler am 13. August als dem Datum des Umschwungs festzuhalten. Keßler will den Plan gegen England erst mit dem 23. VIII. 1805, dem Tage der Aufhebung des Lagers bei Boulogne aufgegeben wissen; dagegen aber spricht — trotz Corr. de Napol. Ier. t. XI. nr. 9115 — in erster Linie die Instruktion für Talleyrand vom 13. August, ebd. nr. 9070.

ihn auszunutzen und sich um Bundesgenossen in Süddeutschland zu bemühen. Den ganzen August über erhielt der österreichische Gesandte in Karlsruhe, Freiherr von Schall von Wien aus keinerlei Weisung, auch nur die Stimmung des badischen Hofes in einem etwaigen Krieg zu erforschen. Unter den gegebenen Umständen ist diese Saumseligkeit und Nachlässigkeit des Wiener Hofes kaum zu verstehen [45]). Es bedurfte erst des Auftretens des französischen Kammerherrn Auxonne Théodose de Thiard in Karlsruhe, um den österreichischen Gesandten stutzig zu machen. Er sandte einen Brief nach Wien [46]) und erhielt erst daraufhin den Auftrag, sich über die Stellung Badens zu vergewissern [47]). Diese Instruktion war datiert vom 4. September; am 5. September wurde der badisch-französische Allianzvertrag bereits unterzeichnet. Es gelang dem Gesandten zwar unter der Hand festzustellen, daß Frankreich von Baden eine bestimmte Erklärung verlangt hatte [48]), aber noch eine Woche nach dem Vertragsabschluß konnte der badische Minister des Aeußern, Freiherr von Edelsheim dem Kurfürsten mitteilen, Oesterreich habe noch keinerlei offizielle Schritte wegen der eventuellen badischen Entscheidung bei ihm unternommen [49]). Der Wiener Gesandte tröstete sich noch mit der Hoffnung, daß Baden nichts Entscheidendes tun würde, solange es nicht den Entschluß Württembergs kannte [50]); von dem bereits abgeschlossenen Vertrag ahnte er nicht das Geringste. Wohl hatte Schall richtig beobachtet, daß der Kurfürst bei all seiner gerechten und innerlich gut österreichischen Gesinnung zu schwach war, um diese geltend zu machen [51]); was half das aber Cobenzl, wenn er nicht zugleich erfahren konnte, wie weit man diese Schwäche schon ausgenutzt hatte. Indes, der Wiener Hof selbst war nicht weniger ungeschickt als sein Vertreter. Anfang September konnten die süddeutschen Reichsstände noch hoffen, daß Oesterreich sich mit ihrer Neutralität begnügen würde [52]); es mußte daher in Karlsruhe sehr peinlich berühren, 14 Tage später auf dem Umweg über München zu er-

---

[45]) Theobalds (a. a. O.) Erklärung S. 10, Oesterreich habe Furcht gehabt, seine Pläne durch Baden verraten zu sehen, befriedigt nicht. Vielmehr hatte Oesterreich zu wenig Interesse an den süddeutschen Reichsständen; die Korrespondenz zwischen dem österr. Minister und seinem Gesandten über die Haltung Badens in einem etwaigen Krieg hätte zum mindesten im August einsetzen müssen; allein schon das Interesse Oesterreichs hätte ein solches Verhalten gefordert. Daß Oesterreich Badens Verrat nicht fürchtete, zeigt ja die Tatsache, daß man später die österreichische Heeresstärke in Karlsruhe mitteilen ließ. s. S. 19.

[46]) Obser, PK. V. Nr. 434, Karlsruhe 24. VIII. 1805, Schall an Cobenzl.

[47]) ebd. Nr. 437, o. O. 4. IX. 1805, Cobenzl an Schall.

[48]) ebd. Nr. 439 u. 442, Karlsruhe 5. IX. 1805, Schall an Cobenzl.

[49]) ebd. Nr. 323, Karlsruhe, II. IX. 1805, Edelsheim an Karl Friedrich.

[50]) ebd. Nr. 446, Karlsruhe 11. IX. 1805, Schall an Cobenzl.

[51]) ebd. V, Nr. 450, Karlsruhe, 15. IX. 1805, ders. an dens.

[52]) ebd. Nr. 310, Mannheim, 3. IX. 1805, Dalberg an Edelsheim.

fahren, daß man in Wien entschlossen sei, den deutschen Reichsständen keine Neutralität zuzubilligen [53]); und daß man dem bayrischen Kurfürsten in dringendster Weise vorstellen werde, sich für Oesterreich zu erklären, falls er nicht von dem österreichischen Heerführer General Mack als Feind behandelt sein wollte [54]). Erst Ende September traf eine Note des badischen Gesandten in Wien, Freiherrn Otto von Gemmingen ein, in der er mitteilte, daß Cobenzl ihn um Aufklärung der badischen Haltung gebeten habe. Der österreichische Minister hatte sich zwar beeilt, keine Zweifel an der reichstreuen Gesinnung des Kurfürsten und der Schwierigkeit seiner Lage blicken zu lassen, aber er hatte auch ebenso deutlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Baden sich zu keinerlei unbesonnenen Schritten hinreißen lassen werde [55]). Es ist bezeichnend für die Langsamkeit und Ungeschicklichkeit der österreichischen Politik, daß Cobenzl erst jetzt am 27. September — drei Wochen nach dem badisch-französischen Vertragsabschluß — im Gespräch mit dem badischen Gesandten auf den Gedanken kam, man könne Baden vielleicht in dieser oder jener Angelegenheit entgegenkommen [56]), um sich seiner Freundschaft und Hilfe zu versichern. Oesterreich hat nicht den geringsten Versuch gemacht, das Land Baden für sich zu gewinnen. Wenn man die reichstreue Gesinnung des alten Kurfürsten ausgenutzt, einige Opfer gebracht, österreichische Truppen an der badisch-französischen Grenze bereitgestellt hätte und entsprechend in München und Stuttgart vorgegangen wäre, hätte es doch wohl im Bereich der Möglichkeit gelegen, Baden für Oesterreich zu verpflichten. Statt dessen begnügte man sich damit, als es bereits zu spät war, in Karlsruhe einige Eröffnungen über die österreichische Heeresstärke zu machen und Baden des kaiserlichen Vertrauens zu versichern [57]). Irgendein praktischer Vorschlag, nach dem man eine Basis zu gemeinsamem Handeln hätte finden können, ist in Karlsruhe von der österreichischen Seite her nicht gemacht worden.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch die russischen Schritte, die in Karlsruhe gemacht wurden, kein erhebliches Gegengewicht zu den französischen Verhandlungen boten. Zunächst beschränkte sich der

---

[53]) ebd. Nr. 500, München, 17. Sept. 1805, Degenfeld an Edelsheim.

[54]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Bayern, Fasz. 19. I. München, 18. Sept. 1805, Degenfeld an Edelsheim: „Je sais positivement que le Comte de Buol se rendra en peu de jours à Wurzbourg qu'il représentera à l'Electeur de la manière la plus forte la nécessité de se déclarer pour l'Autriche et de joindre le corps bavarois aux troupes autrichiennes".

[55]) Obser, PK. V. Nr. 458, Wien 27. IX. 1805, Gemmingen an Edelsheim.

[56]) Oesterreich sollte Badens Besitzstand garantieren und auf das droit d'épave verzichten; ebd. Nr. 458.

[57]) ebd. Nr. 452, Wien, 18. IX. 1805, Cobenzl an Schall. Die entsprechende Note Schalls an Edelsheim vom 26. Sept. 1805, in Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Oesterr., Fasz. 152.

russische Gesandte Freiherr von Maltitz darauf, Baden strikte Neutralität unter Preußens Schutz zu empfehlen — ein Gedanke der von Württemberg ausging[58]) — und zu versichern, daß der russische Gesandte am Berliner Hof Alopeus diesen Plan unterstützen werde[59]). In Karlsruhe ließ man diese Note anfangs unbeantwortet[60]), bis zwei Wochen später Edelsheim ein Schreiben erhielt, das die Wünsche des Zaren genauer darlegte. Man ging in Petersburg von zwei Voraussetzungen aus: einmal sollte Napoleon der Marsch ins Deutsche Reich möglichst erschwert und ihm jede Möglichkeit, die ihm diesen Plan erleichtern könnte, genommen werden, und zum anderen wollte man Oesterreich jede erdenkliche Hilfe zukommen lassen. Rußland forderte daher den badischen Kürfürsten auf, seine Truppen zurückzuziehen in der Form eines Urlaubs, sie also im Geheimen weiter zu bezahlen; Napoleon sollte zwar keine Truppen im Grenzland vorfinden, sie sollten aber doch soweit zur Verfügung stehen, daß sie im gegebenen Augenblick für Oesterreich bereitstünden. Dem Kurfürsten riet man, sein Land zu verlassen und sich nicht den Gefahren eines französischen Einfalls auszusetzen[61]). Abgesehen davon, daß diese Aufforderung zu spät kam, zeugte sie von einer so großen Verständnislosigkeit gegenüber der badischen Lage, daß sie für die politische Entscheidung in Karlsruhe keinen Wert haben konnte; daran änderte auch die Versicherung, daß der Zar sich die badischen Interessen stets aufs innigste angelegen sein lassen werde, nicht viel. Edelsheim antwortete nicht eher, als bis er die Antwort des Stuttgarter Hofes in Händen hatte, an den die gleiche Note ergangen war[62]). Beide Kurfürsten waren sich darüber einig, daß ein Verlassen ihrer Länder nicht in Frage kam; ebensowenig aber konnten sie sich bereit erklären, ihre Truppen Oesterreich zur Verfügung zu stellen, da man ja von dort keinerlei Aufforderung dazu erhalten hatte. Man legte dieses Verhalten des Wiener Hofes, der bis jetzt keine offiziellen und direkten Schritte bei den Reichsfürsten unternommen hatte, so aus, als wolle Oesterreich diesen Krieg garnicht als Reichskrieg angesehen wissen; man erklärte deshalb, unter diesen Umständen sei kein Anlaß zu einer ostentativen Entwaffnung der Truppe gegeben, man würde damit nur den Zorn Frankreichs auf sich ziehen, den

[58]) Obser, PK. V. Nr. 293 Anm. 2. Ludwigsburg, 20. VIII. 1805, Kurfürst Friedrich v. Württemberg an Karl Friedrich; ebd. Nr. 295, Karlsruhe, 23. VIII. 05, Edelsheim an Karl Friedrich; s. S. 24.

[59]) Obser, PK. V. Nr. 303, Stuttgart, 30. VIII. 1805, Maltitz an Edelsheim.

[60]) ebd. Nr. 327, Stuttgart, 13. IX. 1805; Maltitz bedauert in einem Schreiben an Edelsheim, daß er auf seine Note vom 30. August 1805 noch keine Antwort erhalten habe.

[61]) ebd. Nr. 328, Stuttgart, 13. IX. 1805, Maltitz an Edelsheim.

[62]) ebd. Nr. 331, Stuttgart, 14. IX. 1805, Graf Wintzingerode an Edelsheim.

man sich angesichts seiner exponierten Lage nicht leisten könne. Mit diesen Beweggründen suchte Edelsheim die badischen Truppenmanöver zu decken; um aber keinen Verdacht in Petersburg aufkommen zu lassen, schrieb er, — vierzehn Tage nach dem Vertrag mit Frankreich (!) — Napoleon habe zwar eine Erklärung über die badische Haltung in einem Krieg mit Oesterreich verlangt, aber Baden habe mit dem größten Nachdruck seinen Wunsch nach Neutralität äußern können und könne hoffen, daß Frankreich nichts Unbilliges von ihm verlangen werde [63]). Ob diese Erklärungen in Petersburg die gewünschte Beruhigung hervorriefen, ist zu bezweifeln.

Weitere Versuche erfolgten von der russischen Seite nicht; als die badische Antwort in Petersburg eintraf, hatte Napoleon bereits den Rhein überschritten. Am 2. Oktober wurden sowohl der österreichische als auch der russische Gesandte aufgefordert Baden zu verlassen, und damit waren die diplomatischen Beziehungen dieser beiden Mächte mit Baden zunächst abgebrochen [64]).

Gegenüber der Lauheit, mit der Oesterreich sich um Bundesgenossen in Deutschland bemühte, mußte die Energie und Bestimmtheit des französischen Vorgehens umso mehr Eindruck machen.

Am 25. August ließ Napoleon durch seinen Minister Talleyrand den Kammerherrn Thiard, der sich bereits einer anderen Mission wegen in Baden aufhielt [65]), beauftragen, ein Offensiv- und Defensivbündnis mit dem Kurfürstentum Baden zustande zu bringen. Napoleon wollte sich darin verpflichten, Badens Besitzstand von 1803 zu garantieren und zu vergrößern, Baden sollte als Gegenleistung 3000 Mann stellen [66]). Bereits am 5. September hatte der französische Beauftragte diesen Vertragsentwurf in Händen. Die Instruktion, die von Talleyrand an Thiard erging [67]), ist charakteristisch für die Art, in der man von Paris aus die deutschen Kleinstaaten zu behandeln wünschte; und nicht weniger charakteristisch ist die

---

[63]) ebd. Nr. 336, Baden, 18. (bzw. 23.) IX. 1805, Edelsheim an Maltitz.

[64]) ebd. Nr. 460, Karlsruhe 2. X. 1805, ders. an dens.

[65]) Auxonne Théodose de Thiard, Graf von Bissy, Kammerherr Napoleons, hielt sich seit Mitte August im Kurfürstentum Baden auf, um die Heiratspläne Napoleons in Deutschland durchzuführen. Napoleon wünschte die Auflösung des zwischen Baden und Bayern bestehenden Verlöbnisses, um beide Höfe mit Frankreich zu vermählen. Dieser Plan gelang bekanntlich; die bayrische Prinzessin Auguste heiratete Eugène Beauharnais und der badische Erbfolger Karl wurde mit Stephanie Beauharnais verheiratet. Ueber diese Mission Thiards vgl.: Thiard, A. Th. de, a. a. O. p. 97—144. Ferner die in der PK. Bd. V. und VI von Obser veröffentlichten Aktenstücke, die Darstellung bei Edmond Bapst, a. a. O. passim und Maria Probst a. a. O. S. 51 ff., 71 ff.

[66]) Corr. de Napol. Ier. t. XI. nr. 9131, Boulogne, 25. VIII. 1805, Napoleon an Talleyrand.

[67]) Obser, PK. V. Nr. 301, Paris, 27. Aug. 1805, Talleyrand an Thiard.

Note, die Thiard daraufhin in Karlsruhe überbrachte [68]). Sie ist typisch für den diplomatischen Verkehr zwischen Frankreich und Baden insofern, als die Noten der Gesandten fast immer schärfer sind als die Instruktion des Ministers und der Befehl des Kaisers [69]). Wirkliche Schärfe des Tones ist bei Napoleon nur dann festzustellen, wenn er eine seiner Forderungen, die er mit Recht gestellt zu haben glaubte, nicht erfüllt sah. Unnötige Herausforderungen der kleinen Bundesgenossen hat er nach Möglichkeit vermieden. Mehr als einmal läßt er seinen Gesandten einschärfen, nicht durch Drohungen sondern durch Ueberzeugung zu dem erwünschten Ziel zu kommen [70]) — daß es meist doch bei der Drohung blieb, ist nicht seine Schuld.

Daß in diesem Fall eine Drohung nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde, war in den Umständen der politischen Lage Badens von selbst begründet; aber Thiard bemühte sich trotzdem in den Verhandlungen

---

[68]) ebd. Nr. 312, 3. Sept. 1805, Note Thiards. — In allen Noten, die französischerseits in Baden überreicht werden und eine Forderung enthalten, wird prinzipiell zunächst hingewiesen auf die Verdienste, die Frankreich sich um die Vergrößerung des Landes erworben hat; zugleich versichert man dabei, daß man in Paris keinen Anlaß habe, an der Ergebenheit und Dankbarkeit des Kurfürsten zu zweifeln. Dann wird der Ton schärfer und dem Empfänger des Schreibens wird auseinandergesetzt, daß es für ihn nur einen Vorteil gäbe: die Erfüllung des französischen Wunsches. Die Forderung selbst aber wird auch jetzt noch nicht ausgesprochen, sondern es erfolgt zuvor die ausführliche Beschreibung der Gegenleistung Frankreichs; die noch übrig bleibende Forderung erscheint auf diese Art dann als etwas Selbstverständliches.

[69]) Soweit die Möglichkeit zur Nachprüfung der drei Schriftstücke: Befehl des Kaisers, Instruktion des Ministers, Note des Gesandten vorhanden ist, läßt sich meistens feststellen, daß der Befehl Napoleons sehr oft milder und verständnisvoller ist als die Note des Gesandten, der seinen Eifer durch Grobheit beweisen zu können glaubte.

[70]) Anläßlich der badisch-französischen Heirat schreibt Thiard in seinen Memoiren p. 101: ...„ on croit généralement que l'empereur employait la force pour parvenir à son but. Il n'en est rien et sa puissance ne serait jamais élevée au point où elle est parvenue si dans l'origine il avait eu recours à ce moyen. C'est autant à son génie gouvernemental, à son habilité à tirer parti des positions et à son grand art de diriger les hommes, qu'à son génie militaire, qu'il dut ses succès. On voit par les instructions qu'il me fit donner que ce n'était que par la persuasion qu'il voulait arriver à ce mariage auquel il attachait un grand prix". — In der Instruktion für Bignon vom 2. II. 1809 kommt ebenfalls das Bestreben Napoleons, möglichst die „amitié" zu vertreten, zum Ausdruck. Paris, A.d. a. é. Corr. Bade 9, nr. 18. — Und ähnlich heißt es in einem Schreiben Napoleons an Bassano aus St. Could vom 24. VIII. 1811: „dirigez aussi mon ministre pour qu'il ne montre pas envers cette cour une exigeance déplacée. Il est là pour faire sa cour et observer et non pour humilier et en imposer. Corr. de Napol. Ier. t. XXII. nr. 18078. s. a. S. 114.

vom Herbst 1805 [71]), die Instruktion Talleyrands noch zu übertreffen. Seine Note beginnt mit der sehr kühnen Behauptung, daß der von Oesterreich beabsichtigte Krieg weniger gegen Frankreich als gegen die unter seinem Schutz großgewordenen deutschen Fürsten gerichtet sei (!) [72]). Auf Grund der gespannten Verhältnisse konnte der Gesandte die österreichische Haltung geschickt ausspielen als Gegensatz zu der wohlwollenden Frankreichs. Er zerstörte jede Hoffnung auf eine etwaige Neutralität Badens weniger durch die Drohung, daß Frankreich sie nicht dulden wolle, als dadurch, daß er unliebsame Erinnerungen an Zeiten wachrief, in denen Oesterreich Badens Neutralität nur schlecht respektiert hatte [73]). Im übrigen wurde kein Zweifel gelassen, daß Napoleon in eine Neutralität nie einwilligen würde [74]).

Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Befehl Napoleons und der Instruktion Talleyrands, auf der allein die Note Thiards fußt, liegt darin, daß Napoleon eine Offensiv- und Defensivallianz fordert, Talleyrand dagegen das anstößige Wort „Offensiv" vermeidet und dem Gesandten nur aufträgt, ein Defensivbündnis abzuschließen. Formal forderte dann Thiard auch nur ein solches; durch den Zusatz aber, daß Baden die 3000 Mann

[71]) Ueber die Einzelheiten der Verhandlungen vgl. Herm. Theobald, a. a. O. S. 9 ff. Die Arbeit T.'s begnügt sich im wesentlichen mit der ausführlichen Wiedergabe der bei Obser, PK. V. abgedruckten Aktenstücke und läßt zumeist jede schärfere Problemstellung vermissen. Die Zusammenstellung der Quellen ist überdies ungegliedert und unübersichtlich. Es wird aber immer dann auf ihn verwiesen werden, wo es sich um Einzelheiten handelt, die für den Zusammenhang der vorliegenden Arbeit nicht unbedingt notwendig waren, zur Ergänzung aber gut herangezogen werden können.

[72]) Talleyrand hatte in seiner Instruktion (Obser, PK. V. Nr. 301) geschrieben: „Cette guerre n'est pas moins dirigée contre les états qui se sont placés sous le patronage de la France .. que contre la France". Thiard hatte in seiner Note (ebd. Nr. 312) daraus gemacht: „Sa (Oesterreichs) conduite ... sa manière d'agir ... prouvent suffisamment que c'est moins contre la France que cette guerre est dirigée que contre les états qui se sont placés sous son patronage".

[73]) Als man sich im Herbst 1795 in Baden die Gründe für und wider einen Separatfrieden mit Frankreich überlegte, schrieb der Landvogt von Rötteln, Freiherr Sigismund von Reizenstein an Edelsheim: „Notre religieuse fidelité au système autrichien ne nous a pas été jusqu'ici de la moindre utilité. On dévaste, pille et ruine notre pays sans le moindre égard; le commissariat autrichien nous traite en subalternes, et sans un changement, que nous ne pouvons presque plus espérer que de la part des Français, nous nous trouverions incessamment incorporés dans la monarchie autrichienne, espèce de réunion, vers laquelle pour dire la vérité, nous avons même déjà fait d'assez grands pas"; Erdmannsdörffer, PK. II, Nr. 411, Basel, 25. IX. 1795.

[74]) Der französische Resident in Stuttgart Charles Didelot dagegen hatte am 31. August noch versichert, daß Napoleon durchaus Verständnis für den Wunsch Badens nach Neutralität habe und ihn nach Möglichkeit erfüllen würde. Obser, PK. V. Nr. 304. Aufzeichnung Edelsheims.

in dem Augenblick stellen sollte, in dem Napoleon den Rhein überschreiten würde, wußte man in Karlsruhe, woran man war. Der Anschluß Badens an Frankreich wurde für so selbstverständlich angesehen, daß man es nicht einmal für nötig hielt, einen eventuellen Druck auch nur anzudeuten für den Fall einer Weigerung in Karlsruhe. Der Zwang für Baden aber lag gerade in dieser vorausgesetzten, nach gar keiner anderen Möglichkeit fragenden Selbstverständlichkeit. Mit Versprechungen kargte man nicht[75]); Napoleon versprach Baden in jeden Frieden mit einzuschließen, aber das änderte nichts an der erdrückenden Gewalt, mit der der Abschluß dieses Vertrages in kürzester Zeit gefordert wurde.

Was konnte Baden tun? Als kleiner Reichsstand konnte Baden unmöglich die Verantwortung auf sich nehmen, allein ein Bündnis mit Frankreich gegen Oesterreich zu schließen. Seine größte Sorge mußte sein, sich über die Stellung und Entscheidungen der anderen süddeutschen Höfe Gewißheit zu verschaffen.

Seit Juli 1805 waren Gerüchte nach Karlsruhe gelangt, nach denen Frankreich mit Bayern verhandelte, ja denen zufolge Bayern Verpflichtungen für den Fall eines Krieges mit Oesterreich übernommen habe[76]). Eine Bestätigung indes, die den Entschluß am badischen Hofe hätte erleichtern können, hatte man in dem Augenblick, als Frankreich mit seiner Forderung an Baden herantrat, noch nicht. Im Gegenteil, es war den Bayern sehr glücklich gelungen, den am 24. August geschlossenen Allianzvertrag soweit geheim zu halten, daß der badische Gesandte in München noch im September seinem Hof mitteilen konnte, er glaube nicht an einen schon gefaßten Beschluß Bayerns[77]).

Württemberg hatte sich im August an die süddeutschen Höfe gewandt um sie zu bewegen, sich für eine von Preußen zu garantierende[78]) bewaffnete Neutralität einzusetzen; der Kurfürst Friedrich hatte zu diesem Zweck Vertreter nach München, Karlsruhe und Berlin geschickt[79]). Karl Friedrich ließ keinen Zweifel darüber, daß er „die reichspatriotischen Gesinnungen des Württembergers aufrichtig teile und nach der Lage der

[75]) Es ist wieder eine der fast plump zu nennenden Behauptungen Thiards, wenn er in seiner Note vom 3. Sept. schreibt, daß von diesem Krieg die Existenz der Fürsten abhinge, „dont l'accroissement en puissance et en dignité en est un des principaux motifs . . .“ Das glaubte ihm niemand. ebd. Nr. 312.

[76]) ebd. Nr. 496. München, 22. VII. 1805, Degenfeld an Edelsheim.

[77]) ebd. Nr. 497, München 1. Sept. 1805, ders. an dens.

[78]) Preußen konnte ein Interesse an einer solchen Neutralität haben wegen seiner Besitzungen im fränkischen und schwäbischen Kreis; s. a. Friedrich von Württemberg an seine Schwester Maria Feodorowna, Kaiserin-Mutter von Rußland, Ludwigsburg, 29. VIII. 1805; Polit. u. militär. Korr. König Friedrich I. von Württemberg mit Napoleon, a. a. O. S. 25.

[79]) s. Kap. I, Anmerkung 58. Ueber Württembergs Haltung in dieser Zeit s. a. Schneider, Vortr. u. Abh. S. 67 ff.

Umstände und Verhältnisse zu allem demjenigen mit Vergnügen mitzuwirken bereit sein werde, was auf das Wohl und die Sicherheit der württembergischen und badischen Staaten und des schwäbischen Kreises abzwecken“ [80]) könnte. Ebensosehr aber ließ der Minister Edelsheim seine Bedenken gegen eine solche Neutralitätskoalition durchblicken. Zunächst glaubte er an ihre Wirksamkeit nicht ohne die Zustimmung Preußens und Bayerns [81]), an der er, was Preußen betraf, mit Recht zweifelte [82]). Ueberdies wies er auf die Einwände hin, die von Frankreich kommen könnten; ob man dort nicht mit einer „starken Unzufriedenheit“ zu rechnen habe, wenn man solche Verhandlungen ohne Wissen des Pariser Hofes abschlösse [83]). Man sieht, restlos überzeugt war man in Karlsruhe durchaus nicht von der Nützlichkeit eines solchen Schrittes, und von Baden aus ist dann auch nichts geschehen, diese Neutralitätsbestrebungen besonders zu aktivieren. Von Hessen wußte man durch den Landgrafen selbst, daß an diesen noch kein Antrag ergangen sei, für Frankreich Truppen bereit zu halten [84]).

Unter diesen Umständen war es für Edelsheim höchst peinlich, als am 31. August der französische Gesandte Didelot bei ihm erschien und auf seine mündliche Aufforderung, Baden möge sich Frankreich anschließen, eine sofortige Antwort verlangte [85]). Edelsheim beschränkte sich in seiner Antwort darauf, dem Kurfürsten von dem Besuch Mitteilung machen zu wollen und enthielt sich jeder weiteren Aeußerung. Die Bestürzung war nicht gering, als am nächsten Tag Thiard in Baden erschien und Instruktionen Talleyrands vorwies, die jüngeren Datums waren als die, die Didelot überbracht hatte. Hatte man gehofft, Didelot hinzuhalten, bis wenigstens aus Stuttgart eine Bestätigung der Didelotschen Behauptung, Württemberg wolle sich im Kriegsfall Frankreich anschließen, eingetroffen wäre [86]), so sah man angesichts dieser neuen Gesandtschaft die Sinnlosigkeit dieser Hoffnung ein. Es blieb nur übrig sofort ja oder sofort nein zu sagen.

Die Verhandlungen mit Didelot konnten nun aufgegeben werden; höflich aber bestimmt wurde ihm auf sein Drängen mitgeteilt, daß Napoleon di-

[80]) Obser, PK. V. Nr. 298, Favorite, 26. VIII. 1805, Karl Friedrich an Kurfürst Friedrich von Württemberg.

[81]) ebd. Nr. 295, Karlsruhe, 23. VIII. 1805, Edelsheim an Karl Friedrich.

[82]) ebd. Nr. 330, Aufzeichnungen Edelsheims von Mitte September 1805. Vgl. ebd. Nr. 330. Anm. 3.

[83]) ebd. Nr. 296, Karlsruhe 23. VIII. 1805, Mandelsloh an den Kurfürsten Friedrich von Württemberg.

[84]) ebd. Nr. 302, Heidelberg, 29. August 1805, Mandelsloh an Edelsheim.

[85]) ebd. Nr. 305, Karlsruhe, 1. IX. 1805, Edelsheim an Karl Friedrich. Bericht über den Besuch Didelots vom 31. August.

[86]) ebd. Nr. 308, Karlsruhe, 2. IX. 1805.

rekte Wege gefunden habe, um mit Baden zu verhandeln [87]). Auf die Forderungen Thiards aber gab es kein Ausweichen; Thiard verhandelte zunächst nur mit dem Markgrafen Ludwig und Edelsheim. Ludwig hatte nur einen Einwand gemacht — die gänzliche Mittellosigkeit der badischen Lande [88]) — Edelsheim aber hielt sich noch sehr zurück. Thiard sagte Ludwig auf den Kopf zu, daß er den Grund des Zögerns sehr wohl kenne: man hoffe in Baden noch auf die den Neutralitätsplan betreffende Antwort Preußens; und der Gesandte erklärte, bis zum übernächsten Tag eine endgültige Antwort haben zu müssen, widrigenfalls er abreisen werde [89]). Thiard irrte sich; es war weniger die Hoffnung auf eine süddeutsche Neutralität, die Baden zögern machte, als die Furcht vor Oesterreich [90]) und vor dem Entschluß, allein ein Bündnis mit Frankreich zu schließen und zu verantworten [91]). In der entscheidenden Ministerkonferenz, an der der Kurprinz Karl, Markgraf Ludwig, Edelsheim und der eigens zu diesem Zweck aus Heidelberg herbeigerufene Reizenstein teilnahmen, kamen diese Bedenken deutlich zum Ausdruck [92]). Reizenstein war derjenige, der persönlich am wenigsten von einer Allianz mit Frankreich etwas wissen wollte. Er griff den russischen Vorschlag auf und gab dem Kurfürsten den kaum verständlichen Ratschlag, das Bündnis rundheraus auszuschlagen, sein Land zu verlassen und sich dem Schutze Preußens und Rußlands zu empfehlen. Reizenstein fügte zwar selbst hinzu, daß dieser Rat ein schlechter sein könne; und in der Tat läßt sich dieses Verhalten wohl in erster Linie auf seinen eigenen Charakter zurückführen, dem nichts verhaßter war, als unter Zwang handeln zu müssen; so geartete persönliche Empfindungen konnten aber der politischen Entscheidung eines Landes nicht zur Richtschnur dienen. Reizenstein versuchte einen anderen Ausweg zu finden in einer Sendung des Prinzen Karl zu Napoleon; man hoffte, so Zeit zu gewinnen, um mit dem Stuttgarter Hofe ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren. Markgraf Ludwig

[87]) ebd. Nr. 307, Karlsruhe 2. IX. 1805, Didelot an Talleyrand.

[88]) vgl. S. 33 f.

[89]) Obser, PK. V. Nr. 306, Baden, 2. IX. 1805, Thiard an Talleyrand. Thiard hatte wohl auf verschiedenen Wegen von diesem Plan gehört, überzeugte sich aber erst von dessen Wahrheit, als der Markgraf Ludwig ihm in seiner Verwirrung alles zugestand.

[90]) Badens Stellung zu dem Zustandekommen dieser süddeutschen Neutralität war — wie oben ausgeführt — recht skeptisch. Herm. Theobald nimmt in seiner Abhandlung a. a. O. an, Baden habe bis Anfang September an die Realisierung des württembergischen Planes geglaubt (S. 10).

[91]) Thiard, Memoiren, p. 137. — Karl Friedrich sprach mit ihm über seine Bedenken, das Bündnis mit Frankreich einzugehen; „il craignait d'être le seul prince allemand qui eut acquiescé au désir de l'Empereur".

[92]) Vgl. für das Folgende Obser, PK. V. Nr. 329. „Précis sommaire de ce qui est à la connaissance du soussigné au sujet de la négociation avec Mr. Thiard." Konzept Reizensteins. Die Konferenz fand am 3. und 5. Sept. 1805 statt.

und Edelsheim aber, die mit Thiard verhandelt hatten, gaben Reizenstein zu verstehen, daß an Aufschub und Hinhalten nicht zu denken sei [93]), und es sich nur darum handle, ob man die dargestreckte Hand jetzt und „freiwillig" ergreifen und mit ihr die in der Zukunft liegenden gebotenen Vorteile gewinnen oder, ob man sie später, dann aber gezwungen und ohne Vorteile nehmen solle. Man kannte den Plan Napoleons, der die Auseinandersetzung mit Oesterreich auf deutschem, nicht auf italienischem Boden zur Entscheidung bringen wollte; das badische Land war der Verwüstung preisgegeben, wenn es als feindliches Durchzugsgebiet behandelt wurde; vor den französischen Truppen konnte man sich nicht schützen; warum suchte man in der Konferenz noch nach Auswegen, wenn nicht aus Furcht vor einem siegreichen Oesterreich? Reizenstein rechnete anscheinend noch verhältnismäßig stark mit der Möglichkeit eines österreichischen Sieges, denn er wies eindringlich auf die Folgen einer französischen Niederlage hin. Verlor Frankreich den Krieg, so lief der Kurfürst Gefahr, von Oesterreich aus seinem Kurfürstentum vertrieben zu werden und seine Lande in den vorderösterreichischen Besitz eingegliedert zu sehen. Reizenstein erinnerte an die Verwüstungen Bayerns durch die Oesterreicher in den Jahren 1705 und 1743; und es geschah mit Recht, denn Oesterreichs Verhalten zu den süddeutschen Reichsständen, von denen es, wie man wußte, Neutralität erwartete [94]), konnte verhängnisvoll werden. Diese ganz nahe greifbare Furcht vor Oesterreich war viel größer als die Hoffnung auf Neutralität. Auch im Oktober, noch nach der Katastrophe von Ulm, wird diese Furcht und das Bestreben, auf Oesterreich Rücksicht zu nehmen sichtbar; denn man lehnte es in Karlsruhe ab, ein Manifest zu veröffentlichen, das die Allianz mit Frankreich offen erklären sollte. Es unterblieb, weil man „den Groll Oesterreichs durch Manifeste nicht vermehren" wollte [95]). Wenn man sich dann doch zu dem Bündnis mit Frank-

[93]) ebd.

[94]) Kap. I, Anm. 52.

[95]) Diese Denkschrift ist z. T. gedruckt bei Obser, PK. V. Nr. 376, 28. X. 1805; über die Verfasserfrage siehe ebd. Da der Wortlaut sehr bezeichnend ist, wird er hier ausführlich gegeben nach: Karlsruhe, H. u. St. Archiv III. Kriegssache, Fasz. 832:

Der Verfasser weist darauf hin, daß man zwar Beschwerden genug gegenüber Oesterreich habe, daß diese als „Kriegsmotive betrachtet", aber nur in „die Klasse der Zweifelsgründe" gehören; sie in einem Manifest gegen Oesterreich auszuspielen ist unklug, denn „die österreichische Monarchie steht noch und mit hoher Wahrscheinlichkeit ist vorauszusehen, daß sie selbst durch die erschütterndsten Kriegsbegebenheiten aus dem Zusammenhang der ersten Mächte Europas so leicht nicht werde herausgerissen werden. Den Groll einer solchen Macht durch Manifeste zu vermehren, dazu mag der Mächtige, der ihr gleich groß oder größer gegenübersteht, sich unbedenklicher entschließen als der Mindermächtige, der die Art der gegenseitigen Stimmung in der künftigen Friedensperiode unter allen Umständen mehr zu berücksichtigen hat als jener."

Ueber Badens Verhältnis zu Oesterreich vgl. auch S. 46 u. Kap. II Anm. 102.

reich entschloß, so nur, weil Baden damit für den Augenblick von zwei Uebeln das kleinere gewählt hatte; die Zerstörung des Landes war gewiß, wenn man Napoleon das Bündnis verweigerte, sie war aber noch nicht entschieden, wenn man sich ihm anschloß. Heigel sagt in seiner Deutschen Geschichte zu diesem Vertrag vom September 1805; „Zum Trieb der Selbsterhaltung gesellte sich der Drang nach Ausbreitung des Besitzes“ [96]). Zunächst war der Trieb nach Selbsterhaltung sehr viel größer; die Hoffnungen, mit denen Baden diese Allianz eingegangen ist, waren gering im Gegensatz zu dem Druck, den man dabei empfand [97]). Die Bestimmungen des Vertrages [98]) entsprachen ganz den von Napoleon festgelegten Richtlinien [99]). Napoleon garantierte Badens Besitzstand vom 27. April 1803 und versprach territoriale Vorteile in dem bevorstehenden Kriege; ferner versicherte Frankreich in einigen Ergänzungsartikeln, auch gegen Gutscheine keine Requisitionen in Baden vorzunehmen [100]). Baden verpflichtete sich dafür 3000 Mann zu stellen, sobald französische Truppen den Rhein überschritten hätten und jeden Verkauf von Waffen, Pferden und Nahrungsmitteln an den Feind innerhalb seiner Grenzen zu verbieten.

Den Anschluß an Frankreich sahen mit Wohlgefallen nur der Markgraf Ludwig und die Gräfin Hochberg, die beide persönliche Vorteile davon erhoffen konnten [101]). Dalberg erfuhr anfangs noch nichts von dem Vertrag [102]). Reizenstein war weder antifranzösisch noch proösterreichisch eingestellt, er war in erster Linie Badener, der vor allem darauf drängte, daß der einmal eingeschlagene Weg mit aller Konsequenz weiter verfolgt

---

[96]) Heigel, K.T. a. a. O. Bd. II, S. 550.

[97]) Baden machte den Versuch, in den Vertrag noch einige Zusatzartikel aufnehmen zu lassen, die sich besonders auf die Stellung der badischen Truppen innerhalb der großen Armee bezogen; Napoleon erfüllte diese Wünsche anstandslos und ließ Thiard beauftragen, diese Artikel mit in den Vertrag einzuschließen. Von irgendwelchen erwerbspolitischen Wünschen Badens aber, die auf die Zukunft deuten, fiel kein Wort. Obser, PK. V. Nr. 316, 333, 339, 340.

[98]) ebd. Nr. 315.

[99]) s. S. 21.

[100]) Obser, PK. V. Nr. 339, Baden, 19. Sept. 1805, Thiard an Edelsheim, Artikel 10.

[101]) Thiard spricht in seinen Memoiren p. 139 von der Aufnahme, die er in Baden gefunden hat und betont dabei das Wohlwollen des Kurfürsten (das nur menschlich, nicht politisch zu verstehen ist!) und fügt hinzu: „la comtesse de Hochberg en vue de la reconnaissance de ses enfants et le prince Louis pour se délivrer de ses dettes m'étaient entièrement dévoués.“

[102]) Obser, PK. V. Nr. 329, Anm. 1.

würde, um sich durchzusetzen [103]). Edelsheim dagegen war derjenige, der am stärksten zu Oesterreich neigte. Er hätte es nicht ungern gesehen, wenn die Oesterreicher in Baden einrückten und „alsdann Truppen und alles zum Militär gehörende übernähmen, weil sie sonst dem ausgesetzt würden, daß dieses von den anderen geschähe, denen er als Deutscher nicht geneigt sei [104])". Es mag dahingestellt bleiben, wie weit sich dieses deutsche Gefühl Edelsheims aus privaten Interessen nährte. Dalberg bemerkt einmal boshaft, Edelsheim neige zu Oesterreich seit seine älteste Tochter den ungarischen General Giulay geheiratet habe [105]), und diese Familieninteressen Edelsheims werden auch später noch einmal von dem französischen Gesandten Bignon wiederholt [106]). Soviel ist jedenfalls sicher, daß in den Instruktionen und Briefen der Jahre 1805 und 1806, soweit sie vorliegen, ein besonders leidenschaftliches Interesse Edelsheims für Oesterreich, von dem man sagen könnte, daß es losgelöst von allem Persönlichen nur dem angestammten Kaiserhaus galt, nicht zum Ausdruck kommt. Seine Vorliebe für Oesterreich ist im wesentlichen zu rekonstruieren aus den Berichten des französischen Gesandten nach Paris, die immer wieder über die österreich-freundliche Haltung Edelsheims klagen [107]), nicht aber aus Bekenntnissen des Ministers selbst. Von der Stel-

---

[103]) ebd. Nr. 375. o. O. 25. X. 1805; Reizenstein, Considérations . , „l'on se rappelle que je n'ai pas été bien chaud pour la part active que nous avons prise à cette guerre, mais du premier moment où l'on avait pris cette résolution, il fallait poser en principe de se tenir avec la dernière fermeté au parti qu'on avait cru devoir embrasser ... c'est absolument la seule manière de se faire estimer de ses amis et de ses ennemis."

[104]) ebd. Nr. 447, Karlsruhe 11. IX. 05, Bericht Schalls an Cobenzl über ein Gespräch mit Edelsheim.

[105]) Dalberg, Selbstbiographie — Arch. Herrnsheim. „Sa politique le dirigeait vers la Prusse, cependant depuis que sa fille ainée avait épousé le Comte Giulay, général hongrois fort distingué, il pencha vers l'Autriche." Aehnlich Obser, PK. IV. Nr. 250, Karlsruhe, 25. I. 1803, Massias an Talleyrand.

[106]) Bignon an Champagny, Karlsruhe 23. V. 1809, spricht in einem Bericht von den „intérêts de famille" Edelsheims, deretwegen er zu Oesterreich neigt. Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 9, nr. 104.

[107]) Berichte über die antifranzösische Haltung Edelsheims bei: Obser, PK., IV. Nr. 259, Karlsruhe, 16. IV. 1803, Massias an Talleyrand; ders. an dens., Karlsruhe, 21. IV. 1805, Paris A.d.a.é. Corr. Bade 6, nr. 297; ders. an dens., Karlsruhe, 20. XI. 1805, „j'ai depuis cinq ans plusieurs raisons de ne pas compter sur les sentiments d'amitié et de dévouement des ministres de S.A.S. l'Electeur."; ebd. nr. 387; ders. an dens., Karlsruhe, 12. V. 1808; „Il (Edelsheim) est ennemi de la France"; ebd. Corr. Bade 8, nr. 241. Auguste Talleyrand an Champagny, Karlsruhe, 14. V. 08 berichtet, daß Edelsheim und Frau zu der österr. freundl. Partei der Markgräfin gehören, „qui'ils se sont emparés de l'esprit du grand duc héréditaire qu'ils ne cessent d'indisposer contre la France." ebd. Corr. Bade 8, nr. 243; desgl. Bignon an Champagny, Karlsruhe, 9. XII. 1809, ebd. Corr. Bade 9, nr. 168. Bignon an Champagny, Karlsruhe, 15. XII. 1809, ebd. Corr. Bade 9, nr. 172.

lung des Erbfolgers zu dem Ereignis dieses Vertrages wissen wir nichts; es ist anzunehmen, daß ihm die Vertragsbestimmungen bei seiner bekannten Interesselosigkeit gleichgültig waren.

Wenn jemand unzufrieden war mit diesem Vertrag und bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen, so war das ein Teil der badischen Militärs, die nicht auf Seiten Frankreichs kämpfen wollten. Bevor noch das Bündnis mit Frankreich bekannt geworden war, schrieb der österreichische Gesandte schon an seinen Minister, „verschiedene Offiziere würden mit wahrem inneren Schmerz die Vereinigung des hiesigen Militärs mit dem französischen gegen uns sehen" und er fügte hinzu, daß sie in diesem Fall bereit sein würden den badischen Dienst zu verlassen [108]). Bald darauf konnte er den Namen eines Majors melden, der gewillt war mit 1000 Mann im Kriegsfall zu den Oesterreichern überzugehen [109]), wie es dann auch geschah [110]).

Der am 5. September mit der Bedingung der Geheimhaltung unterzeichnete Vertrag wurde am 15. September von Napoleon ratifiziert nach Karlsruhe gesandt [111]), wo am 20. September die Gegenratifikation erfolgte. Mit diesem Vertrag beginnt eine achtjährige Periode badisch-französischer Beziehungen, deren Anfang zwar erzwungen war, deren Entwicklung für das Wohl des Landes aber nicht mehr allein abhängig war von diesem Zwang, sondern ebensosehr von der Geschicklichkeit und dem guten Willen der Männer, in deren Händen die Führung der Regierung lag.

[108]) Obser, PK. V. Nr. 445, Karlsruhe, 10. Sept. 1805, Schall an Cobenzl.
[109]) ebd. Nr. 448, Karlsruhe, 13. Sept. 1805, Schall an Cobenzl.
[110]) Siehe S. 35 f.
[111]) Obser, PK. V. Nr. 333, Paris, 15. Sept. 1805, Talleyrand an Thiard.

II. Kapitel.

Der Feldzug von 1805 und der Wiener Vertrag vom 20. Dezember.

Mit dem Uebergang der französischen Armee über den Rhein am 25. und 26. September forderten die in dem Vertrag festgelegten Verpflichtungen [1]) der Bundesgenossen ihre praktische Verwirklichung. Und zwar zunächst diejenigen, die sich auf den Feldzug selbst bezogen. Der Kurfürst hatte sich verpflichtet, 3000 Mann zu stellen in dem Augenblick, wo französische Truppen weit genug ins Land eingedrungen sein würden, um Baden vor den österreichischen Truppen zu schützen [2]). Frankreich dagegen hatte versprochen, selbst gegen Gutscheine keine Requisitionen in Baden zu machen [3]). Beide Bestimmungen gaben Anlaß zu gegenseitigen Beschwerden. Baden stellte sein Kontingent weder pünktlich noch vollständig, Frankreich requirierte trotz des gegebenen Versprechens.

Verschiedene Gründe erschwerten die Aufstellung des badischen Corps; technische Fehler (man berief erst am 20. September die Beurlaubten ein [4]), finanzielle Schwierigkeiten und schließlich die Stimmung innerhalb der Truppe.

Schon der französische Beauftragte Thiard hatte Talleyrand auf die bedenkliche Lage aufmerksam gemacht, die sich aus der Finanznot des Landes für die Truppenaufstellung ergeben würde [5]). Durch äußere Umstände wie die Ereignisse der Revolutionsjahre, durch den Erwerb zum Teil verschuldeter Gebiete wie der Pfalz und schließlich durch eigene unrationelle und unübersichtliche Finanzverwaltung war das Land Baden in immer größere Schulden geraten [6]); in einem Zeitraum von drei Jahren hatten sie sich verdoppelt, und 1805 hatte das Kurfürstentum 8 Mill. fl. Schulden bei einem jährlichen Defizit von einer halben Mill. fl. [7]). Was diese Schulden bedeuteten, wird klarer ersichtlich, wenn man ihnen die Einnahmeziffer mit etwa 2.200 000 fl. gegenüberstellt [8]) und berück-

---

[1]) s. S. 28.

[2]) Obser, PK. V. Nr. 315 Art. 2 und Nr. 339 Art. 1.

[3]) ebd. Nr. 339 Art. 10.

[4]) Bad. Militäralmanach IX, S. 76.

[5]) Obser, PK. V, Nr. 340, Baden, 20. IX. 1805, Thiard an Talleyrand.

[6]) Ueber die verschiedenen Gründe der badischen Verschuldung vgl. Willy Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 85 ff.; Obser, PK. V. Nr. 211, Karlsruhe, 15. XII. 1804, Schall an Cobenzl.

[7]) W. Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 90 Anm. 3.

[8]) Obser, PK. V. Nr. 548, Paris, 6. III. 1806, Reizenstein an Karl. Pölitz, Der Rheinbund, gibt 3 Mill. fl. Einkünfte an.

sichtigt, daß die Möglichkeiten zu neuem Kredit immer geringer wurden [9]). Der durchschnittliche Militäretat in den Jahren 1803 und 1804 betrug etwa 550 000 fl. [10]) bei annähernd 6500 Mann [11]).

Um eine Truppe auf Kriegsfuß zu setzen, genügte dieser normale Etat nicht, und es ist kein Wunder, daß die Mannschaften zum Teil höchst unvollkommen ausgerüstet den Feldzug antraten [12]). Es fehlte an Kleidungsstücken ebenso sehr wie an Munition, und der Marschall Ney, der das badische Corps am 27. September in Durlach in Empfang nehmen sollte [13]), erhielt einen Tag vorher die Nachricht, daß in Baden noch nichts fertig sei [14]). Der Kurfürst berief sich auf den I. Artikel des Zusatzvertrages, wonach seine Truppen erst bei genügender Sicherung seines Landes durch die französische Armee marschbereit zu sein hätten [15]);

[9]) Obser, PK. V. Nr. 211, Karlsruhe, 15. XII. 1804. Schall schrieb schon damals an Cobenzl, das Kurhaus nähme jede Summe auf — selbst 100 fl. — Dasselbe wiederholt er im September 1805, ebd. Nr. 440, Karlsruhe, 5. September 1805. ebd. Nr. 237, Karlsruhe, 2. Juli 1805, Schall an Cobenzl. Ueber die Schwierigkeiten Badens in den folgenden Jahren Geld zu bekommen vgl. auch: Massias an Champagny, Karlsruhe, 18. VIII. 07. „Lorsque S.A. le grand duc héréditaire s'est disposé à partir pour Paris on s'est adressé à ces deux maisons (Bankhaus Schmaltz in Mannheim und Bankhaus Seligmann in Karlsruhe) pour en obtenir des avances. Elles sont refusé d'en faire aucune et le Prince n'eut pu faire son voyage faute d'argent si Mr. Vierordt homme d'affaires des Margraves Louis et Frédéric ne lui eut donné une lettre de crédit pour Paris. Ce même Mr. Vierordt a été envoyé à Francfort, il y a environ un mois pour y négocier un emprunt. Le gouvernement grand ducal est si discrédité dans cette ville qu'il n'a pu trouver dix mille fl. à emprunter". (Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 97). — Am 6. August 1808 schreibt Dalberg an Klüber: „Der Drang der Umstände und die Erschöpfung aller Geldmittel ist aber auf das äußerste gestiegen ... die Anleihen sind in Straßburg, Frankfurt und Augsburg abgeschlagen, wenn man nicht Handpfänder oder receptive Gefälle ausdrücklich verpfändet ..." (Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz, 10); und im Oktober 1808 schreibt derselbe an Champagny, Badens Anleiheversuche in Deutschland und Holland seien gescheitert. Dalberg bittet Champagny, Napoleon möge die badischen Bemühungen unterstützen: „il faudrait que S. M. permît ou autorisât que cet emprunt puisse se négocier soit en Hollande soit en France ..." und das wichtigste: „dans le cas que S. M. daignât autoriser que cet emprunt se négocie il serait nécessaire que ses dispositions fussent connues par le public". Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 350, Erfurt, 13. Okt. 1808.

[10]) Bad. Militäralmanach IX, S. 41.

[11]) ebd. S. 30. Gesamtstärke 1804 5059 Mann, 1805 6557.

[12]) Bad. Militäralmanach IX, S. 79.

[13]) Obser, PK. V. Nr. 354, Paris 20. Sept. 1805, Berthier an Kurfürst Karl Friedrich.

[14]) Alombert et Colin II. p. 460. Durlach, 26. Sept. 1805, Le chef d'escadron Decrabbé au Maréchal Ney: „Rien n'est encore prêt".

[15]) Obser, PK. V. Nr. 356, Baden, 24. Sept. 1805, Karl Friedrich an Murat.

mochte dieser Einwand im Augenblick berechtigt sein, so war er bei dem raschen Vorrücken der Franzosen schnell wertlos, und eine Beschwerde Napoleons blieb nicht aus [16]). Man bequemte sich nun in Baden zu einem etwas schnelleren Tempo, und am 1. Oktober rückten die ersten Truppen aus den Garnisonen — zum Teil allerdings in dem oben geschilderten Zustand und nicht in der vorgeschriebenen Zahl von 3000 Mann, sondern zunächst nur mit 1200 [17]); später wurden die Truppen zwar ergänzt, aber die 3000 Soldaten, zu denen Baden verpflichtet war, hat es nicht aufgebracht; die badische Feldbrigade im Feldzug von 1805 wird mit nur 2650 Mann angegeben [18]). Napoleon, dem man die schwierige Lage des badischen Corps vorstellte, bewilligte noch eine Frist von 14 Tagen, um das Corps kriegsmäßig auszurüsten. Bis zum 15. Oktober sollten die Truppen in der Gegend von Pforzheim bleiben, dann aber in voller Stärke und Ausrüstung zum französischen Heer stoßen. Das Corps war aber auch am 15. Oktober weder vollzählig noch ausgerüstet; der Aufbruch erfolgte am 25. Oktober, — am 20. Oktober war bereits die Kapitulation von Ulm erfolgt — und erst im November erreichte die Winterausrüstung die Truppen in Donauwörth [19]). Reizenstein selbst gab zu, daß die Franzosen wohl Grund hätten, Baden diese Langsamkeit vorzuwerfen [20]).

War die Truppe schon äußerlich nicht verläßlich, so war sie es ihrer Gesinnung nach noch weniger.

Die Zusammensetzung und Organisation des badischen Corps beruhte auf dem 9. Organisationsedikt vom 21. März 1803 [21]) und den dazugehörigen Ergänzungserlassen vom 28. Januar [22]), 24. Juni [23]), 4. August [24]) und 1. Dezember 1804 [25]). Die oberste Leitung der Militärgeschäfte war dem

---

[16]) ebd. Nr. 363, Straßburg, 29. Sept. 1805, Thiard an den Markgrafen Ludwig; ebd. Nr. 365, Paris, 1. X. 1805, Talleyrand an Massias.

[17]) Alombert et Colin II. p. 385. Rastatt, 1. X. 1805, Thiard an Napoleon.

[18]) Bad. Militäralmanach VI, S. 48. — Es ist Uebertreibung, wenn das Bulletin de la Grande Armée vom 22. X. 1805 von 3—4000 Mann badischer Truppen spricht, die auf dem Marsch seien. Corr. de Napol. Ier. t. XI. nr. 9416.

[19]) Bad. Militäralmanach IX, S. 80, 88, 90, 97.

[20]) Obser, PK. V. Nr. 375, Considérations ... v. 25. X. 1805. Reizenstein weist darauf hin, daß die württembergischen Truppen bereits mit der französischen Armee vereinigt seien, und ein Teil der badischen Brigade zwar zum Gefangenentransport gefordert sei, „mais je ne sais pas si le reste qui d'après les conventions a dû se mettre en marche le 15 a effectué cette promesse et si les Français peuvent ou non nous reprocher là-dessus de la tiédeur. —“

[21]) Bad. Militäralmanach VIII, S. 77 ff., IX, S. 14 ff.

[22]) ebd. IX, S. 20 f.

[23]) ebd. S. 21.

[24]) ebd. S. 22.

[25]) ebd. S. 34.

Markgrafen Ludwig übertragen worden, dessen nächstliegende Aufgabe die Uebernahme der Truppen aus den dem Kurfürstentum soeben zugefallenen Gebieten war. Das Corps der Markgrafschaft Baden war 1803 ungefähr 2000 Mann stark [26]), die Mehrzahl davon waren Infanteristen; die Artillerie entstand recht eigentlich erst 1804 und auch die Kavallerie, die aus einem Husarencorps, einer Art Leibwache und dem sogenannten Garde du Corps (eine Kompagnie Dragoner und eine Kompagnie Kürassiere) bestand, umfaßte kaum 200 Mann. Diese Truppe war durch Konskription, nicht mehr durch Werbung aufgestellt worden. Den Grund zu einer allgemeinen Dienstpflichtigkeit im Kriegsfall hatte schon 1604 Markgraf Georg Friedrich gelegt [27]). Hundert Jahre später ordneten die Markgrafen Friedrich Magnus von Baden-Durlach und Ludwig Wilhelm von Baden-Baden eine förmliche Aushebung in ihren Landen an, um die Kreis-Assoziation von Nördlingen, der sie beigetreten waren, erfolgreich gegen Frankreich unterstützen zu können [28]). In Friedenszeiten aber griff man in der Folge immer noch auf die Werbung zurück [29]), und erst seit 1780, nach Vereinigung der beiden Markgrafschaften wurde die Aushebung zur Regel; nur Freiwillige meldeten sich in der Hauptsache noch auf den Werbebüros [30]). Bei der Aushebung galt anfangs der Grundsatz, daß nur „entbehrliche“ junge Leute zum Militärdienst gezwungen werden sollten. Ein großer Teil der Bevölkerung blieb von der Dienstpflicht verschont. Die zum Dienst bestimmten jungen Leute aber zwischen 17 und 30 Jahren waren auf Lebenszeit dem Militär verpflichtet und konnten nur durch besondere Verfügung des Landesherrn entlassen werden. Die von Baden zu übernehmenden Truppen aus den neuen Landesteilen waren dagegen zum großen Teil noch gegen Handgeld geworben, so zu. B. die kleinen Kontingente der Städte und der geistlichen Herren, aber auch die pfälzischen Truppen [31]), die mit über 1000 Mann den größten Bestandteil der fremdherrlichen Formationen ausmachten [32]). Die Landesverordnung vom 23. März 1803 führte dann einheitlich die für alle Gebiete verbindliche „Milizpflichtigkeit“ ein [33]); auch jetzt noch wurde nur ein geringer Teil der Bevölkerung erfaßt; die Söhne der höheren Stände blieben dienstfrei, und auch nach erfolgter Aushebung sollten nur soviel zum Heer kommen als für den Dienst notwendig war. Bei der Auswahl sollte Rücksicht genommen werden auf die Verhältnisse des Elternhauses und auf den Beruf der Rekruten. Fünf Jahre später freilich fielen diese Diensterleichterungen bis auf we-

[26]) ebd. VIII, S. 76 ff.
[27]) ebd. III, S. 128.
[28]) ebd. S. 134 ff.
[29]) ebd. IV, S. 131.
[30]) ebd. V, S. 179. Für das Folgende vgl. ebd. S. 179 f.
[31]) ebd. IX, S. 31.
[32]) ebd. VIII, S. 78 ff.
[33]) ebd. IX, S. 30 f. Für das Folgende vgl. ebd. S. 31 ff.

nige Ausnahmen fort und alle Einwohner mußten sich der Dienstpflicht unterziehen. Eine Neuerung von besonderer Bedeutung war die Aufhebung der Milizpflicht auf Lebenszeit. Sie galt in der Folge nur für alle jungen Leute vom 16. bis zum 25. Lebensjahr, und je nach Art der Truppengattung wurde eine Dienstzeit von 8—12 Jahren angeordnet. Im Jahre 1805 verfügte der Kurfürst, wie oben erwähnt, über ein Corps von 6500 Mann [34]), das sich aus drei Infanterieregimentern, einem Grenadier-, einem Artillerie und einem Jägerbataillon, dem Garde du Corps, einem leichten Dragonerregiment, einem Husarencorps und einem Garnisonsregiment zusammensetzte [35]). Aber dieses Corps war zunächst nur eine äußere Einheit. Die übernommenen Kontingente wurden nur zum Teil in den alten Truppenkern der Markgrafenzeit gesteckt. Zum andern Teil blieben sie selbständig. So bestand das Jägerbataillon aus dem von Speyer übergebenen Bataillon „Bruchsal“ [36]), und das Leichte Dragonerregiment war in der Hauptsache pfalzbayrische Kavallerie [37]); desgleichen war der Stamm des zweiten Infanterieregiments „Erbprinz“ pfälzisches Fußvolk [38]). Auch die Offiziere waren keineswegs nur Badener. Markgraf Ludwig hatte sich bei der Uebernahme der Militärleitung Offiziere aus Preußen, Hannover und Kurhessen verschrieben [39]).

Das so beschaffene badische Corps hat in dem Feldzug von 1805 weder an der Einnahme von Ulm noch an der Schlacht von Austerlitz teilgenommen. Diese Nichtverwendung ist nicht mit Sicherheit zu erklären [40]), aber es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie in der mangelnden Zuverlässigkeit begründet war. Badische Offiziere, die sich nicht „zu Werkzeugen der Feinde des deutschen Vaterlandes mißbraucht“ sehen wollten, schrieben an den österreichischen Gesandten Baron Schall und baten um Aufnahme im österreichischen Heer [41]). Der Führer des Jäger-Bataillons, Major von Becke, war nicht der einzige Offizier, der die er-

[34]) s. S. 32.
[35]) Bad. Militär-Almanach IX, S. 23 ff.
[36]) ebd. VIII, S. 18.
[37]) ebd. S. 20.
[38]) ebd. S. 17.
[39]) ebd. S. 15 f.
[40]) Einen Grund, der vielleicht auch mitgespielt haben mag, gibt Sauzey an in der Publikation des französischen Kriegsarchivs: „Les Allemands sous les Aigles français Tome II. Le contingent Badois, p. 1. „l'Empereur tenait peu-être à ménager tout d'abord ces soldats allemands qui figuraient pour la première fois dans les rangs de l'armée impériale; ou bien ne ressentait-il pour leur valeur militaire qu'une confiance modérée inspirée sans doute par les souvenirs plutôt facheux laissés par les troupes des Cercles à la suite des dernières campagnes auxquelles elles avaient pris part.“
[41]) Obser, PK. V. Nr. 463, Heidelberg 6. X. 1805, Schreiben Kurbad. Offiziere an den K. K. Gesandten von Schall; ebd. Nr. 466, Frankfurt, 8. X. 05, Schall an den Grafen Cobenzl.

betene Entlassung erhielt[42]). Und mit den Offizieren desertierten die einfachen Soldaten in solcher Menge[43]), daß der Kurfürst sich in seiner Kundgebung an die Truppe genötigt sah, einen Generalpardon auszugeben für alle diejenigen, die bis zum 14. Oktober zurückgekehrt sein würden[44]). Freilich waren in der Mehrzahl die Fluchtversuche nicht so sehr in der Liebe zum deutschen Vaterlande begründet als in der Undiszipliniertheit und Unlust der Truppe. Die Desertionen unterblieben, solange das Corps in Ruhe war, aber sie setzten ein in dem Augenblick, wo es marschieren mußte. Auf der Strecke von Pforzheim nach Donauwörth mußten die Truppen durch viele ehemalige Reichsstädte und säkularisierte geistliche Gebiete ziehen, deren Einwohner ihre Flucht nur zu gern begünstigten[45]). Erst gegen Ende des Krieges hörten die Desertionen im Felde auf[46]), nachdem ein Teil der Ueberläufer zurückgebracht und die Spießrutenstrafe an ihnen vollzogen worden war[47]). Bei diesen Umständen ist leicht einzusehen, daß Napoleon diese ebenso ungeübten wie unzuverlässigen Truppen im Kampf nicht den Oesterreichern gegenüberstellte, sondern sie nur zu Geleit- und Schutzdiensten verwandte[48]). Ende Januar 1806 waren alle Bataillone wieder in ihren Garnisonen ohne irgendwelche Verluste an Toten oder Verwundeten[49]). Die Behauptung, Napoleon habe seine Siege von Ulm und Austerlitz „nicht zum wenigsten" den badischen bzw. den württembergischen Truppen zu verdanken[50]), trifft für Baden nicht zu —

[42]) Bad. Militäralmanach IX, S. 79.

[43]) Obser, PK. V. Nr. 470, Hanau 6/18. X. 05, Maltitz an Czartoryski; ebd. Nr. 466, Frankfurt 8. X. 05, Schall an Cobenzl; ebd. Nr. 361, Karlsruhe 29. IX. 05, Massias an Talleyrand; vgl. Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 32 f.

[44]) Bad. Militäralmanach IX, S. 83 f. — Außer dem Widerwillen der Truppe, mit den Franzosen gemeinsam zu kämpfen, wird vor allen Dingen der Widerwille gegen die Heeresdisziplin und die neu eingeführte Konskription als Grund der Unzuverlässigkeit angegeben ebd. S. 80, S. 94.

[45]) ebd. IX, S. 94 f. — Uebrigens drangen auch Klagen ins französische Hauptquartier über eine angebliche Bevorzugung der österreichischen Gefangenen in Speyer vor den französischen Truppen. Der württembergische Minister Winzingerode beeilte sich, den badischen Nachbarn deswegen anzuklagen. Alombert et Colin III, 2, p. 1129. Stuttgart 24. X. 05, Winzingerode an Didelot; vgl. die Unterstützung österreichischer und russischer Gefangener durch die Markgräfin Amalie. Obser, PK. VI. Nr. 296. Karlsruhe, 17. XII. 1805, Markgräfin Amalie an Elisabeth von Rußland.

[46]) Bad. Militäralmanach, IX, S. 107.

[47]) ebd. S. 109. — Die Desertionen bei den neu ausgehobenen Truppen in Karlsruhe waren ebenfalls stark. Man mußte die Leute aus den Wäldern holen, wo sie sich versteckt hielten. Obser, PK. V. Nr. 474, Frankfurt, 3. XII. 1805, Schall an Cobenzl.

[48]) Bad. Militäralmanach IX, S. 86/87 — Geleitdienste. S. 99 — Besatzung in Augsburg. S. 101 ff. — Festungsdienste in Braunau. S. 110 — desgl. in Passau und Schurding.

[49]) ebd. S. 116.

[50]) R. Pape a. a. O. S. 577.

eine aktive Teilnahme des badischen Corps ist erst in der Rheinbundzeit zu verzeichnen.

Konnte Baden sich also, was die Behandlung und Inanspruchnahme seines Corps betraf, nicht beklagen, so bestanden seine Beschwerden hinsichtlich der französischen Requisition zu recht [51]). Zwar hatte Napoleon die allgemein gehaltene Weisung gegeben, die badischen Lande zu schonen [52]); aber ein Befehl, der Requisitionen verbot und damit dem im Vertrag gegebenen Versprechen entsprochen hätte, erging doch nicht. Die Instruktionen nahmen Requisition als selbstverständlich an, jedoch sollte mäßig und nur gegen Gutscheine von der Requisition Gebrauch gemacht werden [53]). Daß man in Karlsruhe den Artikel die Requirierung betreffend selbst nicht allzu wörtlich genommen hatte, beweist, daß an alle Oberämter der Befehl erging, für die durchziehenden französischen Truppen Fourage bereit zu halten [54]). Man hatte durch diesen Artikel wohl vor allem einer allzu willkürlichen Ausbeutung vorbeugen und sich eine Entschädigung für die geleisteten Lieferungen sichern wollen. Die badischen Beschwerden bezogen sich im wesentlichen auf übermäßige Forderungen an Lebensmitteln, Schuhzeug und auf die Errichtung eines Lazaretts bei Bruchsal [55]). An eben diesen Realien aber herrschte in den französischen Armeen schon bei Beginn des Rheinübergangs großer Mangel. Beim Kaiser und beim Kriegsministerium liefen Klagen über Klagen ein, daß es zum Teil bei den Truppen am nötigsten fehlte, von der Nahrung bis zum Sold und zur Munition [56]). Zwar waren Kleidungsstücke bestellt, aber die

---

[51]) Wie Theobald a. a. O. S. 23 und Obser, PK. V. Einleitung Seite XXXVII.

[52]) Corr. de Napol. Ier. t. XI. nr. 9249. Saint Cloud, 21. IX. 1805, Napoleon an Murat: „Les états de Bade doivent être ménagés puisque nous sommes amis".

[53]) Alombert et Colin II. p. 290, Paris, 20. IX. 1805, Berthier an Davout: „vous vivrez de réquisitions que vous tirerez comme je vous l'ai dit ci-dessus du pays qui sera sur votre gauche, et vous ferez donner des bons en règles de tout ce que vous aurez réquis sur le pays de l'Electeur de Bade".

ebd. p. 466. Instruction de M. le maréchal Ney sur la manière de faire subsister la troupe sur la rive droite du Rhin. p. e: art. 4. Les officiers devront être nourris d'une manière décente et conforme à leur grade; mais jamais ils ne pourront exiger rien qui soit exorbitant et trop à la charge des habitants".

[54]) Obser, PK. V. Nr. 358, Baden, 25. IX. 1805, Kurfürstl. Reskript an den Geh. Rat. Weisung an die Oberämter.

[55]) Obser, PK. V. Nr. 368, Pforzheim, 2. X. 1805, Oehl an Karl Friedrich. ebd. Nr. 377, Karlsruhe 3. XI. 05, Protokoll des Geh.Rats; ebd. Nr. 378, Linz, 10. XI. 05, Oehl an Karl Friedrich.

[56]) Alombert et Colin II. Introduction p. 7 ss; ebd. p. 397, s. d. Murat an Napoleon; ebd. p. 324, Straßburg, 23. IX. 1805; Bericht des Divisionsgenerals Belliard; ebd. p. 447, Straßburg, 30. IX. 1805; Privé an Berthier. ebd. p. 545, Heilbronn, I. X. 1805 Soult an Berthier; ebd. III. 1, Introduction p. 240.

Zahlungen stockten, und die Fabriken lieferten nicht. Murat bat den Kaiser um Stiefel für die Dragoner [57]), die Regimenter Vandammes waren nur unvollständig mit Schuhzeug und Mänteln [58]) versorgt, und überall war die Soldzahlung im Rückstand, sodaß die Führer zum Teil über Desertionen klagten [59]). Die Feldlazarette waren noch nicht fertig, die wichtigsten Instrumente und Einrichtungen fehlten [60]), und es war daher zu verstehen, daß französischerseits versucht wurde, diese Mängel durch Requisitionen auszugleichen [61]). Die Beschwerden des badischen Kriegskommissars Oehl [62]) wurden zwar angehört — Napoleon selbst versicherte ihm, daß alles bezahlt werden sollte [63]), — aber das Ergebnis war dann doch, daß Baden im Vertrag von Wien auf jede Kriegsentschädigung und Bezahlung für geleistete Lieferungen verzichten mußte [64]). Bedenkt man aber, daß diesen Schäden gegenüber die praktischen Leistungen der badischen Truppen minimal waren, und daß die im Wiener Vertrag erworbenen Gebiete in keinem Verhältnis standen zu den gelieferten Sachwerten während des Durchmarsches, so hat das Land Baden von diesem Feldzug mehr Nutzen als Schaden gehabt. —

Durch den Sieg der französischen Armee über die österreichischen Truppen wurde für Napoleon die Verpflichtung akut, die Vertragsansprüche

---

[57]) ebd. II, p. 424, Offenburg, 28. IX. 05, Murat an Napoleon.

[58]) ebd. II, p. 531, 29. IX. 1805, Vandamme an Soult. Bericht über den Zustand der Regimenter in seiner Division.

[59]) ebd. p. 531; ebd. p. 261, Straßburg, 15. IX. 1805, Songis an Berthier; ebd. p. 567, Oggersheim, 26. IX. 1805; Davout an Berthier; ebd. p. 559, Speyer, 24. IX. 1805, Davout an Murat.

[60]) Alombert et Colin, II. p. 397, s. d. Murat an Napoleon; ebd. p. 519, Bruchsal, 28. IX. 1805, Soult an Napoleon; ebd. p. 522, Eppingen, 28. IX. 1805; Soult an Berthier; ebd. p. 553, Speyer, 23. IX. 1805 Davout an Berthier; ebd. p. 557, Speyer, 24. IX. 1805, ders. an dens.; ebd. p. 560, Speyer, 24. IX. 1805 Davout an Petiet.

[61]) Munitionsforderungen wurden z. B. Baden aber nicht zugemutet, wie etwa Bayern; ebd. II. p. 717, Ludwigsburg 3. X. 1805, Napoleon an Berthier.

[62]) Obser, PK. V. Nr. 359, Pforzheim 2. X. 1805, Oehl an Karl Friedrich.

[63]) ebd. Nr. 368. — Eine Bitte Oehls vom 22. X. 1805 an den franz. Kriegsminister Berthier um Einstellung der Requisition, gedruckt bei Alombert et Colin, III, 2. p. 1039 s.

[64]) Obser, PK. V. Nr. 414; Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich, Wien 20. XII. 1805 Separatartikel Nr. 2.
Man war in Baden übrigens darauf gefaßt, keine Entschädigung zu bekommen. Vgl. ebd. Nr. 430, Bemerkungen des Geh.Rats Meier zum Vertrag vom 20. XII. 1805. „Man hat im Ernst nie auf Zahlung der geleisteten Lieferungen zählen können."

der drei süddeutschen Länder zu erfüllen. An eigenem Besitz innerhalb des Reiches hatte Napoleon kein Interesse [65]), wohl aber an militärkräftigen Bundesgenossen. Die weggenommenen vorderösterreichischen Besitzungen waren daher von vornherein zur Vergrößerung von Bayern, Württemberg und Baden bestimmt. Frankreich mußte bei der Verteilung vor allem darauf achten, daß ein möglichst starker Grenzstaat gegen Oesterreich entstand, d. h. Bayern mußte am meisten vergrößert werden. Konnte man auf ein österreich-feindliches Bayern rechnen, so war eine Sicherung der Rheingrenze ein Problem zweiter Ordnung, umsomehr da Frankreich selbst im Besitz des linken Ufers war und eigene Truppen dort stehen haben konnte. Aber eine gewisse Garantie der Grenzsicherung durch den Frankreich benachbarten Rheinstaat war trotzdem nicht ohne Bedeutung; die Folge war, daß Baden nächst Bayern am meisten begünstigt wurde. Bayern und Baden hatten beide den Vorteil, daß ihre Vergrößerung im Interesse Frankreichs lag, während Württemberg als Einzelmacht betrachtet für Frankreich sehr viel weniger wichtig war. Wenn es dennoch große Anteile erhielt, so verdankt es das im wesentlichen seiner eigenen energischen Betriebsamkeit. Die Württemberger bemühten sich mit einer ungleich stärkeren Energie als die Badener um Erfüllung ihrer Wünsche.

Mit Beginn der Friedensverhandlungen ergaben sich für Baden zwei wichtige Aufgaben. Der Kampf um neuen Besitz mußte in zwei Richtungen geführt werden. Bei Erkenntnis des französischen Interesses an einer badischen Vergrößerung mußte man alles tun, um dieses im französischen Hauptquartier nach Möglichkeit auszunutzen; Frankreichs Absicht auf eine starke Macht am Rhein mußte von Baden unterstützt werden. Wichtiger fast aber war noch die zweite Aufgabe: die Behauptung der badischen Ansprüche gegenüber Württemberg, gegenüber dem Land, mit dem sie geographisch-politisch am leichtesten in Konflikt kommen konnten. Wenn die badische Regierung durch den Vertrag vom 20. Dezember sich in ihren Erwartungen getäuscht sah und bei Frankreich sich darüber beschwerte [66]), so ist zu betonen, daß es die erhofften Gebiete weniger durch böse Absicht Frankreichs, als durch das geschickte und rasche Handeln Württembergs verloren hat.

Bezeichnenderweise hat man sich in den Denkschriften aus diesen Tagen fast nur um die erste Aufgabe bemüht, Die Gefahr, die von Württemberg drohte, hat man, wenn auch nicht übersehen, so doch nicht mit dem

---

[65]) Heigel, a. a. O. S. 579. ebd. ein Bericht Gravenreuths aus dem französischen Hauptquartier vom 25. X. 1805.

[66]) Obser, PK. V. Nr. 413, Karlsruhe 19. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein; ebd. Nr. 415, Wien, 20. XII. 1805, Reizenstein an Talleyrand.

nötigen Nachdruck betont[67]). Hätte man sie früh[68]) und deutlich genug erkannt, wäre man ihr vielleicht nicht erlegen. Es war ein Fehler nur mit Frankreich zu rechnen; ja, es lag darin eine Ueberschätzung der badisch-französischen Beziehungen, so weit die Länderverteilung in Frage stand. Frankreich konnte nicht immer den Wert kleiner einzelner strittiger Gebietsteile kennen, es war ihm im Grunde gleichgültig, wem diese zufielen; die Vergrößerung Badens war weniger eine badisch-französische Angelegenheit als eine badisch-württembergische, denn Frankreich hätte von sich aus z. B. Baden den ganzen Breisgau gegeben und nicht daran gedacht, einzelne Teile desselben für Württemberg zu reservieren. Man sah in Karlsruhe die Landverteilung zu sehr als eine rein französische Gnadenaktion an. Deshalb überließ man die Initiative ausschließlich Frankreich, ohne daran zu denken, daß man sie damit dem Nebenbuhler in die Hände spielte. Man beging einen verhängnisvollen diplomatischen Fehler, indem man sich ganz auf die französische Politik konzentrierte und jede andere zwischenstaatliche Beziehung außer acht ließ.

Aus einer solchen Verkennung der wahren Interessen Badens erwuchsen dann technische Fehler wie die verspätete Sendung eines badischen Unterhändlers in das französische Hauptquartier. Nicht das Zuspätkommen als solches ist zur Erklärung für die „Mißerfolge" in der Länderverteilung heranzuziehen, sondern die ungenügende diplomatische Vorbereitung, die ihm zugrunde lag.

Das Ziel der Wünsche Badens mußte seit der Vergrößerung von 1803 die „contiguité" der badischen Lande sein. Dies zu erreichen gab es zwei Wege: die Karlsruher Diplomatie konnte versuchen die badischen Besitzungen im Südwesten abzurunden durch den Breisgau, die Ortenau und den österreichischen Besitz am Bodensee; oder aber sie verzichtete auf die südlichen Gebiete und erstrebte eine Arrondierung im Nordosten durch hessisches und württembergisches Land. Dalberg und Reizenstein zogen beide die nordöstliche Ausdehnung vor. Schon während der dem Reichsdeputationshauptschluß vorangehenden Pariser Verhandlungen hatte Reizenstein gelegentlich versucht, Gebiete, die auf eine Längsausdehnung des

---

[67]) Wohl wiesen Dalberg und Reizenstein in ihren Denkschriften von Mitte November schon auf die Gefahr hin, gegenüber Württemberg im Hauptquartier zu spät zu kommen. (Obser, PK. V. Nr. 381, Nr. 386). Aber dieser einmalige Hinweis genügte nicht, um der Gefahr zu entgehen. Reizenstein selbst, dessen Mission schon am 27. Nov. entschieden war, beeilte sich nicht allzusehr mit der Abreise; am 7. Dez. noch war er in Heidelberg.

[68]) Wenn man berücksichtigt, daß der württembergische Unterhändler Graf v. Normann-Ehrenfels bereits am 19. Nov. in Wien eingetroffen war und die Denkschriften Dalbergs und Reizensteins erst Mitte November eingereicht wurden, so ist der Hinweis auf die württembergische Gefahr nicht eben früh zu nennen.

badischen Staates zielten gegen solche, die eine Breitenausdehnung begünstigt hätten, einzutauschen [69]). Auch jetzt stimmten beide Staatsmänner im wesentlichen in der Abgrenzung der badischen Ausdehnungswünsche nach Osten überein. Die künftige Grenze sollte dem Lauf der Nagold, der Enz, dem Neckar, bis fast zur Tauberquelle folgen, um dann im Norden den Main zu erreichen. Dafür hätte man Württemberg am Bodensee freie Hand gelassen und auf den ohnedies hinsichtlich seines Wertes etwas zweifelhaften Besitz [70]) des Breisgaus und der Ortenau verzichtet. Eine Verkürzung der badischen Grenze am Rhein unter gleichzeitiger Verbreiterung im Norden und Osten erschien beiden Staatsmännern als die vorteilhafteste Arrondierung. Selbstverständlich war man sich klar darüber, daß bei einer solchen Politik Konflikte mit Württemberg nicht ausbleiben würden, umsomehr als Frankreich, nach Reizensteins Ansicht, eine Nord-Südausdehnung eher akzeptieren würde, um von Basel bis Mainz nur einen Nachbarn zu haben.

Der Verlauf der Verhandlungen im Spätjahr 1805 und ihr Ergebnis für Baden ist bekannt [71]). Mit der Wahrnehmung der badischen Interessen wurde nicht Dalberg, sondern Reizenstein betraut. Die Gründe für diese Uebergehung Dalbergs sind nicht ganz ersichtlich; vielleicht sah man in Reizenstein den Sachverständigen aus den Tagen der ersten Länderverteilung, vielleicht war Dalberg auch als eine zum Kreis der Markgräfin Amalie gehörende Persönlichkeit den entscheidenden Stellen mißliebig. Die politische Korrespondenz Reizensteins geht fast durchweg an den Markgrafen Ludwig, sodaß anzunehmen ist, diesem hauptsächlich habe Reizenstein seine Berufung zu verdanken [72]). Berichte an den österreichischen Gesandten Schall, die vermutlich aus der Umgebung Amalies stammen, bezeichnen Reizenstein geradezu als „die rechte Hand des verabscheuungswürdigen Markgrafen Ludwig“ [73]). Dalberg selbst gab als Grund für seine Uebergehung seine ritterschaftliche Gesinnung an im Gegensatz zu Reizenstein, dem man wegen seiner antiritterschaftlichen Einstellung wohl mehr Rücksichtslosigkeit hinsichtlich der zu erwerbenden Gebiete zutrauen

---

[69]) Reizenstein hätte auf das Bistum Konstanz verzichtet, wenn er dafür die fürstenbergische Herrschaft Hausen erhalten hätte. Vgl. Erdmannsdörffer, PK. IV. Nr. 123, Paris, 17. III. 1802, Reizenstein an Talleyrand.

[70]) Dalberg weist in seiner Denkschrift auf die Verschuldung des Breisgaus hin, der Baden nur etwa 70 000 Fl. einbringen würde, ganz abgesehen von der Schwierigkeit der Verwaltung.

[71]) Theobald a. a. O. S. 27 ff.

[72]) Dafür spricht auch: Obser, PK. V. Nr. 680, Karlsruhe, 7. XII. 1805, Markgraf Ludwig an Thiard.

[73]) ebd. Nr. 475, Karlsruhe 19. XII. 1805, * * * an Schall: „Reizenstein est connu ... pour être la main droite du détestable Margrave Louis . .“

mochte[74]). Als seine Sendung ins französische Hauptquartier ein Jahr später von neuem akut wurde, kam Dalberg noch einmal brieflich auf diese Uebergehung zu sprechen. Er verteidigte sich vor dem Großherzog gegen den Vorwurf, daß er zu der österreichisch-russischen Partei am Hofe gehöre[75]), eine Beschuldigung, die wahrscheinlich auf Reizenstein zurückgeht[76]), und beklagte sich dabei über das verlorene Vertrauen; in einem anderen Brief wieder glaubte er die Ursache für die Ungnade des Karlsruher Hofes in seiner Eigenschaft als Pfälzer und Katholik zu finden[77]). Wie gesagt, der Grund für die Bevorzugung Reizensteins ist nicht eindeutig erkennbar, aber Dalberg war gewillt die Konsequenzen daraus zu ziehen und bat um seine Entlassung[78]), die ihm jedoch nicht gewährt wurde[79]).

Reizensteins Wirksamkeit bei diesen Verhandlungen wurde auf ein Minimum herabgedrückt, da er erst am 17. Dezember in Wien eintraf. Er kam damit vier Wochen später im französischen Hauptquartier an als der württembergische Vertreter Graf von Norman-Ehrenfels[80]). Es war das besonders nachteilig für Reizenstein, als Napoleon von sich aus zu

---

[74]) ebd. Dalberg über seine Uebergehung: „il s'en est expliqué très vertement, on lui a dit qu'on ne lui donnait pas cette mission parcequ'il était trop ritterschaftlich". Und von Reizenstein heißt es ebenda: „Reizenstein est connu pour être contre la noblesse immédiate . . ." Ueber Dalbergs Einstellung zur Reichsritterschaft und Mediatisierung vgl. Obser, PK. IV. Nr. 631, Darmstadt, 4. I. 1804, der Landgraf von Hessen-Darmstadt an Karl Friedrich; ebd. V. Nr. 421, Mannheim 25. XII. 1805, Dalberg an Edelsheim u. Exkurs III.

[75]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 27, Paris, 24. IX. 1805. Dalberg an den Großherzog: „On a fait croire à V.A.R. que j'étais voué au parti autrichien et russe tandisque je ne l'étais jamais à aucun parti . . ."

[76]) ebd. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, o. O., 25. IX. 1806, Dalberg an Klüber. „Reizenstein hat keinen Abschied von mir genommen, ich weiß nicht warum; er sagte voriges Jahr von mir in Baden, ich gehöre zu der österreichisch-russischen Partei . . .".

[77]) ebd. o. O., 25. IX. 1806, ders. an dens.: „Das Vertrauen eines Hofes unterliegt so vielen Einflüssen, ich biete als Pfälzer, als ein Katholik . . . soviele Blößen dar, daß ich mir nur zu gut erkläre, warum in Karlsruhe ich manches Anstössige haben muß . .". Diese Annahme Dalbergs wird bestätigt durch Obser, PK. V. Nr. 680, Karlsruhe, 7. XII. 1805, Markgraf Ludwig an Thiard.

[78]) ebd. Nr. 396, Mannheim, 1. XII. 1805, Dalberg an Edelsheim; ebd. Nr. 399, Karlsruhe 4. XII. 1805, Edelsheim an Karl Friedrich; ebd. VI. Nr. 317, Januar 1806, Entwurf Dalbergs an Karl Friedrich.

[79]) ebd. V. Nr. 400, Karlsruhe 4. XII. 1805, Karl Friedrich an Edelsheim.

[80]) Schon am 2. November forderte Napoleon den Kurfürsten von Württemberg auf, zurückgreifend wohl auf ein Gespräch in Stuttgart, ihm einen Unterhändler zu schicken. Corr. de Napoléon Ier. t. XI. nr. 9444, Ried, 2. XI. 1805. Der württembergische Vertreter traf am 19. IX. in Wien ein.

einem raschen Abschluß der Verträge mit den Südstaaten drängte, um sie in den Vertrag mit Oesterreich aufzunehmen. Schließlich forderte der Kaiser vom Chef des Büros der Auswärtigen Angelegenheiten den Abschluß innerhalb 24 Stunden [81]). Da Reizenstein nicht anwesend war, blieb Talleyrand nichts anderes übrig, als sich an den badischen Kriegskommissär Oehl zu wenden und ihn zur Unterzeichnung zu bewegen [82]). Es gelang Reizenstein trotz aller Bemühungen nicht, den von Oehl am 12. Dezember zu Brünn abgeschlossenen Vertrag rückgängig zu machen [83]). Der von ihm am 20. Dezember in Wien unterzeichnete unterschied sich davon nur durch die Abtretung von Kehl, die Reizenstein hatte zugestehen müssen und durch den Erwerb von Heitersheim und der breisgauischen Klöster, der ihm noch gelungen war [84]).

Dieser badisch-französische Staatsvertrag [85]) ist in dreierlei Hinsicht wichtig; sein Inhalt ist erwerbspolitisch, verfassungspolitisch und militärpolitisch gleich bedeutsam. Der erste Teil des Vertrags bringt Baden in den Besitz des Breisgaus (ausschließlich der im Württembergischen en-

---

[81]) Obser, PK. V. Nr. 407, Wien 14. XII. 1805, Oehl an Karl Friedrich. ebd. Nr. 428, Wien 1. I. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich. Reizenstein berichtet über eine Unterredung mit dem Chef des Büros des Auswärtigen Amts mit de la Besnardière. Nachdem er diesem 2000 Louisdor überreicht hatte, gab dieser zu, daß der Vertrag „allerdings äußerst überschnellt worden" sei, aber man habe ihm nur 24 Stunden Zeit gelassen für die drei Vorträge, „es sei ihm daher nicht möglich gewesen, den Insinuationen Normans, zu deren Widerlegung ohnehin niemand auf dem Platz gewesen sei, auf den Grund zu sehen".

[82]) ebd. Nr. 407, Wien 14. XII. 1805, Oehl an Karl Friedrich.

[83]) Reizenstein wies darauf hin, daß Oehl keine Vollmacht zum Abschluß gehabt habe, und der Vertrag deshalb nicht gültig sein könne. Besonders bemühte er sich den ganzen Breisgau zu erhalten, einschließlich der um Triberg gelegenen und von Württemberg erworbenen Landstriche. Er beanspruchte Bonndorf und Nellenburg um die „contiguité" der badischen Lande von Norden nach Süden zu sichern. ebd. V. Nr. 415, Wien 20. XII. 1805, Reizenstein an Talleyrand. — Da Reizenstein aber am selben Tag gezwungen war, den Vertrag zu unterschreiben und in die Abtretung Kehls einzuwilligen, (ebd. Nr. 415 u. ebd. Nr. 417, Wien 22. XII. 1805, Reizenstein an Karl Friedrich) versuchte er in der Folge, seine Ansprüche aufs neue als eine Entschädigung für Kehl geltend zu machen. ebd. Nr. 419, Wien, 23. XII. 1805, Oehl an Karl Friedrich). Mit seinem Schreiben vom 27. XII. an den Kurfürsten gab aber Reizenstein eigentlich die Hoffnung auf, für Baden noch weitere Gebiete zu erlangen. Als er in Wien ankam, war die Lage schon so verdorben, daß jeder Widerstand nur noch schaden konnte. ebd. Nr. 423.

[84]) Dieser Besitz ist im Vertrag nicht namentlich angeführt, aber er ist einbezogen in den Begriff Breisgau, was vorher nicht der Fall war. Vgl. ebd. Nr. 417 und 423. Daß er nicht ausdrücklich aufgeführt war, gab später Anlaß zu Differenzen mit Bayern. s. S. 58.

[85]) Obser, PK. V. Nr. 414, Wien, 20. XII. 1805. Eine genauere Auslegung dieses Vertrages fehlt bei Theobald.

klavierten Gebiete), der Ortenau, der Stadt Konstanz und der Kommende Mainau [86]). Baden erhielt also nur Gebiete, die ihm eine Ausdehnung nach Süden im Anschluß an die alte Markgrafschaft und am Bodensee gestatten. Der zweite Teil des Vertrages verschafft Baden die „plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent ainsi et de la même manière qu'en jouissent S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse sur leurs états allemands" [87]). Der dritte und ausführlichste Teil schließlich beschäftigt sich mit dem Verhältnis der beiden vertragschließenden Parteien in Krieg und Frieden [88]). Beide Staaten garantieren sich gegenseitig ihren Besitz, Baden unter Anerkennung aller französischen Besitzungen auf dem Kontinent einschließlich des Königreichs Italien; beide verpflichten sich zu einer Allianz derart, daß jeder Krieg geführt von der einen Macht automatisch verpflichtend wird auch für die andere. Beide Parteien werden zu diesem Zweck die Höhe der zu stellenden Truppen vereinbaren einschließlich aller militärtechnischen Fragen und versprechen sich, keinen Separatfrieden in künftigen Kriegen zu schließen. Baden verzichtet für sich und seine Nachfolger auf den Besitz der Rheininseln [89]) und in einem angefügten Geheimartikel „auf alle seine Eigentums- und Souveränitätsansprüche" auf die Stadt Kehl [90]). Daß Baden auch auf alle Entschädigungsansprüche für die während des Feldzugs geleisteten Lieferungen verzichtet, ist schon in anderem Zusammenhang erwähnt [91]).

Die einschränkenden Bedingungen, unter denen man diesen Vertrag ratifizieren wollte, sind für die inner- und außerreichische Einstellung der Karlsruher Regierung außerordentlich charakteristisch. Abgesehen von der Enttäuschung darüber, daß Baden nicht den ganzen Breisgau erhalten hatte, und daß persönliche Wünsche des Kurfürsten wie die Verteilung der Pfälzer Schulden und die Erbfolge seiner Söhne überhaupt nicht zur Verhandlung gekommen waren [92]), legte man besonderen Wert auf zwei Dinge: der Kurfürst wünschte eine genaue Bestimmung über den Inhalt der zugesprochenen Souveränität und zweitens eine Modifizierung der das Verhältnis zu Frankreich betreffenden Artikel [93]).

[86]) ebd. Artikel 1 und 2. Damit erhielt Baden bedeutend weniger, als Talleyrand in zwei Entwürfen vom 17. Okt. und 26. Nov. vorgesehen hatte. Vgl. Bertrand, Lettres inédites .... p. 172 s. und Obser, PK. V. Nr. 394.

[87]) Artikel 3 und 4.

[88]) Artikel 6—10.

[89]) Artikel 5.

[90]) Geheim- und Separatartikel 1.

[91]) s. S. 38.

[92]) Obser, PK. V. Nr. 297, Karlsruhe 19. XII. 1805, Ludwig an Reizenstein; ebd. V. Nr. 413, Karlsruhe 19. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein.

[93]) ebd. Nr. 413.

Am gleichen Tage, an dem Oehl diesen Vertrag zur Ratifizierung nach Karlsruhe schickte, traf dort die Nachricht von der Annahme der Königswürde durch Bayern und Württemberg ein[94]). In dem Brünner Vertrag war mit keiner Silbe eine Standeserhöhung Badens erwähnt. Vielleicht mag diese Tatsache mit dazu beigetragen haben, daß man sich mit einer ganz ungewöhnlichen Energie auf den die badische Souveränität betreffenden Artikel stürzte[95]). Der Vertrag sicherte Baden eine „souveraineté" zu, wie sie Oesterreich und Preußen für ihre deutschen Lande genossen; eine zweifellos staatsrechtlich nicht eindeutige Formulierung, insofern als von einer absoluten völkerrechtlichen Souveränität Oesterreichs und Kurbrandenburgs keine Rede sein konnte, solange die Reichsverbindung bestand. Es fragte sich also, ob Frankreich „souveraineté" im Sinne von Libertät gemeint hatte, denn nur diese war für Baden im Sinne des Westfälischen Friedens ohne Verletzung der Reichsgrundgesetze zu verwirklichen. Dieser Wunsch der Karlsruher Regierung nach einer möglichst genauen Festlegung der soeben zugestandenen „souveraineté", die Reizenstein laut einer kurfürstl. Note vom 19. Dez. erreichen sollte, hatte zwei miteinander in Streit liegende Motive zum Grunde. Auf der einen Seite fürchtete man, sich eines Verfassungsbruchs schuldig zu machen[96]), auf der anderen wünschte man aber doch sehr der vollen Souveränitätsrechte teilhaftig zu werden. Wie stark dieser Wunsch war, wird aus einem zweiten Schreiben klar, in dem man sich nicht mehr mit einer Bitte um genaue Fixierung begnügte, sondern nun seinerseits die Formulierung vorschlug. Man wünschte eine Souveränität: „wie solche der Kaiser von Deutschland und Oesterreich von wegen seines Erzherzogtums Oesterreich im Verhältnis zu dem deutschen Kaiser und Reich wirklich genießt und hergebracht hat"[97]). Als man dann in Karlsruhe erfuhr, daß der Vertrag endgültig sei, und Reizenstein nichts mehr habe ändern können, bat der Kurfürst seinen Beauftragten zum drittenmal, dafür Sorge zu tragen, daß das Verhältnis zum Deutschen Reich genau festgelegt würde[98]). Man wünschte vor allen Dingen eine Befreiung von allen Reichssteuern, besonders auch von den Kammerzielern, fragte aber sehr bezeichnenderweise dabei gleichzeitig, „ob dessen ungeachtet die diesseitige Präsentationskonkurrenz zur

[94]) ebd. VI. Nr. 297.

[95]) ebd. V. Nr. 413.

[96]) Obser, PK. V. Nr. 413. Der Kurfürst betont ausdrücklich, daß sich „eine volle Souveränität im eigentlichen Sinne des Wortes mit der deutschen Reichsverbindung, sofern diese auch in Ansehung seiner Staaten fortdauern soll, nach der bisherigen deutschen Reichsstaatsverfassung nicht vereinbaren läßt". Er wünschte deshalb die genauere Fixierung. Zweifellos kommt darin eine starke Rücksichtnahme auf die Reichsstaatsverfassung zum Ausdruck.

[97]) ebd. Nr. 422, Karlsruhe, 26. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein.

[98]) ebd. Nr. 517, Karlsruhe, 4. I. 1806, Karl Friedrich an Reizenstein.

Besetzung der Kammergerichtsbeisitzerstellen fortdauern soll'. Ferner sollen alle von badischer Seite vorgenommenen Standeserhöhungen „auch ohne kaiserliche Bestätigung" anerkannt werden[99]). Dieses Bestreben, Rechte, die wie z. B. die Standeserhöhung, ohne weiteres sich aus der Souveränität ergeben, noch einmal ausdrücklich ausgesprochen zu sehen, zeigt deutlich die Unsicherheit, mit der man in Baden die Souveränität aufnahm. Wohl ist es richtig, daß der Kurfürst sich zu einer klaren Feststellung der badischen Souveränitätsrechte und anderer staatlicher Wünsche verpflichtet fühlte um der „Erleichterung und Verbesserung des Schicksals seiner Untertanen" willen; aber ebenso sehr wird dahinter die Furcht spürbar, von sich aus die Initiative zur Anwendung der aus der Souveränität folgenden Rechte zu ergreifen. Dieses Suchen und Tasten, dieses Streben nach einer innerhalb des Reiches zu errichtenden Souveränität kam in dem sonderbar widerspruchsvollen Titel zum Ausdruck, den Karl Friedrich nach der Veröffentlichung des Vertrages annahm; seit dem 10. Januar 1806 nannte er sich: „souveräner Kurfürst des heiligen römischen Reiches" (!)[100]).

Ein zweiter Einwand, der gegen den Vertrag vorgebracht wird, ist die Allianz mit Frankreich, die in ihren Verpflichtungen zu weitgehend und für Baden nicht tragbar erschien. Daß man sich weigerte, die Rheininseln abzutreten, ist verständlich; ebenso, daß man die das Bündnis mit Frankreich betreffenden Artikeln am liebsten ganz aufgehoben wissen wollte. Sollte aber nur eine Aenderung derselben erreicht werden können, so wünschte man vor allen Dingen keine Verpflichtung zu einem Kriegsbündnis mit dem Königreich Italien[101]). Schickt man als selbstverständlich voraus, daß ein solches Bündnis nicht mehr im Interesse Badens liegen konnte, so wird man in diesem Wunsch auch eine Rücksicht auf Oesterreich entdecken können, nämlich den Wunsch, Oesterreich, das eine Allianz Badens mit Frankreich vielleicht als unvermeidlich verstehen könnte, durch ein Bündnis mit Italien nicht unnötig zu verstimmen[102]).

[99]) vgl. a. Kap. IV. Anm. 111.

[100]) Pölitz, a. a. O. S. 234.

[101]) ebd. Nr. 422, Karlsruhe, 26. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein.

[102]) Eine Rücksichtnahme auf Oesterreich wird auch in anderer Hinsicht noch deutlich. Oehl hatte die unangenehme Aufgabe, seinem Hof von den Erfolgen der Württemberger im Breisgau zu berichten. Er versuchte den Verlust zu verkleinern, indem er auf einen Vorteil hinweist: „en attendant il y a au moins quelque chose qui me console sur les pièces du Brisgau que les Wurtembergeois nous ont detachées; l'Autriche a dû voir et se persuader par cela que ce n'était pas la cour de Bade, toujours conséquente et fidèle à ses principes de ne vouloir pas au bien d'autrui, que ce n'était pas dans la réligion de V.A.S. de vouloir accaparer le Brisgau, que'était bien le Wurtemberg qui a commencé à en avaler déjà une bonne partie avant qu'on ait dû sauver le reste pour la cour de Bade". Obser PK. V. Nr. 408, Wien, 14. XII. 1805, Oehl an Karl Friedrich.

Zweifellos legten die betreffenden Artikel des Vertrages Baden eine starke Bindung auf; die von Frankreich garantierte Souveränität und die Verpflichtung zum Kriegsbündnis mit Frankreich in jedem Fall, waren letztlich Verpflichtungen, die einen scharfen Angriff auf die Reichsverfassung und eine schwere Belastungsprobe des kleinstaatlichen Verantwortungswillens sowohl gegenüber seinen Territorien als auch gegenüber dem Reich bedeuteten. Die Eigentümlichkeit der badischen Aenderungswünsche bestand in dem Bestreben nach Sicherung, aber Sicherung nicht nur seiner Entwicklung zum unabhängigen Staat hin, sondern ebensosehr Sicherung nach dem Reich hin. Hinter allem steht, wenn auch nicht ausgesprochen, das Bewußtsein von der Anomalie der Verhältnisse, in denen man lebte, und die der Korse durch seinen Eroberungswillen erzwungen und allen Ländern aufgedrungen hatte. In demselben Augenblick, in dem man die Hände ausstreckte nach der Souveränität, in demselben Augenblick schreckte man davor zurück alle Konsequenzen daraus zu ziehen — man hätte dieses kostbare Instrument der Unabhängigkeit gern besessen, aber man hatte zugleich Furcht es zu handhaben. Die schwankende, unglückliche und unsichere Haltung Badens in dem hier behandelten Zeitabschnitt ist nicht zum wenigsten auf diesen inneren Zwiespalt zurückzuführen.

Wurden die speziellen Wünsche Badens in diesem Vertrag nicht mehr berücksichtigt, so ergaben sich doch bald neue Gelegenheiten, um sie auf der französischen Seite zur Sprache zu bringen. Anfang Januar 1806 forderte Napoleon den Kurfürsten auf, an einem „kleinen möglichst geheimen" Kongreß in München teilzunehmen, wo sich die drei süddeutschen Staaten mit Frankreich über einige noch ungeklärte Fragen einigen sollten [103]).

Eine zweite wichtigere Gelegenheit aber die Verhandlungen zum Vorteil Badens aufs neue aufzunehmen, war die badisch-französische Heirat, die Napoleon, nachdem seine Heiratspläne im Herbst durch den Krieg in den Hintergrund gedrängt worden waren [104]), nun mit neuem Eifer betrieb. Ende Dezember tauchte sein Vertrauter, der Herr de Thiard, wieder in Karlsruhe auf und warb für die Heirat des Kurprinzen Karl mit Mlle Stephanie Beauharnais, einer Nichte der Kaiserin Josephine. Man mußte sich in Karlsruhe unter dem Zwang der Verhältnisse zu dieser

---

[103]) ebd. Nr. 515, München 4. I. 1806, Napoleon an Karl Friedrich; ebd. Nr. 506, München, 25. I. 1806, Graf Degenfeld an Edelsheim. s. S. 52 f.

[104]) Thiard, der am 23. VII. 1805 beauftragt worden war, die französisch-badische Heirat zustande zu bringen (Obser, PK. V. Nr. 288) erhielt am 27. VIII. den Befehl, eine Offensiv- und Defensiv-Allianz zwischen Baden und Frankreich herbeizuführen.

Verbindung entschließen, und Reizenstein erhielt Vollmacht, unter gewissen Vorbehalten die badische Zustimmung bekannt zu geben [105]).

Im Februar 1806 nahm Reizenstein die badisch-französischen Verhandlungen in Paris wieder auf, vorher jedoch kam in München ein neuer wichtiger Vertrag zwischen dem französischen Kaiser und den drei süddeutschen Ländern zustande.

---

[105]) ebd. VI. Nr. 302, Karlsruhe, 26. XII. 1805, Ludwig an Reizenstein; ebd. V. Nr. 422, Karlsruhe, 26. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein.

III. Kapitel.

Der Geheime Allianzvertrag vom 16./21. Januar 1806.

In der diplomatischen Korrespondenz Talleyrands mit Napoleon war im November 1805 von einem die Neuordnung Süddeutschlands betreffenden Entwurf die Rede, dem Ideen des französischen Kaisers zugrunde lagen [1]). Dieser Entwurf [2]) sah die Loslösung der drei Südstaaten, „à perpétuité" vom Reiche vor; Bayern, Württemberg und Baden sollten auf ihre Titel, die die Verbindung mit dem Reich zum Ausdruck brachten, verzichten und als drei unabhängige Königreiche sich zu einer unbedingten Allianz mit Napoleon verpflichten. Mit dem Reichsoberhaupt sollten sie nur noch „des relations de paix, de bon voisinage et d'amitié" verbinden, im übrigen stand ihnen Napoleon als der „puissant et généreux allié" mit seinen „intentions bienveillantes" und seiner „haute sagesse" zur Verfügung. Dieser Plan, der „die volle Zustimmung" des bayrischen und württembergischen Vertreters hatte [3]), blieb zunächst unausgeführt. Napoleon, der noch im Oktober 1805 an eine Auflösung der Reichsverfassung gedacht hatte [4]),

---

[1]) Bertrand, Lettres inédites ... p. 195, Wien, 26. XI. 1805, Talleyrand an Napoleon: „.. je me suis occupé à Munich de recueillir et rédiger en forme de projet les idées que V.M. avait bien voulu me communiquer". — Direkte Instruktionen Napoleons an Talleyrand zu diesem Entwurf sind in der Corr. de Napol. Ier nicht gedruckt.

[2]) gedruckt bei Obser, PK. V. Nr. 393, Wien, 26. XI. 1805; ebd. Nr. 394 enthält einen Vertragsentwurf Talleyrands, nach dem Baden u. a. das Herzogtum Berg erhalten sollte .

[3]) Bertrand, a. a. O. p. 195. Wien, 26. XI. 1805, Talleyrand an Napoleon: „M. M. de Montgelas et de Norman ont connaissance de toutes les bases du projet ... et elles ont leur plein assentiment." Talleyrand log nicht, wenn er so schrieb; ein Bericht Normans über seine Unterredung mit Talleyrand berichtet von keinem Widerstand seinerseits, sondern im Gegenteil forderte Norman von Talleyrand für Württemberg die Königswürde, um die in Talleyrands Entwurf vorgesehene Souveränität voll und ganz zu gewährleisten.

E. Schneider, Württemberg und der Preßburger Friede, Württemb. Vierteljahreshefte NF 15, 1906, S. 403; Bericht Normans vom 20. November. Baden erfuhr von diesem Entwurf nichts, da Reizenstein erst am 17. Dez. in Wien eintraf, als Napoleon schon entschlossen war, die Reichsverfassung zunächst bestehen zu lassen.

[4]) Im Ludwigsburger Vertrag vom 5. X. 1805 bestimmt Art. 10: „S. M. (Napoleon) s'engage à faire opérer le partage des états qui pourraient être conquis sur la maison d'Autriche entre S.A.E. et ses autres alliés et à cet effet sera ouverte une négociation préparatoire qui aura aussi pour objet d'assurer d'une manière fixe l'indépendance de S.A.S. et des dits alliés et de les placer dans une position telle qu'ils soient désormais à l'abri de tout ressentiment exercé soit directement soit indirectement par la maison d'Autriche en haine du présent traité". Du Clercq, Recueil des traités de la France II p. 126 s. Josef Gmeinwiser, a. a. O. S. 177. Der Verfasser zitiert Noten des bayrischen Vertreters Gravenreuth aus dem B.St.A. vom 28. Okt. und 6. Nov., die von diesem Plan Napoleons die Reichsverfassung aufzulösen, berichten.

gab diesen Gedanken nach der Schlacht von Austerlitz zunächst wieder auf. Er wünschte einen schnellen Frieden mit Oesterreich und wollte die Verhandlungen durch Erörterungen über die Reichsfrage nicht unnötig belasten. So meldete der bayrische Gesandte im französischen Hauptquartier seiner Regierung: „Es handelt sich nicht mehr darum, durch eine förmliche Erklärung das Gebäude des deutschen Reiches zu zerstören, sondern der Kaiser findet es gut, daß das Scheingebilde erhalten bleibt“ [5]). Der badisch-französische Staatsvertrag vom 20. Dezember 1805 erinnert daher nur sehr schwach an den oben genannten Entwurf Talleyrands [6]), von einer förmlichen Trennung vom Reiche war mit keiner Silbe die Rede; daß de facto die Allianz mit Frankreich das verfassungsgemäße Verhältnis zum Reich sehr erschwerte, ist schon dargelegt [7]), verglichen aber mit Talleyrands Plan vom 26. November, war der Wiener Vertrag vom 20. Dezember noch fast reichsgetreu zu nennen. Daß für Napoleon die Zerstörung des Reichs aber nur eine Frage der Zeit gewesen war, zeigte der am 16./21. Januar 1806 abgeschlossene Geheime Allianzvertrag zwischen Frankreich, Bayern, Württemberg und Baden [8]). Dieser Vertrag entsprang aus zwei verschiedenen Motivreihen.

Auf der einen Seite ist er eine Verwirklichung des Talleyrandschen Planes vom November, auf der anderen Seite aber ist er ebenso sehr bedingt durch praktische Bedürfnisse, die in der Zeit vom November bis zum Abschluß des Preßburger Friedens sichtbar geworden waren. Trotz der Verträge mit den drei süddeutschen Bundesgenossen blieben noch viele Fragen lehnsrechtlicher und erwerbspolitischer Art ungeklärt. Die Rivalität der drei süddeutschen Länder hatte sich bei den Vertragsverhandlungen deutlich genug gezeigt, und in seinem Brief vom 4. Januar hatte Napoleon den Kurfürsten zu einem Kongreß aufgefordert, da ihm der am 20. Dezember geschlossene Vertrag „für die gemeinsamen Bedürfnisse nicht zu genügen schien“ [9]). Bevor aber noch dieser Kongreß zusammentrat, wurde Bayern, Württemberg und Baden ein Vertrag vorgelegt, der die „gemeinsamen Bedürfnisse“ Napoleons und seiner Bundes-

---

[5]) Gmeinwiser, a. a. O. S. 178. Bericht Gravenreuths an den Kurfürsten vom 8. XII. 1805.

[6]) Im Wesentlichen stimmen nur Art. 8 und 9 des Vertrages vom 20. Dezember mit den entsprechenden Artikeln des Talleyrandschen Entwurfes überein. Beide betreffen die Allianzbestimmungen der beiden vertragschließenden Parteien.

[7]) s. S. 46 f.

[8]) Gedruckt bei Obser, PK. V. Nr. 524. — Schon Gravenreuth hatte in seinem Bericht vom 8. Dez. dem Kurfürsten mitgeteilt, es sei der Wunsch Napoleons, daß ein Bündnis „das das deutsche Reich sprengen soll, ohne daß das Wort ausgesprochen wird“, baldigst abgeschlossen würde. Gmeinwiser a. a. O. S. 178.

[9]) Obser, PK. V. Nr. 515, München, 4. I. 1806.

genossen in folgender Weise regelte[10]).

Der Vertrag setzte sich zwei Ziele: Napoleon und seine „alliés à perpétuité" Bayern, Württemberg und Baden wollen sowohl den inneren Frieden Süddeutschlands schützen als sich auch gegen jeden unvermeidlichen Krieg so sichern, daß sie ihn nicht zu fürchten brauchen. Der erste Teil des Vertrages regelt infolgedessen die innerdeutschen Angelegenheiten[11]), während ein zweiter die militärischen Verpflichtungen und die dazu notwendigen Voraussetzungen festlegt[12]). Beide Vertragshälften aber waren gleicherweise für Napoleon Mittel zum Zweck der Reichszerstörung. Die Ausführungsbestimmungen des Vertrages waren so festgelegt, daß Napoleon indirekt der entscheidende Einfluß zugesichert war, und der Vertrag de facto bereits die Trennung der drei Länder vom Reich enthielt. Der Einfluß Napoleons ist deshalb indirekt zu nennen, weil im Gegensatz zu der Rheinbundakte noch nicht von einem „protecteur des états confédérés" die Rede ist, sondern nur von den „puissances alliées". Und ebenso wird die Loslösung vom Reich de iure nicht ausgesprochen, wohl aber wird sie besiegelt durch die Verpflichtungen, die die vertragschließenden Parteien auf sich nehmen. Die ausdrückliche Lossagung vom Reichsverband im Wortlaut, die der Talleyrandsche Entwurf vom 26. November vorgesehen hatte, ist in diesem Münchener Allianzvertrag ersetzt durch den Gesamtinhalt der Artikel. Die unterzeichneten deutschen Höfe erklären sich einverstanden mit einer in Paris tagenden Mediationskommission, deren Vorsitzender von Napoleon ernannt wird[13]). Alle eventuellen Streitigkeiten unter den Unterzeichneten werden hier geschlichtet; wird keine Einigkeit erzielt, so entscheidet der Beschluß Napoleons „endgültig"[14]). Die Unterzeichneten verpflichten sich, keine Streitfrage vor den deutschen Reichstag zu bringen oder, wenn dieser von selbst eingreifen sollte, vorher ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich zu vereinbaren[15]). Hatte Napoleon schon mit diesen Artikeln innenpolitisch jeden etwaigen Einfluß des Reichs zunichte gemacht, so wurde dieses Faktum durch die militär-politischen Artikel noch bekräftigt. In einem Reichskrieg stellen Bayern, Württemberg und Baden Truppen nur für Frankreich, sofern es

[10]) Dieser Vertrag wurde von Bayern am 16. I. 1806 in München und von Baden am 21. I. in Karlsruhe unterzeichnet. Württemberg unterschrieb zunächst nicht, sondern bemühte sich um Modifikationen des Vertrags, da der König eine Beeinträchtigung der württembergischen Souveränität fürchtete. Mit dem Abschluß des Rheinbundes wurden diese Vorstellungen jedoch hinfällig. Die „württembergische Randbemerkung zu dem Allianzvertrage" vom 20. I. 1806 bei Obser, PK. V. Nr. 526. vgl. Theod. Bitterauf, a. a. O., München 1905. S. 278.

[11]) Obser, PK. V. Nr. 524, Art. 1—6.

[12]) ebd. Art. 7—14.

[13]) ebd. Art. 2.

[14]) ebd. Art. 3.

[15]) ebd. Art. 6.

teilnimmt an dem Kriege; Truppenlieferung an die Reichsarmee ist unzulässig [16]). Im Kriegsfall hat Frankreich 120 000 Mann zu stellen, Italien 26 000, Bayern stellt 25 000 Mann und befestigt Augsburg und Lindau [17]), Württemberg hat 10 500, Baden 5 100 Mann aufzubringen [18]).

Hinsichtlich der Existenz des Reichs geht die Rheinbundakte über diesen Vertrag nicht wesentlich hinaus. Ihre Bedeutung für das Ende des Reichs liegt auf formaljuristischem Gebiet; ihr staats- und völkerrechtlicher Inhalt ist durch die Verträge Frankreichs mit den süddeutschen Staaten vom Dezember 1805 und Januar 1806 schon vorweggenommen. Anders ist die Frage nach dem Verhältnis der süddeutschen Länder zu Napoleon, das durch die Rheinbundakte auch inhaltlich noch enger als im Januar-Vertrag geknüpft wird [19]).

Leider sind über die Aufnahme dieses Vertrages in Baden kaum Zeugnisse vorhanden. Vorgelegt wurde er Reizenstein am 15. Januar in München [20]) und unterschrieben am 21. Januar in Karlsruhe während des Besuchs Napoleons. Wir wissen lediglich, daß Reizenstein den Vertrag „dem Interesse und der Erhaltung des Ruhestandes der kurfürstlichen Lande im höchsten Grade angemessen“ [21]) fand, und daß er ihn zur Ratifikation empfahl [22]). Vielleicht läßt sich aus der Tatsache, daß der Vertrag streng geheim bleiben sollte [23]), zum Teil das Fehlen von weiteren Beurteilungen erklären.

Für den Fortgang der badisch-französischen Beziehungen war aus dem Januarabkommen zunächst ein Artikel von besonderer Wichtigkeit. Artikel 15 des Geheimen Allianzvertrages sah die sofortige Einberufung der Konferenz vor, die Napoleon in seinem Brief vom 4. Januar schon erwähnt hatte [24]). Sie sollte den aus den Bestimmungen des Preßburger Friedens folgenden Besitzstand der drei süddeutschen Länder mit all ihren noch strittigen Rechten und Pflichten regeln — Rechte und Pflichten sowohl untereinander als auch gegenüber den kleinen Reichsständen im schwäbischen und fränkischen Kreis. Die wichtigste unter den zu schlichtenden Streitigkeiten war eine genaue Grenzregulierung zwischen Baden

---

[16]) ebd. Art. 8.

[17]) ebd. Art. 13.

[18]) ebd. Art. 10.

[19]) s. S. 70 f.

[20]) Obser, PK. V. Nr. 531, Karlsruhe, 31. I. 06, Reizenstein an den Geheimen Rath.

[21]) ebd.

[22]) ebd. Nr. 532, Karlsruhe, 3. II. 06, Reizenstein an Edelsheim.

[23]) ebd. Nr. 531. Reizenstein teilt dem Geh. Rath nur Art. 15 des Vertrages mit „als dem einzigen, welcher im Augenblick Vorkehrungen nötig machte“.

[24]) s. S. 50.

und Württemberg einerseits und Bayern und Württemberg andererseits [25]). Napoleon ließ für diese Konferenz seinen Staatsrat Otto durch Talleyrand instruieren [26]), und dieser eröffnete Anfang Februar den Kongreß in München. Auf Reizensteins Rat wurden die badischen Interessen von den Geh. Referendaren Hofer und Maler vertreten [27]); Württemberg hatte den Freiherrn von Bothmer und den Geheimen Legationsrat Wucherer gesandt, während für Bayern der Freiherr von Rechberg und zeitweise Montgelas selbst an dem Kongreß teilnahmen. Trotz der ehrlichen Vermittlertätigkeit des Staatsrats Otto [28]) gelang es nicht, eine Einigung der drei Höfe zustande zu bringen; sie scheiterte im wesentlichen an der Hartnäckigkeit Württembergs, das sich stets benachteiligt glaubte [29]). Die Konferenz blieb ohne Ergebnis. Der Schwerpunkt der Verhandlungen verschob sich mehr und mehr nach Paris, wo sie mit dem Abschluß der Rheinbundakte ihre Erledigung fanden.

Kurz vor Beginn der Münchener Konferenz, Anfang Februar, verließ Reizenstein Karlsruhe, um in Paris den Ehevertrag zwischen Stephanie Beauharnais und dem Erbprinzen Karl abzuschließen. Daß Reizenstein mit dieser Mission beauftragt wurde, beweist, daß es um mehr ging als nur um diese selbst. Reizenstein sollte gleichzeitig die badischen Interessen im weitesten Umfang wahrnehmen. Unter den badischen Interessen sind hier in der Hauptsache zwei Wünsche zu verstehen, die in der Folgezeit in Paris von den badischen Gesandten immer wieder vorgebracht wurden. Es sind dies: Vergrößerung des Landes und Sicherung der Erbfolge der

---

[25]) Es handelte sich ferner noch um die Neuordnung des Postwesens, das aufhörte, ein Reichslehen zu sein; um die Pensionen, die den bereits mediatisierten oder in Zukunft noch zu mediatisierenden Mitgliedern der beiden Ritterorden gezahlt werden sollten, und schließlich war eine vierte Aufgabe des Kongresses die Aufteilung der zwischen Rhein und Inn gelegenen Gebiete in Rekrutierungsbezirke; nur die drei Bundesgenossen Napoleons sollten in der Folge noch das Recht der Truppenaushebung in diesem Raum haben.

[26]) Obser, PK. V. Nr. 533, Ende Januar—Anfang Februar, Talleyrand an Otto.

[27]) ebd. Nr. 531, Karlsruhe, 31. I. 1806, Reizenstein an den Geh. Rath.

[28]) ebd. Nr. 536. 15. III. 1806. „Projet de convention entre L.L.M.M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S.A.S. l'Electeur de Bade". Dieser von Otto verfaßte Plan hatte sich um die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben bemüht, wurde aber sowohl von Württemberg als auch von Napoleon abgelehnt, der sich inzwischen entschlossen hatte, mit dem Gebiet der kleinen Fürsten zwischen Rhein und Inn die Länder seiner drei Bundesgenossen zu vergrößern. Infolgedessen hatte der Ottosche Plan, der diese Tatsache nicht berücksichtigte, für ihn keinen Wert mehr.

[29]) Ueber die Münchener Verhandlung vgl. Obser, PK. V. Nr. 537, München, 30. VI. 1806. „Haupt- und Schlußrelation über die Unterhandlungen bei dem Mediationskongreß in München vom Februar bis 1. Juli 1806". — Erstattet von Geh. Referendär Hofer. Th. Bitterauf, a. a. O. S. 257 ff. S. 349 ff. H. Theobald, a. a. O. S. 46 ff.

Söhne Karl Friedrichs aus seiner Ehe mit der Reichsgräfin von Hochberg [30]). Es ist charakteristisch für den Kurfürsten wie für die badische Politik dieser Periode überhaupt, daß sich um die Erfüllung des ersten Wunsches die Minister mehr bemühten als der Kurfürst. Der staatspolitischen Notwendigkeit entsprechend hätte der Landeserwerb im Interesse Karl Friedrichs an erster Stelle stehen müssen. Dessen ganze Sorge aber galt der Erbfolgefrage. Die Bedeutung einer gesicherten Erbfolge für die Ruhe eines Landes ist gewiß nicht zu unterschätzen; aber die Bemühungen, die Karl Friedrich auf sie verwandte, entsprangen weniger landesväterlicher Fürsorge als besonderem dynastischen Egoismus, der in der Liebe zu den Söhnen aus der zweiten Ehe seinen Ursprung hatte.

Die badische Erbfolge war seit dem Tode des Erbprinzen Karl Ludwig im Jahre 1801 problematisch geworden. Die beiden anderen Söhne des Markgrafen Friedrich und Ludwig, kamen für eine Fortsetzung der Dynastie kaum in Frage [31]), und der Sohn des verunglückten Erbprinzen Karl war noch minderjährig; unter diesen Umständen ist der Wunsch des Markgrafen, die bereits familiengesetzlich anerkannte spätere Erbfolge der Grafen Hochberg [32]) auch von außen [33]) garantiert zu wissen, zunächst durchaus begreiflich. Um sich der Garantie Frankreichs zu versichern, hatte der Markgraf schon im November 1802 seinen Sohn Ludwig nach Paris geschickt [34]), von wo dieser jedoch nicht mehr als die mündliche Zustimmung Bonapartes mit nach Hause brachte [35]). Einen zweiten Versuch, Zusicherungen von der französischen Seite zu erhalten, unternahm Kurfürst Karl Friedrich persönlich, als er im September 1804 Napoleon in Mainz aufsuchte [36]). Genauere Berichte über den Inhalt dieser Unterredungen mit Napoleon sind nicht bekannt, sicher ist nur, daß der erste Konsul

---

[30]) Leopold, der spätere Großherzog v. Baden * 1790; Wilhelm, Markgraf v. Baden * 1792, Alexander, der bald nach der Geburt starb * 1794, Amalie, Fürstin von Fürstenberg * 1795.

[31]) Markgraf Friedrich war kinderlos verheiratet und Ludwig war unverheiratet.

[32]) Karl Friedrich hatte die Erbfolge der Grafen Hochberg beim Aussterben des Mannesstammes aus erster Ehe festgelegt in einer Versicherungsurkunde vom 24. XI. 1787 und wiederholt in einem Hausstatut vom 20. II. 1796, das er am 27. III. 1802 noch einmal erneuerte. Vgl. J. L. Klüber, Akten des Wiener Kongresses VIII, S. 169 ff.

[33]) Maria Probst, a. a. O. S. 23, Obser, PK. IV. Einleitung S. XLII ff.

[34]) Obser, PK. IV. Einleitung S. XLI ff. ebd. Nr. 335, Karlsruhe 22. XI. 1802, Karl Friedrich an Bonaparte.

[35]) ebd. Nr. 337, Paris, 6. Dez. 1802, Prinz Ludwig an Karl Friedrich.

[36]) Ueber die politische Bedeutung dieses Fürstenfestes in Mainz vgl. die Einleitung v. K. Obser zu: „Ein Tagebuch über die Zusammenkunft des Kurfürsten Karl Friedrich von Baden mit Napoleon I. in Mainz (Sept. 1804)". ZGORh. NF. 14 S. 607 ff.

dem Kurfürsten versprach, die Angelegenheit im Auge zu behalten [37]). Um Napoleon die Erfüllung dieses Versprechens zu erleichtern, überreichte Markgraf Ludwig im Dezember 1804 anläßlich seiner Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten in Paris eine Denkschrift, welche die Erbfolge der Grafen Hochberg betraf [38]). Napoleon nahm sie unter freundlichen Versicherungen an, und damit war die Sache zunächst abgetan, bis sie im folgenden Sommer nunmehr von französischer Seite wieder aufgenommen wurde, um Baden den Pariser Interessen geneigt zu machen. Als Napoleon den Kammerherrn Thiard beauftragte, Karl Friedrich zu Gunsten der französischen Kriegspläne zum Verzicht auf die bayrisch-badische Heirat zu bestimmen, empfahl er ihm als wichtigstes Mittel dazu, die Unterstützung der hochbergischen Erbfolge zu versprechen [39]). Es blieb aber auch hier nur bei mündlichen Versprechungen; und die Enttäuschung des Kurfürsten war groß, als dort, wo am besten Gelegenheit gewesen wäre, eine schriftliche Zusicherung Frankreichs aufzunehmen — im Staatsvertrag vom 20. Dezember 1805 — die badische Erbfolgefrage mit keinem

[37]) Obser, PK. V. Nr. 413, Karlsruhe 19. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein. Karl Friedrich erwähnt, daß Napoleon ihm die Beschaffung der Erbfolgefähigkeit „versprochen" hat; das kann nur in Mainz geschehen sein. s. ebd. Nr. 422, 26. XII. 1805. Karl Friedrich an Reizenstein.

[38]) Vgl. zu den in dieser Frage von dem Markgrafen Ludwig unternommenen Schritten ebd. VI. Nr. 249, Aufzeichnungen Reizensteins. o. O. Nov. 1804. ebd. Nr. 251, Paris, 4. XII. 1804, Markgraf Ludwig an Karl-Friedrich. ebd. Nr. 252, Paris, 12. XII. 1804, Markgraf Ludwig an Karl Friedrich. ebd. V. Nr. 170, Paris, 13. XII. 1804, Dalberg an Edelsheim. ebd. VI. Nr. 253, o. O. 14. XII. 1804, Karl Friedrich an Markgraf Ludwig. ebd. Nr. 254, Paris, 20. XII. 1804, Markgraf Ludwig an Karl Friedrich. ebd. V. Nr. 172, Paris, 25. XII. 1804, Copie de la note verbale remise à l'Empereur des Français, le 26. déc. 1804. ebd. VI. Nr. 257, Paris, 26. XII. 1804, Markgraf Ludwig an Karl Friedrich.

[39]) Thiard, mémoires p. 83.

Thiard berichtet über seine Unterredung mit Napoleon am 21. Juli. Napoleon erklärte ihm „que ce souverain (Karl Friedrich), désirait vivement être en mésure de les (d. Grafen Hochberg) reconnaître et que je pouvais à cet effet promettre l'appui le plus efficace et le plus loyal de la part de la France auprès de la diète de Ratisbonne ... que c'était le principal moyen que je devais faire valoir ...". Zu diesem Bericht fügt der Verfasser hinzu: „en rentrant chez moi, je fis appel à ma mémoire et je me hâtai d'écrire cette conservation dont j'ai cru devoir donner les termes à peu près exacts". Talleyrand empfiehlt Thiard noch besonders, den Einfluß der Gräfin Hochberg auf den Kurfürsten zu benützen, um zum Ziel zu kommen und zu diesem Zweck: „il faut lui promettre que le ministre de S. M. Impériale sera toujours chargé de seconder ses vues personnelles et la reconnaissance et l'établissement de ses enfants". Obser, PK. V. Nr. 288, Paris, 23. VII. 1805, Talleyrand an Thiard. In diesem Sinne macht auch Thiard im Dezember 1805, als er von neuem die Heiratsverhandlungen aufnahm, wieder Versprechungen hinsichtlich der Sukzessionsfähigkeit der Grafen Hochberg. ebd. VI. Nr. 302, XII. 1805, Markgraf Ludwig an Reizenstein.

Wort erwähnt wurde. Die Enttäuschung war umso größer, als die Erbfolge mit der Zeit immer stärker den Charakter eines ganz persönlichen privaten Wunsches des alten Kurfürsten angenommen hatte. Aus den diese Angelegenheit betreffenden Schriftstücken geht das mit wachsender Deutlichkeit hervor [40]); die Markgräfin Amalie hatte durchaus recht, wenn sie an ihre Tochter, die Zarin Elisabeth schrieb: „Die Erbfolgefrage ist im Grund der Ausgangspunkt und das Ziel aller Schritte Deines Großvaters“ [41]).

Reizenstein bemühte sich, am Pariser Hof diesem Wunsche des Kurfürsten gerecht zu werden. Er versuchte sowohl beim Ehevertrag [42]) als auch bei der Rheinbundakte [43]), einen Geheimartikel beizufügen, in dem Frankreich die Erbfolge garantierte, aber beidemale ohne Erfolg. Napoleon betrachtete die Angelegenheit im wesentlichen als eine familienpolitische, in die er sich nicht einmischen wollte [44]); seiner Ansicht nach konnte der Kurfürst auf Grund der ihm im Preßburger Frieden zuge-

---

[40]) ebd. V. Nr. 413, Karlsruhe, 19. XII. 1805, Karl Friedrich an Reizenstein. In den verschiedenen in diesem Schreiben enthaltenen Aufträgen hat der Kurfürst eigenhändig die Bitte hinzugefügt, Reizenstein möge Napoleon an die Erbfolgeangelegenheit erinnern. ebd. Nr. 517, Karlsruhe, 4. I. 1806, ders. an dens. Bei den aufgezählten Wünschen nennt der Kurfürst die Erfolge zuerst. An anderer Stelle spricht der Kurfürst von dieser Angelegenheit als einer „affaire qui me tient tant à coeur et qui est si importante pour mon pays . . .“. ebd. Nr. 554, Karlsruhe, 16. III. 1806, ders. an dens. ebd. Nr. 666, 27. VII. 1806, ders. an dens. Der Kurfürst spricht immer von der Erbfolge als dem „angelegentlichsten seiner Wünsche“.

[41]) ebd. VI. Nr. 288, Karlsruhe, 11. XI. 1805, Markgräfin Amalie an Elisabeth von Rußland.

[42]) ebd. VI. Nr. 323, Paris, 18. II. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich. ebd. Nr. 325, Paris, 1. III. 1806, ders. an dens.

[43]) ebd. Nr. 382, Paris, 16. VII. 1806, Reizenstein an Ludwig. ebd. V. Nr. 649, 14. VII. 1806. Articles separés pour le traité avec la maison de Bade. Art. secret. „En cas d'extinction en ligne masculine de la branche ainée de la maison de Bade, S. M. l'Empereur et Roi garantit la succession dans le grand duché dans toute son intégrité à la branche cadette issue du mariage de S. A. avec la comtesse de Hochberg“. — Bapst, a. a. O. p. 132 behauptet, die Gräfin Hochberg habe diesen Passus formulieren lassen und bezieht sich dabei auf ein am 21. August 1807 von Dalberg überreichtes Mémoire an Champagny (zu diesem Mémoire vgl. Kap. IV. Anm. 109 und Anm. 111). Abgesehen davon, daß Bapst keinerlei Beweise bringt für seine Behauptung, denn mit dem Mémoire vom 21. Aug. hat die Gräfin Hochberg nichts zu tun, geht aus Obigem deutlich hervor, daß der Passus bereits im Juli 1806 von Reizenstein so formuliert worden ist. Vgl. auch Obser, PK. VI. Nr. 382, Paris, 16. VII. 1806. Reizenstein an Markgraf Ludwig: „... so habe ich anliegende Garantie als geheimen Artikel in Vorschlag gebracht“.

[44]) Es ist nicht richtig, daß „die Angelegenheit den vollen Beifall Bonapartes fand“, Maria Probst a. a. O. S. 22; sie war ihm bestenfalls als politisches Druck- oder Lockmittel willkommen; s. a. S. 94 ff.

standenen Souveränität die Erfolge selbstherrlich beschließen, der Napoleon dann nicht im Wege sein würde[45]). Mit dieser Auffassung Napoleons mußte sich der Kurfürst begnügen; auch Reizenstein konnte nicht mehr als die Hoffnung mit nach Hause bringen, daß man vielleicht auf dem Bundestag in Frankfurt Napoleon noch zu einer schriftlichen Garantie bewegen könne[46]).

Dem badischen Gesandten war es auch zunächst wichtiger, die Differenzen Badens mit Bayern und Württemberg zu einem für Baden günstigen Abschluß zu bringen[47]). Ohne Zweifel hoffte er, in Paris unmittelbar in der Umgebung des Kaisers eher zum Ziel kommen zu können als auf der Konferenz in München. Der badisch-württembergische Streit ging um den Breisgau. Baden hatte im Dezember-Vertrag nicht den ganzen Breisgau erhalten, worauf es gemäß der Versprechungen Napoleons ein Recht zu haben glaubte[48]) sondern nur einen Teil. Württemberg hatte die großen Gebiete Triberg, Bräunlingen, Villingen und Bonndorf für sich beansprucht und erhalten. Damit noch nicht zufrieden, hatte Württemberg Unklarheiten in der Grenzbestimmung[49]) ausgenutzt und zwei Drittel des ganzen Breisgaus besetzt[50]). Der Kurfürst hatte sich bereits bei Napoleon über die Uebergriffe Württembergs mit Erfolg beschwert[51]). Während seines Karlsruher Aufenthalts hatte Napoleon versichert, Württemberg solle nicht mehr als die Herrschaft Triberg, die Städte Villingen und Bräunlingen mit insgesamt 17 000 Seelen erhalten[52]). Reizenstein erhielt nun-

[45]) Obser, PK. VI. Nr. 403, Paris, 14. VIII. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich.

[46]) ebd. Nr. 382, Paris, 16. VII. 1806, Reizenstein an Markgraf Ludwig.

[47]) ebd. V. Nr. 538, Karlsruhe, 3. II. 1806, Geh. Kabinettserlaß an den Geh. Rath.

[48]) Schon bei den Verhandlungen im Dezember hatte Reizenstein den ganzen Breisgau reklamiert auf Grund der „promesse gracieuse que S. M. l'Empereur avait daigné faire l'année passée à Mayence ...“ ebd. V. Nr. 415, Wien, 20. XII. 1805, Reizenstein an Talleyrand.

[49]) Artikel 1 des Wiener Vertrags zwischen Baden und Frankreich vom 20. XII. 1805 sprach Baden den Breisgau zu „à l'exception de la partie faisant enclave dans les possessions de Wurtemberg et située à l'est d'une ligne tirée depuis le Schlegelberg jusqu'à Molbach“. Ueber die Unklarheit dieser Bestimmung vgl. Obser, PK. V. Nr. 406, Anm. 1, S. 447. Wesentlich ist, daß Württemberg den Molbach an die Schweizer Grenze oberhalb Rheinfelden verlegte, während in Wirklichkeit ein bald nach dem Dorfe Glashütten in die Gutach mündender Bach damit gemeint war, d. h. die Grenze sollte also etwa westlich vom Oberamt Triberg verlaufen.

[50]) Obser, PK. V. Nr. 432 b. Aus den Akten über die Okkupation des Breisgaus. Baden blieb auf Grund der württembergischen Uebergriffe nur noch die Ebene zwischen Rhein und Schwarzwald.

[51]) ebd. Nr. 527, Karlsruhe, 21. I. 1806, Karl Friedrich an Napoleon.

[52]) ebd. Nr. 432 b; ebd. Nr. 428, Wien, 1. I. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich. Bereits in Wien hatte de la Besnardière Reizenstein schon zugegeben, daß man Württemberg nicht mehr als das Oberamt Triberg habe geben wollen.

mehr den Auftrag, diese Zusage des Kaisers in Paris einzuklagen.

Mit Bayern waren Differenzen um die Klöster des Breisgaus und das Großpriorat Heitersheim entstanden. Es war Reizenstein (wie schon früher erwähnt) in den Verhandlungen mit Talleyrand gelungen, diese Gebiete in den Begriff Breisgau mit einzuschließen [53]); sie waren aber Baden nicht ausdrücklich zugewiesen worden. Diese Lücke im Vertrag benutzte der Johanniterorden zu einem Versuch seine Güter zu retten. Die breisgauischen Stifter und Klöster waren in Reichsdeputationshauptschluß dem Orden als Entschädigung für seine linksrheinischen Besitzungen zugesichert worden [54]), doch war der Orden nie in ihren Besitz gelangt, weil Kaiser Franz diese Bestimmung nicht anerkannt hatte [55]); nach dem Frieden von Preßburg versuchten die Johanniter nun endlich ihre Entschädigungen zu erhalten und versicherten sich des bayrischen Schutzes, indem sie dem Prinzen Karl Theodor die Koadjutorie anboten [56]). Der König von Bayern teilte dem badischen Kurfürsten diesen Sachverhalt mit und setzte sich für eine ungestörte Nutznießung des Ordens an den breisgauischen Klöstern und Stiftern ein [57]). Unter Berufung auf die Zusicherungen Talleyrands widersetzte sich Baden, dem zwei Drittel der Einkünfte des Breisgaus damit entgangen wären, dieser Forderung sehr energisch [58]).

Die Anerkennung dieser badischen Ansprüche gegenüber Württemberg und Bayern war unbedingte Voraussetzung für jede weitere Abrundungs- und Vergrößerungspolitik. Man hätte in Baden auf den Breisgau verzichtet, wenn man sich dafür weiter nach dem Reich hin hätte vergrößern können. Da jedoch das Gebiet nun einmal Baden zugesprochen war, ging es nicht an, daß Württemberg und Bayern Teile davon unter ihren Einfluß brachten; Badens politische Selbständigkeit in Süddeutschland konnte eine solche Umklammerung durch die beiden Nachbarn nicht dulden, wenn es nicht jede Hoffnung auf Konsolidierung und Erweiterung seiner Stellung am Rhein aufgeben wollte. Daß aber diese Hoffnung auf Vergrößerung sehr groß war, beweisen die Pläne und Verhandlungen Reizensteins in Paris.

---

[53]) s. Kap. II. Anm. 84.

[54]) § 26 des Reichsdeputationshauptschlusses.

[55]) Obser, PK. V. Nr. 432 a. „Aus den Akten über die Okkupation der reichsritterschaftlichen Gebiete und der Territorien des Deutsch- und Johanniterordens, S. 445.

[56]) ebd. — Der am 28. I. 1806 geschlossene Vertrag gedruckt bei de Martens, Recueil des principaux Traités, t. VIII. p. 404 s.

[57]) Obser, PK. V. Nr. 504, München, 14. I. 1806, König Max Joseph von Bayern an den Kurfürsten Karl Friedrich.

[58]) ebd. Nr. 507. Karlsruhe, 31. I. 1806, Erklärung Edelsheims an den bayr. Gesandten, Freiherrn von Reibels.

Der badische Diplomat hat es sich zum Prinzip gemacht, die Ansprüche seines Landes gegenüber Bayern und Württemberg mehr oder weniger als Selbstverständlichkeiten zu betrachten, die es nur noch schriftlich festzulegen galt [59]) und hat seine ganze Kraft auf Entwürfe zur Vergrößerung Badens konzentriert.

Bei diesen Bemühungen Reizensteins trat zum ersten Mal hervor, wie schwierig die Stellung des von seinem Fürsten nicht unterstützten Ministers war. Erbprinz Karl, der sich vom 2. März bis Anfang Juli in Paris aufhielt, ließ sich immer wieder vergeblich von seinem Minister bitten, die badischen Interessen beim Kaiser direkt zu vertreten; die Gesandten der kleinen Länder waren im allgemeinen nur auf die Bureaus angewiesen [60]), Karl aber gehörte zur Familie des Kaisers. Reizenstein versuchte umsonst, dem Thronfolger den Vorteil seiner Stellung als Schwiegersohn Napoleons vorzustellen und ihm zu zeigen, wie er dieselbe ausspielen könne, um eine angemessene Vergrößerung seiner Lande zu erreichen. Wiederholt klagte der eifrige Gesandte über die „timidité" seines Herrn, der sich weder dazu entschließen konnte selbst mit Napoleon zu reden, noch dem Minister eine Audienz beim Kaiser zu verschaffen [61]). Leider war es nicht nur Schüchternheit, die den Thronfolger von einer intensiven Vertretung der badischen Interessen abhielt, sondern ebenso sehr Willensschwäche und Bequemlichkeit, der das Drängen des Gesandten unbequem war [62]). Von einem Bewußtsein der Pflicht seines Amtes, das seinem Großvater bis zu seinen letzten Tagen nie fehlte, war er weit entfernt. Es blieb Reizenstein allein überlassen, die badischen Ansprüche in Paris anzumelden und nach Möglichkeit durchzusetzen.

---

[59]) ebd. Nr. 548, Paris, 6. III. 1806, Reizenstein an den Kurprinzen Karl.

[60]) ebd.

[61]) ebd. Nr. 550, Paris, 10. März 1806, Reizenstein an Edelsheim. — Reizenstein hält es für sehr wichtig, daß er direkt bei den Verhandlungen zugelassen wird: „C'est ce que le Prince seul pourra obtenir par la voie de l'Empereur; aussi depuis 4 jours je mets la plus grande importunité à l'aiguillonner sans cesse à cet égard, mais j'ai la douleur de remarquer que je n'ai pas encore pu vaincre sa timidité". Fünf Wochen später heißt es: „Mais malheureusement le Prince est toujours encore si timide vis-à-vis de l'Empereur qu'il me faut toujours livrer des combats et des assauts pour le disposer à parler de ses intérêts". ebd. Nr. 572, Paris, 18. IV. 1806, ders. an dens. Aehnlich ebd. Nr. 577, Paris, 23. IV. 1806, ders. an dens. ebd. VI. Nr. 365, Paris, 23. VI. 1805, Vierordt an Markgraf Ludwig: „Herr von Reizenstein ist böse über den Kronprinzen ..., überhaupt beschwert er sich über seine Untätigkeit und Schüchternheit". s. a. ebd. V. Nr. 639 und Schnabel a. a. O. S. 76.

[62]) Obser, PK. VI. Nr. 334, Paris, 16. IV. 1806, Karl an Markgraf Ludwig. Er klagt über Reizenstein, der ihn „mit lauter Kleinigkeiten" viel plage.

Reizenstein erstrebte eine Vergrößerung seines Landes zunächst weniger um der Vergrößerung selbst willen als zu dem Zweck, das süddeutsche Gleichgewicht, das ihm durch den Preßburger Frieden gestört schien, wiederherzustellen [63]). Seine verschiedenen Vergrößerungspläne sollten in erster Linie den Zweck erfüllen, Baden vor seinen deutschen Nachbarn, insbesondere vor Württemberg, zu schützen [64]). Seine Politik ist also anfangs nicht so sehr durch einen aggressiven Ausdehnungswillen als vielmehr durch ein defensives Sicherheitsbedürfnis bestimmt. Dementsprechend fordert er in all seinen Plänen als Voraussetzung für jede Vergrößerung eine Abrundung Badens im Süden und bemüht sich dann erst um die Erfüllung des alten Wunsches, Baden eine Ausdehnung nach Osten und Norden im Reich zu ermöglichen. Es sind im wesentlichen [65]) folgende Gebiete, die Reizenstein als Erwerbs- oder Tauschobjekte für Baden erstrebte. Zwei Reichsstädte blieben nach dem Preßburger Frieden noch übrig: Nürnberg und Frankfurt. Unter der Voraussetzung, daß sich diese beiden als selbständige Gebilde nicht mehr halten können, sah Reizenstein das Interesse Frankreichs darin, Nürnberg Bayern und Frankfurt Baden zuzuweisen. Bayern sollte aber Nürnberg nur erhalten, wenn es Ulm an Baden abtrat. In Ulm sah Reizenstein dasjenige Tauschobjekt, das Württemberg bestimmen sollte, die besetzten Gebiete des Breisgau, die Herrschaft Bonndorf und die Landgrafschaft Nellenburg an Baden abzutreten [66]). Die Absicht Reizensteins richtete sich dabei ebensosehr auf

[63]) Schon im Januar hatte Reizenstein dem Markgrafen Ludwig die Wiederherstellung des Gleichgewichts in Süddeutschland als ein besonders erstrebenswertes Ziel auf dem Münchener Kongreß dargestellt; Obser, PK. VI. Nr. 312, Donauwörth, 8. I. 1806, s. a. ein großes Schreiben an den Kurprinzen aus Paris, vom 6. III. 1806 ebd. V. Nr. 548.

[64]) ebd. heißt es: „Les projets de la cour de Stoutgart ne tendent à rien moins qu'à écraser Votre maison tout à fait et à Vous jeter dans le Rhin".

[65]) Es wird im Folgenden nur auf die wichtigsten Pläne eingegangen.

[66]) Dieser Plan Reizensteins ist schon im Dezember 1805 entstanden und ist aufzufassen als ein Versuch des Ministers, die Schäden des Preßburger Friedens wieder gutzumachen. Gedruckt bei Obser, PK. V. Nr. 427. Reizenstein verfolgt dieses Tauschprojekt bis Anfang Mai. ebd. Nr. 548, Paris, 6. III. 1806, Reizenstein an Karl. ebd. Nr. 552, Paris, 12. III. 1806, Denkschrift Reizensteins. ebd. Nr. 570, Paris, 16. IV. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich, Bericht über Unterredungen mit La Besnardière. ebd. Nr. 580, Paris, Ende April 1806, ders. an dens., Bericht über eine Audienz, bei Napoleon. Reizenstein hat Napoleon seinen Plan vorgetragen, aber der Kaiser hatte ihm erwidert, daß Bayern für den Erwerb Nürnbergs nichts abtreten wollte, „que chacun voulait avoir et rien céder". ebd. Nr. 588, Anfang Mai 1806, Reizenstein an Karl. Dann hört man nichts mehr von diesem Plan, wohl infolge der Mediatisierungsfrage, vielleicht auch auf Grund der Antwort Napoleons. Nürnberg wurde im Juli 1806 von Bayern erworben, ohne daß es Ulm dafür abtrat. Erst im Herbst 1809 anläßlich des französisch-österreichischen Krieges spielt Ulm als Tauschobjekt wieder eine Rolle.

die „contiguité“ der badischen Lande[67]), wie auf den Wunsch, Württemberg im Süden von der Donau begrenzt zu sehen; auf dem rechten Ufer der Donau sollten also nur mehr Baden und Bayern als Anliegestaaten bleiben[68]). Reizenstein trug diesen Gedanken, dessen Durchführung er als Voraussetzung für jede weitere Vergrößerung betrachtete, wiederholt in Paris vor[69]), drang aber nicht völlig durch. Er erreichte, daß Baden der ganze Breisgau und die Herrschaft Bonndorf zugesprochen wurde, aber die Verdrängung Württembergs von der Schweizer Grenze gelang nicht, ebensowenig der Erwerb der Reichsstadt Frankfurt[70]). Ueberhaupt scheiterte jede Absicht auf nördliche Ausdehnung. Reizenstein hatte eine Zeitlang die Hoffnung, das Herzogtum Berg für Baden zu gewinnen[71]). Es gelang ihm sogar den Kurprinzen zu bewegen, wenn nicht dem Kaiser

---

[67]) Reizenstein spricht von der „dépendance entière“ Badens von Württemberg, wenn es Baden nicht gelingen würde, „à rétablir la contiguité entre ses états rompue par la cession du landgraviat de Nellenbourg et du comté de Bonndorf faite en faveur du Wurtemberg“. Obser, PK. V. Nr. 427.

[68]) Reizenstein spricht diesen Gedanken deutlich zuerst aus in der Audienz mit Napoleon vom 25. April 1806, wo es heißt, Napoleon möge „assigner au royaume de Wurtemberg le Danube pour frontière méridionale“. ebd. Nr. 580. Ende April. Ohne Zweifel geht diese Forderung Reizensteins zurück auf eine Besprechung mit La Besnardière, der Reizenstein gesagt hatte, daß man es im Auswärtigen Büro nicht für dienlich halte, daß „Württemberg zwischen Bayern und Baden von der Donau bis an den Bodensee etabliert werde“. ebd. Nr. 570, Paris, 16. IV. 1806.

[69]) s. vorige Anmerkung.

[70]) Ueber die Bemühungen Badens, Frankfurt zu erwerben, vgl. Obser, Frankfurt u. Baden 1805/06, a. a. O. S. 316 ff.

[71]) Der am 16. XII. 1805 zwischen Frankreich und Bayern geschlossene Zusatzvertrag zum Brünner Vertrag vom 10. XII. 1805 vereinbarte die Abtretung des Herzogtums Berg durch Bayern an einen von Napoleon zu bestimmenden Reichsfürsten; Bayern sollte als Gegenleistung die Markgrafschaft Anspach erwerben. Gedr. bei J. Gmeinwiser, a. a. O. S. 232 f. — Diese Vereinbarung war bekannt geworden und schon Anfang Januar schrieb Oehl an den Kurfürsten, Talleyrand sei von Bittstellern umlagert, die Berg beanspruchen und die „se déchirent pour deviner jusqu'à des mines à qui cette belle province échouera ...“ Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 833. München, 8. I. 1806. Reizenstein hatte noch in seiner November-Denkschrift (Obser, PK. V. Nr. 389) Berg Hessen-Darmstadt zugesprochen. Anfang Januar erwähnt er nur flüchtig, daß Baden vielleicht Berg bekommen könne (ebd. VI. Nr. 309, Wien, 1. I. 1806. Reizenstein an Markgraf Ludwig). Etwas später berichtet er von München, Thiard habe ihm in einer Unterredung diese Möglichkeit angedeutet. Ebd. V. Nr. 523, 14. I. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich und ebd. Nr. 552, 12. III. 1806, Denkschrift Reizensteins. Vielleicht stützte Thiard sich dabei auf den November-Entwurf Talleyrands (der nicht zur Durchführung kam), in dem dieser für Baden die Erwerbung Bergs vorgesehen hatte (vgl. Kap. III Anm. 2). Reizenstein scheint sich mit diesem Plan zunächst aber nicht weiter beschäftigt zu haben, denn erst im März 1806 faßt er — soweit feststellbar — erstmalig von sich aus den Erwerb Bergs für Baden ins Auge. Ebd. Nr. 548, Paris 6. III. 1806, Reizenstein an Karl.

so doch wenigstens der Kaiserin die Erwerbung Bergs als bedeutendstes badisches Interesse darzustellen [72]). Mit dieser Forderung schon begann Reizenstein von der Grundlage seiner ursprünglichen Absichten abzuweichen. Er verlor den gesunden Grundsatz des wiederherzustellenden süddeutschen Gleichgewichts aus den Augen und geriet immer stärker in den Bann der ungesunden Länderspekulation, die im Umkreis des großen Eroberers heimisch war. Ihm selbst mag diese Wandlung kaum bewußt geworden sein. Seine Schriftstücke zeigen keinerlei Reflexion; auch ist uns nichts bekannt darüber, wie und ob er sich Rechenschaft ablegte über die Politik, die er betrieb. Eine Beobachtung seiner Tätigkeit führt aber zu dem Ergebnis, daß Reizenstein seit März 1806 eine Vergrößerung Badens nicht mehr allein aus Gründen des badisch-württembergischen Gegensatzes erstrebt, sondern daß die Ausdehnung um ihrer selbst willen gefordert wird. Unbewußt ist Reizenstein damit der Atmosphäre seiner Umgebung erlegen und einer dynastischen Kabinettspolitik ohne echte Staatsraison verfallen. Da das Herzogtum Berg sehr bald Murat zugewiesen wurde [73]), richtete Reizenstein sein Augenmerk auf andere nördlich gelegene Gebiete wie Darmstadt, Hanau und Nassau [74]). Den Erwerb dieser Länder jedoch stellte er selbst als nicht allzu dringend hin [75]) gegenüber einem ganz neuen Plan, durch den sich eine weitere nördliche Ausdehnung Badens von selbst erübrigte. Am 18. April schrieb er an Edelsheim: „ich habe meine Augen auf die Schweiz gerichtet, seit ich erfahren habe, daß das Herzogtum Berg für den Prinzen Murat bestimmt ist"; und er fügte hinzu, er habe die Forderung in einer Denkschrift niedergelegt, die der Kurprinz dem Kaiser überreicht habe [76]). Hier wird die Wandlung der Reizensteinschen Politik noch deutlicher. Auch die Vergrößerung Badens durch die Schweiz hatte nichts mehr mit dem süddeutschen Gleichgewicht zu tun. Daß Reizenstein für diese Neuerwerbung keinen anderen Grund anzuführen wußte als die Verweigerung Bergs [77]), zeigt mit besonderer Eindringlichkeit, wie sehr der badische Diplomat der allgemeinen Tendenz der Pariser Auswärtigen Bureaus erlag. Kein Plan war so phantastisch, als daß

---

[72]) ebd. Nr. 551, Paris, 12. III. 1806, Reizenstein an Edelsheim.

[73]) ebd. Nr. 551, Corr. de Napol. Ier. t. XII. nr. 9975, Napoléon au Prince Murat.

[74]) Obser, PK. V. Nr. 548, Paris, 6. III. 06, Reizenstein an Karl. Ebd. Nr. 552, Denkschrift Reizensteins vom 12. III. 1806. Sonst werden diese Gebiete bis zum Abschluß des Rheinbundes nicht mehr erwähnt.

[75]) ebd.

[76]) ebd. Nr. 572. Da Reizenstein am 18. IV. an Edelsheim schreibt, daß der Kurprinz Napoleon die den Erwerb der Schweiz betreffende Denkschrift bereits überreicht habe, so muß diese also schon vor dem 18. IV. entstanden sein. Vgl. Obser, PK. V. Nr. 571, Anm. 1.

[77]) Ueber die Erwerbung der Schweiz s. a. S. 101 ff.

ihn nicht jemand zu denken wagte[78]), behauptete man doch auch in Paris, Baden solle Hannover erhalten[79]). Warum sollte da ein badischer Minister nicht auf den Gedanken kommen, die Schweiz erwerben zu wollen?[80]). Freilich ist zu betonen, daß Reizenstein so gut wie nichts unternahm, um die Durchsetzung eines solchen Planes vorzubereiten, wie das ein Jahr später Dalberg tat. Nur in einem Punkt verband er seine phantastische, jeder Staatsraison spottende Idee mit einem politischen Argument, das Napoleon für seinen Plan geneigt machen sollte. Er verknüpfte die Frage nach der Erwerbung der Schweiz mit der nach einer Rangerhöhung Badens[81]), die in erster Linie von Frankreich gewünscht wurde[82]). In seiner Denkschrift[83]) stellte Reizenstein Napoleon eine ansehnliche Vergrößerung Badens hin als Voraussetzung für die Annahme

[78]) Der Kriegsrat Oehl schreibt darüber sehr treffend an den Kurfürsten von den Eindrücken, die er bei den Verhandlungen in München gehabt hatte: „... Il n'y a rien de si extraordinaire ce qui ne peut pas arriver et par conséquent on doit faire entrer dans les rapports exactement tout ce qui se passe pour ne pas être surpris ...“ Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 833 München, 4. VI. 1806.

[79]) Der badische Legationssekretär Collini schreibt an Edelsheim: „Les conjectures qu'on forme sur le pays de Hanovre sont celles qui nous intéressent le plus, puisqu'elles prétendent qu'il est destiné à la sérénissime maison de Bade ...“ Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 27, Paris, 10. I. 1806.

[80]) Nach Reizensteins eigenen Worten (s. S. 62) scheint der Gedanke, die ganze Schweiz zu erwerben, tatsächlich erst von Mitte März zu stammen, denn noch in seiner Denkschrift vom 12. März (Obser, PK. V. Nr. 552) erwähnt er nur die rechtsrheinischen Besitzungen der Schweiz (er mochte dabei wohl in erster Linie an die Ländereien des Bistums Basel gedacht haben) als wünschenswerten Erwerb.

[81]) Man darf daraus nicht etwa schließen, daß Reizenstein den Erwerb der Schweiz gewünscht hätte, um die Königswürde für Baden zu erlangen. Es ist im Gegenteil vielmehr so, daß Reizenstein die Königswürde mit in Kauf genommen hätte, wenn er die Schweiz bekommen hätte. Er hoffte lediglich, Napoleon damit den Plan annehmbarer zu machen.

[82]) Schon in seinem Vertragsentwurf vom 26. XI. 1805 hatte Talleyrand die Erhebung Badens zum Königreich vorgesehen. Vgl. S. 49 f. Oehl hatte am 14. XII. dem Kurfürsten geschrieben, daß es nur an Baden liege, Königreich zu werden oder nicht. Obser, PK. V. Nr. 407. Aus einem Bericht vom 17. VIII. 1806 erfahren wir, daß auch bei der Durchreise Napoleons durch Karlsruhe im Januar 1806 von einer Erhöhung Badens die Rede war. ebd. Nr. 662, Edelsheim an Reizenstein. Von der Annahme der Königswürde durch Baden ist erst wieder kurz vor Abschluß des Rheinbundes die Rede und zwar wieder auf die Initiative Frankreichs hin. Reizenstein schreibt am 3. VII. 1806 an Edelsheim: „Mais ce qui me fait une véritable peine, c'est qu'il m'a été absolument impossible de décliner la dignité royale“. ebd. Nr. 634. Daraus geht klar hervor, daß Reizenstein von sich aus die Königswürde nicht erstrebt hatte. s. a. S. 102.

[83]) ebd. Nr. 571. „Réflexions succinctes sur les moyens de donner à la maison de Bade un agrandissement suffisant pour lui faire conférer la dignité royale“. Paris, au mois d'avril. Vgl. Kap. III. Anm. 76.

der Königswürde, damit diese nicht nur ein leeres Wort bliebe. Er tat dies mit umso größerem Nachdruck, als er auf Napoleons Adoptivtochter Stephanie verweisen konnte, deren Würde die Stellung einer Königin beanspruchen dürfte. Wenn Napoleon Baden zu diesem Zweck die Schweiz geben wolle, so sei das nicht mehr als gerecht und politisch klug. Um die Gerechtigkeit dieser Erwerbung zu stützen, griff Reizenstein auf die Vergangenheit zurück, indem er die Schweiz als uralten Besitz der Zähringer[84]) hinstellte; er wagte also doch nicht den Erwerb nur mit den Bedürfnissen der Gegenwart zu motivieren; als eine Angelegenheit der politischen Klugheit aber empfahl er ihn deshalb, weil Baden auf diese Weise den englischen Umtrieben in der Schweiz ein Ende machen könne, und die Vereinigung von Baden und der Schweiz somit geradezu einen Sieg Frankreichs über England erbringen würde[85]). Als diese Absicht Reizensteins in Paris bekannt wurde, bekam der Minister in mehr oder weniger höflicher Form zu hören, daß der Kaiser ob dieser unverschämten Forderung sehr zornig sei[86]), und daß man in Baden anscheinend den Verstand verloren habe[87]). Aber Reizenstein erreichte doch so viel, daß der Plan nicht in Bausch und Bogen abgelehnt wurde. Zwar erklärte Talleyrand, die Abtretung der ganzen Schweiz sei unmöglich, aber in den Bureaus wurde erwogen, einen Teil der Schweiz an Baden zu überweisen. Reizenstein hatte auch Gelegenheit in einer Audienz am 25. April dem Kaiser seinen Gedanken vorzutragen; der Gesandte wies auf die Vergrößerungen Württembergs hin und forderte für Baden eine ebensolche Stellung. Und als der Kaiser einwandte, Württemberg habe aber einen ganz anderen Kern als Baden, betonte der Minister die Anciennität Badens; Baden habe in der Geschichte schon eine glänzende Rolle gespielt, als das Haus Württemberg noch nicht einmal bekannt gewesen sei. Hier unterbrach ihn der Kaiser lächelnd und sagte, offensichtlich in Erinnerung an Reizensteins Denkschrift vom April: „ich weiß, den Ahnen dieses Hauses hat die Schweiz gehört". Damit war das Stichwort gefallen und Reizenstein bemühte sich, den Kaiser von der Notwendigkeit dieses neuen Erwerbs zu überzeugen, aber Napoleon hörte ihn nur ruhig an, ohne ihn zu unterbrechen und sagte schließlich: „Der Mensch denkt, Gott

[84]) Ueber diese nur z. T. richtige Behauptung vgl. G. Steiner a. a. O. S. 101 ff.

[85]) ebd. „C'est done une véritable conquête sur l'Angleterre que la France fera, en procurant la Suisse à une maison dont le dévouement lui est assuré pour jamais . . ."

[86]) Reizenstein bemerkt mit Genugtuung, daß von den Gerüchten über eine Verstimmung Napoleons nichts wahr sei, daß man ihn nur habe einschüchtern wollen, um seine „idées d'agrandissement" zu stören. Obser, PK. V. Nr. 592, Paris, 7. V. 1806, Reizenstein an Edelsheim.

[87]) ebd. Nr. 572, Paris, 18. IV. 1806. Reizenstein an Edelsheim.

lenkt“ [88]); im übrigen verwies er ihn in einer für seine Stellung zum Kurfürstentum Baden sehr charakteristischen Weise auf den Kurprinzen. Dessen Entwicklung solle man abwarten [89]), in dessen Hand werde es liegen, ob Baden zu einer größeren Macht aufsteigen werde oder nicht [90]). Napoleon war gerade während des Frühjahrs 1806 von der Zerrüttung des badischen Finanzwesens bis in alle Einzelheiten unterrichtet worden [91]). Er hat schon in dieser Audienz mit Reizenstein seine Meinung über Baden angedeutet, die er dreiviertel Jahr später offen zu Dalberg aussprach: „Ich werde das Haus Baden nicht vergessen, für das ich soviel getan habe, aber ich verhehle Euch nicht, daß Ihr noch kein Staat seid, noch kein Ganzes, Ihr habt keine Männer an der Spitze Eurer Geschäfte; bei Euch herrscht keine Ordnung“ [92]). Napoleon erkannte besser als Reizenstein, daß die Schweiz für Baden eher eine Last denn ein Vorteil gewesen sein würde; er lehnte zwar nicht ausdrücklich ab (Reizenstein war sogar zufrieden mit dem Verlauf der Audienz), aber mit dem sarkastischen Hinweis auf die göttliche Fügung hatte er deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er sich in keiner Weise mit einer, wenn auch noch so vaguen Versprechung binden wollte. Reizenstein gab die Hoffnung noch nicht auf; wohl erkannte er, daß der Erwerb der ganzen Schweiz nur ein Traum bleiben würde, aber an die Möglichkeit einer Besitzergreifung der deutschen Schweiz durch Baden glaubte er noch im Juni [93]).

[88]) Obser, PK. V. Nr. 592, Paris, 7. V. 1806, Reizenstein an Edelsheim, „L'Empereur écouta tout cela sans rien improuver et il dit enfin que l'homme se proposait et que Dieu disposait...“.

[89]) Ueber Napoleons Sorge um eine politische Unterweisung Karls vgl. Bitterauf a. a. O. S. 341 ff.

[90]) ebd.

[91]) Näheres bei Willy Andreas, a. a. O. S. 97 ff. und in dem Buch von Bapst, das jedoch die Dinge nur von der französischen Seite her sieht. Als man sich im Laufe des Sommers vergeblich um eine Reorganisation des Finanzwesens bemühte, war Napoleon auch darüber orientiert. Dalberg schreibt an Klüber: „Der Kaiser ist fortdauernd von allem unterrichtet und mit den genauesten Details .... Man fragt mich bisweilen Dinge, die mir unbekannt sind, daß sie vorgehen, ich schweige und entschuldige, wo ich kann“. Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, Paris, 16. VIII. 1806.

[92]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frankr. Fasz. 89, Warschau, 3. I. 1807, Dalberg an den Großherzog. Napoleon hat ihm in einer Audienz gesagt: „je n'oublirais jamais la maison de Bade pour laquelle j'ai tant fait, mais je ne vous cache pas que vous n'êtes pas encore un pays, que vous n'avez pas encore d'ensemble, que vous n'avez pas d'hommes à la tête de vos affaires, qu'il y a du désordre.“ Vgl. Andreas, Verwaltungsorganisation S. 189.

[93]) Obser, PK. V. Nr. 624, Paris, 20. VI. 1806. Reizenstein an Edelsheim. Der Kronprinz sprach seiner Mutter gegenüber sogar noch von dem Erwerb der ganzen Schweiz als Königreich. Obser, PK. VI. Nr. 358, St. Cloud, 18. VI. 1806.

Von weitaus größerer Bedeutung für die nächste Zukunft Badens waren die Fragen, die gleichfalls in der Audienz vom 25. April besprochen wurden.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Reizenstein wirklichen Erfolg nur in der badisch-bayrischen Streitfrage gehabt; im März hatte Napoleon Baden den ungeschmälerten Besitz an den breisgauischen Klöstern endgültig zugesprochen und die Absicht auf einen bayrischen Einfluß im Breisgau zunichte gemacht [94]).

In dem Streit mit Württemberg hatte Reizenstein zwar mündliche Zusicherungen erhalten, daß Baden den ganzen Breisgau und Bonndorf bekommen sollte [95]), aber er hatte noch keine schriftliche Zusage. Die Arrondierung Badens im Südwesten war also noch keineswegs gesichert. Jetzt aber Mitte April ließ Napoleon den süddeutschen Gesandten Cetto, Winzingerode und Reizenstein mitteilen, daß er gewillt sei, alle kleinen Reichsstände im schwäbischen Kreis zu mediatisieren und sie der Souveränität seiner drei Bundesgenossen zu unterwerfen [96]). Napoleon wünschte, daß die drei Höfe über die Verteilung unter sich einig würden [97]). Er selbst wollte nach außen hin nicht als der Urheber dieses Planes gelten. Napoleon war sich der Gewaltsamkeit dieses Vorgehens durchaus bewußt und wollte das Odium der Willkür von sich auf seine drei Bundesgenossen abwälzen; gleichzeitig aber hoffte er, die drei Länder noch fester an die Sache Frankreichs zu binden, wenn er sie zu

---

[94]) Reizenstein hatte auf Grund einer Audienz (am 24. oder 25. II. 1806) bei Talleyrand diesem am 6. III. eine Note geschickt, in der er Verwahrung einlegte gegen den von Bayern und dem Malteserorden geschlossenen Vertrag. Obser, PK. V. Nr. 549. Talleyrand legte die Note Napoleon vor, der die Rechtmäßigkeit der badischen Ansprüche anerkannte und Talleyrand befahl, Reizenstein in diesem Sinne zu antworten. Corr. de Nap. Ier. t. XII. nr. 9989, Paris, 18. III. 1806. Obser, PK. V. Nr. 557, Paris, 20. III. 1806, Talleyrand an Reizenstein.

[95]) Reizenstein hatte sich mit großer Energie gegen die Uebergriffe Württembergs im Breisgau beschwert, sowohl bei Talleyrand und La Besnardière als auch bei dem Vertreter Württembergs, dem er seine Meinung von der „ohnrechtmäßigen Okkupation" des Breisgaus keineswegs vorenthielt. Er hatte bereits Ende Februar erreicht, daß Talleyrand und La Besnardière ihm versicherten, Württemberg würde auf keinen Fall mehr als die ihm von Napoleon zugedachten 17 000 Einwohner erhalten. (Obser, PK. V. Nr. 545, Paris, 27. II. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich.) Aber eine schriftliche Zusicherung wie im Fall der breisgauischen Klöster hatte er nicht erhalten können, und bereinigt wurden die Differenzen mit Württemberg erst beim Abschluß des Rheinbundes.

[96]) In einer Audienz vom 13. April hatte Napoleon Winzingerode diesen Entschluß mitgeteilt. Obser, PK. V. Nr. 570, Paris, 16. IV. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich; ebd. Nr. 574, Ende April 1806, Winzingerode an Talleyrand.

[97]) ebd. Nr. 570.

einem solchen jede Legalität verachtenden Vorgehen verleitete[98]). Es ist bekannt, daß die kleinen Reichsstände, die schon seit langem ihre Mediatisierung befürchteten, in Paris alles daransetzten, ihren Besitzstand zu sichern[99]). Der Kaiser war dieses Treibens müde; eine Vielzahl von kleinen Fürsten konnte ihm nichts nutzen, wohl aber drei möglichst einheitliche große Länder. Er versprach Bayern, Württemberg und Baden seine Unterstützung, wenn sie sich schnell einigten; er wollte die neuen Besitzverhältnisse regeln, solange seine Armee noch in Deutschland weilte[100]).

Der Kaiser erklärte dem badischen Gesandten in der Audienz vom 25. April, daß es für den Augenblick am wichtigsten sei, eine gemeinsame Uebereinkunft der drei Höfe über die Verteilung der Gebiete herbeizuführen[101]). Es war Reizenstein gelungen, von Napoleon als grundsätzliches Zugeständnis eine Verteilung zu gleichen Rechten zu erlangen; jedes Land sollte also ohne Rücksicht auf seine Größe die gleiche Anzahl Einwohner erhalten[102]). Auf diesem Grundsatz baute Reizenstein zwei Teilungsprojekte auf[103]), die eine Einigung der drei Höfe erzielen sollten. Das Teilungsprojekt A umfaßte nur die schwäbischen Reichsstände, die Napoleon anfangs allein mediatisieren wollte[104]). In Teilungsprojekt B wurde das zu mediatisierende Gebiet bis zum Main ausgedehnt, sodaß die Fürstentümer Leiningen, Löwenstein und die Grafschaft Erbach mit zur Verteilungsmasse gehörten[105]). Zur Verfügung standen insgesamt etwa 480 000 bzw. 699 000 Einwohner[106]), sodaß jeder der drei süddeutschen Höfe seine Einwohnerzahl um 160 000 bzw. 233 000 Seelen erhöhen konnte. Für Baden hatte Reizenstein vor allen Dingen die Fürstenbergischen Lande,

[98]) Corr. de Napoléon Ier. t. XII. nr. 10071. Malmaison, 10. IV. 06, Napoléon à Talleyrand.

[99]) vgl. darüber die entsprechenden Abschnitte bei Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes.

[100]) Obser, PK. V. Nr. 570, Paris, 16. IV. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich.

[101]) ebd. Nr. 580, Paris, Ende April 1806, ders. an dens.

[102]) ebd.

[103]) ebd. Nr. 584, Teilungsprojekt A. Paris, 28. IV. 1806; ebd. Nr. 585, Teilungsprojekt B. Paris, 29. IV. 1806.

[104]) Reizenstein hatte in der Audienz vom 25. IV. für Baden Leiningen gefordert, worauf aber Napoleon sich nicht einlassen wollte „parceque ce n'était pas en Souabe"; ebd. Nr. 580.

[105]) Ferner waren darin noch angegeben: die Grafschaften Rieneck, Isenburg-Birstein, Hohengeroldseck und die beiden Fürstentümer Hohenzollern.

[106]) Auf Grund von Projekt A standen 39 schwäbische Fürstentümer und Grafschaften mit insgesamt 478 872 Einwohnern zur Verfügung. Bayern sollten danach 159 637 Einwohner zugewiesen werden, Württemberg 158 769 und Baden 159 606. In Projekt B sind die Anm. 105 erwähnten Gebiete hinzugefügt, wodurch sich die zur Verteilung kommende Einwohnerzahl auf 699 372 erhöhte. Demnach wären Bayern 232 941 Einwohner, Württemberg 232 666 und Baden 232 565 zugefallen.

den Klettgau und im zweiten Projekt das Fürstentum Leiningen und die Grafschaft Erbach bestimmt. Seine Absichten scheiterten daran, daß sich Württemberg und Bayern dem Prinzip der gleichen Verteilung nicht unterordnen wollten [107]); ihr Widerstand war verständlich, denn eine solche Aufteilung hätte zweifelsohne eine Bevorzugung Badens bedeutet, was natürlich auch Reizensteins Absicht war [108]). Die Pflichten der drei Länder gegenüber Frankreich richteten sich nach ihrer Größe (so zum Beispiel die Höhe der zu stellenden Truppen). Die Anwendung des gleichen Prinzips mußte also auch bei der Verteilung der Vorteile verlangt werden. Andrerseits waren die bayrischen und insbesondere die württembergischen Vorschläge ebensowenig geeignet, einen für alle Teile annehmbaren Verteilungsmodus herbeizuführen; der Gesandte Württembergs forderte zur Entrüstung Napoleons von 700 000 Einwohnern für sein Land allein 500 000 [109]). Die Art der Behandlung der Mediatisierung im Frühjahr 1806 offenbart, daß es nur Vertreter von Bayern, Württemberg und Baden gab und keinen deutschen Staatsmann, der in diesem Augenblick das Gebot der Stunde erfaßt und in der Frage der Mediatisierung Süddeutschland als eine politisch-geographische Einheit begriffen hätte, wie es Napoleon tat. Es war im Sinne der Selbständigkeit der süddeutschen Fürsten gegenüber Frankreich nicht klug von Reizenstein, eine so schematische Neuordnung vorzuschlagen, umsomehr als Napoleon ihn eindringlich genug auf die Folgen aufmerksam gemacht hatte, die eine scheiternde Vereinbarung der drei Höfe nach sich ziehen würde [110]). Reizenstein

[107]) Bitterauf a. a. O. S. 367. „Man verwarf vor allen Dingen eine streng gleichwertige Teilung und hielt ... an dem Grundsatz fest, das Los der Einzelstaaten müsse nach ihrer Größe abgestuft sein"; Obser, PK. V. Nr. 620, Paris, 13. VI. 1806, Reizenstein an Karl Friedrich: Die Mediatisierungsfrage „hatte seit vier Wochen beinah ganz geruht, weil der württembergische und bayrische Minister auf eine Konkurrenz Badens zu gleichen Teilen so wenig gerechnet und auf eine ausschließliche Verteilung unter ihren beiden Höfen so sicher gezählt zu haben scheinen, daß sie über den von mir entworfenen Plan erst neue Instruktion einholen mußten".

[108]) Reizenstein schreibt in seinem Bericht von der Audienz an den Kurfürsten über das Prinzip der gleichen Verteilung, dessen Vorteile leicht einzusehen seien „puisque l'électorat de Bade gagnera évidemment dans sa situation relative avec le pays de Wurtemberg, si des accroissements successifs ne sont pas proportionnels, mais égaux". Obser, PK. V. Nr. 580.

[109]) Bitterauf, a. a. O., S. 365. Bericht Cettos über eine Audienz bei Napoleon vom 7. Juni 1806.

[110]) Napoleon hatte Reizenstein gesagt: „si le principe de la sujétion territoriale n'était pas très incessamment mis à exécution (und zwar auf Grund des gemeinsamen Vorgehens der drei süddeutschen Höfe), S. M. ne pourrait se dispenser de prendre les petits états sous sa protection et de s'approprier par là nécessairement la suprématie directe dans toute l'Allemagne méridionale". Obser, PK. V. Nr. 580, Ende April 1806, Reizenstein an Karl Friedrich. Es ist nicht einzusehen, warum diese Aeußerung Napoleons „wohl nur ein genau berechneter Schreckschuß" gewesen sein soll, wie Bitterauf, S. 360 annimmt.

aber gab seinen Standpunkt nicht auf und leistete damit einem willkürlichen Eingriff Napoleons nur Vorschub. Noch am 1. Juli betonte er in einem Schreiben an Talleyrand das Prinzip der gleichen Verteilung [111]); er hoffte also immer noch die Mediatisierung in seinem Sinne durchgeführt zu sehen. Als Antwort wurde ihm am 2. Juli der Entwurf eines Vertrages vorgelegt [112]), der nicht allein willkürlich die Mediatisierungsfrage regelte, sondern ein Bündnis vorschlug, das die vollständige Loslösung vom Reich zur Voraussetzung hatte und Napoleon zum allmächtigen Protektor dieses neuen Bundes machte. Aber Reizenstein hatte auch hierauf zunächst nur eine Erwiderung: er teilte Talleyrand mit, er müsse jedes Projekt ablehnen, das Baden nicht mit Württemberg und Bayern auf eine Stufe stellte [113]). In diesem Schreiben fand sich also kein Bedenken verfassungsrechtlicher oder reichspolitischer Art, aus dem heraus der Beitritt als solcher abgelehnt wurde. Der Gesandte sprach lediglich von dem „ungeheuren Schaden" [114]), den das Haus Baden erleiden sollte. Am 10. Juli erst kamen die drei süddeutschen Minister zusammen, „um die Unabhängigkeit ihrer Höfe zu sichern und dem zu besorgenden Plane Frankreichs auszuweichen: anfänglich durch den Kurerzkanzler und, sobald man dieses Gerüstes nicht mehr bedürftig sein würde, direkt die Oberbotmäßigkeit in Deutschland auszuüben "[115]). Aber auch jetzt ging Reizenstein noch nicht von seinem Grundsatz ab; er wollte „auf der einen Seite den Kampf eines jeden für seine eigenen Interessen" erhalten wissen und „auf der andern Seite Einigung, um den französischen Einfluß, der in vollkommene Unterwerfung ausarten würde, zu vermeiden" [116]). Wie allerdings eine erfolgreiche Verbindung dieser beiden Prinzipien zu erreichen gewesen wäre, ist schlechterdings unvollstellbar. In der Konferenz vom 10. Juli einigten sich die drei Minister, sich der „Anstellung eines Für-

---

[111]) Obser, PK. V. Nr. 629, Paris, 1. VII. 1806, Reizenstein an Talleyrand.

[112]) ebd. Nr. 651, Paris, 14./16. VII. 1806, Reizenstein an den Geh. Rat. „Untertänigster Bericht über einen salva ratificatione mit dem französischen Gouvernement abgeschlossenen Staatsvertrag"; Beaulieu-Marconnay a. a. O. S. 766 ff.

[113]) ebd. Nr. 640, Paris, 8. Juli 1806.

[114]) „La lésion extrême".

[115]) Obser, PK. V. Nr. 651, Paris 14./16. VII. 1806, Reizenstein an den Geh. Rath.

[116]) ebd. Nr. 643. Paris, 10. VII. 1806, Reizenstein an Edelsheim. „Nous devons tous nous borner, en combattant d'un coté chacun pour ses propres intérêts, de nous réunir de l'autre côté pour éviter une influence française d'une extension telle qu'elle dégénérait bientôt dans une sujétion complète".

sten Primas“ und was unmittelbar damit zusammenhing[117]), zu widersetzen; aber diese Einigung kam nicht nur zu spät, sondern war auch nur eine äußerliche. Der Widerstand erfolgt nur, weil jeder fürchtete, hinsichtlich seiner Selbständigkeit zu kurz zu kommen[118]). Die Einigung hätte nur dann Erfolg gehabt, wenn die Vertreter der drei größten Länder über die bloße Ablehnung hinausgegangen und unter Hintansetzung aller territorialen Streitigkeiten von sich aus zu einem Bündnis durchgedrungen wären[119]). Aber jegliche Vorarbeit zu dieser Möglichkeit fehlte. Keiner der drei süddeutschen Gesandten hatte versucht eine gemeinsame Front gegen Napoleon herzustellen, sondern jeder war nach Kräften bemüht gewesen, seine Stellung beim Kaiser zu festigen auf Kosten des guten Einvernehmens mit den deutschen Kollegen. Dies rächte sich jetzt am bittersten an der Selbständigkeit der drei Höfe, die als Hauptfrage im Hintergrund all der territorialen Streitigkeiten gestanden hatte. Die Rheinbundakte vom 12. Juli[120]) verschaffte zwar den drei größeren Bundesgliedern gewisse territoriale Vorteile, aber jede politische Selbständigkeit war ihnen ebenso genommen wie den kleineren Kontrahenten. Aus den „verbündeten Mächten“[121]), die noch als gleichberechtigte Souveräne den Januarvertrag unterzeichnet hatten, waren die Konföderierten Staaten geworden, deren Fürstprimas in Zukunft vom französischen Kaiser ernannt wurde[122]). Die Trennung vom Reich wurde offen erklärt[123]), die „Souveränität“ der Staaten wurde bestätigt[124]), aber der Fürstprimas sollte

---

[117]) ebd. Nr. 651, Paris, 14./16. Juli 1806, Reizenstein an den Geh. Rath. „Wir kamen dabei hauptsächlich dahin überein, uns der Anstellung eines Fürsten Primas der bei dem Reichstage zu machenden Anzeige der Trennung vom deutschen Reichskörper, die ohnehin in der Sache selbst liege, der Erklärung des französischen Kaisers als Beschützer des Bundes, der Formierung eines Reichstags in Frankfurt und dem von dem Fürsten Primas zu entwerfenden Fundamentalstatut zu widersetzen“.

[118]) Daß es auch Reizenstein wirklich um nichts anderes ging, zeigt ein Schreiben vom 5. August, in dem er von einem Plan spricht, der das „Fundamentalstatut, dessen Entwurf dem Fürst-Primas übertragen ist, so unschädlich als möglich für die Freiheit und Selbständigkeit der deutschen Souveräne“ machen soll. Obser, PK. VI. Nr. 398.

[119]) Eine Voraussetzung dafür hätte unter Umständen der Geheime Allianzvertrag vom Januar 1806 sein können, in dem zum ersten Mal die vier Unterzeichneten als zwei Gruppen auftreten — Napoleon auf der einen Seite, die drei süddeutschen Staaten auf der anderen. In Wirklichkeit hatten sich diese Gruppen aber nie als zwei Mächte gegenübergestanden, sondern es hatte sich stets nur um Napoleon und Bayern, Napoleon und Württemberg, Napoleon und Baden gehandelt.

[120]) Der Austausch der Ratifikationen erfolgte am 25. VII. 1806 in München; die Erklärung an den Reichstag am 1. VIII. in Regensburg.

[121]) s. S. 49.

[122]) Rheinbundakte Art. I. und XII.

[123]) ebd. Art. I und II.

[124]) Art. IV. und XXIV.

binnen eines Monats ein für alle Glieder verbindliches Fundamentalstatut vorlegen [125]), das jede Selbständigkeit illusorisch machen mußte. Die Rheinbundakte war weniger ein Schlag Napoleons gegen den Reichsverband — der war bereits durch die Bestimmungen des Januarvertrags de facto zerstört [126]) — als gegen die seit dem Preßburger Frieden bestehende Unabhängigkeit seiner drei süddeutschen Bundesgenossen. Die Unterzeichnung dieses Vertrages [127]) brachte die süddeutschen Fürsten in eine Abhängigkeit, welche die alte Reichsvasallität um ein Vielfaches übertraf [128]). Die Loslösung vom Reich wäre wohl auf jeden Fall erfolgt, aber es ist doch zu fragen, ob Bayern, Württemberg und Baden durch eine schnelle Einigung nicht die Mediatisierung aller kleinen Fürsten hätten erreichen können und damit der Einsetzung eines Fürstenprimas entgangen wären. Ihre militär-politische Stellung zu Frankreich war schon durch den Januarvertrag festgelegt [129]), darin war nichts mehr zu verderben. Aber die einzige Gelegenheit ein gewisses Maß, wenn nicht nationaler, so doch territorialstaatlicher Würde zu wahren und die völkerrechtliche Selbständigkeit der Bundesglieder wenigstens formal zu sichern, wurde durch die sture Erwerbspolitik der süddeutschen Minister gänzlich versäumt. Es war eine gründliche Verkennung der Tatsachen, wenn Reizenstein schrieb, die Uebereinkunft der drei Minister am 10. Juli sei „hauptsächlich in der Besorgnis des divide et impera für notwendig erachtet" worden [130]). Das „divide" hatten die Minister von sich aus während der ganzen Zeit der Pariser Verhandlungen besorgt, Napoleon fiel das „impera" von selbst zu. Die Gründung des Rheinbundes darf zwar nicht ohne weiteres vom Standpunkt des national geeinten Deutschlands von 1870/71 als unwürdig verurteilt werden, aber auch mit dem realpolitischen Hinweis auf die Macht, die sie erzwang, ist es nicht getan. Daß der Rheinbund zustande kam, ist

[125]) Art. XI.

[126]) S. 51.

[127]) Ueber die unmittelbare Vorgeschichte vgl. Bitterauf, a. a. O., S. 375 ff., S. 383 ff.

[128]) Dalberg hatte schon im Mai auf die drohende Abhängigkeit von Frankreich hingewiesen. Napoleon, schrieb er, „s'amuse à les (die deutschen Fürsten) voir se disputer, se dépouiller, s'accuser ... il laisse subsister cette anarchie pour mieux l'étouffer, lorsqui'il y sera appelé de droit. Les gouvernements allemands verront alors si le Chef de l'Empire placé à Paris vaudra mieux que celui qu'on méprisait à Vienne." Obser, PK. V. Nr. 607, Paris, 24. V. 06, Dalberg an Edelsheim.

[129]) s. S. 52. Die Zahl der zu stellenden Truppen erhöhte sich wie folgt:

Frankreich	200 000 Mann,
Bayern	30 000 Mann,
Württemberg	12 000 Mann,
Baden	8 000 Mann.

[130]) Obser, PK. V. Nr. 651, Reizenstein an den Geh. Rath.

zweifellos eine Folge der übermächtigen Gewalt und Person des französischen Kaisers, und aus der Tatsache des Bundes als solchem ist den kleinen deutschen Ländern kein Vorwurf zu machen. Aber die Art und Weise des Zustandekommens zeigt nicht allein die Ohnmacht der süddeutschen Gesandten sondern ebensosehr ihre diplomatische Unfähigkeit. Es waren keine wirklichen Staatsmänner, die diesen Bund schlossen, sondern engstirnige nur auf den nächsten Augenblick sehende Gesandte kleiner und kleinster Fürsten [131]). Der badische Vertreter machte hierin keine Ausnahme. Es ist die politische Unfähigkeit, nicht die politische Ohnmacht, die als ein Makel der Unwürdigkeit an der Vorgeschichte dieses Bundes und an diesem selbst haften bleibt.

Baden erwarb auf Grund der Bestimmungen der Rheinbundakte die Herrschaft Bonndorf, die Städte Bräunlingen, Villingen und Tuttlingen, das Fürstentum Heitersheim, die Deutschordenskommenden Freiburg und Beuggen [132]); Baden nahm den Titel eines Großherzogtums an [133]) und erhielt die Hoheitsrechte [134]) über den größten Teil des Fürstentums Fürstenberg, über die Herrschaft Hagnau, die Grafschaft Thengen, die Landgrafschaft Klettgau, die Aemter Neudenau und Billigheim, über das Fürstentum Leiningen und die linksmainischen Besitzungen der Fürsten und Grafen von Löwenstein-Wertheim, schließlich über die nördlich der Jaxt gelegenen Gebiete der Fürsten von Salm-Reiferscheid-Krautheim [135]). Baden hatte also, was die Neuerwerbungen betraf, allen Grund zufrieden zu sein [136]). Die Arrondierung des neuen Großherzogtums war besonders vorteilhaft im Süden und Südosten durch den Erwerb der Fürstenbergischen Lande; nur die Landgrafschaft Nellenburg und der Kanton Schaffhausen fehlten, auf daß ein ununterbrochener Zusammenhang von Wertheim bis Buchhorn (heute Friedrichshafen) hergestellt gewesen wäre. Die Verbreiterung des Landes im Südosten und die vorgeschobene Grenze im Nord-

---

[131]) Dalberg nennt die Tätigkeit dieser Leute in einem Brief an Klüber einmal sehr treffend: „wahre blinde Wut". „Das große Ganze der teutschen Verhältnisse liegt nun in Trümmern. Was wird die Nachwelt von jenen teutschen Fürsten und ihren Geschäftsmännern urteilen, welche ein solches Resultat mit wahrer blinder Wut herbeiführten. Daß mein Name nicht unter der Bundesakte steht, freut mich mehr als ich es sagen darf . ." Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10.

[132]) Rheinbundakte Art. XIX.

[133]) ebd. Art. V.

[134]) Diese sogenannten „gesonderten Hoheitsrechte" waren: Gesetzgebung, oberste Gerichtsbarkeit, Oberpolizei, Milizzug und Besteuerungsrecht. Vgl. v. Drais a. a. O. S. 221.

[135]) ebd. Art. XXIV.

[136]) Im Ganzen erhielt Baden etwa 92 Quadratmeilen mit 270 000 Einw. Baden erhielt also mehr als Reizenstein in seinen Entwürfen vorgesehen hatte. Vgl. Kap. III. Anm. 106. Baden umfaßte jetzt 249,21 Quadratmeilen und 902 498 Einw.

osten, die durch die Souveränität über die Leiningen'schen, Wertheim'schen und Krautheim'schen Besitzungen ermöglicht wurden, waren wichtige Errungenschaften im Sinne der Reizenstein'schen Idee vom süddeutschen Gleichgewicht, mit der er ursprünglich nach Paris gekommen war [137]). Baden konnte sich Württemberg gegenüber ganz anders behaupten als es auf Grund des Preßburger Friedens möglich gewesen wäre. Hierin liegt für die territorialstaatliche Entwicklung Badens der wichtigste positive Erfolg der Rheinbundakte.

Aber dieser allgemein sichtbare Erfolg konnte das Bewußtsein von den negativen Folgen des Abschlusses nicht betäuben. Zwar sind bedauernde Stimmen über die reichspolitische Bedeutung des Rheinbundes, soweit sie uns aus Baden erhalten sind, selten [138]). Der Kurfürst z. B. war unzufrieden, weil ihm nicht der gleiche Rang wie Bayern und Württemberg zuteil geworden war, er hätte gern die Königskrone auf seinem Haupte gesehen [139]); mit der Trennung vom Reich aber hatte er sich schon seit

---

[137]) s. S. 60 f.

[138]) Aus den wenigen Zeugnissen ist eigentlich nur dasjenige Dalbergs zu nennen; in einem Brief an Klüber ruft er aus: „Unsere deutschen Angelegenheiten sind beendigt. Es war ein Deutschland, es war ein Reich!" Obser, PK. VI. Nr. 378, Paris, 7. VII. 1806. Ueber die Stimmung in anderen Staaten, s. Bitterauf, a. a. O. S. 422 ff.

[139]) Vgl. dazu Obser, PK. VI. Nr. 394, Paris, 2. VIII. 1806, Reizenstein an Edelsheim. Reizenstein verteidigt sich, daß er trotz Weisung des Geh. Rathes vom 26. Juni aus Gründen der Staatsraison für Baden die Königskrone nicht gefordert hat. Am 17. August schreibt Edelsheim an Reizeinstein: „Mr. le grand duc en (daß er nicht König wird) est vivement affecté ... en conséquence on vient de me commettre itérativement de vous faire les instances les plus pressantes de tâcher de faire parvenir aux pieds de S. M. les voeux du grand-duc ...". (ebd. Nr. 405). Diese Note Edelsheims geht zurück auf ein Schreiben Wielandts vom 15. VIII., in dem es heißt: „Serenissimus äußerten heute, Sie gedächten allenfalls selbst unmittelbar an des französischen Kaisers Majestät wegen der Königswürde zu schreiben, und ein solches Schreiben durch einen Kurier nach Paris zu schicken, da der Herr Kabinettsminister von Reizenstein nicht geneigt zu sein schiene, diesen Gegenstand nach Ihren Wünschen zu erledigen. Um den bloßen Vorrang vor dem Fürst-Primas zu negocieren, dörfte Ihnen nicht genügend sein ..." (Karlsruhe, H. u. St. Arch. III, 1. Korr. Edelsheim mit Wielandt). Daraus geht deutlich hervor, daß er sich wirklich um einen persönlichen Wunsch des alten Kurfürsten handelte. Reizenstein antwortete auf das Schreiben Edelsheims, daß er sich nun zwar dem Wunsche des Großherzogs fügen müsse; aber er fügte hinzu, daß er es für den Gipfel des Unglücks hielte, wenn er in seinen Vorstellungen Erfolg haben würde. (Obser, PK. VI. Nr. 407, Paris, 24. VIII. 1806). Reizenstein hatte keinen Erfolg, und es ist anzunehmen, daß er diese Angelegenheit nicht allzu eifrig betrieb. — Die Frage nach der badischen Königswürde tauchte noch einmal im Herbst 1809 auf, als Masséna Wilhelm von Hochberg die Königskrone für Baden zusicherte. Aber auch da wieder lehnte der badische Gesandte Graf Andlau ab. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frankreich, Fasz. 96. Wien, 5. IX. 1809.

dem Abschluß des Januarvertrages abfinden müssen; sie ist ihm gewiß nicht leicht geworden, aber doch muß ihm jetzt der Reichsverband nicht mehr so verpflichtend erschienen sein, daß er seinetwegen dem neuen Vertrag die Unterschrift verweigert und seinem Nachfolger Platz gemacht hätte. Er fügte sich und war in der ihm noch bestimmten Lebenszeit bemüht, so gewissenhaft und ehrenhaft wie möglich dem neuen Herrn ein treuer „Bundesgenosse" zu sein. Im übrigen ist es weniger die Frage nach dem Schicksal des Reiches, die im Vordergrund der badischen Erwägungen steht, als die nach der Nützlichkeit oder Schädlichkeit des neuen Bundes. Und da ist zu bemerken, daß auf der Seite der eingeweihten Persönlichkeiten nur Reizenstein und mit ihm vielleicht der Markgraf Ludwig mit dem Abschluß des Rheinbundes zufrieden war. In seinem großen Bericht an den Geheimen Rat vom 14. Juli 1806[140]) erwähnt Reizenstein den Inhalt der Rheinbundakte in Bezug auf das Reich nur als „die Grundzüge der großen Staatsumwälzung Deutschlands" und erläutert im übrigen an den einzelnen Artikeln den Vorteil den Baden von ihnen hat. Er ist beruhigt darüber, daß er die Unterschrift gegeben hat[141]), und er mußte es wohl sein, wenn er nicht seine eigene Tätigkeit in Frage stellen wollte. Im „Volk" scheint man wenigstens teilweise den neuen Bund „in froher Zuversicht" begrüßt und „die Möglichkeit eines neuen Krieges für Wahnsinn gehalten zu haben"[142]). Im Geheimen Rath in Karlsruhe aber war man sehr skeptisch. Besonders „unselig erschien die Verpflichtung, an allen Kontinentalkriegen mit Frankreich, Holland, Italien und Neapel teilzunehmen"[143]); auch der Erbprinz Karl scheint kriegerische Verwicklungen gefürchtet zu haben[144]). Den Kern der Frage nach dem Ueberwiegen des Für und Wider traf der Geh. Rath Brauer, wenn er seinem Zweifel an der Lebensfähigkeit des Bundes mit dessen Zusammenset-

---

[140]) Obser, PK. V. Nr. 651.

[141]) ebd. Nr. 653, Paris, 17. VII. 1806.

[142]) L. von Grolmann, Feldzug von 1806/07, a. a. O. S. 3: „Die Errichtung des Rheinischen Bundes und die damit erfolgte Unterwerfung mehrerer kleinerer Länder unter die Oberherrlichkeit größerer machten nur wenig Sensation ... Der neue Bund schien durch die förmliche Verzichtleistung des österreichischen Monarchen auf die römische Kaiserkrone sowie durch Napoleons mächtigen Schutz schon bei seiner Gründung gegen alle Anfechtungen gesichert zu sein ..." Der Verfasser spricht dann von Kriegsgerüchten für den Herbst 1806 und schreibt: „Aber weit entfernt hiervon in seiner frohen Zuversicht gestört zu werden, würde ein Teil des Volkes jede auf die Möglichkeit eines neuen Krieges hindeutende Maßregel für Wahrsinn gehalten haben".

[143]) Obser, PK. V. Nr. 657, Gutachten des Geh. Rats Meier vom 22. VII. 1806. Desgl. Brauer in seinem Gutachten vom 24. Juli.

[144]) Ludwig von Grolmann berichtet in seinem Tagebuch S. 3, daß Karl schon bei seiner Rückkehr von Paris den Ausbruch eines neuen Krieges für den Herbst vorausgesagt hatte. Auch der Kurprinz konnte damit wissen, was das für sein Land bedeuten würde.

zung begründete. Der neue Bund glich nach Brauers Meinung der alten Reichsverfassung in dem „Mischmasch von kleinen und großen Ständen", aber er „entbehrte dabei so manches Bindungsmittel der alten Verfassung" [145]). Die Art der Zusammensetzung ließ auch größeren Politikern als Brauer die dauernde Existenz des Bundes als zweifelhaft erscheinen. Talleyrand, der in einem Brief an Napoleon den Rheinbund ein „Reich" nannte, „dessen Dauer durch das Genie seines Gründers garantiert sei [146]), war sich in Wahrheit mit dem badischen Gesandten Dalberg darüber einig, daß dieser Bund „den Interessen eines allgemeinen Friedens zuwiderlief" [147]). Das alte, seinen Mitgliedern keinen Schutz bietende Reich bestand nicht mehr, ein neuer Länderverband war zwar an seine Stelle getreten, aber der Glaube an seine Dauerhaftigkeit [148]) und seine innere Notwendigkeit war nicht mit entstanden. Die Erkenntnis, daß letzten Endes der Bund doch nur geschlossen war zum Vorteil des französischen Kaisers, ließ sich nicht verdrängen; am deutlichsten sprach dies Dalberg aus, wenn er den Rheinbund „ein Gebäude ... aus dem man nach Bedürfnis Geld und Mannschaft haben kann" [149]) nannte.

Zwischen dem Erscheinen des französischen Kammerherrn Thiard am badischen Hof im August 1805 und dem Abschluß des Rheinbundes war ein knappes Jahr vergangen. Baden hatte in diesem Zeitraum eine Entwicklung durchlaufen, die von der alten Libertät und Reichsstandschaft über die formale Souveränität bis zur staatenbündisch verbrämten Abhängigkeit führte. Wohl war dabei seine Stellung gegenüber seinen Ri-

---

[145]) Obser, PK. V. Nr. 661, Gutachten vom 24. VII. 1806. „Wenn schon unsere alte Reichsverfassung dem Thon mit Eisen vermengt glich, die nicht zusammenhalten, so ist es der Fall mit diesem neugeschaffenen Bundesstaat noch viel mehr, da der Mischmasch von kleinen und großen Ständen, die zusammengespannt werden und doch so mancher Bindungsmittel der alten Verfassung entbehren, die Möglichkeit einer nur wenige Jahrzehnte dauernden Eintracht nicht vorsehen lassen".

[146]) Bertrand, a. a. O. p. 241, 13. VII. 1806, Talleyrand à Napoléon, — „Cette transaction est la plus étonnante que le monde ait vue depuis cinq siècles; elle entraîne la dissolution d'un antique empire et en complète un autre, qui a dans le génie de son fondateur un garant de sa durée."

[147]) Dalberg schreibt in seinem Tagebuch am 13. Juli: „J'ai vu Mr. de Talleyrand hier, il est convenu avec moi, qu'il regardait cette disposition à l'égard de l'Allemagne opposée aux véritables intérêts de la France et de la tranquillité générale". — Arch. Herrnsheim.

[148]) „Der Rheinische Bund wird nur solange bestehen, als er sich unter dem Schutz von Frankreich befindet, und als der französische Kaiser es angemessen hält, ihn existieren zu lassen". Gedanken über den künftigen Zustand der Rheinischen Bundes-Länder, Minerva 1808, Bd. 4.

[149]) Obser, PK. VI. Nr. 378, Paris, 7. VII. 1806. Dalberg an Klüber. s. a. S. 99. — Für eine positive Einstellung zum Rheinbund aus einem andern Teil Deutschlands vgl.: „Ueber den Rhein. Bund und dessen Folgen von einem Sachsen", Minerva 1808, Bd. 1 u. 2.

valen durch verschiedene Gebietserwerbungen stärker geworden, aber die badischen Wünsche waren doch nur zum Teil erfüllt; und erst die Folge der Zeit mußte zeigen, inwieweit die badischen Staatsmänner imstande waren, innerhalb des neuen politischen Verbandes mit all seinen Verpflichtungen dem überlegenen Protektor zu Nutz und Frommen ihres Landes standzuhalten.

———

II. Teil.

Vom Abschluß des Rheinbundes bis zum Wiener Frieden von 1809.

IV. Kapitel.

Die badische Politik vom preußisch-französischen Krieg bis zur Abreise Dalbergs aus Paris am 18. Mai 1808.

Dem neuen Großherzogtum standen zwei Wege offen, seine Stellung zu festigen und seinen Umfang zu vergrößern. Der eine Weg führte nach Frankfurt an den neu zu eröffnenden Bundestag und erwies sich bald als aussichtslos — der zweite Weg führte direkt in die unmittelbare Umgebung des französischen Kaisers und seiner Bureaus. Nur auf diesem zweiten Wege war die Möglichkeit zur Fortentwicklung badisch-französischer Beziehungen gegeben.

Die badischen Interessen am Rheinischen Bundestag wahrzunehmen, wurde durch Erlaß vom 27. August 1806 der Wirkl. Geh. Rat Ernst Siegmund Herzog ernannt [1]). Aus der Instruktion für Herzog wird der Wunsch besonders deutlich, Baden innerhalb der neuen Konföderation seinem Range gemäß würdig vertreten [2]) und die Kompetenzen des Bundes genau abgegrenzt zu sehen [3]). Von allen inneren Regierungsangelegenheiten sei der Bund ganz fernzuhalten, hieß es, auf daß die Souveränität keiner Beschränkung unterliege. In äußeren Regierungsangelegenheiten dagegen wollte man Entscheidung oder Vermittlung eines Bundesgerichts anerkennen; was Bundesbeschlüsse betraf, so wünschte man in Karlsruhe keinen anderen Einfluß als den, der sich aus der Mehrzahl der Stimmen ergab. Aber all diese Sorgen waren überflüssig, denn Napoleon hatte an der

---

[1]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Staatssachen Bündnisse II. Nr. 4.

[2]) ebd. wird Herzog vom Großherzog beauftragt „den uns gebührenden Sitz einzunehmen, und alles dasjenige, was zur künftigen Befestigung des neuen Bundes und zur Beförderung des gemeinsamen Interesses der verbündeten Staaten in Vorschlag und Beratung kommen wird, mit zu erwägen und zu handeln und zu schließen . . .“

[3]) ebd.; z. T. gedruckt bei W. Andreas, Verwaltungsorganisation S. 122, Anm. 1.

Errichtung eines Bundescorps und Bundesgerichts kein Interesse mehr [4]). Dies waren für ihn wenig mehr als formale Fragen, die ungelöst bleiben konnten, wenn nur die praktische — Kontingentstellung der Bundesmitglieder — zur Ausführung kam. Es ist neuerdings versucht worden, den Ansatz eines Napoleonischen Staatssystems in Deutschland nachzuweisen [5]). Demnach soll der Rheinbund nicht nur als ein Militärinstrument von Napoleon gedacht gewesen sein, sondern ebenso sehr als ein Werkzeug zur Schaffung rational durchorganisierter Staaten in Deutschland und damit als ein Gebilde höherer staatenbündischer Ordnung. Es mag zugegeben werden, daß Napoleon aus einem universalen staatsmännischen Ehrgeiz heraus, die Fortwirkung seines organisatorischen Werkes in Deutschland gelegentlich gewünscht hat, aber nie stand dieser Ehrgeiz an erster Stelle, sondern konnte jederzeit den Bedürfnissen der Politik geopfert werden. Es ist m. E. eine Ueberschätzung der Bedeutung süddeutscher Rheinbundfürsten, wenn von einer „Alternative zwischen der sicheren militärischen Gefolgschaft und der Durchführung des Dominats über den Bund" [6]) gesprochen wird, vor die Napoleon angeblich gestellt worden sei. Diese Alternative bestand für Napoleon nie. Es war weniger Napoleon, der auf eine endgültige Verfassung des Rheinbundes drängte, als die kleineren Rheinbundstaaten, an der Spitze der Fürst-Primas. Diese klagten in der Folgezeit darüber, daß in Paris über die Ordnung der deutschen Angelegenheiten nichts bekannt sei, und daß man auf den persönlichen Entscheid des Kaisers warten müsse [7]). Und es war weniger die Furcht vor einem Widerstand Bayerns [8]), die Napoleon zu einer dilatorischen Behandlung der Rheinbundfrage zwang, als das Bewußtsein von der nur sehr untergeordneten Bedeutung dieses Problems. Prinzipiell war Napoleon durchaus gewillt, seinen „Alliierten" im Innern die Souveränität zu belassen. Wenn er sich trotzdem wiederholt in die Verwaltung dem Rheinbunde angehöriger Staaten eingemischt hat, so geschah es, weil er diese für schlecht regiert erachtete und eine ungenügende Erfüllung ihrer militä-

---

[4]) Herzog berichtet in einer Note vom 8. X. 1806 an den Großherzog über eine Unterredung mit dem Fürst-Primas: „Ihre Hoheit nahmen davon den Anlaß, mir geradezu zu eröffnen, wie des französischen Kaisers Majestät in Aschaffenburg geäußert haben, daß Ihre Meinung garnicht sei, daß Streitigkeiten zwischen den Souverains und den denselben unterworfenen Herren oder den Untertanen an den Bundestag gebracht werden sollten; von Bundesgerichten erwähnten sie nichts". H. u. St. Arch. III. Staatssachen Bündnisse II, Nr. 4.

[5]) vgl. den Aufsatz von E. Hölzle a. a. O.

[6]) ebd. S. 281.

[7]) vgl. S. 90 u. Kap. IV. Anm. 46—50.

[8]) Hölzle a. a. O. S. 283.

rischen Verpflichtungen fürchtete [9]). Es heißt die Dinge zu sehr von der Seite der großen Rheinbundländer wie Bayern und Württemberg sehen, wenn man aus dem Widerstand, den diese Staaten naturgemäß einer Beschränkung ihrer Souveränität entgegensetzen wollten, die Absicht Napoleons zu einem Staatssystem folgern will. In den württembergischen und bayrischen Quellen zur Zeitgeschichte mag dieses Problem immerhin einen großen Raum einnehmen, denn in der Hauptsache war damit die „äußere" Politik dieser Staaten erschöpft. Diese Tatsache darf uns aber nicht den Blick für die universelle Politik und den tatsächlichen Machtbereich Napoleons trüben; in Napoleons politischer Welt konnte und durfte diese Frage nur einen sehr beschränkten Raum einnehmen. Der Rheinbund als Militärdepot war und blieb für Napoleon der entscheidende Ausgangspunkt.

In Frankfurt erfolgte keinerlei Entscheidung. Da der Fürst-Primas noch nicht anwesend war, und die Bundesgesandten anderer Länder entweder garnicht erst erschienen waren oder Frankfurt bereits wieder verlassen hatten, hielt man es in Karlsruhe für besser, Herzog nach kaum dreiwöchiger Anwesenheit zurückzurufen [10]). Gerade an dem Tag als Herzog abreisen wollte, traf aber der Fürst-Primas ein, und Herzog nahm Gelegenheit, ihm gemäß seinen Instruktionen die badischen Wünsche vorzutragen; der Gesandte fragte auch an, ob er unter diesen Umständen nicht besser doch in Frankfurt bliebe [11]); der Großherzog wünschte aber trotzdem die Abreise, sofern sein Beauftragter nicht genau in Erfahrung bringen könne, daß die bayrischen, württembergischen und bergischen Vertreter in kürzester Frist eintreffen würden [12]). Da aber bekannt wurde, daß z. B. Bayern keineswegs gewillt war, den Bundestag vorerst zu beschicken, kündigte Herzog seine Abreise an [13]) und verließ Frankfurt am 20. Oktober, ohne irgendetwas ausgerichtet zu haben. Von der künftigen Gestaltung des Rheinbundes war dann erst wieder im Januar 1807 die Rede, als sich die Unterhändler der Rheinbundstaaten in Warschau im französischen Hauptquartier trafen. Bei dieser Gelegenheit suchte der

[9]) Der französische Gesandte in Karlsruhe, Moustier, wird im Frühjahr 1811 beauftragt, über die Verwaltungsorganisation zu berichten. Es heißt ebd.: „La plaie principale de ce petit état paraît être le dérangement des finances. Il est urgent d'y remédier pour que le grand-duché ne soit pas comme il est arrivé pendant la guerre dernière, dans l'impuissance de remplir ses obligations d'allié." Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 11, nr. 30 sans date. (Eingeordnet zwischen dem 28. II. und 2. III. 1811).

[10]) ebd. Baden, 22. Sept. 1806, der Großherzog an das Geh. Ratskollegium und ebd. 25. Sept. 1806, das Geh. Ratskollegium an Herzog.

[11]) ebd. Schreiben Herzogs vom 1. X. 1806.

[12]) ebd. Geh. Ratsprotokoll v. 6. und 10. X. 1806.

[13]) ebd. Schreiben Herzogs vom 17. X. 1806.

badische Gesandte Dalberg noch einmal um Verhaltungsmaßregeln nach [14]), erhielt aber die resignierte Antwort, daß Frankreichs Absichten noch zu unbekannt seien, und die Entfernung Karlsruhe-Warschau zu groß, als daß man feste Richtlinien geben könne; man müsse daher der Gesandtschaft, „die von ihrem Pflichtgefühl und Einsicht zu erwartende bestmöglichste Selbsteinleitung dieser wichtigen Angelegenheit größtenteils selbst überlassen“ [15]).

Von weiteren Bemühungen Badens um die Gestaltung der Rheinbundverfassung wissen wir nichts.

---

[14]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89 Warschau, 2. I. 1807, Dalberg und Hofer an Karl Friedrich. — Der württembergische Vertreter Winzingerode war zu Dalberg gekommen mit dem Wunsch „eines näheren Zusammenhaltens und gemeinsamen Wirkens der bedeutenden Konföderationshöfe ... um möglichstermaßen alles dasjenige zu beseitigen, was sowohl in der Form als in der Wesenheit der anerkannten Unabhängigkeit der alliierten Staaten nachteilig werden könnte“; Winzingerode hatte dann auf die bayrisch-württembergische Einigkeit in diesem Punkt verwiesen und erzählt, daß sein Hof bereits an Talleyrand geschrieben habe, daß er nur direkte Mitteilung annehme „und nur solche der Würde einer unabhängigen Regierung für angemessen halte“. Dalberg war vorsichtig genug, darauf nicht einzugehen; er betonte, daß er von seinem Hof noch keine Instruktion erhalten habe; er teilte Talleyrand die Angelegenheit vertraulich mit und erfuhr, daß man französischerseits Württembergs Note garnicht beantworten werde. Dalberg hatte dann auch die Genugtuung, daß seine Regierung sein Verhalten billigte und ihm Vorsicht im gemeinsamen Vorgehen mit Bayern und Württemberg empfahl (H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, 29. I. 1807, Geh. Ratskollegium an die Gesandtschaft in Warschau). — Winzingerode war über diese selbständige Haltung Dalbergs höchst erbost und beschwerte sich in einem großen Schreiben an König Friedrich über den badischen Gesandten. Er und Montgelas seien sich einig in dem Wunsche, „que le Baron de Dalberg fût éloigné de sa sphère d'activité, où il travaille d'expressément contre l'intérêt des cours ...“ Paris, Archives Nationaux, A. F. IV. 1692, Rapport ... le 29. I. 1807.

[15]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz, 89, 29. I. 1807.

[16]) Ueber Dalberg vgl.: Nouvelle biographie générale, t. XI., Paris 1866, p. 802; Obser, PK. IV. S. LX ff. Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 198 ff.

[17]) Das erste Abschiedsgesuch erfolgte im November 1805. Vgl. S. 42. Das zweite bestand in einer Anfrage Dalbergs, ob man seine Dienste noch wünsche“ ... et avant de suivre la cour comme ministre de Bade je dois aux rapports du service de V.A.R. de savoir si je dois y aller comme accrédite pour ses intérêts où si elle préfère d'en charger une autre personne qui suivit les communications officielles ... Je désire seulement qu'on veuille m'en instruire“. H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 27, Paris, 24. IX. 1806, Dalberg an den Großherzog. Gleichzeitig hatte Dalberg aber die Absicht, sein Demissionsgesuch auch formal einzureichen; ebd. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, 8. X. 1806, Dalberg an Klüber.

[18]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 27, Karlsruhe, 10. XI. und 26. XI. 1806, Edelsheim an Dalberg.

Der badische Vertreter für die Zeit unmittelbar nach dem Abschluß des Rheinbundes ist der Freiherr von Dalberg [16]). Nachdem ein zweites Abschiedsgesuch [17]) zurückgewiesen worden war [18]), wurde er im November 1806 beauftragt, zum französischen Hauptquartier abzugehen und dort die badischen Interessen wahrzunehmen. Zu seiner Unterstützung wurde ihm der Geh. Referendar Hofer beigegeben, während für militärische Kompetenzen wieder wie im Feldzug von 1805 der Geh. Referendar Oehl ins Feld beordert wurde. Die Ernennung Dalbergs war nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen [19]). Dalberg, der deutlich fühlte, daß die Sendung Reizensteins im Sommer 1806 ein Mißtrauensvotum für seine Person gewesen war, wollte entweder den badischen Dienst ganz verlassen [20]), oder aber einem alten Wunsche [21]) entsprechend den Pariser Gesandtschaftsposten mit dem Wiener vertauschen. In Baden wäre man vielleicht nicht abgeneigt gewesen, Dalberg gehen zu lassen, wenn nicht zwei gewichtige Gründe dagegen gesprochen hätten. Reizenstein hatte abgelehnt, noch einmal die badisch-französischen Verhandlungen zu führen [22]), und zudem hatte Dalberg die denkbar besten Beziehungen zu Talleyrand [23]). Dalberg blieb also und wurde überdies zum Wirkl. Geh.

[19]) ebd. 1. Korr. Edelsheim mit Wielandt, Fasz. 12 undatiert, wohl aber Nov. 1806. Wielandt an Edelsheim; da heißt es noch: „Dem Herrn Geh. Rat von Dalberg scheinen der Großherzog durchaus nicht geneigt zu sein, die Negociation auf dem Friedenskongreß zu übertragen. . .“

[20]) Dalberg hatte Aussicht, in die Dienste des Fürst-Primas zu treten.

[21]) Im Zusammenhang mit der Schilderung seines Bildungsganges sagt er einmal: „Mon désir me portait vers le service de l'Autriche, il m'aurait fait aller à Vienne où j'avais conservé beaucoup d'amis“. Auf Wunsch des Vaters trat er aber in pfälzische Dienste. Als dann im Jahre 1802 die Pfalz an Baden kam, Montgelas Dalberg aber nicht übernehmen wollte, weil er ihm zu österreich-freundlich schien, und Hügel Dalberg anbot, wieder in österreichische Dienste zu treten, hätte er das Angebot gern angenommen, aber sein Onkel riet ihm ab mit dem Bemerken: „. . . qu'il voyait la nécessité absolue de se séparer de la politique autrichienne“. Herrnsheim, Selbstbiographie, S. 36, 38. Vgl. auch Obser, PK. VI. Nr. 317, Januar 1806, Dalberg an Karl Friedrich.

[22]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 95, 18. X. 1806, Karl Friedr. an Reizenstein; das Schreiben enthält die Bitte, den Posten am französischen Hof zu übernehmen oder eine geeignete Persönlichkeit zu empfehlen.

[23]) Noch am 25. XI. glaubt der Erbprinz, daß nicht Dalberg, sondern Hofer ernannt ist. Er drückt Edelsheim sein Befremden darüber aus und beauftragt ihn, dem Großherzog einen Brief von sich zu überreichen, in dem er ihn bittet „de charger Mr. de Dalberg de cette commission qui a déjà un si grand avantage même sur Mr. de Reizenstein par son intimité avec Mr. de Talleyrand . . . Mr. de Dalberg est selon mon avis le seul qui peut rendre des services importantes dans cette circonstance . . .“. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III., Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Bln. 25. XI. 1806. Etwas später, am 2. und 15. I. 1807 bestätigt Hofer diese Annahme; kein Gesandter besitze bei Talleyrand soviel Vertrauen wie Dalberg, und niemand sei besser geeignet, Baden zu vertreten als eben dieser. Karlsruhe, H. u. St. Arch., III., Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Hofer an Edelsheim.

Rat mit Sitz und Stimme im Großherzogl. Ratskollegium ernannt[24]).

Die badischen Interessen waren bei Dalberg in guten Händen. Zwar gehört er einer ganz anderen geistigen und politischen Welt an als sein Kollege Reizenstein. Ihm fehlt dessen Rauheit und Rücksichtslosigkeit, er ist vielfach nicht frei von traditionalistischen Hemmungen und phantastisch-romantischen Empfindungen. Er hat nicht die nüchterne kalte durchgreifende Art Reizensteins, mit der dieser am französischen Hof auftrat. Das Bewußtsein von der Bedeutungslosigkeit der kleinen Fürsten und von der Unwürdigkeit des Schachers, der am französischen Hofe getrieben wurde, verließ ihn nie[25]); und mit Unwillen sah er die deutschen Fürsten, die Habsburgs Oberhoheit nur mit Murren anerkannt hatten, sich willig dem Despotismus Napoleons beugen[26]). Dalberg ist „schwä-

[24]) Ernennungsurkunde vom 24. XI. 1806 in Hernsheim.

[25]) Als Talleyrand Dalberg im Februar 1805 aufforderte, an den Krönungsfeierlichkeiten in Italien teilzunehmen, schrieb Dalberg an Edelsheim bei aller Anerkennung einer badisch-französischen Interessengemeinschaft: „... il n'est pas agréable de faire toujours des démarches qui témoignent notre extrême sujétion ...". Obser, PK. V. Nr. 266, Paris, 24. II. 1805; und ebenso schreibt er dann etwas später aus Mailand sehr resigniert, daß dort die Baden betreffenden Interessen nicht zur Sprache kommen würden. „notre existence ici est celle de Mayence et rien d'autre". Ebd. Nr. 275, Mailand, 14. V. 1805, Dalberg an Edelsheim. Zu Dalbergs Urteil über die unwürdige Zurschaustellung kleinstaatlicher Eifersucht bei den dem Rheinbund vorausgehenden Mediatisierungsverhandlungen vgl. sein Schreiben vom 3. V. 1806 aus Paris an Edelsheim, Obser, PK. V. Nr. 589. Eine Tagebucheintragung vom 3. V. 1806 lautet ganz ähnlich. Arch. Herrnsheim, Tagebuch. („Journal tenu depuis 1803/06 juin jusqu'en 1810 à Paris et pendant ma mission plénipotentiaire de Bade près le gouvernement français"; in der Folge zitiert als: Tagebuch). Vgl. ferner eine Aeußerung vom 24. V. 1806, Kap. III. Anm. 128, die ebenfalls mit einer Herrnsheimer Tagebucheintragung vom gleichen Datum fast wörtlich übereinstimmt. Ein Jahr später heißt es ebd.: „Les princes d'Allemagne arrivent en foule et avec eux des ministres qui sont des modèles de pédantisme. Il y a ici 70 princes qui demandent se dévorer les uns les autres". Eintragung vom 12. VIII. 1807. Am 10. IX. 1807 schreibt er an Edelsheim: „Les princes d'Allemagne qui ont ruiné leur patric par leur conduite détruisent enfin par leur présence ici le peu de considération que l'éloignement pouvait leur faire accorder. Je vois tous les jours devant mes yeux le tableau d'un veritable guerre civile". Karlsruhe, H. u. St. Arch. Gr. Bad. Gesandtschaft in Paris 1807 (I.) — 1808 (V.) Fasz. 37. Dipl. Korr. Copialbuch — in der Folge als Fasz. 37, Copialbuch zitiert.

[26]) s. Kap. III. Anm. 128. In demselben Sinne heißt es zwei Jahre später: „Jetzt sträuben sich die Mächtigen gegen Ordnung und Verfassung und sie werden gewiß stärker geknebelt werden als sie es je waren ..." Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, 5. III. 1807, Dalberg an Klüber; am 25. III. 1807 schreibt Dalberg aus Warschau an den Großherzog: „Ich habe mit Herrn Talleyrand öfters Unterredungen über unsere deutschen Angelegenheiten. Ich überzeuge mich, wie umgreifend Murat werden wird, und daß, wenn die Verhältnisse des Protektorats ge-

cher“ [27]) als Reizenstein, sofern Traditionsverbundenheit in diesem Zusammenhang Schwäche bedeutet, denn diese hinderte ihn, sich so rückhaltlos der neuen Zeit hinzugeben, wie es Reizenstein konnte. Er war der typische Vertreter eines alten Reichsritters mit vorzüglicher Erziehung und sorgfältigster Bildung. Er hatte seine diplomatischen Lehrjahre unter Hügel in Regensburg und Wien im unmittelbaren Wirkungsbereich alter Reichstradition absolviert; er galt immer als österreichfreundlich [28]) und war es im Grunde seines Herzens wohl auch. Die Vorstellung von einem alten mächtigen Reich war stets lebendig in ihm [29]) und in seinen verschiedenen politischen, sich scheinbar oder tatsächlich widersprechenden Plänen [30]) ist bei genauerem Hinschauen immer wieder ein Grundgedanke zu entdecken — der Wunsch, dem alten offensichtlich für den Verfall reifen Heiligen Römischen Reich Teutscher Nation auf irgendeine Weise zum Fortleben zu verhelfen; sei es auch nur um den Namen der „Deutschen“ zu erhalten, und ihn nicht durch den Namen der „Baiern“, oder „Hessen“ ersetzt zu sehen [31]). Dieser Wunsch, das alte Reich und seine Konstitutionen zu retten, liegt sowohl Plänen vom August [32]) und Oktober 1803 [33]) und September 1804 [34]) zugrunde, (die eine große Koalition gegen Frankreich vorsahen, um es in seine Grenzen zurückzuweisen) als auch dem paradox anmutenden Gedanken einer Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an Napo-

---

bildet werden sollen, sowie sie durchgedacht werden, mancher deutsche Fürst noch mehr wie bisher der Fall war, die vorige Verfassung Deutschlands zurückführen zu können, wünschen muß“; ebd. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89.

[27]) Andreas, Verwaltungsorganisation S. 199. Reizenstein ist zweifelsohne die männlichere Natur, wie Andreas schreibt, aber deshalb ist Dalberg doch gerade für diese Uebergangszeit eine nicht weniger wichtige und interessante Erscheinung als Reizenstein.

[28]) s. Kap. II. Anm. 75. Auch Montgelas wollte ihn deshalb nicht in bayrische Dienste nehmen. Arch. Herrnsheim, Selbstbiographie S. 38. Andreas, Verwaltungsorganisation S. 244.

[29]) vgl. Exkurs I.

[30]) Diese verschiedenen Pläne werden von Obser, PK. IV. Einleitung S. LXI und von Andreas, Verwaltungsorganisation S. 199 f. als „phantastische, ins Ungemessene schweifende Kombinationen und Entwürfe“ und die darin enthaltenen Widersprüche „als Ausdruck einer auffallenden Schwäche“ abgelehnt.

[31]) In der in Exkurs I Anm. 3 erwähnten Denkschrift vom August 1806 heißt es: „Pourquoi les noms d'Allemagne, d'Allemands seraient-ils effacés de la terre pour changer en Bavarois, Hessois?“

[32]) Obser, PK. IV. Nr. 531, Paris, 7. VIII. 1803, „Considérations sur les intérêts de la maison de Bade et les éléments de son agrandissement futur“; und ebd. Nr. 536, Paris, 22. VIII. 1803, Dalberg an Edelsheim.

[33]) Ebd. Nr. 553 u. Obser, PK. VI. Nr. 230 mit der Bemerkung, „Mr. de Morkow reçut ce mémoire à Paris en octobre 1803 et le transmit à Pétersbourg et Londres. Il servit de base à la coalition en 1804 et 1805“.

[34]) Ebd. Nr. 240, „De influence de la Russie sur l'Empire Germanique“.

leon [35]), um auf diese Weise ein mächtiges lebensfähiges Reich sicherzustellen. Seine Ideenwelt neigt im Gegensatz zu Reizenstein zu traditionalistischen und romantischen Gedankengängen, besonders am Anfang seiner politischen Tätigkeit. Nach dem Abschluß des Rheinbundes, als Dalberg die badische Politik selbständig leitete, ohne daß ihm ein Reizenstein vorgesetzt war, gerieten auch seine Gedanken mehr und mehr in kühlere und realpolitischere Bahnen. Und in seinen Berichten bewies er sehr bald einen sehr sicheren Instinkt für das für Baden Mögliche und Nichtmögliche. Dalberg war ein sehr kluger und feiner Beobachter, alle Extreme waren ihm verhaßt [36]). Deshalb konnte er mit Reizenstein nicht zusammenarbeiten [37]), deshalb bezeichnete er Napoleon als „Narren" [38]), und deshalb war er der Freund Talleyrands. Diese Freundschaft war nicht nur eine Sache des Dalbergschen Interesses, sondern hatte sicher ihre tieferen Gründe in jener inneren Verwandtschaft der politischen Anschauungen [39]). Die Freundschaft hatte sich erst allmählich entwickelt [40]), denn am Anfang wurde Dalberg in Paris als österreich- und russenfreundlich abgelehnt [41]); später wuchs sie sich aber zu einer echten Vertraulichkeit aus [42]). Diese Freundschaft mag Dalbergs späteren Uebertritt in franzö-

---

[35]) Vgl. Exkurs I.

[36]) Ueber seine Stellung zu den französischen Emigranten sagt er einmal: „La violence des opinions que j'observai dans les émigrés et leur complète déraison m'éloignèrent d'eux et c'est depuis ce temps que j'ai conservé un certain dégout que je n'ai pû vaincu plutard lorsque mon séjour en France me les fit rencontrer plus fréquemment". Arch. Herrnsheim, Selbstbiographie S. 26.

[37]) Dalberg urteilt über Reizenstein: „un baron de Reizenstein avait été mon prédécesseur à Paris. Il était un homme capable mais sans principes et sans probité politique en affaires, ardent revolutionnaire il avait donné tête baissée dans ce système de bouleversement général et avait eu beaucoup d'influence sur les arrangements arrêtés à Paris à l'égard de l'Allemagne". Arch. Herrnsheim, Selbstbiographie, S. 45. Vgl. auch ders. über dens. Obser, PK. VI. Nr. 390, Paris, 28. VII. 1806. Dalberg an Klüber. Und „... ich habe nie ein anderes Urteil über ihn gefällt, als daß er ein Mann von Talenten und Kenntnissen sei, daß er aber der unverträglichste und despotischste Geschäftsmann bleiben werde, den ich je gekannt habe". Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, Dalberg an Klüber, 16. VIII. 1806.

[38]) Vgl. Exkurs II.

[39]) Ueber Tallerand vgl. neuerdings den Aufsatz von H. Wendorf a. a. O.

[40]) Dalberg gibt selbst als Zeitpunkt den Feldzug von 1806/07 an: „Le Prince de Bénévent à cette époque m'attira particulièrement autour de lui et ce fut depuis que commença notre liaison plus particulière". Arch. Herrnsheim, Guerre avec la Prusse, 1806/07, Mémoire.

[41]) Obser, PK. V. Nr. 575, Paris, 25. I. 1804, Dalberg an Edelsheim.

[42]) In Herrnsheim vorhandene Briefe von Talleyrand sind inhaltlich nicht bedeutend; sie enthalten Mitteilungen der Tagesereignisse und Privatangelegenheiten, zeichnen sich aber durch einen freien, vertraulichen Ton

siche Dienste[43]) mit erklären; ganz zu verstehen ist dieser Uebertritt besser noch aus den Enttäuschungen, die ihm der badische Dienst brachte[44]), und die Erkenntnis, daß außenpolitisch für ein so kleines Land keine Lorbeeren zu ernten seien. Immer und immer wieder predigte er Aufbau nach Innen[45]), und immer wieder mußte er erkennen, daß es gerade darin am schlechtesten in Baden bestellt war. Hätte Dalberg in österreichischen Diensten gestanden, wäre er wohl nie auf die Idee gekommen, nach Frankreich zu gehen. Das etwas romantische Bedürfnis, einem großen mächtigen Staat anzugehören, hat sicher bei diesem Entschluß eine Rolle mitgespielt. Wie dem auch sein mag, solange er in badischem Sold war, hat er badische Interessen vertreten und sich um Badens Vergrößerung bemüht. Daß eine solche zu seiner Amtszeit nicht mehr erfolgte, war nicht seine Schuld, sondern lag in den Verhältnissen begründet.

Ganz allgemein ist zu sagen, daß in diesem Zeitraum die deutschen Angelegenheiten, sofern sie die Rheinbundfürsten betrafen, für Napoleon an Interesse verloren hatten; die kleinen Staaten waren soweit vergrößert worden als es nötig war, um eine ansehnliche Masse Hilfstruppen aus ihnen ziehen zu können; eine sinngemäße Abrundung der Bundesstaaten untereinander, die für diese von großer Bedeutung war, konnte Napoleon gleichgültig sein. Seine Aufgabe war zu diesem Zeitpunkt anderer Art. In einer die Staatenwelt des Abendlandes umstürzenden Auseinanderset-

---

aus. Dalberg vermerkt auch hin und wieder in seinem Tagebuch mit Stolz gewisse Vertraulichkeiten, die Talleyrand ihm bezeigte; z. B. daß Talleyrand ihn als ersten den Tilsiter Frieden lesen ließ und hinzufügte: „c'est le dernier travail que je fais. On va offrir la paix à l'Angleterre qui la refusera, on va attaquer l'Espagne et les évènements ne pourront plus se calculer, j'ai demandé ma mission à l'Empereur ..., je vois le moment ajouta-t-il entre autre chose, où toutes les nations se ligueront pour accabler la France". Arch. Herrnsheim, Tagebuch, Eintragung vom 10. VII. 07.

[43]) Dalberg schied im Frühjahr 1810 aus dem badischen Dienst aus und wurde im August 1810 zum französischen Staatsrat ernannt unter gleichzeitiger Verleihung des Herzogtitels.

[44]) s. S. 136 ff.

[45]) Obser, PK. V. Nr. 607, Paris, 24. V. 1806, Dalberg an Edelsheim. Ferner schreibt er in einem großen Ueberblick über die allgemeine Lage am 21. VIII. 1807 an Edelsheim: „Il est indubitable que le système que les cours d'Allemagne auront à suivre pour l'avenir ne peut être que de trouver dans une bonne et sage administration les ressources nécessaires et la satisfaction qui peut en résulter et qu'il sera temps d'arrêter ces désirs de s'aggrandir par le moyen de nouvelles révolutions qui ôtent les moyens de toute prospérité et qui ne présenteront plus aucun succès ...". Karlsruhe H. u. St. Arch. Fasz. 37, Copialbuch; und ähnlich heißt es am 24. IX. 1808 „Le grand art pour les petits cours est de se conserver dans cette crise et elles ne le peuvent qu'en évitant d'être compromises, de marcher très droit et de tenir une bonne administration dans l'intérieur de leur pays pour conserver l'opinion de leur sujets ...". Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 29, ders. an dens.

zung Frankreichs mit Preußen, Rußland und England hatten die Wünsche der kleinen und kleinsten Herren keinen Platz und auch keine Berechtigung mehr. Die Berichte Dalbergs und Hofers aus diesem Zeitraum sind denn auch von der immer wiederkehrenden Bemerkung erfüllt, daß in den deutschen Angelegenheiten nichts geschehe[46]), daß sie einzig und allein nur vom Willen des Kaisers abhingen[47]), und daß dieser es nicht an der Zeit hielte, sie jetzt zu ordnen[48]). Auch war der im August 1807

[46]) So bat Dalberg schon im Februar 1807 um seine Abberufung aus dem französischen Hauptquartier, weil keine Aussicht sei, daß die deutschen Angelegenheiten in Warschau noch zur Sprache kommen würden. ebd. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Warschau, 24. II. 1807, Dalberg an den Großherzog.

Am 6. Juli meldete Dalberg aus Königsberg, daß alles, was Deutschland angeht, in Paris verhandelt werden soll; ebd. Fasz. 90, Dalberg an Edelsheim.

In Paris aber „fand" Hofer, „die deutschen Angelegenheiten in einer Art vollständiger Stockung" ... und „nicht das mindeste war bekannt", ebd. Fasz. 86, Paris, 9. VIII. 1807, Hofer an den Großherzog. — Aehnlich berichtet Dalberg am 28. VIII.: „Rien ne s'est encore décidé pour le reste des affaires concernant l'Allemagne, tout le monde est dans l'attente"; ebd. Fasz. 37, Copialbuch, Dalberg an Edelsheim.

Am 6. IX. heißt es: Dalberg kann nichts nach Karlsruhe berichten, weil die deutschen Gesandten alle ohne Antwort bleiben; ebd. ders. an dens. Aehnlich Berichte vom 7. und 9. X. 1807. ebd. ders. an dens.; am 5. Januar 1808 meldet Dalberg nach Hause: „Il n'est point question des affaires d'Allemagne". Anfang März notiert er in seinem Tagebuch: „Le Prince Primat est retourné en Allemagne sans avoir pu rien terminer". Arch. Herrnsheim, 2. III. 08.

[47]) Dalberg an Edelsheim: „Mr. de Champagny paraît n'avoir aucune direction sur les affaires d'Allemagne que l'Empereur paraît vouloir disposer seul"; Karlsruhe, Fasz. 37 Copialbuch. Paris, 19. VIII. 1807. ebd. schreibt ders. am 21. VIII.: „Champagny ignore tout ce qui a rapport à nos intérêts de l'Allemagne ... Nous suivons autant que les circonstances le permettront les dispositions qui vont se préparer et nous ne pouvons assez répéter que la décision de l'Empereur paraît ne plus admettre d'autre influence que celle que donne sa volonté". Desgl. schreibt Hofer am 12. IX. an den Großherzog: „Wo man anklopft, läuft die Antwort immer dahinaus, daß die Willensmeinung des Kaisers nicht bekannt sei, und daß lediglich von dieser alles abhinge". Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 86. — In einem großen Bericht Dalbergs vom 17. Okt. 1807, in dem er eine Uebersicht über die europäischen Angelegenheiten gibt, heißt es in Bezug auf die badischen Angelegenheiten: „J'ai eu de nouveau différentes occasions à en parler et tout dépend de la volonté de l'Empereur laquelle paraît de plus en plus devoir être la seule qui régit la France et l'Allemagne et peut-être l'Europe entière". Fasz. 37, Copialbuch, Dalberg an Edelsheim.

[48]) Dalberg berichtet von einem Gespräch über die deutschen Fragen, das der Fürst Primas mit Napoleon gehabt hat, und zu dem der Kaiser sagte; „J'ai pour principe de ne faire les choses que quand je puis les faire bien, ayez patience ce n'est pas le moment, je vous le dirai lorsque je le jugerai à propos ..." ebd. Paris, 9. X. 1807, Dalberg an Edelsheim. Aehnlich ebd. 17. Okt. 1807, ders. an dens.

erfolgende Wechsel im französischen Außenministerium denkbar ungünstig für die deutschen Angelegenheiten, da der Nachfolger Talleyrands, Champagny, in diese Frage garnicht eingearbeitet war und nichts ohne das Wissen des Kaisers zu entscheiden wagte [49]). Trotzdem gelang es den deutschen Vertretern hier und da eine Audienz bei Napoleon selbst zu erhalten oder wenigstens bei seinen Ministern; in der Regel aber beschränkte sich ihre Tätigkeit darauf „ihre" Wünsche in Mémoires auszudrücken und dem Machtspruch Napoleons entgegen zu harren" [50]). War es unter diesen allgemeinen politischen Verhältnissen für den badischen Gesandten schon fast ein Ding der Unmöglichkeit mit den Anliegenheiten seines Landes durchzudringen, so wurde überdies Napoleon noch in besonderer persönlicher Weise gegen das Großherzogtum Baden verstimmt. Sowohl die innerpolitischen Angelegenheiten [51]) als auch das Verhalten des Erbprinzen während und nach dem Feldzug von 1806/07 in unmittelbarer Umgebung des Kaisers erschwerten dem Gesandten seine Aufgabe und nahmen ihm in der Person des Erbprinzen seine wichtigste Stütze. Und als drittes waren schließlich auch die Leistungen der badischen Truppen in diesem neuen Krieg nicht so hervorragend, daß Napoleon durch sie zu Gunsten Badens hätte gestimmt werden können.

Am 21. September 1806 erhielten die Rheinbundfürsten von ihrem Protektor die Aufforderung, unverzüglich ihre Truppen in Marschbereitschaft zu versetzen, „um die Interessen und das Gebiet des Rheinbundes zu verteidigen" [52]).

---

[49]) s. Kap. IV. Anm. 47. Am 30. IV. 1808 noch vermerkt Dalberg in seinem Tagebuch: „Mr. de Champagny n'a pas le courage de prendre la moindre chose pour lui et il se garde même de soumettre à l'Empereur des choses qui peuvent lui déplaire ou exciter son humeur". Arch. Herrnsheim.

[50]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 28, Paris, 22. VIII. 1807, Hofer an den Großherzog. Dalberg berichtet einmal sehr anschaulich über das Schicksal irgend einer solchen Denkschrift: „... voici maintenant la marche que je vois tenir à ce genre de réclamations. Mr. de Champagny les reçoit, il les fait passer avec assez de suite et même de l'intérêt dans son bureau; un rapport se fait et ce rapport est adressé à l'Empereur. Rien ne se décide sans ses ordres. C'est là pourlors que ces affaires peuvent rester longtemps si l'Empereur ne les refuse pas tout de suite. Si elles sont envoyées au conseil d'Etat il y en a pour des années parceque ce conseil est surchargé de détails ... On se demande avec inquiétude que peut résulter d'un tel ordre de choses?" Fasz. 37, Copialbuch, Paris 17. X. 1807, Dalberg an Edelsheim.

[51]) Vgl. Kap. III. Anm. 91 und 92. Kap. I. Anm. 29. Vor allen Dingen häuften sich die Gerüchte über „unredliche Amtsführung" aus der Umgebung des Markgrafen Ludwig. W. Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 189 f.

[52]) Corr. de Napol. Ier t. XIII. nr. 10850, note 1. St. Cloud, 21. IX, 1806, Napoléon au Grand Duc de Bade.

In Baden beeilte man sich, dem Wunsche Napoleons nach Möglichkeit Folge zu leisten, und um nicht den Fehler vom Herbst 1805 zu wiederholen [53]), bat der Erbprinz von sich aus um die Erlaubnis, in der Umgebung des Kaisers an dem Kriege teilnehmen zu dürfen [54]). Das badische Kontingent unter dem Oberbefehl des Generalmajors Valentin von Harrant [55]) marschierte in zwei Brigaden, von denen die erste verhältnismäßig schnell aufbrach [56]), während sich die Aufstellung der zweiten zum Unwillen Napoleons [57]) erheblich verzögerte. Am 10. Oktober waren 3526 Badener in Würzburg unter der Führung des Generals von Cloßmann [58]) vereinigt, von wo aus sie nach verschiedenen Umwegen [59]) am 12. November in Stettin eintrafen. Hier beschränkte sich ihre Aufgabe im Wesentlichen auf Garnisondienst [60]) und weiterhin auf die Abwehr Schillscher Streifzüge, die dieser von Kolberg aus unternahm [61]). Die zweite Brigade in einer Stärke von 2469 Mann zog erst im Laufe des November in verschiedenen Abteilungen ins Feld [62]) und erreichte zu Anfang des Jahres 1807 die erste Brigade in Stettin. An den großen Schlachten des Feldzuges, Jena und Auerstedt, Preußisch-Eylau und Friedland haben die badischen Truppen nicht teilgenommen. Sie wurden im Frühjahr 1807 zur Belagerung von Danzig verwendet [63]), und ein badisches Reservecorps unter dem Befehl des Oberstleutnant von Porbeck [64]), das am 5. Juni 1807 Karlsruhe verließ, wurde noch zur Belagerung von Stralsund herangezogen [65]). Mit der Einnahme von Danzig am 26. Mai aber war in der Hauptsache der

---

[53]) s. S. 11.

[54]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Karlsruhe, 26. IX. 1806, Karl an Napoleon. Karl war mit seiner Bitte einer Aufforderung Napoleons um zwei Tage zuvorgekommen. s. Corr. de Napol. Ier t. XIII. nr. 10886, Mayence, 28. IX. 1806, Napoléon au Prince Héréditaire de Bade u. ebd. nr. 10914, Mayence, 30. IX. 1806 ders. an dens.

[55]) Vgl. Bad. Biogr. Bd. I. S. 333 ff. Instruktion für Harrant vom 6. X. 1806, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 844.

[56]) Massias an Talleyrand: „Les troupes grand ducales partiront plutôt qu'on ne le croyait ...". Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 7, nr. 589, Karlsruhe, 27. IX. 1806.

[57]) Sauzey a. a. O. p. II. Corr. de Napol. Ier t. XIII, nr, 11107. Berlin 28, X. 1806, Napoléon au Général Clarke.

[58]) Vgl. Bad. Biogr. Bd. I. S. 148 ff.

[59]) Ueber den Marsch der badischen Truppen vgl. Bad. Militäralmanach X, Geschichte des Feldzugs der Großherzogl. badischen Truppen gegen Preußen, Rußland und Schweden 1806 und 1807, und das Tagebuch über den Feldzug des Erbgroßherzogs Karl von Baden 1806/07, verfaßt von Ludwig v. Grolmann ..., a. a. O.

[60]) Bad. Militäralmanach X, S. 91 ff.

[61]) ebd. S. 94 ff.

[62]) Die erste Brigade brach am 13. November auf, die letzte am 2. Dezember 1806, ebd. S. 90.

[63]) ebd. S. 136 ff.

[64]) Bad. Biogr. Bd. II. S. 140 ff.

[65]) Bad. Militäralmanach X. S. 188 ff.

Krieg für die badischen Truppen schon beendet. In die Heimat konnten sie freilich nicht vor Weihnachten 1807 zurückkehren.

Die Zusammenarbeit der badisch-französischen Truppen gestaltete sich höchst unerfreulich. War auf der einen Seite das badische Corps schlecht und unzureichend ausgerüstet [66]), so wurde es auf der anderen Seite von dem französischen Generalmajor schikaniert und von einem Platz zum andern kommandiert [67]). Klagen über das badische Kontingent, die im Hauptquartier einliefen, erstreckten sich vom Erbprinzen selbst über die militärische Leitung bis hinab zu den Gemeinen; Napoleon sprach Dalberg darüber sehr deutlich sein Mißfallen aus und unterließ nicht, dabei gleichzeitig die guten Dienste, die ihm bayrische und württembergische Truppen leisteten, zu erwähnen [68]). Harrant wurde zwar vom Großherzog beauftragt, die französischen Vorwürfe richtigzustellen und zurückzuweisen [69]), aber es ist kaum anzunehmen, daß er damit durchdrang. Die Klagen auf beiden Seiten gingen weiter. Der Marschall Lefèbre beklagte

[66]) ebd. S. 79. So marschierte z. B. die ganze Mannschaft ohne Mäntel ab. — Desgleichen fehlte es an Pferden und Munition, ebd. S. 83 ff.; vgl. auch Markgraf Wilhelm von Baden, Denkwürdigkeiten S. 41.

[67]) Am 9. XI. 1806 berichtet Grolmann aus Berlin an den Markgrafen Ludwig: „Daß unser Corps nun vorwärts in Cüstrin steht, ist Ew. H. bereits bekannt. Berthier, der uns schadet, wo er kann, hat ihm jedesmal Gegenbefehl und eine andere Direktion gegeben, als der Kaiser wollte". Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 844 a. Auch Karl beklagt sich über Berthier, wenn er am 2. XI. 1806 an seinen Onkel schreibt: „Ich bestrebe mich täglich mehr, unserem Corps nützlich zu sein, obwohl der Kriegsminister einen ganz davon degutieren könnte, denn wenn man nicht immer auf der Hut ist, muß man befürchten, daß er etwas macht, was nachteilig ist..." ebd. Fasz. 844 c. Es ist freilich zu bezweifeln, ob Karls Bericht ganz zutreffend ist, denn Harrant schreibt einmal an anderer Stelle, er selbst würde manches erreicht haben, aber Karl wollte alles selbst machen, „schob aber immer alles auf die lange Bank". Warschau, 6. I. 1807, Harrant an den Markgrafen Ludwig; ebd. Kriegssache Fasz. 844.

[68]) Dalberg berichtet am 3. I. 1807 aus Warschau über die erste Audienz bei Napoleon während des neuen Krieges; zur Frage einer neuen Landverteilung sagte ihm Napoleon: „Votre contingent n'est pas complet, il est mal organisé tout manque, ils ne sont pas prêts. Voyez, Mr. de Dalberg, ce corps de 12 000 hommes du Roi de Wurtemberg, ils me rendent de très bons services; les Bavarois en Silésie sont très bons; lorsqu'il aura un partage il faut penser à cela..", Karlsruhe H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Dalberg an den Großherzog. Aehnlich schreibt der Oberst von Grolmann am 11. I. 1807: „Talleyrand hat dem Herrn von Dalberg geradezu erklärt: Der Kaiser sei mit unserem Corps mißvergnügt. Es fehle dabei immer an etwas, sodaß man es nie brauchen könne, es sei schlecht organisiert und schlecht kommandiert..." ebd. Kriegssache, Fasz. 844 a. Vgl. auch Briefwechsel des Kaisers mit König Friedrich v. Württemberg a. a. O. Bd. I S. 15, Posen, 10. XII. 1806.

[69]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 844. Schreiben aus Karlsruhe vom 25. I. 1807.

sich über die Untüchtigkeit der Badener[70]), den Offizieren und Unteroffizieren hielt er „eine derbe Strafpredigt", weil das Corps geplündert hatte[71]), und auf der anderen Seite beklagte sich der badische Oberst Grolmann über Mißhandlung und Verachtung der badischen Truppe[72]). Im Laufe der Zeit jedoch ließen die französischen Klagen über den einfachen Soldaten nach[73]) und konzentrierten sich mehr und mehr auf die Herren des badischen Stabes[74]). Wie weit die Beschwerden über das badische „Hauptquartier" zu Recht bestanden, ist schwer nachzuweisen. Daß aber etwas Wahres daran war, ist sicher; denn selbst Dalberg, der sich zu Anfang Mai 1807 nach Danzig begab, um im badischen Lager nach dem Rechten zu sehen, mußte zugeben, daß nicht alle Schuld allein auf französischer Seite lag[75]). In der Hauptsache werden wohl alle Reibungen

[70]) Sauzey a. a. O. p. 13 ss. „... les Badois ..., ne sont bons ni au traivail, ni au feu". ebd. p. VI.: „...l'Empereur les envoie faire leurs premières armes au siège de Danzig où ils se révèlent gros mangeurs et buveurs insatiables exaspérants le maréchal Lefèbre dont ils dévorent les approvisionnements".

[71]) Bad. Militäralmanach X. S. 133 f.

[72]) Oberst Grolmann an Markgraf Ludwig, Pietzkendorf vor Danzig, 14. IV. 1807. „In Danzig erzählte man ganz trocken, zwei badische Compagnien seien vor fünf Kosacken davongelaufen ...". „Das Corps sah sich bei dem besten Willen und selbst bei mehreren Gefechten verachtet, mißhandelt ...". „Jedenfalls hat sich das Corps nie mutlos benommen. Den schlechten Namen hat man ihm aus Gott weiß welchen Ursachen anhängen wollen ..." Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 844 a.

[73]) Corr. de Napol. Ier t. XV. nr. 12425, Finkenstein, 19. IV. 1807. — Im Feldzug gegen Spanien zeichneten sich badische Truppen gleich zu Anfang (Okt. 1808) in der Schlacht von Zornosa aus, und in Erinnerung an den Feldzug von 1806/07 sagte ihnen der Marschall Lefèbre: „jetzt seint'r keine wüste Ketzer mehr, jetzt seint'r brave Lüt". Karlsruhe, H. u. St. Arch. III, Kriegssache Fasz. 989, Bilbao, 3. XI. 1808. „Relation des Obersten Porbeck über die Bataille von Zornosa nebst den ihr vorhergehenden und nachfolgenden Tagen".

[74]) In seinem großen Bericht vom 17. X. 1807 bringt Dalberg auch die badischen Militärverhältnisse zur Sprache: „Je sais que l'Empereur et le maréchal Berthier n'estiment point l'organisation de notre contingent et qu'ils prétendent que les chefs qui se trouvent les commander sont des officiers sans mérite. Le maréchal Berthier le répète quand on veut l'entendre ... Le maréchal ayant fait manoeuvrer un bataillon prétend que le chef dont il n'a pas su nommer le nom n'a pu exécuter aucune évolution ...". Fasz. 37, Copialbuch. Desgleichen hat Berthier zu Dalberg gesagt: „Vous avez de bons soldats, il y a de bons officiers dans le nombre mais les chefs ne valent rien, il y en a d'abord trop et cette tenue à la Prussienne ne cadre pas avec le notre"; ebd. Paris, 29. X. 1807, Dalberg an Edelsheim.

[75]) Am 2. V. schrieb Dalberg aus dem Generalquartier bei Danzig an den Großherzog: „Mon séjour près du corps m'a fait connaître les sources de toutes les tracasseries qui ont régné jusqu'ici avec les généraux français. Je regrette que si ces derniers ont des torts il y en a beaucoup de notre part, que cela ne tient ni au soldat ni à l'officier subalterne

ihre Wurzel in Kompetenzstreitigkeiten zwischen der badischen und französischen Führung gehabt haben [76]). Umso wichtiger wäre es gewesen, daß der Erbprinz in geschickter und energischer Weise die Vermittlerrolle übernommen hätte. Aber der Erbprinz geriet gleich zu Anfang in Streit mit dem französischen Kriegsminister Berthier [77]), und Harrant schrieb bedrückt nach Karlsruhe: „... im Ganzen wäre es besser und nützlicher gewesen, wenn der Prinz zu Hause geblieben wäre" [78]). Der Prinz trat im Felde keineswegs so auf, wie es dem Schwiegersohn Napoleons und dem Schwager des Zaren von Rußland entsprochen hätte [79]). Wie ein Privatmann ging er seinen eigenen ausschweifenden Vergnügungen nach, ließ sich in der Umgebung des Kaisers nicht blicken [80]) und vernachlässigte durch sein Benehmen in der gröbsten Weise seine Pflichten als Truppenführer und als Vertreter eines verbündeten Herrscherhauses. Anfang Januar ließ Napo-

---

mais à un ensemble de ce qu'on veut bien nommer quartier général badois qui laisse des impressions profondes et très facheuses parce que personne y est bien d'accord avec l'autre ...". Arch. Herrnsheim, Abschrift.

[76]) Grolmann klagt z. B. über den Haß zwischen den französischen Offizieren Gardanne und Menard einerseits und den badischen Offizieren Clossmann und Vincenti andererseits „jeder befiehlt etwas anderes"; Bericht vom 14. IV. 1807, s. Kap. IV. Anm. 72.

[77]) Schon am 1. XI. 1806 schreibt Harrant an den Markgrafen Ludwig: „Nun muß ich frei und im Vertrauen sagen, daß absolut jemand im Hauptquartier und bei dem Prinzen sein muß, sonsten geht es nicht, denn es waren schon kleine Mißverständnisse und Spannungen, besonders zwischen dem Prinzen und Berthier, die ich aber glaube wieder in Ordnung gebracht zu haben, denn der Prinz waren so gnädig, auf meine Bitten an den Kriegsminister zu schreiben und heute selbst zu ihm zu gehen; hält man nicht immer ein Einverständnis und Gleichgewicht, so sind wir natürlich verloren und ziehen immer den Kürzesten ..." Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 844 d.

[78]) ebd. Warschau, 6. I. 07. Ders. an dens. Dalberg war der gleichen Ansicht.

[79]) Dalberg ist überzeugt, daß Karls Anwesenheit für die badischen Angelegenheiten sehr nützlich sein könne, wenn er nur die ihm zu Gebote stehenden Mittel geschickt ausnützen wolle. Nur müsse er endlich einmal anfangen als „Sohn des Kaisers" zu leben. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Warschau, 14. II. 1807, Dalberg an den Großherzog. Ebenso klagt Dalberg gegenüber Klüber, „daß der angekommene Erbe Bayerns Karl ... in noch größeren Schatten setzt, weil er nicht hervortreten will". ebd. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, Warschau, 19. I. 1807. Napoleon wünscht Karls Hervortreten und hat gesagt: „il est un des grands de la terre, il est essentiel qu'il se présente ainsi dans le monde". ebd.. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Warschau, 2. I. 1807, Dalberg an Edelsheim.

[80]) Bericht Harrants an den Markgrafen Ludwig vom 6. I. 1807, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache Fasz. 844 d. „Hoheit . . gingen aus Bequemlichkeit oft in mehreren Tagen garnicht aus, empfingen und besuchten beinah niemanden, selbst den Kaiser selten, zu welchem Sie doch den freien Zugang hatten, dadurch waren Sie aus aller Konnektion, mußten sich ennuyieren, lebten als Privatmann in einem Augenblick, wo soviele andere Fürstlichkeiten ihre Demarchen machten ...."

leon den Prinzen durch Berthier auffordern, sich zu seinem Corps nach Stettin zu begeben; Berthier tat dies umso lieber, als er damit dem schlaffen Fürsten einen boshaften Seitenhieb versetzen konnte; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anwesenheit des Prinzen den Eifer des badischen Corps vermehren werde, um mit den bayrischen, württembergischen und hessen-darmstädtischen Truppen an Tapferkeit zu wetteifern, die der Kaiser ja nicht genug loben könne [81]). Da der Erbherzog aber erkrankte [82]), kam dieser Plan nicht zur Durchführung, und erst drei Monate später reiste er zu seinen Truppen ab (wiederum auf ein Schreiben Napoleons hin, der ihn aufforderte, bei dem badischen Kontingent nach dem Rechten zu sehen [83]). Am liebsten hätte Napoleon den Erbprinzen nach Karlsruhe zurückgesandt [84]), er konnte ihn aber, da dieser keine Lust dazu bezeigte [85]), nicht mit Gewalt dazu zwingen. Napoleon war beunruhigt

[81]) „... la présence du Prince héréditaire ne peut qu'augmenter leur ardeur pour se montrer rivales en bravours des troupes bavaroises, wurtembergeoises et de Hesse-Darmstadt, dont S. M. ne saurait trop faire l'éloge". ebd. Fasz. 844 a. Warschau, 7. I. 1807, Berthier au Prince Charles, Copie.

[82]) Corr. de Napol. Ier t. XIV. nr. 11668, Bulletin de la Grande Armée, Varsovie, 19. I. 1807. Der hier angegebene Krankheitsgrund entspricht zweifellos nicht den Tatsachen, sondern nur der Rücksicht auf die Person des Prinzen.

[83]) Picard-Tuetey a. a. O. t. I. p. 486 nr. 992. Osterode, 30. III. 1807. Napoléon au Maréchal Berthier. Corr. de Napol. Ier t. XIV. nr. 12244, Osterode, 31. III. 07. Napoléon au Maréchal Lefèbre.

[84]) Dalberg an Klüber: „Man hat mir gestern bei Hofe gesagt, der Kaiser werde den Prinzen zu besserer Genesung und um bald eine schwangere Erbgroßherzogin zu haben, nach Hause gehen lassen ..." Warschau, 19. I. 1807. Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10, 7 Wochen später war wieder die Rede davon, daß Napoleon Karl Urlaub geben wolle zur gänzlichen Erholung und aus Sorge um die Erbfolge; ebd. III. Kriegssache, Fasz. 844 d, Warschau, 6. III. 1807. Harrant an den Markgrafen Ludwig.

[85]) Die Markgräfin Amalie, die Napoleon um Rückkehr ihres Sohnes bat, schrieb an Dalberg: „J'avoue je crains plus des obstacles de sa part qu'un refus de l'Empereur". Bruchsal, 30. I. 1807, Herrnsheim, eigenhändig. Am 14. II. 1807 schreibt Dalberg an den Großherzog, daß Karl selber zu bleiben wünscht. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89. Talleyrand schrieb an Napoleon „Le prince de Bade est disposé un peu plus qu'il ne faut à ne pas aller à Carlsruhe ...". Varsovie, 15. III. 1807, Bertrand a. a. O. p. 356. Vgl. dazu die ärgerliche Antwort Napoleons vom 18. III. 1807. Corr. de Napol. Ier t. XIV. nr. 12075. — Abgesehen davon, daß der Prinz sich nicht zu seiner Gemahlin begeben wollte, mußte Napoleon sogar dafür sorgen, daß er wenigstens nach Hause schrieb. Harrant schreibt am 16. I. 1807 an den Markgrafen Ludwig, daß er den Prinzen nicht zum Schreiben bewegen könne, obwohl der Kaiser es dringend wünsche und am 17: „Heute hat der Prinz unter das Bulletin einige Worte an seine Frau Mutter und Gemahlin geschrieben. Die Beredung hat viele Mühe gekostet, allein der Kaiser verlangte es ausdrücklich als heute, da fanden denn keine Ausreden mehr statt". Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 844 d.

über das Ausbleiben einer badischen Nachfolge [86]) und maß hieran — zweifellos mit Recht — die Schuld seinem Schwiegersohn zu. Der Kaiser war von dem Leben, das Karl mit seinem Onkel, dem Markgrafen Ludwig führte, aufs genaueste unterrichtet [87]) und fühlte sich als Mitglied der badischen Familie durchaus berechtigt, auch in die inneren Familienangelegenheiten einzugreifen. Am 14. Juni endlich trat der Erbprinz die Rückreise an [88]) und traf am 10. Juli nach einer Abwesenheit von dreiviertel Jahren in Schwetzingen ein.

Er hatte in dieser Zeit nichts oder kaum etwas getan, um bei Napoleon für die badischen Interessen einzutreten, und Dalberg mußte sich über die Inaktivität des Thronfolgers ebenso beklagen wie im vorhergehenden Sommer Reizenstein [89]). Dalberg hatte die Tätigkeit Reizensteins in Paris fortzusetzen. In erster Linie galt es wieder, dem Wunsch des alten Großherzogs nach Sicherung der Erbfolge nachzukommen [90]). Um Anweisungen für eine neue eventuelle Landvergrößerung [91]) bemühte man sich erst, nachdem Instruktionen zur Regelung der Erbfolgefrage erlassen waren [92]).

Nachdem Napoleon Reizenstein seine Ansicht über die Erbfolgefrage deutlich zu verstehen gegeben hatte [93]), machte der Großherzog von seiner Souveränität Gebrauch [94]) und erließ mit Einwilligung seiner Söhne Friedrich und Ludwig und seines Enkels Karl am 10. September eine Erbfolgeakte, die seine Söhne aus zweiter Ehe für den Fall des Aussterbens der Söhne aus erster Ehe zur Nachfolge berechtigt erklärte [95]). Diese Sukzessionsakte in den französischen Archiven niedergelegt und von Napoleon anerkannt und garantiert zu wissen, war der sehnliche Wunsch des

---

[86]) Harrant an den Markgrafen Ludwig: „... Die lange Unfruchtbarkeit erregt ein wenig Argwohn und Mißtrauen und würde in die Länge Unannehmlichkeiten nach sich ziehen ...“ Warschau, 6. III. 1807, ebd.

[87]) Bapst, a. a. O. p. 116 p. 120. Ueber den unheilvollen Einfluß des Markgrafen Ludwig auf seinen Neffen spricht sich auch Dalberg in seinem Tagebuch S. 42 sehr eindeutig aus; ebd. ein Urteil der Markgräfin Amalie über ihren Schwager „... elle disait sans ménagement qu'il donnait à son fils des vices destructeurs pour lui“.

[88]) Bertrand a. a. O. p. 465, 467. Berichte Talleyrands an Napoleon aus Danzig vom 10. u. 15. VI. 1807.

[89]) s. S. 59.

[90]) s. S. 54 f.

[91]) Am 31. X. 1806 läßt Karl Friedrich Reizenstein um zwei Mémoires bitten, eines für seinen Enkel Karl, das dieser dem Kaiser vorlegen soll und ein zweites als spezielle Instruktion für den badischen Gesandten. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz, 95.

[92]) Am 29., 30. IX. und 3. X. 1806.

[93]) s. S. 56 f.

[94]) In der Sukzessionsakte heißt es: „Nachdem wir nunmehr durch die Fügung der allwaltenden göttlichen Vorsehung die völlige Souveränität erlangt haben ...“

[95]) Gedruckt bei Klüber a. a. O. Bd. VIII. S. 185 ff.

alten Großherzogs. Am 30. September wurde der Geh. Referendar Oehl beauftragt [96]), Napoleon diese Akte mit einem Begleitschreiben des Großherzogs [97]) zu überbringen. Gleichzeitig ließ Karl Friedrich Schreiben für Talleyrand, den General Clarke und den Staatssekretär Maret ausfertigen, um ihre freundliche Unterstützung in eben dieser Angelegenheit zu erbitten [98]). Oehl überbrachte sobald als möglich die Empfehlungsschreiben an Talleyrand und Clarke, die beide versprachen, sich für die Sache einsetzen zu wollen [99]). Es dauerte aber noch volle vier Wochen, bis Oehl am 6. Dezember in Posen Gelegenheit hatte, dem Kaiser die Sache selbst vorzutragen [100]). Napoleon blätterte die Akten durch, beauftragte Oehl, das Schriftstück bei Talleyrand zu hinterlegen und versprach, dem Großherzog eine zufriedenstellende Antwort zukommen zu lassen [101]). Mehr als diese im Grunde zu nichts verpflichtende Antwort erfuhr Oehl nicht. Deutlicher sprach sich Napoleon gegenüber Dalberg aus. Auch dieser war vom Großherzog für den Fall, daß Oehl keine Gelegenheit haben sollte, mit Napoleon zu sprechen, beauftragt worden, Frankreichs Garantie zu erbitten [102]). Napoleon war nicht recht überzeugt davon, daß die badische

[96]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. 1. Korr. Edelsheim mit Wielandt, Fasz. 12. Von dieser Sendung Oehls berichtet Bapst, a. a. O. nichts. Auch der badische Gesandte am Frankfurter Bundestag sollte in Sachen der Erbfolge Napoleon in Mainz aufsuchen (Wielandt an Edelsheim, Baden 29. IX. 1806, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. 1. Korr. Edelsheim, Fasz. 12), da aber Napoleon schon weitergereist war, wurde Oehl beauftragt.

[97]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 7, nr. 226. Copie de la lettre de S.A,R. le grand-duc des Bade à S. M. l'Empereur des Français, roi d'Italie d. d. Bade, le 3. X. 1806 ungedruckt; s. Beilage I.

[98]) Paris, ebd. nr. 227. Karl Friedrich an Talleyrand, Bade, le 3. X. ungedruckt, s. Beilage II. Bemerkung, daß identische Schreiben an Clarke und Maret ergehen sollen bei Wielandt an Edelsheim, Baden 30. IX. 1806. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. 1. Korr. Edelsheim mit Wielandt Fasz. 12.

[99]) Bericht Oehls an den Großherzog vom 3. Nov. 1806. ebd. Kriegssache, Fasz. 833.

[100]) ebd. ders. an dens. Bericht vom 6. XII. 1806, ebd. Mitteilung, daß auch Maret sich für die badische Erbfolge einsetzen will.

[101]) ebd. „... je ferai une réponse satisfaisante au grand-duc votre maître".

[102]) Schreiben Karl Friedrichs an Napoleon vom 25. IX. 1806. gedr. bei Bapst a. a. O. p. 326 s. nr. XIII. Dieser in Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 7. als nr. 261 liegende Brief ist von Bapst nur unvollständig, ohne daß die ausgelassenen Stellen angegeben wären, abgedruckt worden. Ausgelassen ist u. a. die Stelle, die auf die Sendung Oehls Bezug nimmt, z. B. „Le baron de Dalberg supplira V. M. [si mon conseiller intime Oehl ne s'en est point encore acquitté], d'accorder ..." Möglich, daß Bapst, da ihm weiteres über die Sendung Oehls nicht bekannt war, diese Stelle als unwesentlich ausgelassen hat; es hätte aber trotzdem eines Hinweises bedurft, daß der abgedruckte Brief nur ein Torso ist. Daß Dalberg auf dieses Schreiben eine Antwort erhielt (s. folgende Anm.), ist Bapst unbekannt, vgl. Bapst a. a. O. p. 126.

Erbfolgeregelung wirklich in Uebereinstimmung mit der ganzen Familie erfolgt sei[103]) und wollte keineswegs etwa mit Rußland wegen dieser Angelegenheit in Konflikt geraten. Wenn die Erbfolge wirklich den Beifall aller hatte, so sah er nicht ein, warum man von außen seine Garantie wollte. In Wirklichkeit war es ja aber tatsächlich so, daß Rußland, Schweden und Bayern lauten Einspruch erhoben hätten, wenn sie damals schon die Sukzessionsakte gekannt hätten. Napoleon fragte Dalberg geradezu, was die Markgräfin und ihre Töchter dazu sagten[104]). Dalberg wich aus, indem er erklärte, daß sie einwilligen würden[105]); daß im übrigen der Kaiser recht hätte, denn die Erbfolge sei innerhalb der Familie geregelt, man hätte sie nur gern noch durch einen besonderen Staatsvertrag („traité") anerkannt gesehen[106]). Achselzuckend antwortete Napoleon, daß er öffentlich in dieser Angelegenheit nichts tun werde[107]), man möge die Papiere ins Archiv legen lassen, man könne wieder darüber reden, wenn die deutschen Anliegen verhandelt würden; er fügte hinzu: „Ihr in Karlsruhe seid Geheimniskrämer (mysterieux), ich verstehe Euch nicht und mag mich nicht in Eure Angelegenheiten mischen."[108]). Bei dieser Einstellung Napoleons blieb es. Es wurden badischerseits zwar noch verschiedene Versuche gemacht[109]), Napoleon zu einer schriftlichen Garantie zu be-

---

[103]) Bericht Dalbergs über eine Audienz bei Napoleon am 3. I. 1807, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89. Warschau, 3. I. 1807. Dalberg an den Großherzog „... Je ne puis me persuader encore que dans cette affaire vous soyez bien d'accord, c'est un rapport de famille sur lequel je ne puis pas prononcer".

[104]) ebd.

[105]) Die Markgräfin Amalie schrieb über die ohne ihr Wissen geregelte Erbfolge an Dalberg: „quant à l'affaire de la succession il me semble qu'il n'y a rien à y ajouter, depuis que mon fils l'a signée; il est heureux pour ceux que cela intéresse que mon consentement n'y est pas nécessaire, car je ne peux me persuader de l'utilité de la chose, mais bien des désagréments qui en résulteront un jour pour mon fils, surtout si l'on y ajoute la dignité de Princes de la Maison. D'ailleurs je suis convaincue que tout ce qui se fait à présent ne sera pas respecté par la postérité nous en voyons donc l'exemple de nos jours, rien n'est plus sacré!" Bruchsal, 30. I. 1807. Arch. Herrnsheim, eigenhändig.

[106]) Bericht vom 3. I. 1807.

[107]) ebd. „je ne puis rien publier sur cela".

[108]) „... Vous autres à Carlsruhe vous êtes tous des mystérieux, je ne vous comprends pas et je n'aime pas de me mêler de vos affaires", ebd.

[109]) So sprach Talleyrand auf Dalbergs Bitten noch öfter mit Napoleon, aber Talleyrand konnte Dalberg auch nur wiederholen, „daß sooft er bei Napoleon von der badischen Sukzession gesprochen, dieser ihm zur Antwort gebe, er wolle hierüber nicht nachdenken, es sei die Sache noch nicht reif". Königsberg, 12. VII. 1807. Dalberg an den Großherzog, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 90. Aehnlich ein Bericht vom 20. VII. 1807. Ders. an dens. ebd. — Im August 1807 übersandte Dalberg Champagny ein Mémoire und rollte darin noch einmal die ganze Erbfolge-

wegen oder die Anerkennung der badischen Erbfolge in den Friedensvertrag Frankreichs mit Rußland und Schweden vom Sommer 1807 aufzunehmen [110]), aber alle Bemühungen blieben erfolglos und sind es geblieben. Alles, was der Großherzog und seine Gemahlin von Napoleon erreichten, war die Aufnahme der badischen Erbfolgeakte in das französische Archiv; an einer offiziellen Garantie- und Anerkennungsurkunde aber, womit der römische Kaiser die Familienverträge seiner „Vasallen" zu bestätigen pflegte [111]), hatte Napoleon kein Interesse.

Auf den Erwerb zweier Gebiete konzentrierte sich die badische Gesandtschaft in der Zeit vom Dezember 1806 bis zum Mai 1808 in der Hauptsache: auf Nellenburg, das Baden zu einem geschlossenen Landstrich am Bodensee noch fehlte und auf die Schweiz. Zu Beginn des Krieges von 1806/07 tauchte auch flüchtig noch einmal die Hoffnung auf Berg wieder auf, [112]), aber nur um sehr bald wieder zu verschwinden. Auch bemühten sich Dalberg und Hofer [113]) in verschiedenen Denkschriften, die zum Teil

---

frage auf. H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 28, mémoire sur les intérêts particuliers de la maison de Bade à l'époque des arrangements qui vont avoir lieu pour régler les affaires de confédération du Rhin. Copie, Original in Paris.

[110]) Dalberg berichtet dem Großherzog, daß er Talleyrand darauf hingewiesen habe, in einem künftigen Frieden die badische Erbfolge von Rußland und Schweden anerkennen zu lassen; daß Talleyrand dieses aber abgelehnt habe mit dem Hinweis, daß Napoleon Dinge, die er sich berechtigt glaube, allein zu entscheiden, sicher nicht von fremden Mächten regeln lassen würde. Warschau, 5. III. 1807, Arch. Herrnsheim, Abschriften aus dem Großherzogl. Familienarchiv in Karlsruhe. — Dalberg wußte natürlich genau so gut wie Talleyrand, daß dies nicht der wahre Grund war.

[111]) Aus dem Mémoire vom 21. VIII. 1807 (s. Kap. IV Anm. 109) geht noch einmal mit aller Deutlichkeit hervor, wie sehr man in Baden noch eine Bestätigung seiner „souveränen" Handlungsweise vermißte. Es heißt wörtlich: „Si la constitution germanique avait encore subsisté ce statut de famille aurait dû être muni de la ratification du Chef suprême de l'empire.... Mais la constitution germanique ayant été détruite le grand-duc de Bade s'est vu dans le cas de consommer par un acte de souveraineté ce qu'il aurait dû soumettre auparavant à la sanction de l'autorité suprême de l'Empereur".

[112]) So schreibt Oehl am 6. XI. 1806 aus Berlin sehr hoffnungsvoll an den Großherzog: „Wenn in dem verflossenen Jahre noch der bescheidene Wunsch nach dem Breisgau und der Ortenau ging, so hat sich in dem gegenwärtigen die Aussicht auf die Schweiz und das Großherzogtum Berg dergestalt erweitert, daß diese zwo Schlußsteine durchaus wegen dem Handel und inneren Verkehr dem Großherzogtum zur Krone werden müssen..." Berthier hat ihm erst wieder gesagt: „il faut toujours être à la hauteur des circonstances" und Oehl bittet dringend um Instruktion... Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 843 und ähnl, Posen, 10. XII. 1806. Ders. an dens. ebd.

[113]) 1) Idées concernant le partage futur des conquêtes faites par la France en Allemagne. Memoire Dalbergs von Anfang Februar 1807 für

noch auf Arbeiten Reizensteins fußten [114]), um eine sinngemäße Abrundung ihres Landes im Osten und Norden [115]), aber diese kleinen Abrundungspläne kamen garnicht zur Sprache, da ja über die deutschen Angelegenheiten so gut wie garnicht verhandelt wurde. Zwar führten auch die Verhandlungen um Nellenburg und die Schweiz in diesem Zeitabschnitt zu keinem positiven Ergebnis, aber beide sind nicht ohne Interesse; die Bemühungen um Nellenburg bilden die direkte Brücke zu den bekannten Verhandlungen vom Jahre 1809/10 [116]) und die Pläne zur Erwerbung der Schweiz zwischen 1806 und 1808 sind im Zusammenhang bis jetzt nicht bekannt [117]). Den Erwerb Nellenburgs für Baden forderten Reizenstein [118]),

---

Talleyrand auf dessen Bitte hin angefertigt. Archiv Herrnsheim. Abschrift, ungedruckt, s. Exkurs III.

2) Précis sur les intérêts de la maison de Bade au partage des conquêtes faites sur la Prusse. 27. VII. 1807. Mémoire von Hofer für den Erbprinzen. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 86, Abschrift, z. T. wörtlich übereinstimmend mit Dalbergs Denkschrift vom Februar, 1807 (s. u. Anm. 115).

3) Mémoire sur les intérêts particuliers de la maison de Bade à l'époque des arrangements qui vont avoir lieu pour régler les affaires de la confédération du Rhin. Memoire Dalbergs vom 21. VIII. 1807 für Champagny; ebd. Fasz. 28, Abschrift.

[114]) Die in voriger Anmerkung von Hofer erwähnte Denkschrift vom Juli 1807 zeigt deutlich den Einfluß einer Denkschrift Reizensteins vom 12. XI. 1806 aus Heidelberg. ebd. Fasz. 89. Diese Denkschrift enthält bereits alle diejenigen Punkte, die Andreas (Baden nach dem Wiener Frieden S. 16 ff.) für das Jahr 1809 aufzählt. Wenn es ebd. S. 18 heißt: „Man sieht, die Kernfragen wurden lebhaft angeschnitten, die Nebenbuhlerschaft (zwischen Baden und Württemberg), die mehr als ein Jahr die beiden süddeutschen Höfe entzweien sollte, kündigte sich drohend an", so ist das ungenau. Diese Nebenbuhlerschaft kündigte sich nicht erst vor dem Wiener Frieden an, sondern bestand bereits seit langem.

[115]) Außer Nellenburg wünschte man immer wieder folgende Gebiete: von Darmstadt: Wimpfen, Hirschhorn und Neckarsteinach; von Bayern: Das Amt Homburg und die Probstei Holzkirchen, die Ritterorte Urspringen und Remlingen; von Württemberg: die odenwäldischen und kraichgauischen Ritterorte, etwa bis zum Einfluß der Jaxt in den Neckar, möglicherweise dazu das Amt Möckmühl, ferner Knittlingen, Enzberg. Im nördlichen Schwarzwald Herrenalb und Neuenburg. Im südlichen Schwarzwald Hornberg und St. Georgen, Brigach mit Sommerau, Längenschiltach, Kirnach, Peterzell, Mönchweiler, Stockburg. — Ueberdies erstrebte man noch die im Badischen enclavierte Besitzung Geroldseck (bei Lahr) des Fürsten von der Leyen, die sigmaringische Herrschaft Hohenfels, sowie alle rechts der Donau gelegenen hohenzollernschen Besitzungen für den Fall, daß eine Verpflanzung dieses Hauses in Frage kam.

[116]) Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden S. 31 ff.

[117]) Gustav Steiner a. a. O. S. 152. Steiner teilt dann allerdings den Inhalt einer wenn auch falsch datierten Denkschrift Dalbergs mit, die in obigen Zusammenhang gehört (s. Kap. IV. Anm. 162).

[118]) In der Denkschrift vom 12. XI. 1806.

Dalberg [119]) und Hofer [120]) gleichmäßig und waren sich der Schwierigkeiten auf die man bei Württemberg damit stoßen würde, bewußt [121]). Auch Oehl und Harrant warnten davor, sich wieder von Württemberg den Rang ablaufen zu lassen [122]). Dalberg hoffte auf die Mitarbeit des Erbprinzen [123]), und Reizenstein hatte die Teilnahme des Thronfolgers am Feldzug als das beste Gegengewicht gegen den Einfluß Württembergs bezeichnet [124]). Aber diesmal kam es nicht, wie bei den Verhandlungen im Winter 1805 und im Sommer 1806 auf Schnelligkeit und Geschicklichlichkeit der deutschen Gesandten an. Die Rheinbundfürsten, die gehofft hatten bei der Neuordnung der deutschen Territorialverhältnisse, die durch die dem König von Preußen entrissenen Länder zwischen Elbe und Weichsel notwendig geworden war, ihren Anteil an der Beute zu erlangen, wurden schnell enttäuscht. Talleyrand, der Dalberg Anfang Januar 1807 aufforderte, ihm seine „Gedanken über die Verteilung der von Frankreich in Deutschland gemachten Eroberungen“ [125]) mitzuteilen, sagte ihm dabei gleich von vornherein: „Gehen Sie aber von der Idee aus, daß es ein Königreich Westfalen geben wird“ [126]). Dalberg drückte Talleyrand sein unwilliges Erstauen über eine solche Wendung der Dinge aus, und dieser stimmte ihm zu, wenn er sagte: „Sie predigen einem Bekehrten, aber der Kaiser will sich seiner Familie entledigen, und im Grunde hat er recht“ [127]). Wenn Napoleon auch bei der Gründung des Königreichs Westfalen wichtigere Gründe hatte [128]), als sich nur von seinen Verwandten zu

---

[119]) In Denkschriften vom Februar 1807, s. Kap. IV. Anm. 113,1; vom 2. V. 1807, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 90 und vom 21. VIII. 1807, vgl. Kapitel IV. Anm. 113,3. Dem Sinne nach wird der Erwerb Nellenburgs immer als „la cession la plus indispensable en faveur du grand-duché de Bade“ bezeichnet.

[120]) Denkschrift vom 27. VII. 1807, s. Kap. IV. Anm. 113,2.

[121]) z. B. Dalberg in seiner Denkschrift vom Februar 1807.

[122]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache Fasz. 843, Berlin 6. XI. 1806, Oehl an den Großherzog. Ebd. Fasz. 844 d, Berlin, 12. XI. 1806, Harrant an den Markgrafen Ludwig.

[123]) ebd., Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Berlin, 12. XII. 1806, Dalberg an den Prinzen Karl.

[124]) ebd. Fasz. 95, Heidelberg, 5. X. 1806, Reizenstein an Edelsheim.

[125]) s. Kap. IV. Anm. 113,1.

[126]) Arch. Herrnsheim, Tagebucheintragung v. 1. I. 1807.

[127]) „En me demandant me idées à ce sujet il me dit, dans vos combinaisons n'oubliez pas qu'il faut trouver de quoi établir un royaume de Westphalie pour Jerome et aggrandir Murat. Je cherchai à lui faire sentir l'inconveniance de telles dispositions, il me dit, vous prêchez un converti, mais l'Empereur veut se débarrasser de sa famille et au fond il a raison“. Ebd. und ähnlich, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Warschau, 1. I. 1807, Dalberg an den Großherzog.

[128]) Die Gründung eines Königreichs Westfalen war natürlich in erster Linie gegen eine Wiedererstarkung Preußens gerichtet, ähnlich wie die Gründung des Rheinbundes Oesterreich treffen sollte.

befreien, so war doch das Ergebnis für die mit Frankreich alliierten Fürsten mit Ausnahme Bayerns [129]) dasselbe. Wohl bemühte sich Dalberg in seinem Mémoire eine Lösung zu finden, die ein neues Königreich Westfalen berücksichtigte und gleichzeitig für sein Land eine angemessene Vergrößerung vorsah [130]), aber wie die Dinge nun einmal lagen, kam es zu einer Diskussion darüber nicht. Die den Krieg von 1806/07 abschließenden Verhandlungen wurden, soweit die deutschen Angelegenheiten in Frage standen, allein nach dem Willen Napoleons entschieden. Und als Dalberg kurz nach dem Abschluß des Friedens von Tilsit Talleyrand fragte, was denn noch zu verteilen übrig bliebe, antwortete ihm dieser auch: „fast nichts“ [131]). Die Sache schien umso hoffnungsloser, als Dalberg aus dem Tilsiter Frieden, den Talleyrand ihm zu lesen gab [132]), erfuhr, daß „Rußland alles, was in Deutschland mit den eroberten und besetzten Landen gemacht wird, billigte“ [133]). Dalberg war „wie vom Donner gerührt“ [134]) und ließ seiner Abneigung gegen den Despotismus Napoleons, „der ... noch allerlei Maßregeln ersinnen würde, um aus der Konföderation eine Militärmacht zu bilden, die man, wo man wolle, brauchen könne“ [135]), freien Lauf [136]). Aus der Umgebung Talleyrands wurde dem badischen Gesandten zu verstehen gegeben, daß Napoleon „Baden für ansehnlich genug betrachte, um sich an den Grenzen Frankreichs mit anderen Staaten zu erhalten“ und bei seiner Unzufriedenheit mit den innerbadischen

[129]) Preußen trat im Frieden von Tilsit Bayreuth an Bayern ab.

[130]) Vgl. Exkurs III.

[131]) Arch. Herrnsheim, Tagebuchvermerk vom 12. VII. 1807: „J'ai demandé ce matin à Mr. de Talleyrand ce qu'il resterait à partager entre les confédérés allemands. Il me répondit presque rien, l'Empereur ne reçoit conseil de personne ...“

[132]) Vgl. Kap. IV. Anm. 42.

[133]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 90, Königsberg, 11. VII. 1807, Dalberg an den Großherzog.

[134]) ebd.

[135]) ebd.

[136]) ebd.: „Ich bin seit gestern wahrhaft an Kopf und Herz krank, genieße nur die Belohnung, daß ich mich nicht über den Gang, welchen der Kaiser verfolgt, getäuscht habe, leide tief Europa in eine ... barbarische Militärverfassung gedrängt zu sehen und wünsche, daß die Bilder schwarzer Zukunft nicht ... wahr werden, welche in meiner Seele aufsteigen“. — Aus derselben Einstellung heraus schreibt Dalberg am 19. IX. 1807 an Edelsheim: „Je me persuade toujours plus que l'Empereur parvenu au plus haut point de son influence et ne croyant plus nécessaire de ménager qui que ce soit ne fera rien de particulier pour aucun des princes qui lui ont été dévoués et qu'il préfêra en toute circonstance d'employer la force et la puissance. Tout ce que la maison de Bade a pu être pour lui est epuisé, il en exigera le contingent pour l'employer à ses differents projets de conquêtes et d'invasion et pour soulager les forces de la France; que nos pays souffrent ou s'épuisent n'est pas une considération pour ménager notre existence. Telle sera sa conduite envers tous les princes de l'Allemagne“; Fasz. 37, Copialbuch.

Verhältnissen fürs erste für Baden nichts mehr zu tun gedenke [137]). Als aber der Erbprinz Karl und seine Gemahlin Stephanie eine Einladung nach Paris erhielten [138]), um an den Vermählungsfeierlichkeiten von Napoleons Bruder Jerôme mit der württembergischen Prinzessin Katharina teilzunehmen, versuchte Dalberg, Napoleon die badischen Wünsche durch den Thronfolger selbst zu Gehör zu bringen [139]). Wenn Karl auch Gelegenheit hatte, dem Kaiser von den badischen Anliegen zu sprechen [140]), so klagte Dalberg doch sehr bald, daß Württemberg Baden wieder den Rang ablaufe [141]), und daß weder Karl noch seine Gemahlin mit dem nötigen Ernst für die badische Sache einträten [142]). Napoleons Unwillen über die von ihm gestiftete badische Heirat wurde immer stärker. Das badische Thronfolgerpaar wurde immer seltener zu Hof geladen [143]), und Dalberg schrieb warnend nach Karlsruhe, es sei von der größten Wichtigkeit, jede Kränkung der Prinzessin Stephanie zu vermeiden, da man damit gleich-

---

[137]) ebd.

[138]) Das Thronfolgerpaar war vom 12. VIII. bis etwa zum 20. X. 1807 in Paris.

[139]) Fasz. 37, Copialbuch, Paris, 19. VIII. 1807, Dalberg an Edelsheim. Dalberg hat Karl aufgefordert, sich bei Napoleon um eine Audienz zu bemühen und ihm eine Denkschrift aufgesetzt, die offensichtlich mit der für Champagny bestimmten vom 21. VIII. (vgl. Kap. IV. Anm. 113,3) identisch ist.

[140]) Mitteilung Dalbergs an Edelsheim vom 21. VIII., daß Karl die Denkschrift überreicht hat. Ebd. u. am 19. IX. ders. an dens.: „Le Prince Charles m'a assuré avoir reparlé de l'affaire du Nellenbourg à l'Empereur même. Il n'est pas douteux que l'Empereur connaisse parfaitement nos besoins et nos désirs ..." ebd.

[141]) Der König von Württemberg versuchte u. a. Baden dadurch ins Hintertreffen zu bringen, daß er neue Truppen anbot, während der Großherzog von Baden immer wieder um Rückkehr seines Kontingents bat. Berichte Dalbergs an Edelsheim vom 14. und 19. IX. 1807, Fasz. 37, Copialbuch. Dem Großherzog von Baden dagegen hatte der König von Württemberg bei einer Zusammenkunft in Durlach versichert, daß auch er um Rückkehr seiner Truppen bitten wolle. Karlsruhe H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 28. Zwei diesbezügliche Briefe des Großherzogs an seinen Enkel und an Dalberg vom 31. VIII. 1807.

[142]) Ebd. Paris, 3. X. 1807 ders. an dens. Winzingerode ist in Fontaineblau und „les moyens qu'il peut employer par la reine de Westphalie sont peut-être d'un plus grand poids que l'inactivité de notre Prince héréditaire et l'insouciance de la Princesse Stephanie". Als Dalberg mit Stephanie wegen Nellenburg sprach, antwortete sie ihm nur, „que c'était au Prince à en parler à l'Empereur", und dieser wiederum versicherte, daß er Napoleon schon alles vorgetragen und ihm die Angelegenheit empfohlen habe. Schärfer noch schreibt Dalberg am 17. X. an Edelsheim: „...le peu d'activité que lui et Mme la Princesse Stephanie ont mis à plaider leur cause m'ont empêché d'insister sur un plus long séjour et tout ce qui m'est revenu sur les impressions qui restent me laisse indifférent à voir prolonger leur présence près de l'Empereur". Fasz. 37, Copialbuch.

[143]) ebd. Paris, 9. X. 1807, ders. an dens.

zeitig den Kaiser verletze [144]). Der König von Württemberg widersetzte sich so erfolgreich der Abtretung Nellenburgs [145]), daß Dalberg resigniert am 17. Oktober in seinem Tagebuch vermerkte: „Baden hat Nellenburg gefordert, Württemberg hat erklärt, daß es es nicht abtreten würde, und der Kaiser hat zum Prinzen von Baden gesagt, daß er niemanden zwingen könne, die Fürsten des Rheinbundes seien Souveräne“ [146]). Karl und Stephanie kehrten nach Karlsruhe zurück, ohne das mindeste erreicht zu haben und von einem Erwerb Nellenburgs für Baden ist erst wieder aus Anlaß des Krieges von 1809 die Rede.

Hatte man badischerseits den Erwerb Nellenburgs mehr oder weniger als eine fast selbstverständliche Entschädigung beansprucht, auf die Baden sowie Bayern und Württemberg auf Grund ihrer Bundesleistungen ein Recht zu haben glaubten, so forderte man den Besitz der Schweiz als eine ganz besondere Bevorzugung Badens mit dem Hinweis auf die badisch-französische Verwandtschaft [147]).

Reizenstein wies in seiner Denkschrift vom 12. November 1806 wieder darauf hin, daß Napoleon ihm Hoffnung auf die Schweiz gemacht habe [148]), und man möge versuchen, wenn auch nicht die ganze Schweiz, so doch die wenigstens die rechtsrheinischen Gebiete derselben für Baden zu erwerben. Dalberg, dem selbstverständlich vom Sommer 1806 Reizensteins Bemühungen um die Schweiz [149]) bekannt waren, nahm diesen Plan wieder auf. Er hatte im Dezember 1806 eine Unterredung mit dem Schweizer Johannes von Müller [150]), der ihm von einem Gerücht erzählte, demzufolge die Schweiz eine monarchische Verfassung erhalten und an das Haus Baden

---

[144]) ebd. Fontainebleau, 17. X. 1807, ders. an dens.

[145]) Polit. und Militär. Korrespondenz Friedrichs von Württemberg mit Napoleon. Vgl. Schreiben des Königs von Württemberg an Napoleon vom 7. X. 1807, S. 95 und S. 99 ff. und Briefwechsel der Königin Katharina a. a. O. Bd. III. S. 44 ff. Stuttgart, 6. X. 1807, König Friedrich von Württemberg an Königin Katharina von Westfalen.

[146]) Arch. Herrnsheim; und ähnlich Paris, 21. X. 1807, Dalberg an Edelsheim, Fasz. 37, Copialbuch.

[147]) Hofer formuliert in seinem Mémoire vom 27. VII. 1807 die badische Hoffnung auf Vergrößerung z. B. wie folgt: Die Vorteile, die Baden von künftigen Verhandlungen zu erwarten hat, lassen sich auf zwei Hauptpunkte reduzieren:

1. „... l'acquisition d'une quotepart au partage des conquêtes entre l'Elbe et le Rhin, à peu près égale à celle qui reviendra aux rois de Bavière et de Wurtemberg.“

2. „... une faveur particulière digne des heureux rapports de famille qui existe entre S. M. l'Empereur ... et la maison de Bade“.

[148]) s. S. 64 f.

[149]) s. S. 62 ff.

[150]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89. Warschau, 25. II. 1807, Dalberg an den Großherzog; s. a. Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden, S. 13.

kommen sollte [151]). Dalberg war zunächst keineswegs von diesem „ziemlich zweifelhaften Geschenk" entzückt [152]). Wenn er sich dann etwa von Februar 1807 an intensiver und eingehender mit diesem Plan befaßt, so wohl in der Hauptsache deshalb, weil er eine Vergrößerung Badens auf Grund einer Regelung der deutschen Angelegenheiten mit Recht für aussichtslos hielt [153]). Talleyrand, den Dalberg um die badischen Aussichten auf die Schweiz befragte, hielt die Sache anfänglich für aussichtslos und wies darauf hin, daß Napoleon Berthier zum Landammann der Schweiz machen wollte [154]). Aber Dalberg ließ nicht locker und versuchte so oft wie möglich das Gespräch auf die Schweiz zu bringen [155]). Und im Gegensatz zu Reizenstein begnügte er sich nicht mit der Forderung allein, sondern versuchte mit allen möglichen Mitteln diesen Erwerb vorzubereiten. Unstimmigkeiten zwischen Napoleon und der Schweiz (letztere machte Schwierigkeiten bei der Truppenlieferung [156]), kamen Dalberg dabei zu Hilfe. Der badische Gesandte schlug Talleyrand kurzerhand vor: „Gebt die Schweiz Baden, dann liefern wir 16 000 Mann" [157]). Aber Talleyrand verhielt sich noch zurückhaltend, fand den Gedanken zwar nicht schlecht, redete sich aber doch damit heraus, daß Oesterreich sicher Schwierigkeiten machen werde, wenn die Schweiz an Baden käme; er hielt Dalberg wieder vor, wie unrecht Baden gehandelt habe, daß es nicht die Königswürde angenommen habe, dann hätte man Baden die Schweiz viel leichter geben können [158]). Am Ende nahm aber Talleyrand den Gedanken Dalbergs, Napoleon die Schweiz unter Badens Oberhoheit als ein ergiebiges neues Truppendepot anzubieten, doch auf und empfahl, den Thron-

---

[151]) „Il me dit que différents avis qu'il recevait lui faisaient croire qu'on voulait organiser la Suisse sur un pied monarchique et donner ce pays à la maison de Bade". Arch. Herrnsheim, Tagebucheintragung vom 10. XII. 1806.

[152]) „Il était ainsi que moi de l'opinion que ce serait un assez mauvais cadeau à faire". ebd.

[153]) s. Kap. IV. Anm. 46.

[154]) „J'ai demandé à Mr. de Talleyrand si la maison de Bade pouvait espérer la souveraineté de la Suisse. Il m'a répondu qu'il en doutait, que l'Empereur avait voulu placer le Maréchal Berthier comme Landamman héréditaire de la Suisse . . .". Arch. Herrnsheim, Tagebuchvermerk vom 16. II. 1807.

[155]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr., Fasz. 89. Warschau, 25. II. 1807, Dalberg an den Großherzog.

[156]) Corr. de Napol. Ier t. XIV. nr. 11460, Posen, 14. XII. 1806, Napoléon à Mr. de Talleyrand, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Warschau, 11. III. 1807, Dalberg an Edelsheim. Napoleon ist „très piqué", daß die Schweizer sich weigern in französische Regimenter einzutreten.

[157]) ebd.

[158]) ebd.; s. a. Kap. III. Anm. 82.

folger persönlich Napoleon um die Schweiz bitten zu lassen [159]). Dalberg war überzeugt, daß das ganze Problem bei der bekannten Sorge Napoleons um die badische Nachfolge einfacher wäre, wenn Karl Kinder hätte [160]); jedenfalls ging der Kaiser, als Karl ihm von der Schweiz sprach, nicht weiter darauf ein und sagte nur ablenkend, „nun wir sind ja noch jung, wir werden sehen“ [161]).

Inzwischen aber hatte Dalberg schon seine die Einverleibung der Schweiz betreffenden Pläne nach Karlsruhe geschickt [162]). Zunächst war es wichtig, auf die Schweizer Eigenart Rücksicht zu nehmen; Dalberg wünschte eine möglichst weitgehende Schonung des schweizerischen Republikanismus; die Kantonverwaltung sollte nicht geändert werden und nach Möglichkeit die Mediationsakte vom Februar 1803 unangetastet bleiben [163]). Nur der Posten eines Landammanns, der auf Grund der Mediationsakte zwischen den sechs größten Kantonen, Basel, Zürich, Luzern, Freiburg, Bern und Solothurn alternierte, sollte mit einer größeren Autorität bekleidet werden, indem die Würde erblich einem mit Frankreich verbündeten Fürsten übertragen würde [164]). Auch das politische System der Schweiz, ihre Neutralität, „die Quelle des Wohlergehens“ sollte nach Dalberg, der sich von dort aus einen Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten versprach, nicht erschüttert werden [165]). Als einziges Opfer verlangte er von der Schweiz die Aufbringung einer Summe von 1,5 Millionen livres, wovon die Repräsentationskosten eines Landam-

[159]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89, Warschau, 17. III. 1807; „Note verbale pour S. A. le Prince Charles de Bade“. Talleyrand hat zu Dalberg gesagt: „Il faudra maintenant que le Prince Charles mette envers l'Empereur le plus d'abandon et de confiance possible et qu'il lui dise: je sais V. M. que Votre recrutement en Suisse va mal, il ne réussira que lorsqu'Elle m'aura fait Landamann héréditaire de la Suisse et je m'engage alors de Lui fournir tout ce qu'il Lui faudra d'hommes pour compléter le corps“.

[160]) Warschau, 11. III. 1807, Dalberg an den Großherzog. ebd.

[161]) „Mais nous sommes jeunes encore, nous verrons, je ne puis rien décider“; ebd. Fasz. 90. Warschau, 30. V. 1807, ders. an dens.

[162]) Bericht Dalbergs an den Großherzog aus Warschau vom 25. II. 1807 und Note Dalbergs vom 2. V. 1807, bestimmt für Karl, der sie Napoleon überreichte: „Quelles seraient les modifications sous lesquelles la dignité de Landamman héréditaire de la Suisse pourraient être donnée à la maison de Bade?“ ebd. Es ist dieselbe Denkschrift, die Steiner a. a. O. S. 153 f. erwähnt. Steiner datiert diese Denkschrift, die als Beilage einem Mémoire vom 31. VIII. beigegeben war, auf Grund dieser Tatsache ebenfalls auf August 1807. Tatsächlich aber ist diese Denkschrift wie aus den Akten des Karlsruher Archivs hervorgeht, bereits vom 2. V. 1807. Die von Steiner in Paris bei den Schweizer Akten aufgefundene Denkschrift ist demnach lediglich eine wiederholte Abschrift.

[163]) Bericht Dalbergs vom 25. II. 1807, s. o.

[164]) Note vom 2. V. 1807, s. o.

[165]) „La source de la prospérité de ce pays“; ebd. desgl. im Bericht vom 25. II. 1807. s. o.

manns bestritten werden sollten [166]). Nicht weniger wichtig aber war Dalberg der Gedanke, daß die Schweiz von sich aus den Großherzog von Baden als ihren erblichen Landammann wünsche [167]). Er wußte selbst zu gut, daß ein oktroyierter Herr von vornherein die Gefahr eines Mißerfolges zu tragen hatte. Deshalb sollte man den Schweizern zeigen, daß es in ihrem eigenen Interesse läge, die badische Oberhoheit anzuerkennen. Dalberg plante zu diesem Zwecke einen weitgehenden Propagandafeldzug. Er empfahl in Bern und Zürich eine ständige badische Gesandtschaft zu errichten, um dauernd von der Stimmung des Landes unterrichtet zu sein. Als Gesandten schlug er seinen Mitarbeiter Hofer vor, der am besten über all diese Fragen unterrichtet sei [168]). Er dachte auch daran, Joh. v. Müller vorzuschicken oder sogar selbst für einige Monate in die Schweiz zu gehen [169]). Dann müsse man in der Schweiz bekannt machen, daß ein französischer General erblicher Landammann der Schweiz werden solle [170]), „und ob es nicht besser sei, das Haus Baden in den Bund zu ziehen und sich mit ihm zu vereinigen" [171]). Dalberg forderte auch den Staatsrat Klüber auf, seine Beziehungen in der Schweiz zu benutzen, um in diesem Sinne für Baden zu wirken [172]). Dabei mahnte der Gesandte gleichzeitig zur dringendsten Vorsicht, um jegliche Kompromittierung Badens zu vermeiden [173]).

In Karlsruhe reagierte man auf diese Pläne zunächst garnicht, und Dalberg schrieb verärgert an den Thronfolger, „daß man in Karlsruhe wie gewöhnlich auf das meiste, nach dem man gefragt habe, nicht antworte", die Briefe Edelsheims besagten garnichts, der Minister „denke nicht mehr" [174]). Edelsheim begnügte sich in der Tat damit, „in Ruhe zu resignieren und auf ein glückliches Endergebnis zu hoffen" [175]) getreu seiner „Veranlagung, die immer das Beste hoffte, da das Schlechte immer noch

[166]) Note vom 2. V. 1807, s. o.

[167]) Dalberg dachte dabei an das Beispiel von Holland, daß die Schweiz wie dieses eine Deputation an Napoleon schicken sollte. Bericht vom 25. II. 1807, s. o.

[168]) ebd.

[169]) Warschau, 12. IV. 1807. Dalberg an Edelsheim, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 89.

[170]) Bericht vom 25. II. 1807, s. o.

[171]) 5. III. 1807. Dalberg an Klüber. Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10.

[172]) ebd.

[173]) ebd. u. Bericht vom 25. II. 1807, s. o.

[174]) Warschau, 5. IV. 1807, Dalberg an den Erbprinzen, s. o.

[175]) „Quant aux évènements du temps il ne reste qu'à se résigner tranquillement et à espérer qu'un résultat heureux compensera l'humanité de ses longues souffrances". Karlsruhe, 22. IV. 1807, Edelsheim an Seckendorff. H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Großherzogtum Frankf. Fasz. 2.

zu früh kam“ [176]); er gefiel sich in einer kritiklosen Bewunderung Napoleons, den er nach dem Frieden von Tilsit „als den Bringer der Ruhe und des Friedens für ganz Europa oder wenigstens für Baden“ pries [177]). In Karlsruhe antwortete man auf die Pläne Dalbergs erst, als sich herausstellte, daß Talleyrand die Arbeit nicht umsonst zu machen gedachte, sondern eine handfeste Entschädigung für seine Bemühungen verlangte. Baden sollte ihm nämlich ein Stück Land am Bodensee abtreten, das jährlich etwa 400 000 livres Rente ergab, wofür dann Talleyrand am Tage der Besitznahme Baden seinerseits eine einmalige Summe von 3 Millionen livres zahlen wollte [178]). Edelsheim, den Dalberg um sofortige Antwort über Annahme oder Verwerfung dieses Planes gebeten hatte, machte hiervon dem Geheimen Rat Mitteilung [179]) und die Geh. Räte Meier und Brauer arbeiteten zwei Gutachten über den Erwerb der Schweiz aus [180]). Bei Meier stehen neben einigen finanziellen Bedenken [181]) besonders moralische Einwände im Vordergrund, während Brauer die Angelegenheit in der Hauptsache vom politischen Standpunkt ablehnt. Meier wollte nicht die mehr oder weniger prekäre Stellung eines Landammanns, bei der man noch nicht wußte, wer denn eigentlich die Repräsentationskosten zahlen würde, „mit der Hingabe eines ansehnlichen eigentümlichen Landes erkaufen“; der Erwerb Nellenburgs schien ihm wichtiger und ratsamer. Brauer war zwar auch nicht der Ansicht, daß die neue Würde eine Landabtretung wert sei, aber bei ihm lagen die Gründe dafür doch tiefer. Brauer setzte vor allen Dingen bei der Frage nach der politischen Neutralität der Schweiz ein, die Dalberg zufolge erhalten bleiben sollte. Brauer wies sehr mit Recht darauf hin, daß Baden sich damit „aus der noch erträglichen Lage der einfachen Rheinbundpolitik in die ganz unerträgliche

---

[176]) Edelsheim glaubt nicht an einen neuen Krieg und schreibt am 23. V. 1806 an Dalberg: „Quant à moi je suis de mon naturel fort confiant espérant toujours pour le mieux le pire venant toujours trop tôt.“ ebd. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 27.

[177]) „Le plus grand héros de tous les siècles qui a terminé la guerre et rétabli la paix et la tranquillité de toute l'Europe — du moins de notre chère mais toujours bien précaire patrie“ ... Karlsruhe, 13. VII. 1807. Edelsheim an Dalberg, ebd. Fasz. 90.

[178]) Geh. Anzeige Edelsheim an das Kabinett die Schweiz betr. vom 9. VI. 1807. Edelsheim bezieht sich darin auf einen Bericht Dalbergs vom 2. V. 1807. ebd. Dalberg schrieb: „Er und Talleyrand hätten wie die Araber miteinander gehandelt, allein ein Fürstentum von 400 000 livres Rente habe dem Minister das Wenigste geschienen, was man für die Erwirkung der Schweiz geben könne.

[179]) 9. VI. 1807, ebd.

[180]) Vom 13. und 14. VI. 1807. Kurz erwähnt bei Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden, S. 13.

[181]) Meier weist darauf hin, daß Stadt und Fürstentum Konstanz, Ueberlingen, Pfullendorf, Mainau und Blumenfeld zusammen nicht 400 000 livres aufbringen.

Presse zwischen Tür und Angel der aggressiven Rheinbundes- und der neutralen Schweizer Politik" stellen würde.

Verhielten sich diese beiden Gutachten völlig ablehnend, so war das endgültige Ergebnis der Besprechungen, das Dalberg nach einem Konferenzbeschluß vom 19. Juni 1807 zugeleitet wurde, doch etwas anders. An dieser Konferenz, vom Großherzog eigens zum Zweck der Beratung über die Schweizer Frage zusammengerufen, nahmen Edelsheim, Brauer, Gemmingen, Meier und Hofer teil [182]). Wenn hierin die Erwerbung der Schweiz nicht gänzlich von der Hand gewiesen wird, so wird das dem Mitarbeiter Dalbergs, Hofer, zuzuschreiben sein, von dessen Hand auch das Ergebnis der Konferenz, ein 36 Aktenseiten umfassendes Schriftstück, niedergeschrieben ist. Unter Verarbeitung der Gutachten von Meier und Brauer und unter Berücksichtigung jeglicher Bedenken politischer [183]), finanzieller [184]), moralischer [185]) und psychologischer [186]) Art wurde Dalberg am Schluß beauftragt [187]), den Erwerb der Schweiz abzulehnen, sofern man sie nur durch das Opfer einer Landabtretung erhalten könne. Aber ohne ein solches Opfer wird „die Erwerbung der befragten Würde eine erwünschte und ehrenvolle Führung der Vorsehung sein", unter der Bedingung, daß „erstens der entschiedene Wille Napoleons der Schweiz eine Art monarchischer Verfassung geben würde, und infolgedessen zweitens die Schweiz das großherzogliche badische Haus zu ihrem Chef wünsche, und drittens ein dementsprechender Staatsvertrag festgesetzt würde". Dalberg wurde anempfohlen, die Angelegenheit mit größter Vorsicht zu behandeln,

[182]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 90, 19. VI. 1807.

[183]) Es wurde betont, wie problematisch z. B. die Vereinigung der beiden Länder im Kriegsfall sein würde; würde man in der Person des Großherzogs von Baden den Landammann der Schweiz vergessen, wenn die Schweiz neutral bleibt? Wenn die Schweiz Baden mit Geld unterstützt, so kann daraus der Feind das Recht ableiten, die Schweiz als Feind zu behandeln, usw.

[184]) Aehnlich wie bei Meier. Ferner ist es fraglich, „ob der Spargeist der Schweizer willig ein Opfer von mehr als einer jährlichen Mill. livres bringen wird", wenn nicht, wie soll Baden die Kosten aufbringen?

[185]) Durch eine Abtretung „erhält ein fremdes Blut Gelegenheit, in den Rheinbund einzutreten und sowohl in den Augen des badischen als auch des helvetischen Publikums würde ein solcher Schritt, sofern er mehr durch Gewinnsucht als ungerufen und durch den Drang der Zeitumstände herbeigeführt erscheinen würde, sehr ungünstige Sensationen erregen".

[186]) Bedenken über das Verhältnis von Landammann und Volk; es werden leicht Schwierigkeiten entstehen, zumal „mit einem Volke, welches gewohnt bloß kaufmännisch zu rechnen, auch im Moment der kältesten Besonnenheit jeden nur nach dem Maße schätzt und ehrt, nach welchem er ihm nützen oder schaden kann".

[187]) Karlsruhe, 26. VI. 1807, Edelsheim an Dalberg, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 90.

da der Großherzog die wenig ermunternde Ansicht Napoleons kannte [188]), und überdies Nachrichten aus der Schweiz da waren, nach denen Napoleon die Schweiz über ihr künftiges Schicksal beruhigt haben sollte [189]).

Aber Dalberg hatte nicht mehr viel Gelegenheit für diesen Plan einzutreten, denn im Zusammenhang mit den Verträgen vom Juli 1807 mußte er nach Karlsruhe berichten, daß Napoleon von der Schweizer Frage nichts mehr wissen wolle [190]). Wohl bemühte sich Dalberg noch einmal, Talleyrands Nachfolger über die badischen Wünsche nach der Schweiz zu informieren [191]), aber es ist, soweit die Quellen erhalten sind, das Letzte, was er in dieser Sache unternahm. In Karlsruhe aber gab man die Hoffnung noch nicht auf. Der badische Gesandte in der Schweiz, Josef Albert von Ittner [192]), wurde m ü n d l i c h auf dem Wege über Hofer beauftragt, nachzuforschen, „ob bei einer bevorstehenden Staatsveränderung in der Schweiz nicht einige Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, mit der Hoffnung eines guten Erfolges" Verhandlungen einzuleiten, daß „die eidgenössischen Lande unter den Schutz und unter die Hoheit des großherzoglichen Hauses" kämen [193]). Ittner, dessen Tätigkeit sich sonst nur auf mehr oder weniger unwichtige Kleinigkeiten in der Hauptsache wohl auf handelspolitischem Gebiet, erstrecken mochte, nahm sich dieses Auftrags mit großem Eifer an. Er setzte sich zunächst mit dem Züricher Gelehrten Heinrich Meister in Verbindung, der eine wichtige Rolle bei der Abfassung der Schweizer Mediationsakte gespielt hatte. Dieser wiederholte ihm das, was er auch Napoleon zu beweisen versucht hatte, daß die Schweiz nur in völliger Unabhängigkeit Frankreich von Nutzen sein könne [194]); als Ittner ihn dann aber fragte, ob die Schweiz im gegebenen Fall lieber einen französischen oder deutschen Fürsten zum Oberhaupt hätte, hätte ihm dieser geantwortet: „. . wenn die Schweiz je einen Fürsten haben sollte, so würden sich gern alle Wünsche auf dem großherzoglichen Hause von Baden vereinigen" [195]). Diese gewiß mehr höfliche als innerlich überzeugte Antwort versetzte Ittner in große Begeisterung; er kündigte im August in Karlsruhe ein Mémoire an, „worin er nach seiner innigen Ueberzeugung, auch ganz unabhängigen politischen Gründen, beweisen werde, warum die Schweiz, wenn die Verfassung geändert werden sollte, nach

[188]) s. S. 103.
[189]) Eine Bestätigung dafür bei Steiner, a. a. O. S. 155.
[190]) Königsberg, II. VII. 1807, Dalberg an den Großherzog, ebd.
[191]) s. Kap. IV. Anm. 162.
[192]) s. Bad. Biogr. Bd. I S. 427 ff. Ittner weilte gewöhnlich nur während der Dauer der Tagsatzung in der Schweiz.
[193]) Zürich, 8. VIII. 1807, Ittner an den Großherzog, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Schweiz, Fasz. 2.
[194]) Zürich, 10. VIII. 1807, ders. an dens., ebd.
[195]) ebd.
[195]) ebd.

ihrer Lokalität, Umgebungen, Nationalcharakter unter keinem Fürsten glücklich sein und gedeihen könne, als unter einem Großherzog von Baden . . .“ [196]). Dem Geheimen Rat aber war dieser Eifer schon zu gefährlich, und Ittner wurde ersucht, von seinem Mémoire nur mit ausdrücklicher Erlaubnis Gebrauch zu machen [197]).

Es wurde Januar 1808, bis Ittners große Denkschrift in Karlsruhe eintraf [198]). Mit großem Fleiß hat Ittner in dieser Arbeit historisches [199]) und verfassungspolitisches [200]) Material gesammelt und es in schwungvoller Sprache, die ebenso sehr den Einfluß der Schillerschen Prosa wie die Kenntnis der römischen Antike verrät [201]), zur Darstellung gebracht. Zwar ist seine Darstellungsweise für ein politisches Mémoire kaum geeignet, aber als Zeiterscheinung und als Gegensatz zu den sonst üblichen politischen Entwürfen hat sie ihr eigenes Interesse [202]). Bei dieser Denkschrift hat mehr der persönliche Wunsch des Verfassers Pate gestanden als die Verhältnisse der Wirklichkeit. Ganz abgesehen davon, daß er die Schweizer mit Vorliebe nur sieht als „die späten Nachkömmlinge Wilhelm Tells“, oder als „Volk der Hirten“, das die französische Revolution sich anschickte „durch Stahl und Eisen zu zermalmen“, verkennt er auch von Grund auf den politischen Selbständigkeitswillen der Schweizer. Er versichert dem Großherzog, „der beste Teil

[196]) Zürich, 23. VIII. 1807, ders. an dens. ebd.

[197]) Karlsruhe, 29. VIII. 1807, ebd.

[198]) Denkschrift, die einem Begleitbrief von Ittner an den Großherzog vom 30. I. 1808 beiliegt. ebd.

[199]) Ittner gibt einen Ueberblick über die jüngste Vergangenheit der Schweiz, insbesondere der Revolutionskriege.

[200]) Ittner skizziert die Kämpfe der Parteien, schildert die Unzulänglichkeit des Wahlsystems und zeigt auf, warum die größte Gefahr von Uneinigkeiten in der Stellung des Landammanns liegt. Dieser hat, da seine Tätigkeit keine perennierende ist, weder Autorität nach innen noch nach außen. „Bei dem Aufbrausen, bei dem Sturm so vieler wilder Elemente ist die Stimme eines alternierenden Landammanns nicht mächtig genug, um das Ungewitter zu beschwören“.

[201]) Die altschweizerische Partei schreibt der helvetischen Partei alles Unglück „mit den Absichten einer katilinarischen Verschwörung und eines den römischen Gracchen würdigen Aufruhrs“ zu.

[202]) Da die Denkschrift unbekannt ist, möge hier als Beispiel die Einleitung dienen, die mit einer Schliderung Napoleons einsetzt: „. . . ein einziger Mann, groß wie noch keiner auf der Weltbühne erschienen ist, wie einer nach einer Myriade von Jahrhunderten vielleicht wieder erscheinen wird, hat, angetrieben von der Kraft seines Geistes, die republikanische Anarchie seines Vaterlandes, das wildeste aller politischen Ungeheuer besiegt und bezähmt, hat Gesetze und Ordnung unter ein zerrüttetes Volk eingeführt, Religion und umgestürzte Aktäre wiederhergestellt und siegreich die Stufen zu dem schönsten und glänzendsten Thron der Welt sich selbst gebaut, von dessen Höhe er durch die Macht seines Genies, durch die Ueberlegenheit der Waffen und auch durch die auszeichnende Gunst des Glückes, das Verhängnis von Europa nach seinen Wünschen und Absichten leitet“.

der Nation schaut nach Deutschland, hofft, es könnte und möchte einstmals anders werden und würde sich gern treu und fest an einen Fürsten und Führer hängen, von dem es sich gute Behandlung, Heil und künftige Rettung versprechen könnte“ [203]). Ittner sieht die innerpolitischen Streitigkeiten zwischen helvetischer und altschweizerischer Partei [204]) als so entscheidend an, daß ihm ein Eingriff von außen unvermeidlich erscheint, wenn nicht der Schweiz „die weise Bedachtsamkeit zur Pflicht werde, durch freiwillige Abänderung der Verfassung sich Vorteile zu erringen, bei der man rettet, was zu retten ist“. Da die Stimmung in der Schweiz nach Ittners Darstellung für Baden überaus günstig ist, — man erinnert sich in Dankbarkeit der Zähringer und lobt die Gerechtigkeit Karl Friedrichs als den „Hauptgrundsatz seines Stammes und seines Ministeriums“ — so hält Ittner den Zeitpunkt für gekommen, „die öffentliche Meinung dieser so interessanten Nation“ zu beeinflussen [205]). Er weist auf die handels- [206]) und militärpolitischen [207]) Vorteile hin, die eine Verbindung Badens mit der Schweiz für beide mit sich bringen würde und schlägt vor, unter den nötigen Vorsichtsmaßregeln seine Denkschrift „irgendwo in einem deutschen Journale erscheinen“ zu lassen [208]). In Baden aber hatte man jetzt kein Interesse mehr an der Schweiz; Napoleon hatte im Januar 1808 zu deutlich seinen Unwillen gezeigt [209]), als daß man sich jetzt noch mit solchen Plänen hervorwagte; deshalb wurde Ittner wohl der Dank des Großherzogs für seine „mit besonderem Wohlwollen aufgenommene“ Denkschrift ausgesprochen, aber gleichzeitig hinzugefügt, „Sr. Kgl. Hoheit fänden es dermalen nicht de tempore davon wirklichen Gebrauch zu machen“ [210]).

[203]) Zürich, 30. I. 1808. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Schweiz Fasz. 2.

[204]) Die Helvetier predigen unter der Führung von Peter Ochs in Basel die Verfassung von 1798, während die Altschweizer Anhänger der Kantonalverfassung sind.

[205]) Zürich, 30. I. 1807, Ittner an den Großherzog.

[206]) Denkschrift; Baden bieten sich bedeutende merkantilische Vorteile, da die Schweiz weder Eisen genug zur Verteidigung, noch Brotfrüchte genug zur Ernährung hat.

[207]) Ittner nennt Baden „das natürlichste Bollwerk der Schweiz. Weder von Norden noch von Osten kann auf die Eidgenossenschaft ein Ungewitter losziehen, ohne daß es sich zunächst über die Großherzogl. Lande hergewälzt hätte“; ebd.

[208]) Zürich, 30. I. 1807, Ittner an den Großherzog.

[209]) s. S. 110 f.

[210]) Karlsruhe, 23. II. 1808, Auszug großherzogl. Bad. Geh. Rats Protok. Staatsdep. H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Schweiz Fasz. 2. — Diesem Entscheid gingen Bemerkungen Meiers voraus, der eine Veröffentlichung der Ittnerschen Denkschrift ablehnt, da Veranlassung und Verfasser zu leicht erraten werden könnten, und im Andenken an die jüngsten Vorgänge in Karlsruhe fügt er hinzu: „Eine andere Frage ist, ob der jetzige Zeitpunkt und die dermaligen Verhältnisse dazu geeignet seien, irgendein derartiges Aufsehen zu erregen“. ebd.

Damit war der Gedanke an eine Vergrößerung des Hauses Baden durch die Schweiz endgültig erledigt; und wenn nach einem Ablauf von vier Jahren im Juli 1812 Ittner noch einmal dem Großherzog Karl von der Liebe der Schweizer zu den Zähringern spricht und versichert: „Ja, würden sie durch Außengewalt genötigt einen fremden Fürsten zu wählen, sie würfen sich wahrscheinlich in die Arme des Großherzogs von Baden“ [211]), so klang darin der leise private Wunsch des Gesandten an, seine Bemühungen um die Erwerbung der Schweiz vielleicht doch noch von Erfolg gekrönt zu sehen; mit offiziellen Plänen hatte dieser Bericht nichts mehr zu tun.

Von einer badischen Vergrößerungspolitik ist dann zunächst keine Rede mehr. Die Verhältnisse in Karlsruhe und Mannheim [212]), die persönlichen wie die finanziellen [213]), wurden immer unerquicklicher [214]), und Dalberg wies vergebens darauf hin, daß der Kaiser von allem aufs Genaueste unterrichtet sei [215]). Der Thronfolger vernachlässigte am Ende die Ehe so gröblich, daß die Prinzessin Stephanie sich in Paris über ihren Gatten beschwerte [216]). In seinem Zorn schickte Napoleon zwei Schreiben an den Großherzog [217]) und an seinen Enkel [218]), in denen er drohte,

---

[211]) Freiburg, 30. VII. 1812, Ittner an den Großherzog Karl, ebd. Schweiz, Fasz. 3.

[212]) Mannheim war der Wohnsitz des Thronfolgerpaares.

[213]) Baden hatte damals etwa 10 Mill. fl. Schulden, dazu betrug bei einer jährlichen Einnahme von nahezu 2 953 936 Mill. fl. das Defizit etwas über ½ Mill. fl. Andreas, Verwaltungsorganisation S. 206, Anm. 2 und Heunisch-Bader a. a. O. S. 60 ff.

[214]) Vgl. dazu Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 189 ff. und Bapst a. a. O. p. 133 ss.

[215]) Paris, 4. I. 1808, Dalberg an Edelsheim. Der Kaiser ist von den Zerwürfnissen der Ehe unterrichtet, und die Kaiserin hat ihm gesagt: „l'Empereur fera revenir l'un et l'autre ici“. Fasz. 37, Copialbuch. Champagny hat zu Dalberg geäußert: „quel facheux tableau de désunion présente la cour de Carlsruhe; je ne connais que celle de votre voisin qui soit encore plus forte“. Champagny hat dabei ein großes Heft aus dem Schreibtisch gezogen, in dem über alle Personen des badischen und württembergischen Hofes Buch geführt wird. ebd.

[216]) Bapst a. a. O. p. 139 note 2. Demnach hätten sich die Hofdamen der Prinzessin Stephanie über die Vorgänge in Karlsruhe und Mannheim bei der Kaiserin Josephine beschwert. Einem anderen Schriftstück zufolge soll sich Stephanie persönlich an Napoleon gewandt haben. In den Archives Nationaux AF IV 1691 liegt die Copie eines Briefes von Moritz Bethmann an den Grafen Nicolas von Romanzoff in Petersburg, Fkfrt. 12/24. I. 1808, der über die Ereignisse vom Januar 1808 berichtet.

[217]) Erwähnt bei Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 192. Gedruckt bei Bapst a. a. O. p. 329.

[218]) Arch. Herrnsheim, Paris, 6. I. 1808, Napoléon au Prince Charles. Copie von Karls Hand geschrieben; ungedruckt, s. Beilage 3. Von Adreas und Bapst nicht erwähnt. Der Brief von Bethmann (s. Kap. IV. Anm. 216) spricht noch von einem dritten Schreiben an die Markgräfin Amalie, das bis jetzt nicht gefunden ist.

seine Tochter zurückzuholen, wenn nicht eine gründliche Besserung eintreten würde. Er verlangte den Rücktritt des Markgrafen Ludwig und erreichte dessen „freiwilligen" Rückzug nach Salem. Er schickte mit diesen Briefen einen besonderen Gesandten, Auguste de Talleyrand [219]), nach Karlsruhe, der ihm von allen Vorgängen genau Bericht erstatten mußte und im Frühjahr 1808 den französischen Geschäftsträger Massias in Karlsruhe ablöste [220]). Der Großherzog versprach in seinem Antwortschreiben vom 23. Januar [221]), das der General Harrant nach Paris brachte, für Abstellung der Mißstände zu sorgen. Harrant wurde vom Kaiser in Audienz empfangen, und dieser versicherte, daß er die Person des alten Großherzogs keineswegs kränken wolle, daß er mit dessen Schreiben volle Genugtuung erhalten habe, ließ sich aber in aller Schärfe gegen die einzelnen Personen des badischen Hofes aus [222]). „Man täusche sich gründlich", sagte er im Hinblick auf Karl, „wenn man sich vielleicht einbilde, daß eine französische Prinzessin sich glücklich schätzen müsse mit einem deutschen Fürsten verheiratet zu sein, jeder Franzose sei noch immer soviel wert wie jeder Deutsche [223]), und daß er verstehen werde, den Wert dieser Allianz zu zeigen [224]), wenn man ihn nicht einsehen wolle"; und er fügte hinzu, „daß er alle diese deutschen Fürsten, von denen es so viele gäbe, noch bestrafen werde ..." [225]). Besonders erregt war er über die Markgräfin Amalie, die die Prinzessin Stephanie während einer schweren Krankheit nicht einmal besucht hatte; „wenn sie schon nichts aus Liebe und Zuneigung für ihre Schwiegertochter tut, so solle sie es doch wenigstens aus Politik tun". Auch die Gräfin Hochberg kam nicht besser weg. Harrant solle ihr sagen, „wenn sie nicht von sich aus Schluß machte mit ihren Intriguen und ihrem schamlosen und lasterhaften Leben, so werde er, der Kaiser, es seinerseits tun und sie in ein Kloster sperren lassen". Am wütendsten aber war der Kaiser über den Markgrafen Ludwig. Er nannte ihn „das übelste Subjekt der Welt, ... er verführe den Thronfolger ..., zerstöre dessen Ehe ..., täusche das Vertrauen seines Vaters und ruiniere das ganze Land ...". Zum Schluß wiederholte er noch einmal, daß er dem alten Großherzog keine Vorwürfe machen wolle und gab Harrant ein ver-

[219]) Ein Vetter des großen Talleyrand. Ueber ihn s. Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 195 ff.

[220]) Die ersten Berichte von Auguste de Talleyrand an Champagny über den Empfang in Karlsruhe und Mannheim sind vom 30. IV. und 8. V. 1808. Paris, A. d. a. é., Corr. Bade 8, nr. 232 u. 239.

[221]) Gedruckt bei Bapst a. a. O. p. 330 ss.

[222]) Andreas, Verwaltungsorganisation S. 194. — Das Folgende wird hier wiedergegeben nach einer in Herrnsheim liegenden Abschrift von Harrants Bericht über die Audienz am 3. II. 1808 (Die Copie trägt den Vermerk: „Das Original wurde auf besonderen Wunsch des Großherzogs Friedrich von Baden dem Generallandesarchiv Karlsruhe überlassen am 18. IV. 1902).

[223]) „que chaque français valait bien tout allemand".

söhnendes Schreiben an diesen mit[226]). Dalberg schrieb gleichfalls nach Karlsruhe, daß die freundschaftlichen Beziehungen jetzt wieder soweit hergestellt seien, als es den Umständen nach möglich sei[227]), und daß man sich jetzt endlich um eine Ordnung der inneren Angelegenheiten bemühen solle[228]). Dalberg selbst schickte am Morgen nach der Audienz einen großen Bericht an Edelsheim, in dem er selber verschiedene Vorschläge zu einer Neuordnung machte[229]). Er mahnte dringend zu einer Reform, wenn man andernfalls nicht eines Tages französische Kommissare im Lande haben wollte[230]). In der Tat schien man sich in Karlsruhe Mühe zu geben. Bald nachdem Harrant von Paris zurückgekehrt war, meldete Massias nach Paris, daß der Erbgroßherzog anfinge, sich um die Interessen seines Landes zu kümmern[231]) und die Leitung des Kriegsministeriums übernehmen wolle[232]), daß überhaupt der Wechsel in den Geschäften im ganzen Lande den besten Eindruck hervorgerufen habe[233]). Aber die Berichte[234]) seines Nachfolgers, Auguste de Talleyrand, waren weniger günstig. Er betonte besonders die finanzielle Zerrüttung des Landes, behauptete, die Truppen seien seit Monaten nicht bezahlt, er habe sie deshalb bezahlen lassen[235]), beschwerte sich über antifranzösische Einstellung des gesamten Ministeriums[236]) und forderte ein energisches und schnelles Eingreifen Frankreichs. Mit dem Eifer des Anfängers schlug er Champagny kurzerhand vor, Baden vollständig in Frankreichs Hände zu bringen, da der alte Großherzog ihn ohnehin immer um seine Unterstützung bäte;

[224]) „qu'il saurait faire apprécier cette alliance".

[225]) „qu'il chatierait encore bien tous ces princes allemands dont il y en a tant et qu'il les rendrait semblables aux barons allemands".

[226]) Gedruckt bei Bapst a. a. O. p. 332, Paris, 10. II. 1808.

[227]) Paris, 11. II. 1808, Dalberg an Edelsheim, Fasz. 37.

[228]) ebd.

[229]) Paris, 4. II. 1808, Dalberg an Edelsheim, Fasz. 37. Copialbuch. Dalberg schlug vor allen Dingen eine Amortisationskasse vor, einen Plan, den er später auch ausführte. Vgl. Andreas, Verwaltungsorganisation S. 207.

[230]) ebd. und Paris, 7. II. 1808, Dalberg an Klüber: „es ist hohe Zeit auf eine zweckmäßige Organisation zu denken, es wäre nicht angenehm, die ersten zu sein, welche einen protections-commissaire erhielten". Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 10.

[231]) Karlsruhe, 21. III. 1808, Massias an Champagny, Paris A. d. a. é. Corr. Bade 8, nr. 201.

[232]) ebd. Karlsruhe, 18. II. 1808, ders. an dens. Der Erbprinz übernahm die Leitung des Kriegsministeriums jedoch erst im Sept. 1808.

[233]) ebd. Karlsruhe, 9. III. 1808, ders. an dens.

[234]) Ueber die Berichte des Auguste de Talleyrand vgl. auch Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 196 ff.

[235]) ebd. Karlsruhe, 12. V. 1808, A. de Talleyrand an Champagny. Am 25. V. schreibt ebenderselbe, der Kriegsminister habe ihm sous secret gesagt, es fehle an Geld, um Kleidung für die Truppen zu beschaffen, desgl. fehlen 6 Kanonen und 16—1800 Gewehre.

[236]) ebd. Ferner Berichte vom 30. IV., 14. V., 20. V., 25. V. 1808. Ders. an dens. ebd.

dieser fürchte seine Minister, von denen er völlig abhängig sei und sei glücklich, daß der französische Gesandte so viel von ihm halte, da am Karlsruher Hof ihn keiner mehr für voll ansehe[237]). Talleyrand glaubte in Dalberg ein genügend fügsames Werkzeug zu finden, um Baden ganz nach Frankreichs Wünschen regiert zu sehen[238]). Wenn er sich darin auch täuschte, so gelang es ihm doch, den Großherzog für Dalbergs Berufung nach Karlsruhe zu gewinnen. Talleyrands Bemühungen waren so eifrig, daß Champagny ihn warnte; der Kaiser wünschte keineswegs den Eindruck zu erwecken, als ob er sich in die inneren Angelegenheiten der Rheinbundstaaten mischen wolle; die Fürsten sollten in der Wahl ihrer Vertrauensmänner durchaus frei sein. Wenn der Großherzog mit der Wahl Dalbergs einverstanden sei, so würde auch Frankreich darin einwilligen[239]). Dalberg, der Anfang Mai einen Urlaub anzutreten hatte, kehrte fürs erste nicht wieder nach Paris zurück, sondern traf am 2. Juni in Mannheim ein, wo er drei Wochen später zum provisorischen Kabinettsdirektor und Finanzminister ernannt wurde[240]).

Vorteile hatte Baden in diesem Zeitraume die Verbindung mit Frankreich nicht gebracht, es sei denn, daß ihm durch das Eingreifen Napoleons die Möglichkeit zu einem verstärkten inneren Aufbau gegeben wurde. Freilich waren auch die Lasten, die Baden in den Jahren 1806 bis 1808 zu tragen hatte, nicht überdurchschnittlich gewesen. Umso unangenehmer wirkte sich in der Folge die Rheinbundpolitik aus: sie entführte die badischen Truppen auf einen fernliegenden Kriegsschauplatz, wo sie rücksichtslos für fremde Zwecke verbraucht wurden.

---

[237]) „Je crois que jamais l'on aura une occasion plus favorable de sauver ce pays et de le mettre entièrement dans les mains de l'Empereur ... Il n'est ici question que de diriger le grand-duc. Il ne demande qu'à être secondé et soutenu ... Comme on le compte pour rien il a été surpris et enchanté que le ministre de France le comptât pour tant". Karlsruhe, 20. V. 1808, Talleyrand an Champagny, Paris; A. d. a. é. Corr. Bade 8, nr. 249 und ebd. Bericht vom 14. V. 1808, ders. an dens. „Le grand-duc m'a prié de le seconder et ce qui étonnera V. Exc. de le soutenir tant il craint ses ministres et se trouve dans leur dependance".

[238]) ebd. Bericht vom 12. V. 1808.

[239]) 3. Juni 1808, Champagny an Auguste de Talleyrand, Paris A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 263; vgl. auch Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 198. Andreas vermutet, daß die ganze Angelegenheit schon in Paris „abgekartet" gewesen sei. Beweise dafür sind nicht zu erbringen. Wenn Auguste de Talleyrand behauptet, Dalberg nicht sehr gut zu kennen, so kann das sehr gut stimmen, denn Dalberg erfuhr von einer Mission Talleyrand im Januar 1808, deren Inhalt er nicht kannte, z. B. erst, nachdem dieser bereits abgereist war. Mitteilung Dalbergs an Edelsheim vom 12. I. 1808, Fasz. 37, Copialbuch.

[240]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 204, Anm. 2 und Bericht des A. de Talleyrand an Champagny vom 7. VI. 1808, Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 264.

V. Kapitel.

I. Die badischen Militärleistungen in Spanien.

Bald nachdem Dalberg in Karlsruhe eingetroffen war, um dort eine Reform der gesamten Verwaltungsorganisation in die Wege zu leiten [1]), wurde Auguste de Talleyrand von seinem badischen Gesandtschaftsposten abberufen und in die Schweiz beordert [2]). Bevor er aber Baden verließ, hatte er noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Champagny beauftragte ihn am 15. Juli, den Großherzog, in Form „eines einfachen Vorschlages" und unter Vermeidung alles dessen, was den Anschein einer „Forderung" haben könne [3]), um Stellung eines Infanterieregimentes zu ersuchen [4]). Napoleon werde, um Baden aus seinen finanziellen Schwierigkeiten zu helfen, das Regiment verpflegen und unterhalten; der Großherzog solle nur den Sold zahlen [5]); als Bestimmungsort gab Champagny Boulogne, die Normandie oder Bayonne an. Die Ernennung der Führer sollte dem Großherzog vorbehalten bleiben. Talleyrand wurde angewiesen, vor allen Dingen die Ersparnisse zu betonen, zu denen der Kaiser dem badischen Lande verhelfen wolle, indem er ihm die Unterhaltung eines großen Truppenteils abnähme [6]). In der Antwort, die der Großherzog dem französischen Gesandten auf diese Vorschläge hin erteilte [7]), versäumte

---

[1]) vgl. darüber Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 206 ff.

[2]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 293, Bayonne, 15. VII. 1808, Champagny an Auguste de Talleyrand.

[3]) „C'est je vous le répète une simple proposition que vous êtes chargé de faire .. vous éviterez tout ce qui aurait l'air de l'exigence". ebd.

[4]) Diese Aufforderung Napoleons wurde Baden am 6. August noch ein zweites Mal durch ein Schreiben des Fürst-Primas übermittelt. Dieser indirekte Weg verletzte die „Souveränität" Badens, und in der Antwort vom 17. VIII. teilte der Großherzog dem Mainzer mit, daß „des hohen Bundesprotektors K. K. Majestät" ihr Ansinnen bereits „in dem von Allerhöchst Derselben bisher beliebten Wege durch Ihren Gesandten an meinen Hof an mich gelangen ließen". (Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache. Fasz. 835). Dasselbe wiederholte sich, als zu Beginn des Jahres 1809 der Fürstprimas die Aufforderung Napoleons zur Mobilisierung an die Rheinbundfürsten weiterleitete (ebd. Frankfurt, 2. II. 1809, Fürst Primas an Karl Friedrich). Auch da betont die badische Antwortnote „den auch diesmal beliebten unmittelbaren Weg", auf dem die Aufforderung zur Mobilmachung erfolgt sei; ebd. Karlsruhe 4. III. 1809.

[5]) „S. M. dans l'intention de concourir aux vues du grand-duc sur l'amélioration de son état vous charge Mr. de lui fournir sur son contingent un régiment d'infanterie qui serait nourri et entretenu par S. M. La solde de ce régiment resterait seule à la charge du grand-duc", ebd. zu dem letzten Satz vgl. Kap. V. I. Anm. 9.

[6]) „Vous ferez valoir l'économie qui en résultera pour la cour de Bade, qui aura moins de troupes à nourrir et à entretenir".

[7]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 8, nr. 298. Karlsruhe, 24. VII, 1808, Talleyrand an Champagny, Bericht über eine Audienz beim Großherzog.

er allerdings nicht, deutlich genug zu erklären, daß von Ersparnissen gar keine Rede sein könne [8]); er bat deshalb, die Truppen in französischen Sold zu nehmen [9]). Im übrigen aber war er, wenn auch schweren Herzens [10]), bereit, seinen Kontingentsverpflichtungen nachzukommen [11]), um den Kaiser zufriedenzustellen. Unvorsichtigerweise versäumte man es in Karlsruhe, auf eine formalrechtliche schriftliche Fixierung der französischen Versprechungen hinsichtlich des Truppenunterhaltes zu dringen [12]). Die Zusicherungen Napoleons waren nur in der Note Talleyrands enthalten [13]), eine offizielle Militärkonvention existierte nicht.

Am 24. August 1808 überschritten 2000 badische Soldaten [14]) unter der Führung des Obersten von Porbeck den Rhein bei Kehl [15]), um in Straßburg zusammen mit anderen deutschen Truppen [16]) die französischen Befehle entgegenzunehmen. Napoleon hatte seinem Kriegsministerium ge-

---

[8]) „Mais il m'observa que le départ de ce corps loin d'être pour le pays une économie serait une nouvelle charge, que les troupes étaient pendant onze mois en semestre, et n'étaient soldées que le mois où elles étaient rassemblées que par conséquent de payer toute l'année ce régiment serait un surcroit de dépense considérable". ebd.

[9]) Ebd. Wie aus der in Kap. V. I. Anm. 13 erwähnten Note des badischen Kriegsministeriums hervorgeht, einigte man sich darauf, daß Napaleon die Differenz zwischen Friedens- und Kriegssold bezahle. Es heißt ebd.: „Laut der Note Talleyrands will Frankreich nicht nur für Kleider, Lebensmittel und Bewaffnung sorgen, sondern auch den Ueberschuß des Soldes vom Friedensfuß gegen den Kriegsfuß" bezahlen.

[10]) „Je ne dois pas cacher à V. Exc. que le départ de ce régiment affecte vivement le grand-duc, et qu'il le voit s'éloigner comme une mère voit partir son fils pour la conscription".

[11]) s. Kap. III. Anm. 129.

[12]) s. S. 124 f.

[13]) Diese mir nicht bekannte Note Talleyrands ist zu rekonstruieren aus der Instruktion Champagnys vom 15. VII. 1808 und aus einem Schreiben des badischen Kriegsministeriums an das badische Kabinettsministerium vom 4. VI. 1809, (s. Kap. V. I. Anm. 37) das sich auf die Note Talleyrands bezieht, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835.

[14]) Ein Infanterieregiment von 1733 Mann, dazu eine Artilleriekompanie mit 205 Mann und 8 Geschützen. Bad. Militäralmanach, 1. Jahrgang 1854, S. 43.

[15]) Zur Geschichte der badischen Truppen in Spanien vgl. Sauzey, a. a. O. t. II. p. 99 ss. Bad. Militäralmanach I, 1854, Krieg von Hochfelden a. a. O. Tagebuch eines deutschen Offiziers über seinen Feldzug in Spanien im Jahre 1808, a. a. O.

[16]) Es waren dies Truppen des Fürst Primas, aus Nassau und aus Hessen-Darmstadt. Bayern und Württemberg hatten keine Aufforderung erhalten. — König Friedrich von Württemberg an die Königin Katharina von Westfalen berichtet von dem bevorstehenden Auszug der badischen und hessischen Truppen und fügt hinzu: „Jusqu'à présent on n'a fait encore aucune demande pareille ni à Munich ni ici; Dieu veuille nous en préserver"; Briefwechsel der Königin Katharina a. a. O. S. 78. Ludwigsburg, 2. VIII. 1808.

naueste Anweisungen erteilt, diese deutschen Truppen unverzüglich über Metz nach Bayonne marschieren zu lassen [17]). Als der Großherzog seine Zustimmung gab zum Abmarsch dieser Truppen, ahnte niemand, daß sie erst nach mehr als fünf Jahren wieder in die Heimat zurückkehren sollten. Im Gegensatz zu den Feldzügen gegen Oesterreich und Preußen hat das badische Corps in Spanien an fast allen großen Kämpfen teilgenommen. Bald nach ihrer Ankunft fochten die Badener in den Schlachten von Zornosa (24. Oktober) und Durango (31. Oktober). Sie zeichneten sich im folgenden Jahre aus in den Schlachten von Medellin (27. und 28. März), Talavera (28. Juli), Almonacid (11. August) und Ocana (19. November). Die Jahre 1810—1813, in denen sich kaum größere Gefechte ereigneten, standen im Zeichen der Kleinkriege, und die badischen Truppen mußten alle Strapazen, die das Klima und die Landschaft darboten, ertragen; dazu gesellten sich die tückischen und barbarischen Ueberfälle einer von tödlichem Haß beseelten Bevölkerung. Im Sommer 1813 erst kam es noch einmal zu einer großen Schlacht bei Vitoria (21. Juni), in der die Franzosen mit ihren Verbündeten von Wellington besiegt wurden. Als in der Heimat der Umschwung der badischen Politik schon erfolgt war, als der Großherzog sich bereits von Napoleon getrennt hatte, standen in Spanien Franzosen und Badener noch immer Seite an Seite. Und als dann auf Grund der Ereignisse in Deutschland die Franzosen die Rheinbundtruppen auf der Halbinsel als Feinde betrachten mußten, erfolgte die Entwaffnung zwar in allen Ehren, aber bis zum Abschluß des Friedens blieben die deutschen Truppen in Frankreich interniert und erst im Laufe des Jahres 1814 kehrten sie in die Heimat zurück.

Keine Begebenheit aus der Rheinbundzeit hat das Großherzogtum Baden in so unmittelbare Berührung mit der napoleonischen Welteroberungspolitik gebracht als eben diese Teilnahme seiner Truppen an einem Kriege, an dem der badische Staat gar kein inneres Interesse hatte. War der Krieg von 1805 notwendig gewesen um der Selbsterhaltung des Landes willen, konnte der Kampf gegen Preußen zur Not noch gerechtfertigt werden aus einer eventuellen Bedrohung des Rheinbundgebietes, so war die Truppenlieferung für Spanien nichts anderes als die Erfüllung einer gefährlichen Vertragsbestimmung, deren Auslegung sich dem badischen Einfluß entzog. Die Besorgnis, die man im Sommer 1806 über die „unselige Verpflichtung, an allen Kontinentalkriegen mit Frankreich, Holland, Italien und Neapel teilzunehmen“ [18]) empfunden hatte, erwies sich als zu Recht bestehend. Indes: so wenig Interesse Baden an einem solchen Kriege hatte, so verlustreich an Menschen und Geld der spanische Feldzug für das Großherzogtum gewesen ist — der badische Name ist in dieser Zeit durch

[17]) Corr. de Napol. Ier t. XVII. nr. 14256, Saint Cloud, 17. VIII. 08, note pour les Ministres de la Guerre.
[18]) s. S. 74.

nichts berühmter geworden als durch das Verhalten der badischen Formationen im Kampf um die pyrenäische Halbinsel. Was die Mitglieder des Herrscherhauses durch Haltlosigkeit, Verschwendungssucht und politische Unklugheit in der Geschichte dieser Jahre verdarben, das machte die Tapferkeit der Truppen wieder gut. Vom Standpunkt nationaler und badischer Politik fehlte ihren Kämpfen jeder Sinn: sie hatten weder ihr Vaterland zu verteidigen noch Neuland zu erobern. Das machte ihre Aufgabe doppelt schwer. Aber dadurch, daß die badischen Formationen trotz dieser politischen Sinnwidrigkeit militärische Haltung bewiesen, leisteten sie ihrem Heimatstaat den wichtigsten politischen Dienst, den sie ihm leisten konnten: sie erwarben ihm moralische Achtung und steigerten dadurch indirekt sein politisches Gewicht. Ihre Haltung war die von braven Söldnertruppen, obwohl sie im Gegensatz zur Heeresverfassung des 18. Jahrhunderts keine Söldnertruppen waren, sondern Landeskinder, auf die das Los der Konskription gefallen war [19]). Sie konnten keine andere Aufgabe vor sich sehen, als das einmal gegebene militärische Ziel zu erreichen, und sie haben das mit Selbstzucht, Mut, Ausdauer und in selbstverständlicher stiller Pflichterfüllung vollbracht. Darum konnte der Führer des badischen Corps in der ersten Siegesfreude, mit Recht begeistert und ohne Bewußtsein von dem nationalpolitischen Widersinn seiner Zufriedenheit nach Karlsruhe berichten: „sie alle müßten den Tag (von Zornosa) sämtlich als eine deutsche Nationalsache betrachten, da gerade eine Kolonne aus lauter Deutschen bestand“ [20]). Die deutschen Truppen, die fast überall von Napoleon geschlagen waren, fingen in Spanien in zäher Kleinarbeit wieder an, den Franzosen Achtung abzugewinnen [21]), und dieses ist der einzige Gesichtspunkt, von dem man ihren Kampf in fremdem Sold und für fremde Zwecke anzuerkennen vermag.

In Baden spürte man dieses einer ganzen Nation zugutekommende Endergebnis weniger als die sehr drückenden Bedürfnisse der Gegenwart. Von Karlsruhe aus gesehen ist die Geschichte der badischen Formationen in Spanien fast nichts anderes als eine ununterbrochene Kette von Be-

---

[19]) s. S. 33 ff.

[20]) Relation des Obersten Porbeck vom 3. Nov. 1809; s. Kap. IV. Anm. 73.

[21]) Berichte über die gute Haltung der badischen Truppen bei Sauzey, p. 103, Lefèbre über die Schlacht bei Durango; ebd. p. 106 über die Schlacht von Balmazéda; Relation des Obersten Porbeck vom 3. Nov.; Corr. de Napol. Ier. t. XVIII nr. 14544, Madrid, 10. XII. 1808, Napoleon an Champagny; Bericht Porbecks vom 15. XII. 1808 aus Madrid, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache Fasz. 989; Corr. de Napol. Ier t. XVIII, nr, 14723 u. 14724, Valladolid 15. I. 1809, Napoléon au grand-duc de Bade und ders. au Prince Charles; Sauzey, p. 107 ss. Berichte vom Frühjahr 1809 von Leval und Victor; Bericht Porbecks über die Schlacht bei Medelin vom 2. IV. 1809, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 989; Sauzey a. a. O. über die Schlacht bei Ocana.

mühungen, die Truppen wieder nach Hause zu bekommen, sowie ein zäher langwieriger Kampf mit Frankreich um den Unterhalt des Corps. Noch vor Ablauf des Jahres 1808 trafen Berichte[22]) aus Spanien ein, in denen Porbeck bereits über die Bedenklichkeit der Situation klagte. Anfänglich erstreckten sich diese Klagen zwar nur auf die widrigen Umstände „in diesem elenden Lande“[23]), und von Nachlässigkeit Frankreichs ist noch nicht die Rede. Porbeck bat dringend, den französischen Offizieren, „die die badischen Truppen noch immer mit der größten Auszeichnung behandeln und sie vorzugsweise mit Artigkeit überhäufen“ den einen oder anderen Orden zu senden, damit dem badischen Corps der Schutz dieser Militärs nicht verloren gehe[24]); Baden hatte bis zum Dezember 1808 bereits 300 Mann eingebüßt und zwar „nicht vor dem Feind, sondern heimlich im Rücken“[25]). Auf der anderen Seite aber erhielt Porbeck wiederholt französische Gelder[26]) und meldete am 15. Dezember nach Karlsruhe, daß der französische Kriegsminister dem badischen Regiment monatlich 4000 livres zur Bildung der sogenannten „seconde portion de la masse générale“[27]) angewiesen habe; die „première portion de la masse générale“[28]) aber solle auch weiterhin in natura geliefert werden. Auf

---

[22]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 989, Bilbao, 3. XI. 1808; Madrid, 15. XII. 1808.

[23]) Bericht vom 3. XI. „Schon jetzt geht es den Offizieren im höchsten Grad elend, sie bekommen weder Etappen- noch Tafelgeld, noch freie Verpflegung und nur die Naturalportion wie der gemeine Mann. Dabei ist alles doppelt teuer wie in unserem Vaterland ... Alles zerreißt, sodaß wir nächstens ganz zerlumpt sein werden“. ebd.

Bericht vom 15. XII. Es gab „wohl nie eine Champagne, die kostspieliger war und mit allen Aufopferungen an Gesundheit und Kräften verbunden war“. ebd.

[24]) Berichte vom 3. XI. und 15. XII. ebd.

[25]) Bericht vom 15. XII. Porbeck kann mit Rücksicht auf die politische Lage ein wahres Bild der Verluste und ihrer Ursachen nicht geben, aber der Verlust von 300 Mann steht fest; ebd.

[26]) Am 15. XII. heißt es: „Von den mir früherhin nach Paris ausgestellten Wechseln habe ich noch immer keinen Gebrauch gemacht, dagegen aber empfing ich vor wenigen Tagen abermals 26 000 livres von den französischen Kassen ...“ Eine Abrechnung darüber hat Porbeck wegen der Kriegsoperationen noch nicht machen können „an Geld hat es aber nicht gefehlt“; ebd.

[27]) Daraus sollte nach Porbecks Angaben bestritten werden: „der Macherlohn der großen Uniform, extraordinäre Anschaffung von Unterkleidern, Patelons, Mützen, die Dekoration der Grenadiers und Voltigeurs, alle Unkosten des Regiments etc.; ebd.

[28]) d. i. „Die große Montierung“; unter den 4000 Livres ist die Artillerie nicht miteinbegriffen, sondern diejenigen Artikel, welche ich für dieselbe vom Kriegsminister verlangt habe, wie Mützen für das ganze, Stiefel und Oberhosen für die Trainsoldaten ist extra in Natura und der Betrag von Kohlen, Beschlag etc. in einer Summe zur Verrechnung angewiesen worden“; ebd.

Grund dieser Berichte Porbecks glaubte man in Karlsruhe neue französische Forderungen, die auf Ergänzung des Corps in Spanien drängten [29]), erfüllen zu können; im Februar 1809 marschierten noch einmal etwa 700 badische Soldaten nach Spanien [30]). Aber bevor diese noch ihr Ziel erreicht hatten [31]), trafen Berichte Porbecks vom April [32]) ein, die nun schon ganz anders lauteten. Die „Verhältnisse, wo Meuchelmord und alle Greuel, die sich die Einbildungskraft nur denken kann, an der Tagesordnung sind", waren so unerträglich geworden, daß sowohl der französische General Leval wie auch alle Führer der in Spanien befindlichen Konföderationstruppen sich an ihre Höfe bzw. an die französischen Behörden gewandt hatten, um die Rückkehr der Truppen nach Deutschland zu bewirken. Porbeck bat inständig auch seinen Hof, sich dafür einzusetzen und versicherte, „daß alle bei einem bevorstehenden Krieg mit Oesterreich lieber mit doppeltem Enthusiasmus für ihr Vaterland als für Spanien dienen werden" [33]). Von Frankreich, das durch das spanische Abenteuer mehr und mehr in finanzielle Verlegenheit geriet, erhielt Porbeck kein Geld mehr, und er mußte es aufnehmen, wo er nur konnte [34]). Die Kosten wurden für Baden immer größer, zumal da im März inzwischen ein Kontingent von 6860 Mann gegen Oesterreich ins Feld gezogen war. Als dann noch Noten des französischen Gesandten Bignon [35]) einliefen, die in unverschämter Weise dem Erbgroßherzog Wortbrüchigkeiten vorwarfen [36]) und alle Augenblicke eine neue Ergänzungstruppe forderten, entschloß sich das Kriegsministerium zu einem großen Bericht an den Großherzog [37]).

---

[29]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835, Note des badischen Kriegsministeriums vom 24. I. 1809: Um Napoleon „einen abermaligen Beweis zu geben, wie sehr Baden sich angelegen sein läßt, auch den entferntesten Wünschen Sr. Majestät mit Bereitwilligkeit entgegenzukommen, insbesondere aber durch die erhaltenen Rapporte bewogen..." will man das Kontingent ergänzen.

[30]) 712 Mann unter der Führung des Major Ludwig Brückner.

[31]) Sie trafen Anfang Juni in Oropesa ein.

[32]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 989, Berichte vom 15. IV. 1809, aus Medelin.

[33]) Porbeck führt ferner als Gründe, die eine Rückberufung rechtfertigen, auf, daß „das ungewohnte Klima mehr als die Hälfte der Mannschaft aufreiben wird" und die finanziellen Ausgaben zu hoch seien; ebd.

[34]) Porbeck hat von dem französischen Brigadegeneral Werlé 4000 frcs. geliehen; er bittet: „zur Aufrechterhaltung seines Kredits" diese Summe von Karlsruhe aus sofort zurückzuzahlen; ebd.

[35]) Edmond Bignon wurde am 2. II. 1809 beauftragt, den Gesandtschaftsposten in Karlsruhe zu übernehmen.

[36]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 858, Noten Bignons an Edelsheim vom 9. V., 11. V. und 12. V. 1809.

[37]) ebd., Fasz. 835, Note des Kriegsministeriums an das Kabinettsministerium vom 4. VI. 1809, unterzeichnet vom Erbgroßherzog.

Dieser Denkschrift lagen zwei Forderungen zu Grunde. Auf der einen Seite wurde aus finanziellen [38]) wie aus psychologischen [39]) Gründen die sofortige Rückkehr der Truppen aus Spanien anempfohlen; auf der anderen Seite wurde der Nachweis erbracht, daß Frankreich seine Versprechen, die Talleyrand im Juli 1808 gegeben hatte [40]), nicht erfüllt habe. Es hatte sich herausgestellt, daß man Porbeck wohl das Geld bewilligt, es aber nie ausgezahlt hatte; und diejenige Summe, die Porbeck bis Ende Januar erhalten hatte, war nur „vorgeschossen" gewesen, „und wurde auf der Stelle in Paris beim Haus Perégeaux Lafitte auf Rechnung des badischen Hofes wieder bezogen". Auf Grund der französischen Versprechungen hatte Baden im Juni 1809 eine Summe von 446 594 frcs. von Frankreich zu fordern [41]). Das Kriegsministerium betonte, daß es sich nicht in politische Angelegenheiten mischen wolle, aber doch anheim stelle, „durch die großherzogliche Gesandtschaft in Paris die badischen Forderungen wegen der spanischen Corps dringend geltend zu machen [42]); dazu auch die erste und jede folgende schickliche Gelegenheit zu ergreifen, wo dessen Zurückmarsch mit Anstand von des Kaisers Majestät erbeten werden könne". Zu diesem letzteren Zweck empfahl das Kriegsministerium, einen militärischen Beauftragten ins kaiserliche Quartier direkt zu senden [43]). Weiterhin übersandte das Kriegsministerium nach einer Rücksprache mit Reizenstein, der seit dem Frühjahr 1809 die Leitung der badischen Staatsgeschäfte übernommen hatte, einen zweiten Entwurf [44]), den

---

[38]) Ueber die Kosten des badischen Corps in Spanien s. S. 122.

[39]) So befürchtete man, „daß der Ruhm des in Deutschland fechtenden Corps und die daraus entspringenden Ansprüche umso schwächer werden, je größer der Anteil des Kontingents ist, das in Spanien stehen muß". Ferner wies man darauf hin, daß „der Eindruck, daß badische Soldaten in Spanien kämpfen müssen, auf die badischen Einwohner noch viel größer als auf die Soldaten selbst ist". Note vom 4. VI. s. o. Anm. 37.

[40]) s. S. 114 f.

[41]) Die Kosten bis zum August 1809 werden mit 520 000 frcs. angegeben. Ueberdies macht das Kriegsministerium darauf aufmerksam, daß Napoleon allen Invaliden eine Pension zugesichert hat; daß bis jetzt aber erst einer sie erhalten habe. Note vom 4. VI. 1809 s. o.

[42]) Aus der Note vom 4. VI. geht hervor, daß Baden durch den Oberstleutnant von Grolmann bereits im März 1809 einmal in Paris wegen nicht erfolgender Geldzahlung vorstellig geworden war, daß Grolmann aber auf sein Schreiben überhaupt keine Antwort erhalten hatte; ebd.

[43]) Karlsruhe, Repositur der Staatsbehörden II. 2 Corr. 1808—10, Kriegsministerium an Edelsheim, 5. VI. 1809. Im Kriegsministerium dachte man daran, mit der Mission an Napoleon den General Vincenti zu betrauen.

[44]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835, Note aus dem Kriegsministerium vom 10. VI. 1809.

Edelsheim zu einer Instruktion für den ins kaiserliche Hauptquartier abgehenden Gesandten ausarbeiten sollte[45]).

Auf Grund dieser Unterlagen des Kriegsministeriums ging am 13. Juni ein großes Instruktionsschreiben an den Kriegskommissär Oehl nach Wien ab[46]); dieser erhielt den Auftrag, in Zusammenarbeit mit dem Generalmajor Vincenti[47]) sobald als möglich Berthier, den Fürsten von Neuchâtel über die badischen Wünsche zu unterrichten; dieser solle dann die Angelegenheit an den Kaiser weiterleiten. Das Mémoire zeigt Spuren von Reizensteins Hand und rollt im Unterschied zu der Note des Kriegsministeriums, die sich in der Hauptsache mit dem Schicksal der Truppen in Spanien befaßt, die Frage nach den Leistungen des badischen Kontingents überhaupt auf[48]). Die badische Regierung wies hierin nach, daß sie über 9000 Mann für Frankreich im Felde stehen hätte[49]), also 1000 Mann mehr als die Vereinbarungen der Rheinbundakte forderten. Zusätze von Reizenstein betonten die schwierige Situation der badischen Finanzen[50]); die Truppen gegen Oesterreich hätten von März bis Ende Mai 1809 ungefähr 900 000 frcs. gekostet und das in einem

---

[45]) Außer den Leistungen an Menschen und Geld, betont das Kriegsministerium die Schwierigkeiten, die Baden bei der Rekrutierung für 1810 hat; „die Konskribierten teils durch schändliche Aufhetzungen, teils durch die Hoffnung einer für den Augenblick verringerten Gefahr, teils durch bessere Bezahlung irregeleitet, gehen zu Hunderten zu den Schweizern über und nehmen zum Teil dort Dienste". Badische Vorstellungen in der Schweiz sind unwirksam geblieben, das Kriegsministerium regt deshalb ein Einschreiten Napoleons an. Ferner wird hier die wichtige Frage der Bewaffnung und Munition angeschnitten; „Badens Vorrat an Gewehren ist gänzlich erschöpft; es ist sehr zu wünschen, daß Baden mit einem Geschenk an brauchbaren Gewehren unterstützt würde"; 660 Gewehre hat man überdies dem ins Feld nach Spanien ziehenden badischen Ersatzbataillon in Frankreich abgenommen; das Kriegsministerium läßt um sofortige Rücklieferung bitten. Außerdem ist eine Zuweisung von erobertem Geschütz sehr erwünscht, da auch daran großer Mangel herrscht; ebd.

[46]) ebd. Karlsruhe, 12. VI. 1809. Vermerk, daß am 13. VI. 1809 exp.

[47]) S. Kap. V, I Anm. 43. Ueber Vincenti vgl. Bad. Biogr. Bd. II, S. 407.

[48]) Edelsheim fordert in einem Schreiben vom 11. VI. 1809 an Grolmann ausdrücklich eine Aufstellung darüber, wieviel Geld und Menschen überhaupt seit August 1808 für Frankreich aufgeopfert wurden. Die Antwort vom Kriegsministerium erfolgt darauf am 12. VI. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835.

[49]) In Spanien standen 2651 Mann, vgl. Kap. V, I Anm. 14 und ebd. Anm. 30; gegen Oesterreich 451 Dragoner, 5182 leichte Infanterie, 514 Jägerbataillon, 361 Artillerie = 9159 Mann; dazu kamen dann noch Truppen, die Baden gegen den Aufstand in Vorarlberg schicken mußte.

[50]) Außer den Landesschulden muß Baden jährlich mehr als 1,5 Mill. frcs. für Pensionen zahlen, zu denen es auf Grund der Rheinbundakte verpflichtet war. Auch dürfen die Naturalleistungen nicht vergessen werden, die die Einwohner bei der geographischen Lage Badens im Kriegsfall stets zu leisten gezwungen sind. Note vom 13. VI. s. o.

Land, das mit 60 Mill. frcs. Schulden belastet sei; das spanische Corps würde bis zum August 1809 520 000 frcs. [51]) kosten, denn Frankreich hielte sein Versprechen nicht, und Baden müsse die Kosten allein tragen. Und erst nachdem in Ausführlichkeit dargelegt war, daß Baden seinen Verpflichtungen weit über die vertragsmäßigen Satzungen nachgekommen sei, wurde mit aller Energie die Rückkehr der badischen Truppen aus Spanien gefordert. Gleichzeitig versuchte Reizenstein, Napoleon diese Forderung annehmbar zu machen, indem er geflissentlich darauf hinwies, eine wie „schöne und gute Division" [52]) das Kontingent gegen Oesterreich ausmachen würde, wenn es erst durch die aus Spanien zurückgekehrten Truppen ergänzt wäre. Neben dieser Hauptforderung nach Abberufung der Truppen aus Spanien erhielt Oehl den Auftrag, sich in einer zweiten Note [53]) um Waffen und Munition für die badischen Truppen zu bemühen; Baden selbst hatte keine Gewehrfabrik, und aus dem Ausland war nichts mehr zu beziehen. Sofort, nachdem Oehl diese Schriftstücke erhalten hatte, begab er sich zu einer Besprechung zu dem Generalmajor Vincenti und kam mit ihm überein, daß dieser sogleich nach Rab ins Hauptquartier zum Fürsten von Neuchâtel abreisen solle [54]).

Während Vincenti am 22. Juli die badischen Noten dem französischen Kriegsminister überreichte, bemühte sich Oehl, die Angelegenheit allen Personen von Einfluß zu empfehlen. Freilich bekam er nur mehr oder weniger nichtssagende Antworten [55]), Vincenti dagegen erhielt schon acht Tage später ein Schreiben des Fürsten von Neuchâtel [56]) mit dem Bescheid, daß dieser dem Kaiser beide Noten aus Karlsruhe vorgelegt habe. Er teilte Vincenti höflich und verbindlich mit, daß Napoleon den badischen Wünschen nach Waffen und Munition nachkommen wolle, und daß er bereits die nötigen Maßnah-

---

[51]) s. Kap. V, I Anm. 41.

[52]) Der Großherzog wünscht dringend „le prompt retour de ses troupes de l'Espagne pour être incorporées à son contingent contre l'Autriche (folgt Reizensteins Schrift:) qui formerait alors une belle et bonne division".

[53]) Dieser Note liegt die in Kap. V, I Anm. 44 erwähnte Darstellung des Kriegsministeriums vom 10. VI. zugrunde.

[54]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835, Wien, 24. VI. 1809, Oehl an den Großherzog.

[55]) „Einige sehen die Sache für leicht und natürlich, andere für schwer wegen der Folgen, welche sie auf die übrigen in Spanien befindlichen Truppen, die dann wahrscheinlich auch zurückkehren wollten, haben könnten, aber alle sehen dieselbe im Grunde als recht und billig an". ebd.

[56]) ebd., Schönbrunn, 29. VI. 1809. Copie.

men dazu in die Wege geleitet habe [57]); im übrigen aber erwähnte Berthier mit keiner Silbe das erste Mémoire, in dem Baden um Rückkehr seiner Truppen aus Spanien gebeten hatte. Dieses stillschweigende Uebergehen der so dringenden badischen Forderung war eine nur zu deutliche Antwort. Der diplomatische Unterhändler Badens bei den Friedensverhandlungen im Herbst 1809, der Freiherr von Andlau, konnte etwas später nach Karlsruhe berichten [58]), daß weder der Fürst von Neuchâtel noch der Herzog von Friaul mit dem Kaiser über diese Frage sprechen dürfe. Es sei überhaupt nicht daran zu denken, daß in diesem Augenblick Truppen aus Spanien zurückgezogen werden könnten. Aber mit dieser Zurückweisung der badischen Wünsche war es nicht getan. Noch bevor das Jahr 1809 zu Ende ging, stellte der französische Gesandte Bignon den Antrag, das badische Corps in Spanien aufs neue zu ergänzen [59]). Anfangs hatte man in Karlsruhe den Mut, diese Forderung abzulehnen [60]); aber nachdem Bignon, seinerseits getrieben von den Befehlen Champagnys [61]), noch zweimal seinen Auftrag wiederholte [62]), gab der Erbgroßherzog schließlich

---

[57]) Napoleon erklärte sich bereit, die in Kap. V. I Anm. 45 erwähnten 660 Gewehre zurückzugeben; ferner bewilligte er eine weitere Anzahl Gewehre und einige Geschütze. Mit der Ueberlassung von Geschützen aber hatte es lange Weile. Noch am 3. IV. 1810 beruft sich das badische Kriegsministerium auf das Versprechen des Fürsten von Neuchâtel vom 28. VI. 1809, denn bis jetzt habe man nichts erhalten, ebd. Fasz. 836. Baden kam zu dem versprochenen Geschütz erst im Sommer 1811 und zwar in Form von Altware, die es keineswegs geschenkt bekam, sondern pfundweise kaufen mußte; ebd. Note des badischen Kriegsministeriums vom 20. August 1811.

[58]) ebd. Dipl. Korr. Oesterr. Fasz. 100, Wien, 10. IX. 1809. Andlau an den Erbgroßherzog.

[59]) Corr. de Napol. Ier. t. XX. nr. 16041. Paris, 9. XII, 1809, Napoléon au Prince de Neuchâtel. Bignon überreichte eine dementsprechende Note am 18. XII. in Karlsruhe, wie aus einem Schreiben des badischen Kriegsministeriums vom 22. XII. hervorgeht. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835.

[60]) Das Kriegsministerium beauftragt Edelsheim, Bignon zu erklären, „daß wir in diesem Augenblick uns außer Stand gesetzt sehen, dem Ansinnen der K. K. französ. Gesandtschaft zu entsprechen". Baden hat seit geraumer Zeit keine Nachricht von seinem Corps und ist infolgedessen über seine Stärke nicht orientiert; ebd.

[61]) Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 9, nr. 207 und 228, Paris, 6. I. und 25. I. 1810, Champagny an Bignon.

[62]) Ebd. nr. 215, Karlsruhe, 12. I. 1810, Bignon an Champagny; Bignon hat auf die Note Champagnys vom 6. I. hin um eine Audienz bei Karl gebeten, „qui a éprouvé quelque embarras à s'expliquer. Il voudrait bien faire preuvre de dévouement à S. M. mais c'est surtout le mot „Espagne" qui l'effraye". Karl sagte ihm „une compagnie pour nous est comme un régiment pour l'Empereur" und wies darauf hin, daß Bayern und Württemberg noch nichts geleistet hätten, während Baden schon über 3000 Mann gestellt habe. Ein Bericht dess. an dens. vom 13. I. 1810 besagt, daß Karl sich wiederum geweigert hat; ebd. Nr. 216.

doch nach. Das badische Kriegsministerium erklärte sich bereit, 500 Mann [63]), die es dann auf Drängen Bignons hin noch auf 700 erhöhte [64]), bis zum 20. Februar 1810 marschbereit zu halten. Auf die Stimmung der Bevölkerung, auf die die Tatsache, daß badische Soldaten in Spanien kämpfen mußten, mehr Eindruck machte, als auf diese selbst [65]), wurde keine Rücksicht genommen. In Straßburg wurde die neue badische Ersatzmannschaft mit französischen Waffen versorgt [66]) und am 1. Juni traf sie unter Führung des Major Mader in Consuegia ein [67]). Weitere Bitten um Rückkehr des badischen Corps, die bis in den Sommer 1813 hinein ergingen [68]), blieben ebenso erfolglos wie die vom Sommer 1809; die Truppen kehrten nicht einen Tag früher in die Heimat zurück, als es die Umstände des Krieges erlaubten.

Ebensowenig Erfolg hatte die badische Regierung bei Eintreibung der ihr von Frankreich geschuldeten Summe von 446 594 frcs. Der im Oktober 1809 neu ernannte Kommandant der badischen Truppen in Spanien [69]), Generalmaojr von Neuenstein [70]), wurde in seiner Instruktion [71]) aufs

---

[63]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 836, Karlsruhe, 22. I. 1810, Note des badischen Kriegsministeriums.

[64]) ebd. Note vom 2. II. 1810. Bignon hatte in einem Schreiben vom 30. I. Verstärkung gefordert.

[65]) vgl. Kap. V. I. Anm. 39.

[66]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 836, Paris, 8. II. 1810, Duc de Feltre an Dalberg. Es ist dafür Sorge getragen, daß die am 23. II. 1810 in Straßburg eintreffenden badischen Truppen mit Gewehren versorgt werden.

[67]) Es kamen davon nur noch 650 Mann dort an. Baden hatte also mit diesem Ersatzcorps von 700 Mann 3351 Mann im Ganzen seit August 1808 nach Spanien geschickt (s. Kap. V. I. Anm. 49). Zur Geschichte dieses Ersatzcorps vgl. Bad. Truppen in Spanien 1810—1813 a. a. O.

[68]) Bericht des französ. Gesandten Baron von Moustier an Champagny vom 12. V. 1811, daß der Erbprinz dringend um Rückkehr seines Kontingents in Spanien gebeten habe. Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 11, nr. 103. Am 14. V. 1811 wendet sich der Erbprinz persönlich mit dieser Bitte an den Kaiser; Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 32. Im Februar 1812 schreibt die badische Gesandtschaft aus Paris an Edelsheim: „La demande pour nos troupes en Espagne a eté décidée comme nous le craignions déjà, c'est-à-dire qu'elle n'a pas été accordée ...", Note vom 12. II. 1812, ebd. Fasz. 33. Vgl. ferner Note Nicolays an den Herzog von Bassano (Maret) vom 1. IX. 1812 Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 12, nr. 279. Als der Untergang der badischen Truppen in Rußland bekannt geworden war, wandte sich Edelsheim an den französischen Gesandten Nicolay und bat, daß man doch jetzt endlich die Rückkehr der Truppen aus Spanien gestatten möge; Karlsruhe, 12. II. 1813, ebd. Corr. Bade 13, nr. 35. Copie. Als letzter Versuch erfolgte dann im Sommer 1813 die Sendung des Generalmajor Schäffer ins kaiserl. Hauptquartier; Muhl, a. a. O. S. 241.

[69]) Der Oberst von Porbeck war in der Schlacht von Talavera gefallen.

[70]) vgl. Bad. Biogr. Bd. II S. 109 f.

[71]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 990, Karlsruhe, I. X. 1809.

schärfste angewiesen, auf Einhaltung der im Juli 1808 von Talleyrand gegebenen Versprechungen zu dringen. Neuenstein setzte sich in Paris mit Dalberg[72]) in Verbindung, der ihm eine Audienz beim französischen Kriegsminister verschaffte. Dieser erklärte Neuenstein auf dessen Vorstellungen hin, „daß mit jedem der verschiedenen Bundesfürsten, welche Truppen in Spanien stehen hätten, besondere Stipulationen wegen dem Unterhalt und der Verpflegung beständen, an welche sich lediglich zu halten sei“[73]). Dalberg und Neuenstein konnten weder eine solche Stipulation vorzeigen, noch wußten sie überhaupt von der Existenz einer solchen“[74]). Es zeigte sich, daß die im Sommer 1808 von dem französischen Gesandten gemachten Versicherungen offenbar nicht genügten. Neuenstein mußte unverrichteter Sache Paris verlassen, und auch Dalberg, der sich im Verlauf des Winters noch wiederholt für die Zahlungen einsetzte, erhielt stets die gleiche Antwort: „man kenne keine mit Baden geschlossene Konvention über die Frage, wie und auf welche Art das badische Corps bei der Armee in Spanien stehe, und auf diesen Fall gehe Sold und Verpflegung außer dem, was das Land zu leisten habe, wo die Truppen stünden, auf Rechnung des Fürsten, der die Truppen zu stellen habe“[75]). Dalberg empfahl, wenn man etwas erreichen wolle, schleunigst eine Konvention zu erwirken, „da bei der gegenwärtigen Lage der Dinge schwer zu erwarten sei, daß von Seiten Frankreichs etwas nachgegeben werde“. Jedenfalls sei zur Erleichterung der Truppen zu wünschen, daß Baden einstweilen den Vorschuß leiste[76]). In Karlsruhe aber schien man es bereits seit einiger Zeit darauf ankommen lassen zu wollen, ob Frankreich nicht doch zahlen würde; denn seit Januar 1810 weigerte sich das Haus Perégeaux Lafitte, weiterhin französische Rechnungen zu bezahlen, da ihm angeblich jede Autorisation dazu fehle[77]). Aber Frankreich war keineswegs gewillt, sich mit einer solchen Lösung einverstanden zu erklären. Am 28. Juli überreichte der französische Gesandte Bignon Edelsheim eine Note, in der er um sofortige Be-

[72]) Dalberg war im Frühjahr 1809 wieder auf seinen Pariser Gesandtschaftsposten zurückgekehrt.

[73]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 990, Paris, 15. X. 1809, Bericht Neuensteins an das badische Kriegsministerium.

[74]) ebd.

[75]) ebd. Fasz. 836, Paris, 12. III. 1810, Dalberg an Edelsheim.

[76]) ebd. Die badische Gesandtschaft in Paris hatte auf allerhöchsten Befehl Erkundigungen eingezogen über die Behandlung der übrigen deutschen Truppen. Der Legationssekretär Groos berichtet darüber am 3. VII. 1810, daß in Frankfurt darüber „völlige Unwissenheit“ herrsche; Darmstadt und Nassau aber befänden sich im selben Fall wie Baden; auch dort waren dieselben Versprechungen gemacht worden wie in Karlsruhe, aber bis jetzt hatte man keinerlei Vergütung dort erhalten; ebd.

[77]) Nach einem Bericht Bignons vom 28. VII. 1810 an Edelsheim, ebd. Eine Aeußerung badischerseits, warum die Zahlungen eingestellt wurden, war nicht zu finden.

gleichung der seit Januar von Frankreich vorgeschossenen Auslagen bat. Die Summe belief sich auf etwa 165 000 frcs.[78]). Von diesem Zeitpunkt an wurden in Karlsruhe, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen, durch den französischen Gesandten bis in den August 1813 hinein Rechnungen präsentiert[79]). Kaum hatte Baden eine Abschlagssumme eingezahlt[80]), als auch schon wieder eine neue Rechnung eintraf. Im Hinblick auf seine Truppen war Baden gezwungen zu zahlen; aber bei dem schlechten Stand der badischen Finanzen war es nie möglich, die gesamte

[78]) ebd. genau 165 375 frcs. 32 cts. Die Ziffern sind in der Folge immer auf den ganzen frc. abgerundet.

[79]) Am 28. VIII. 1810 über 291 269 frcs.
Am 30. XI. 1810 „ 250 131 „
Am 13. I. 1811 „ 271 871 „
Am 10. IV. 1811 „ 218 768 „
Am 25. V. 1811 „ 219 328 „
Am 21. VIII. 1811 „ 141 126 „
Am 20. IX. 1811 „ 196 288 „
Am 9. XI. 1811 „ 196 312 „
Am 28. I. 1812 „ 167 588 „
Am 2. III. 1812 „ 162 336 „
Am 22. V. 1812 „ 137 820 „
Am 8. X. 1812 „ 99 522 „
Am 24. XI. 1812 „ 323 539 „
Am 18. VIII. 1813 „ 386 548 „
Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 836. — Die Differenz zwischen zwei aufeinanderfolgenden Rechnungen ergibt sich jeweils aus einer von Baden geleisteten Abschlagszahlung und einem neuen von Frankreich geleisteten Vorschuß.

[80]) ebd. Baden bezahlte auf Grund obiger Rechnungen seit dem 15. IX. 1810 bis etwa Mitte Februar 1811 104 402 frcs.
(Note des badischen Finanzministeriums vom 18. II. 1811)
Am 28. II. 1811 28 624 frcs.
(Note Moustiers an Edelsheim vom 10. IV. 1811)
Am 10. V. 1811 50 000 frcs.
(Note Edelsheim an Moustier)
Bis zum 21. VIII. 1811 30 000 frcs.
(Note Moustiers an Edelsheim vom 21. VIII. 1811)
Am 31. VIII. 1811 30 000 frcs.
(ders. an dens. 20. IX. 1811).
Bis zum 28. I. 1812 30 000 frcs.
(Note Nicolays an Edelsheim, 28. I. 1812).
Bis zum 2. III. 1812 5 252 frcs.
(ders. an dens. 2. III. 1812).
Bis zum 22. V. 1812 25 318 frcs.
(ders. an dens. 22. V. 1812).
Bis zum 8. X. 1812 38 298 frcs.
(ders. an dens. 8. X. 1812).
Bis zum 18. VIII. 1813 60 748 frcs.
(Note des badischen Finanzministeriums vom 24. VIII. 1813).
Im Ganzen also 402 642 frcs.

Rechnung auf einmal zu begleichen [81]). Edelsheim mußte wiederholt um Rücksicht bitten [82]), wenn die badische Generalkasse mit den Zahlungen im Rückstand blieb. Trotzdem hat Baden auf diese Weise bis zum August 1813 über 400 000 frcs. [83]) an Frankreich gezahlt. Ob Baden auch eine Rechnung von etwa 380 000 frcs. bezahlte, die der französische Gesandte am 18. August 1813 noch präsentierte [84]), ist aus den Belegstücken nicht mehr festzustellen [85]). Es ist aber mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Zahlung verzögert wurde [86]), und Baden dann auf Grund des Pariser Friedens dieser Verpflichtung enthoben worden ist. Eine sichere Angabe über die volle Höhe der von Baden gezahlten Summe für die Truppen in Spanien ist nicht mehr möglich, da wir nur die von Baden an Frankreich direkt gezahlten Summen [87]) bzw. die Baden von Frankreich geschuldeten Summen [88]) kennen. Was aber außen diesen Geldern noch an die badischen Truppenchefs für das Corps gezahlt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Den vorhandenen Belegen entsprechend hätten die Truppen über 1 Mill. frcs. [89]) gekostet; das Dreifache der Summe

[81]) Es wäre denkbar, daß man absichtlich nie die ganze Summe zahlte, um auf diese Weise wenigstens zu einem Teil der französischen Versprechungen vom Sommer 1808 zu kommen. Beweise dafür aber finden sich nicht.

[82]) So am 17. IX. 1810, Edelsheim an Bignon. Am 13. I. 1811 beschwert sich Bignon bei Edelsheim, daß trotz versprochener 60 000 frcs. nur 30 000 frcs. eingezahlt worden sind. Am 30. V. 1811 versichert Edelsheim Moustier, daß Baden außer den am 10. V. geleisteten 50 000 frcs. weitere Zahlungen baldmöglichst folgen lassen wolle.
Am 5. XII. 1811 ders. an dens. Versicherung, daß das badische Finanzministerium die Generalkasse angewiesen hat zu zahlen, daß er, Edelsheim aber an der Durchführung für den Augenblick zweifelt. Aehnliche Noten Edelsheim an den französischen Gesandten am 22. II. 1812 und 3. III. 1812.

[83]) s. Kap. V, I Anm. 80.

[84]) s. Kap. V, I Anm. 79.

[85]) Die Belegstücke hören mit dem 26. August 1813 auf. Vgl. folgende Anm.

[86]) Edelsheim antwortet Nicolay am 26. VIII. auf dessen Note vom 18. VIII., daß die Generalkasse angewiesen sei zu zahlen, daß aber eine längere Verzögerung möglich sei, da die Kasse durch die badischen Truppen sehr beansprucht ist. Eine Antwort Nicolays findet sich nicht mehr. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 836.

[87]) Nämlich 400 000 frcs. (402 642) seit Januar 1810.

[88]) Im Juni 1809 fordert Baden die Summe von 446 594 frcs. und berechnet gleichzeitig, daß die Truppen bis zum August 1809 — also innerhalb eines Jahres 520 000 frcs. kosten werden. Rechnet man dann noch für die restlichen vier Monate des Jahres 1809 130 000 frcs. dazu, so würde sich die Summe von 650 000 frcs. ergeben.

[89]) 400 000 frcs. + 650 000 frcs. = 1 050 000 frcs.

aber wird für die Gesamtkosten nicht zu hoch gegriffen sein [90]). Schmerzlicher als dieser Verlust aber war das Opfer, von über 3000 badischen Soldaten, die in Spanien umkamen [91]); nur knapp 300 kehrten wieder in die Heimat zurück.

Während es diesen Truppen versagt blieb, für die Vergrößerung des badischen Staates zu wirken und Frankreich zu einer Berücksichtigung der badischen Wünsche zu zwingen, hatte sich die staatspolitische Nützlichkeit der französisch-badischen Verbindung im Gefolge des Krieges von 1809 noch einmal bewährt.

II. Baden und der Krieg von 1809.

Wenn das großherzogliche Ministerium im Mai 1808 noch geglaubt hatte, daß „die dermalige Lage einen langen Kontinentalfrieden hoffen lasse“ [1]), und deshalb nur „die Hälfte des Bundeskontingents in mobilem Stand zu erhalten“ sei [2]), so wurde diese Hoffnung bald getäuscht. Noch im Spätsommer 1808 erfolgte die Aufforderung Napoleons an die Rheinbundfürsten, ihre Kontingente marschbereit zu halten [3]). Da erst im August desselben Jahres 2000 Mann nach Spanien marschiert waren [4]), versuchte die badische Regierung, prinzipiell einmal auf die Opfer hinzuweisen, die Baden mit diesen Truppenlieferungen zu bringen hatte. Der Erbprinz, der sich mit seiner Gemahlin zu dem Fürstenkongreß nach Erfurt begeben sollte, überbrachte Napoleon in Frankfurt ein Schreiben Karl Friedrichs [5]). Der Großherzog erklärte sich zwar bereit, das Kontingent zu stellen, bat aber dringend, es auf keinen Fall gegen Spanien zu verwenden; gleichzeitig ersuchte er den Kaiser, unter Hinweis auf die schlechte finanzielle Lage Badens, dem Großherzogtum aus dem französischen Kriegsfond eine genügend große Summe zur Verfügung zu stellen, damit er seine Truppen im kriegstüchtigen Zustand erhalten könne. Da die Besprechungen in Erfurt kriegerische Verwicklungen für den Augenblick vermieden, so konnte Napoleon in seiner Antwort an den Großherzog die Rückgängig-

---

[90]) Würde man die von Baden angegebene Summe von 520 000 frcs. pro Jahr zugrunde legen für 5½ Jahre (von August 1808 bis Frühjahr 1814), so würde das 2 860 000 frcs. ergeben.

[91]) Krieg von Hochfelden a. a. O. S. 224.

[1]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835, Karlsruhe, 27. V. 1808, „Auszug großherzogl. bad. Geh. Rats Protokoll“.

[2]) ebd.

[3]) Corr. de Napol. Ier. t. XVII. nr. 14303. Saint Cloud, 7. IX. 1808.

[4]) s. S. 115.

[5]) Baden, 15. Sept. 1808, ungedruckt. s. Beilage Nr. IV. Bapst a. a. O, p. 160 bezeichnet diesen Brief Karl Friedrichs zu Unrecht als „tout éplorée“; es handelt sich im Gegenteil um eines der wenigen Schriftstücke aus dieser Zeit, in dem Baden eine wenigstens etwas energische Haltung gegenüber Napoleon einzunehmen versucht.

machung der Mobilisierung anordnen [6]). Aber es handelte sich freilich nur noch um einen Aufschub von einem Vierteljahr. Die Freude, der der Großherzog in einem persönlichen Schreiben an den Kaiser über die anfänglichen Friedensaussichten Ausdruck gegeben hatte [7]), war verfrüht. Im ersten Monat des Jahres 1809 wußte man in Karlsruhe [8]), daß badische Truppen zum zweiten Mal gegen Oesterreich ins Feld ziehen würden.

In den badisch-österreichischen Beziehungen war seit dem Krieg von 1805 [9]) zwar keine wesentliche, aber doch immerhin eine bemerkenswerte Aenderung eingetreten. Es wäre verfrüht und übertrieben, bereits wieder von einer wirksamen Annäherung Badens an das habsburgische Herrscherhaus zu sprechen; aber man war doch um eine rücksichtsvolle zuvorkommende Haltung gegenüber der Wiener Regierung bemüht. Auf Drängen Oesterreichs [10]) hin hatte der Großherzog sich im Frühjahr 1807 entschlossen, wieder einen badischen Vertreter [11]) nach Wien zu entsenden. Die Errichtung einer entsprechenden österreichischen Gesandtschaft in Karlsruhe mußte zum großen Bedauern der badischen Regierung abgelehnt wer-

---

[6]) Corr. de Napol. Ier. t. XVII nr. 14382, Erfurt 12. X. 1808. Auf die Geldfrage ging Napoleon natürlich nicht ein.

[7]) Karlsruhe, 19. X. 1808, ungedruckt s. Beilage Nr. V.

[8]) Corr. de Napol. Ier. t. XVIII, nr. 14700, Valladolid, 14. I. 1809, Napoléon au Comte de Champagny. ebd. nr. 14723, Valladolid, 15. I. 1809, Napoléon au grand-duc de Bade. ebd. nr. 14724, Valladolid, 15. I. 1809, Napoléon à Charles Louis.

[9]) s. S. 21.

[10]) Edelsmann teilt Dalberg am 21. III. 1807 die Ernennung des badischen Oberst von Rosenfels zum außerordentlichen Gesandten in Wien mit und fügt hinzu: „ce n'est au reste qu'à la suite de maintes insinuations indirectes des dispositions prévenantes de la cour de Vienne à renvoyer un ministre ici dèsque le grand-duc en nommérait un en échange que S.A.R. a pensé ne pas devoir différer davantage à accueillir favorablement les offres de Mr. le lieutenant colonel de Rosenfels". Diese etwas entschuldigende Erklärung ist aus Rücksicht auf Dalberg, der bekanntlich gern auf den Wiener Posten gegangen wäre, zu verstehen (vgl. S. 81).

[11]) Der österreichische Graf Stadion beschwerte sich in München gegenüber dem badischen Gesandten Graf Degenfeld, daß Baden nur einen „simple agent" gesandt hatte, der in Wien nicht bekannt war („que nous ne connaissons pas"). In Wien bedaure man das um so mehr „qu'on s'était toujours flatté que S.A.R. le grand-duc attachait encore quelque prix au maintien des relations amicales qui avaient subsisté entre les cours d'Autriche et de Bade avant des changements connus". Degenfeld hatte geantwortet, daß Rosenfels als „chargé d'affaires" nach Wien ginge und nicht als „agent"; eine ordentliche Gesandtschaft sei wegen der damit verbundenen Kosten jetzt im Krieg für Baden nicht möglich; Stadion aber verharrte bei seiner Ansicht und erklärte: „qu' une mission établie à Vienne était cependant d'un intérêt mayeur et la dépense qu'elle causait si peu importante, qu'elle n'était pas de nature à pouvoir être comparée aux grandes dépenses de l'état". Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Bayern, Fasz. 19. III. München, 30. III. 1807.

den, da Napoleon gegen die hierzu in Aussicht genommene Persönlichkeit Einspruch erhob [12]). Edelsheim ließ ausdrücklich in Wien um Verständnis für die Schwierigkeit der badischen Situation bitten, die es Baden nicht erlaubte, sich in dieser Frage dem Willen des französischen Kaisers zu widersetzen [13]). Die Ernennung eines österreichischen Gesandten in Karlsruhe erfolgte dann auch in der Tat erst nach dem Wiener Frieden. Auch in anderer Weise war man in Karlsruhe bestrebt, die Willensmeinungen des französischen Kaisers in möglichst konzilianter Form nach Wien gelangen zu lassen. Als Napoleon im Oktober 1808 den Rheinbundfürsten die Demobilisierung der Truppen gestattete, und sie gleichzeitig beauftragte, den österreichischen Hof davon in Kenntnis zu setzen, hatte er hinzugefügt, es sei jedenfalls wünschenswert, daß trotzdem die Gesandten der Rheinbundfürsten in Wien deren Kriegsbereitschaft aufs deutlichste zu verstehen gäben [14]). Daraufhin wurde der badische Geschäftsträger Oberst von Rosenfels angewiesen, mit diesen Wünschen Napoleons „Erklärungen zu verbinden, wie sie eines Teils die Absicht Sr. Kaiserl. Majestät von Frankreich zwar erreichten, andernteils aber dasjenige gute Einverständnis, welches mit gedachtem Kaiserhof stets hier stattgefunden hat, und dessen Unterhaltung in den Wünschen Sr. Königl. Hoheit liegt, nicht unnötig vor der Hand zu stören oder zu unterbrechen geeignet sein möchten“ [15]). Somit kam man wohl dem Wunsche Napoleons nach, distanzierte sich aber auch zugleich deutlich davon. Und als zu Beginn des Krieges von 1809 der Erzherzog Karl seinen bekannten Aufruf erließ, der die Völker Deutschlands zum Kampf gegen Napoleon aufrief, war es Baden, das sich im Gegensatz zu Bayern und Württemberg,

---

[12]) Es handelte sich um den späteren russischen Staatsrat Andreas Merian, der (offenbar ungerechterweise) im Verdacht stand an antifranzösischen Umtrieben im Rheinbundgebiet beteiligt zu sein. Vgl. dazu Briefe Merians vom 22. VII. und 28. X. 1807 an seine Eltern; gedr. in Basler Jahrbuch 1918 a. a. O. Ferner, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl, Korr, Oesterr. Fasz. 100, Karlsruhe, 15. VIII. 1807, Edelsheim an Rosenfels und ebd. Wien, 29. VIII. 1807, Rosenfels an Edelsheim.

[13]) Karlsruhe, 19. IX. 1807, Edelsheim an Rosenfels. Edelsheim betont, daß „nach einer ganz bestimmten offiziellen Erklärung der Willensmeinung Sr. M. des französischen Kaisers ... die Aufnahme gedachten Herrn Merians weder am hiesigen Hofe noch sonst irgend einem anderen zum Rheinbund gehörigen Staate, durchaus nicht gestattet werden solle“. Da bei diesem Sachverhalt der badische Hof sich fügen muß, „so bleibt nichts anderes übrig als der eifrige Wunsch, daß das K. K. Kabinett in Wien in besagten Umständen einen hinreichenden Bewegungsgrund zu Zurücknahme gedachter Ernennung ... zu entnehmen geruhen möge“.

[14]) Corr. de Napol. Ier. t. XVIII. nr. 14382, Erfurt, 12. X. 1808.

[15]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 835, Karlsruhe, 17. X. 1808, Beschluß des Cabinetsministeriums das Schreiben Sr. K. K. M. von Frankreich d. d. Erfurt, d. 12. L. M. an Sr. Kgl. Hoheit betreffend.

Oesterreich gegenüber loyal verhielt. Bayern und Württemberg hatten dem Wunsche Napoleons entsprechend [16]) auf die Proklamation des Erzherzogs mit einer scharfen Erklärung geantwortet [17]); besonders der König von Württemberg sprach „von dem hohen Bewußtsein der Gerechtigkeit seiner guten Sache" mit dem er zu den Waffen griffe, „um den höchst ungerechten Angriff Oesterreichs abzuwenden". Und die Aufforderung des Erzherzogs, an alle in fremdem Sold stehenden Oesterreicher, in österreichische Dienste zurückzukehren, bezeichnete der württembergische König als „eine ungerechte, völkerrechtswidrige und einen offenen Friedensbruch aussprechende Maßregel". Als Baden sich dann auf Drängen des französischen Gesandten hin [18]), ebenfalls zu einer Gegenproklamation entschließen mußte, „um den schlechten Eindruck zu zerstören, den der österreichische Aufruf haben könnte" [19]), geschah es in einer ganz anderen Tonart. Das badische Manifest vom 25. April 1809 [20]) betonte den „tiefen Schmerz", den die großherzogliche Regierung empfinde, und „der dadurch gar sehr vermehrt werde", daß „die Feindseligkeiten von kaiserlich-österreichischen Feldherren durch Proklamationen eröffnet worden seien". Während Württemberg entschlossen den „völkerrechtswidrigen" Inhalt des österreichischen Manifestes angeprangert hatte, gab Baden, um Oesterreich nicht unnötig zu verletzen, seinem Zweifel an der Echtheit des Aufrufs Ausdruck. Trotz dieser gelegentlichen Rücksichtnahme aber war es selbstverständlich, daß das badische Kontingent gegen Oesterreich ins Feld zog [21]) und an den großen Schlachten des Krieges teilnahm [22]). Nur in den früher dem Hause Habsburg gehörigen Gebieten in Vorderösterreich, im Breisgau und am Bodensee, sympathisierten die Einwohner zum Teil mit Oesterreich [23]). Es war zwar eine Uebertreibung, wenn der französische Gesandte Bignon im März nach Paris berichtet hatte, daß „die öffentliche Meinung in Baden nichts weniger als günstig für Frankreich sei" und „in seltsamer Verblendung" alle guten Wünsche für Oesterreich

---

[16]) Corr. de Napol. Ier. t. XVIII. nr. 15084 Donauwoerth, 17. IV. 1809, Napoléon à Frédéric, Roi de Wurtemberg.

[17]) Das bayrische Manifest vom 17. IV. 1809.
Das württembergische Manifest vom 20. IV. 1809.

[18]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 858, Note Bignons an Edelsheim vom 20. IV. 1809.

[19]) ebd.

[20]) ebd.

[21]) Vom 12.—16. III. 1809 zogen 6850 Mann aus ihren Garnisonen nach Pforzheim. Ueber die Geschichte der badischen Truppen im Krieg von 1809 vgl. Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 62 ff. Bad. Militäralmanach VI, S. 51 f.

[22]) Bad. Truppen z. Teil unter Führung des Grafen Wilhelm von Hochberg kämpften mit in den Schlachten von Aspern, Wagram und Znaim.

[23]) von der Wengen, a. a. O., S. 23 ff., S. 122.

seien [24]); aber dennoch mußte sich Baden zeitweise wegen allzu österreichfreundlicher Gesinnung eines Teiles seiner Bewohner vor Frankreich verantworten. Der Aufstand in Tirol gegen das Königtum Bayern griff über nach Vorarlberg, und Bayern, Württemberg und Baden mußten Truppen dorthin entsenden, um ein weiteres Ausbreiten der Revolte zu verhindern [25]). Es dauerte nicht lange, so liefen württembergische Klagen in Karlsruhe ein, die sich darüber beschwerten, daß die Insurgenten nur allzu willige Aufnahme im Badischen fänden, und die Regierung diesen Zustand dulde [26]). Damit nicht genug benutzte der König von Württemberg, die Gelegenheit, um dem Nebenbuhler am Bodensee zu schaden [27]) und berichtete über die nachgiebige Haltung der badischen Regierung an den französischen Kaiser [28]). Der französische Gesandte Bignon verlangte eine Untersuchung und exemplarische Bestrafung aller derjenigen, die mit Oesterreich sympathisiert hatten [29]). Beamte, die gegen die Unterstützung des Feindes nicht scharf genug vorgegangen waren, mußten verwarnt werden; Studenten aus Freiburg, die nach Vorarlberg geflohen

[24]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 9, nr. 52, Karlsruhe, 18. III. 1809, Bignon an Champagny. Nach der Einnahme von Wien am 13. V. 1809 beschwert sich der Gesandte, daß man in Karlsruhe das Ereignis nicht gebührend würdige und fügt hinzu: „enfin on a eu l'idée de faire chanter un tedeum". ebd. nr. 103, Karlsruhe, 21. V. 1809, ders. an dens.

[25]) Ueber den Aufstand in Vorarlberg vgl. das Buch von Friedrich von der Wengen, a. a. O.; ein knapper Auszug daraus bei Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden 1809. S. 22—28.

[26]) Stuttgart, 18. V. 1809, Note des Grafen Taube an den badischen Gesandten Haynau, von Haynau am 20. V. an Edelsheim weitergeleitet. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 858; ferner v. d. Wengen a. a. O. S. 65, 42, 150.

[27]) Baden, zum Teil auch Bayern mußten dauernd fürchten, daß Württemberg anläßlich dieser Expedition badisches und französisches Gebiet besetzen würde, um es unter dem Vorwand, daß die badische Regierung nicht zuverlässig genug sei, für sich in Besitz zu nehmen. Vgl. v. d. Wengen, a. a. O. S. 71, 76, 143, 153.

[28]) Polit. u. militär. Korr. Friedr. v. Württemberg mit Napoleon, S. 188 f. 9. VII. 1809, König Friedrich an Napoleon. Am 22. VII. berichtet der französische Gesandte in Stuttgart Durant an Champagny: „le roi continue à se plaindre ... de la négligence des autorités de Bade qui ont encore laissé passer ... trois cent prisonniers autrichiens par le lac pour rejoindre les insurgés ..." Paris, A.d.a.é. fonds Wurtemberg 1809, p. 279. Aus einer Note Bignons (der ein Schreiben Champagnys vom 12. IX. zugrunde liegt. Paris A.d.a.é. Corr. Bade 9) an Edelsheim aus Wien vom 13. IX. 1809 geht gleichfalls hervor, daß Baden belastendes Material im Besitz der württembergischen Regierung war, die Frankreich davon Kenntnis gegeben hatte. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache, Fasz. 859. Reizenstein bemerkt zu diesem Vorgehen Württembergs, aus dieser Beschwerde würde klar, daß Württemberg „die der Eitelkeit eines Königs doch gewiß wenig schmeichelnde Rolle des Angebers eines benachbarten Gouvernement übernommen hat". ebd. 21. IX. 1809. Dieses Verhalten Württembergs ist bei v. d. Wengen und Andreas nicht erwähnt.

[29]) Note Bignons vom 13. IX. 1809, s. vorige Anm.

waren, um sich dort den Kämpfern anzuschließen, wurde das akademische Bürgerrecht entzogen; Geistliche und Laien, die allzu offen der Konspiration schuldig waren, wurden mit empfindlichen Freiheitsstrafen belegt [30]). Gleichzeitig wurde Dalberg beauftragt, den Kaiser so schnell als möglich von diesem Geschehen in Kenntnis zu setzen [31]). Napoleon über die zuverlässige Haltung Badens zu beruhigen, war umso wichtiger, als in zwischen der Frieden von Wien geschlossen, Oesterreich zu neuen Landabtretungen gezwungen war, und Hoffnungen auf erneute Territorialvergrößerung für die Rheinbundfürsten auftauchten. Schon bald nach der Einnahme von Wien hatte Bignon ironisch an Champagny geschrieben, daß die „nationale Frage (la question nationale) des Augenblicks: welches wird die Vergrößerungsportion sein, die S. M. Baden zugedacht hat", alle Geister in die heftigste Erregung versetzt habe; „während der Kaiser noch um die Siege kämpfe, verfüge der geringste badische Rat bereits in aller Friedlichkeit über die kaiserlichen Eroberungen" [32]). Die badischen Erwartungen richteten sich in erster Linie auf die Landgrafschaft Nellenburg, die man jetzt endlich zu erwerben hoffte. Bis zur endgültigen Entscheidung aber sollten noch eineinhalb Jahre vergehen [33]). Mit der Wahrnehmung der badischen Interessen in der Umgebung des Kaisers wurde der Freiherr Konrad von Andlau betraut [34]). In seinen Denkschriften stützte er sich auf frühere Arbeiten Reizensteins, Dalbergs und Hofers, und somit stimmen die badischen Erwerbswünsche im Wesentlichen mit den bereits bekannten überein. Noch einmal entwickelte sich vor den Augen Frankreichs ein häßlicher unwürdiger Streit der deutschen Rheinbundfürsten um die zur Verteilung kommende Beute. Wieder mußte Baden unter denselben widrigen Umständen wie in den vergangenen Jahren leiden: Württemberg, skrupelloser und energischer in seinem Auftreten als sein Nachbar, versuchte Baden, wo es nur konnte, den Rang abzulaufen [35]); wieder fehlte Baden die tätige Teilnahme des Landesherrn. Drei- und viermal mußte der badische Gesandte den in Untätigkeit verharrenden Erbprinzen bitten, seine Sache in Paris persönlich in die Hand zu neh-

---

[30]) v. d. Wengen a. a. O. S. 46 f. Aus Anlaß der französisch-österreichischen Heirat wurden diese Leute dann begnadigt.

[31]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. IV. Verbrechen 1809, Fasz. 226, Karlsruhe, 13. XI. 1809, Edelsheim an Dalberg. Dalberg überreichte Champagny die Rechtfertigungsnote am 29. XI. Paris A.d.a.é. Corr. Bade 9, nr. 151.

[32]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 9, nr. 109, Karlsruhe 30. V. 1809.

[33]) Ueber die Verhandlungen von 1809/10 vgl. die ausführliche Darstellung bei Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden S. 28—76.

[34]) Bad. Biographien Bd. I. S. 33. Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden, S. 17 f., S. 30.

[35]) Ueber Württemberg ebenfalls bei Andreas, bes. S. 31 f. Württemberg stellte Frankreich ein größeres Kontingent in Aussicht. Ferner ebd. S. 39 f., S. 50 f.

men [36]). Während der württembergische Gesandte in jeder Form von seinem König auf das entschiedenste unterstützt wurde [37]), mußte der badische Beauftragte sich als krank bei Champagny entschuldigen lassen, weil man ihn von Karlsruhe aus ohne jede Nachricht ließ [38]). Die Geschichte dieser Verhandlungen, die sich vom Sommer 1809 bis tief in den Herbst hinzogen, ist nicht weniger unerfreulich, als die derjenigen vom Sommer 1806. Zwar war die Zahl der um Vorteile bettelnden deutschen Fürsten kleiner geworden, aber die noch Verbliebenen hatten in der Zwischenzeit nichts gelernt. Trotz des bekannten Wunsches Napeolons, dem Streitigkeiten der Rheinbundfürsten untereinander verhaßt waren [39]), konnten Württemberg und Baden von sich aus nicht zu einer Einigung kommen; nur mit dem Unterschied, daß dieses Mal nicht der badische, sondern der württembergische Unterhändler sich auf Bedingungen sine qua non versteifte. Von selbständigen Verhandlungen, wie sie zwischen Landesherren, die im Besitze der „Souveränität" waren, selbstverständlich sein sollten, war keine Rede. Es war diesen „souveränen" Herren nicht möglich, ohne eine oberste schiedsrichterliche Instanz auszukommen. Es bedurfte erst eines ausdrücklichen Befehls Napoleons, um Württemberg zur Herausgabe von Nellenburg zu bewegen; nur die Drohung des Kaisers, Württemberg nicht eher in den Genuß der ihm zugestandenen neuen Besitzungen kommen zu lassen, als bis Baden die Landgrafschaft erhalten habe [40]), konnte König Friedrich zum Nachgeben veranlassen. Der Vertrag, den der Freiherr von Andlau dann im Herbst 1810 unterschrieb [41]), blieb weit hinter den badischen Erwartungen zurück. Von den 240 000 Einwohnern, die Andlau für Baden gefordert hatte, waren nur 45 000 für das Großherzogtum verblieben, von denen es noch überdies 15 000 an Darmstadt abtreten mußte [42]). Außerdem mußte das bereits schwer ver-

[36]) Diesbezügl. Schreiben von Andlau vom 22. XI. und 4. XII. 1809 an den Erbprinzen, Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr., Fasz. 87 und vom 28. XI. und 8. XII. an Edelsheim, ebd. Fasz. 98. Im Frühjahr 1810 begab sich der Thronfolger dann nach Paris, über seine dortige Tätigkeit s. S. 141. Stephanie überreichte dem Kaiser eine Denkschrift betr. Nellenburg. Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden, S. 37 ff.

[37]) ebd. S. 33 f., S. 51 f.

[38]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr., Fasz, 98, Paris, 18. V. 1810, Andlau an Edelsheim. In Stuttgart griff man diese Tatsache begierig auf und benutzte die Gelegenheit, um sich wieder einmal über Baden lustig zu machen. ebd. 1. Corr. Haynau, Fasz. 18, Stuttgart, 23. V. 1810, Haynau an Reizenstein.

[39]) Napoleon hatte Andlau in einer Audienz, in der der badisch-württembergische Streit zur Sprache kam, gesagt: „Je n'aime pas ces querelles entre les princes confédérés"; ebd. Dipl. Korr. Frkr., Fasz. 98, Paris, 2. I. 1810, Andlau an Edelsheim.

[40]) Corr. de Napol. Ier. t. XX. nr. 16524, Rouen, 31. V. 1810, Napoléon au Duc de Cadore.

[41]) Gedruckt im Bad. Regierungsblatt Nr. XLVII.

[42]) Es handelte sich um die leiningschen Aemter Amorbach und Miltenberg, dazu noch um ein paar grundherrliche Orte.

schuldete Land noch für die finanziellen Verpflichtungen, die auf den Neuerwerbungen lasteten, aufkommen [43]), und auf jede Entschädigung für Kriegslieferungen verzichten [44]). Alle Hinweise auf Badens Verdienste in den Kriegen gegen Spanien und Oesterreich und gegen den Vorarlberger Aufstand hatten nichts gefruchtet.

Mit der Besitznahme Nellenburgs ist der Landerwerb Badens abgeschlossen. Das Großherzogtum umfaßte jetzt 272,5 Quadratmeilen und 974 782 Einwohner; es hatte sich also in knapp sieben Jahren an Gebietsumfang und Einwohnerzahl um mehr als das Doppelte vergrößert [45]). Und diesen Preis waren schließlich alle Opfer und Lasten wert gewesen. Die nächste und wichtigste Aufgabe des badischen Staates war jetzt, alle diese Neuerwerbungen in ihrer bunten Gemischtheit zu einem einheitlichen Ganzen organisatorisch fortzubilden. Napoleon selbst war es, der in kurzen knappen Zügen, dem badischen Gesandten diese Aufgabe umriß: „... man sagt mir, daß der vortreffliche alte Großherzog seinen Namen nicht mehr schreiben kann; nun gut, dann muß sich der Erbprinz mit den Geschäften befassen oder eine Regentschaft muß eingesetzt werden, denn so kann es nicht weitergehen; es handelt sich jetzt nicht mehr um das kleine Haus Baden; es ist jetzt ein schönes, viel größeres Land und verdient, daß man sich damit beschäftigt ... der junge Großherzog muß anfangen zu arbeiten, muß in Frieden mit seiner Frau leben" und für Nachfolge sorgen ... „die Finanzen sind noch nicht in Ordnung ... aber die Hauptsache ist, dieses schöne Land, das so viele Hilfsquellen hat, gut zu verwalten; aber man muß mehr Energie daran setzen, so wie Württemberg es tut" [46]). Mit diesen Worten verabschiedete der Kaiser den badischen Gesandten. Es war der Letzte gewesen, der in Paris um Landvergrößerung verhandelt hatte.

---

[43]) Ueber den Vertrag vgl. auch Schnabel, Reizenstein S. 147 f.
[44]) Andreas, Baden nach dem Wiener Frieden S. 42.
[45]) s. S. 6.
[46]) Karlsruhe, H. u. St., Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 87, Paris, 22. X. 1810, Andlau an den Erbprinzen. Napoleon hat zu Andlau gesagt: „Eh bien, Mr. Andlau, vous avez fini vos affaires et très bien avec le Wurtemberg ... je suis charmé que vous ayez le Nellenbourg, mais comment cela va-t-il chez vous? Cet excellent vieux grand-duc ne peut plus rien faire, on me dit, qu'il ne peut signer son nom exactement; eh bien, il faut que le prince royal s'occupe des affaires ou que l'on nomme une Régence car cela ne peut plus aller cela, ce n'est plus aujord'hui la petite maison de Bade, il est un bien plus grand pays, et qui mérite que l'on s'en occupe ... Il faut que le jeune travaille et qu'il vive bien avec sa femme, elle n'est pas grosse encore, si seulement elle avait un enfant ... Vos finances ne vont pas bien encore quoique votre pays est beau et bon ... le point principal est de bien administrer ce bon pays, qui a beaucoup de ressources, mais il faut y mettre plus d'énergie comme le Wurtemberg ..." Vgl. Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 326 f.

III. Teil
Ausgang der badischen Rheinbundpolitik.

VI. Kapitel.

I. Frankreichs Eingreifen in die innere Politik Badens.

Das erste Eingreifen Frankreichs in die innere Verwaltung Badens, die Berufung Dalbergs im Sommer 1808 [1]) hatte keinen sichtbaren Erfolg gezeigt. Die Bemühungen des Ministers, die in der Hauptsache einer Ordnung der Finanzen gegolten hatten [2]), waren einer üblen Intrigue zum Opfer gefallen. Die Gräfin Hochberg, die erwartet hatte, daß Dalberg für Bezahlung ihrer Schulden sorgen würde [3]), sah sich in ihren Hoffnungen getäuscht [4]). Der Minister lehnte es ab, seine Reformarbeit mißbrauchen zu lassen. Darauf versuchte die Gräfin Hochberg auf andere Weise zum Ziel zu gelangen. Ihre Machenschaften, die schließlich zu dem Staatsstreich vom November 1808 führten, sind bekannt [5]). Daß es in Baden soweit kommen konnte, ist nur aus der immer mehr zunehmenden Geistesschwäche des alten Großherzogs zu verstehen. Der Staatsstreich, der in letzten Minute noch verhindert wurde, sollte dem Großherzog eine Verfassung nach französischem Muster aufzwingen [6]). Den Geist ihrer Urheberin verriet diese Verfassung, indem sie in ihrem 66. Paragraphen

---

[1]) s. S. 113 ff.

[2]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 206 f.

[3]) ebd. S. 227. — Sehr aufschlußreich für die unwürdige Haltung der Gräfin Hochberg ist ein Brief von ihr an den Staatsrat Klüber. Sie bittet ihn flehentlich doch ihr bald zu Hilfe zu kommen und schreibt: „und ich muß Sie insbesondere bitten, ja nicht so lange Ihre Gegenwart mir zu entziehen, Weil mein einziges und zukünftiges Schicksal in Ihren Händen gelegt wird; Dalberg will Ihnen, weil Er weist, daß ich Ihnen so unendlich hochschätze darüber befragen, was für mich soll gemacht werden, ich hoffe daher, da es das Wohl und Weh von einer Vamillie abhängt; daß bloß durch Sie edler Mann dahin gelangen kann; so darf ich mir schmeicheln, daß Sie nicht zögern werden bald zu kommen ...“ Karlsruhe, H. u. St. Arch. VII. Nachlaß Klüber, Fasz. 6, 7, VII. 1808.

[4]) Um eben diese Zeit schrieb der Geh. Referendär Fischer an den Finanzrat Vierordt über Dalberg: „Er geht wirklich auf die Frau Gräfin von H. los; ob es ihm gelingen wird, weiß ich nicht, zweifle aber ...“; ebd. III. 1. Corr. Vierordt, Fasz. 45, 5. VII. 1808; s. a. Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 207.

[5]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 227—233.

[6]) ebd.

die Privatschulden des Großherzogs zu Nationalschulden erklärte. Zwar wurden die Männer, die diesen Plan ausgearbeitet hatten, verhaftet und bestraft, aber die ganze Unsicherheit der innerbadischen Lage war nur zu deutlich zu Tage getreten. Die nächste Folge war, daß nunmehr der Erbprinz alle Erlasse des Großherzogs gegenzeichnen mußte [7]). Dalberg verblieb noch den Winter über in Karlsruhe, kehrte dann aber im Frühjahr 1809, angewidert von dem hauptstädtischen Verhältnissen und im Grunde ohne Hoffnung auf Besserung derselben, auf seinen Pariser Gesandtschaftsposten zurück. Der Streit, der sich um die Neubesetzung seines Ministeriums entspann, war für den neuen französischen Gesandten in Karlsruhe Bignon [8]) ein willkommener Anlaß zur Einmischung [9]). Dieses Eingreifen Bignons, das mit besonderer Heftigkeit erst nach dem Abschluß des Wiener Friedens einsetzte [10]), erfolgte aus persönlicher Initiative des Gesandten und ging auf keine Instruktionen Napoleons zurück. Bignon wünschte wie Auguste de Talleyrand, Baden Frankreich einzuverleiben [11]), nur mit dem Unterschied, daß Bignon Präfekt des Oberrheins zu werden hoffte [12]). Gleich zu Beginn seiner Gesandtschaft versuchte er, durch immer neu wiederholte Berichte über eine angeblich antifranzösische Gesinnung des Erbprinzen und der Karlsruher Minister, den Kaiser gegen das Großherzogtum aufzubringen [13]). Nichts zeigte so deutlich die unwürdige Abhängigkeit eines deutschen Landes von Frankreich als diese zersetzende Tätigkeit eines untergeordneten Diplomaten, der hier auf eigene Faust Politik trieb. Ein persönliches Einschreiten Napoleons blieb zwar immer peinlich genug, konnte aber in Baden zur Not als Eingreifen des mächtigeren „Verwandten" hingenommen werden. Daß aber ein unbedeutender Vertreter des französischen Kaisers sich, ohne Not oder ohne höhere politische Absicht, der despotischen Mittels seines Herrn bediente, war für den „souveränen" badischen Staat und seine selbständige reformwillige Regierung unerträglich. Nur der unbeugsamen Hartnäckigkeit Reizensteins gelang es, eine Sabotage der inneren Aufbautätigkeit von Seiten Bignons

---

[7]) Reskr. vom 26. XI. 1808, Reg.Blatt Nr. XL. vom 12. Dezember.

[8]) s. Kap. V. I. Anm. 35.

[9]) Vgl. über diese Zeit Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 271—314; Schnabel, a. a. O. S. 137—146. Bapst a. a. O. p 184. Ueber die in der gleichen Zeit erfolgenden Eingriffe Frankreichs in die badische Presse vgl. Obser, ZGORh. NF 14, S. 111 ff.

[10]) Bignon reiste Anfang Juni 1809 ins französische Hauptquartier ab und kehrte erst nach Abschluß des Wiener Friedens nach Karlsruhe zurück.

[11]) s. S. 112.

[12]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 273 ff.; Schnabel a. a. O. S. 137.

[13]) Berichte Bignons an Champagny vom 7. und 28. April 1809; Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 277; vom 23. V. 1809, Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 9, nr. 104. Der Minister Hacke ist Karl mißliebig, weil er Frankreich freundlich ist.

zu verhindern, obwohl er diese Haltung mit seinem eigenen Sturz bezahlen mußte.

Als nach dem Staatsstreich vom November 1808 die Anarchie in Baden ihren Höhepunkt erreicht hatte, hatte sich der Erbprinz an Reizenstein gewandt und ihn um Uebernahme der Leitung der Staatsgeschäfte gebeten [14]). Da Reizenstein sich in Frankreich aufhielt, gelangte dieser Brief erst im Frühjahr 1809 in seine Hände. Nicht ohne seinem Zweifel an einer Gesundung der badischen Verhältnisse eindeutig Ausdruck zu verleihen, erklärte sich Reizenstein nach anfänglichem Zögern bereit, für befristete Zeit dem Rufe Folge zu leisten [15]). Als Voraussetzung aber forderte er aktive Mitarbeit des Thronfolgers; er vermochte diesen dazu zu bewegen, Napoleon persönlich über die in Aussicht stehende Reform zu unterrichten, um von vornherein einem eventuellen Widerstand des französischen Gesandten die Spitze abzubrechen [16]). Während des Krieges von 1809 arbeitete Reizenstein im engsten Verein mit dem Freiherrn Karl Wilhelm Marschall von Bieberstein [17]) in aller Stille sein Reformwerk aus [18]); erst im Oktober 1809 trat er offiziell an die Spitze des Ministeriums. Die Personalveränderungen, die Reizenstein für notwendig erachtete [19]), gaben dem französischen Gesandten Anlaß zu erneuten heftigen Angriffen gegen den in Karlsruhe herrschenden Geist. Die Tatsache, daß von den fünf vorhandenen Ministerien vier mit Protestanten besetzt waren, benutzte Bignon, um Napoleon von einer Unterdrückung der katholischen Bevölkerung in Baden, also besonders der Pfälzer und Breisgauer, zu berichten [20]); er versuchte, den Kaiser zu einem Eingreifen zu veranlassen, indem er die Unterdrückung der Katholiken mit antifranzösischer Gesinnung gleichsetzte. Dieser Hinweis wirkte umsomehr, als die Erbprinzessin Stephanie, die das besondere Zutrauen Napoleons besaß, Katholikin war und in der Pfalz ihre Residenz hatte, durch die Benachteiligung des katholischen Volksteils betroffen schien. Der Kampf zwischen Bignon und Reizenstein spitzte sich in der Folge zu auf die Person des Innenministers, den Freiherr von Marschall, den Reizenstein an die Stelle des Pfälzers und Katholiken Hacke setzen wollte. Bignon forderte in Paris Marschalls Entfernung und schlug gleichzeitig Persönlichkeiten für diesen Posten vor, die ihm geeignet schienen. Reizensteins Position war umso schwieriger, als die Personalveränderung, die, wie das

[14]) Andreas, Verwaltungsorganisation S. 235 f.
[15]) Brief Reizensteins vom 22. III. 1809 an den Erbprinzen, ebd. S. 242.
[16]) ebd. S. 243 ff., Brief Karls an Napoleon vom 13. V. 1809. Andreas zweifelt, ob dieser Brief abgegangen ist; da sich aber Karl in einem zweiten Schreiben vom 1. III. 1810 auf seinem Brief vom 13. V. 1809 bezieht, so ist der Abgang doch wohl als sicher anzunehmen. Der Brief vom 1. III. 1810 bei Bapst a. a. O. p. 341, nr. XXV.
[17]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 245 f.
[18]) ebd. S. 250 ff.
[19]) s. Bad. Reg.Blatt 1810 Nr. III, Karlsruhe, 31. Dez. 1809.
[20]) Andreas, Verwaltungsorganisation S. 278 ff.

nicht anders sein konnte, manche Gewaltsamkeit mit sich brachte, ihm viele Feinde gemacht hatte [21]). So gesellte sich zu der ausländischen Opposition Bignons noch eine inländische, die keineswegs zu unterschätzen war. Besonders die Gräfin Hochberg bemühte sich um Frankreichs Gunst, indem sie von antifranzösischen Umtrieben in Karlsruhe berichtete [22]) und Napoleon um Schutz der Freunde Frankreichs bat [23]). Auch an dem Erbprinzen fand der Minister keine Hilfe. In gewohnter Untätigkeit verbrachte der Prinz seine Tage [24]), und durch seinen nach wie vor ausschweifenden und haltlosen Lebenswandel gab er dem französischen Gesandten nur allzu erwünschten Stoff für dessen Berichte [25]). Da wahrscheinlich auch Dalberg in Paris sich über die Katholikenfeindlichkeit des neuen Regime in Paris äußerte [26]), gelang es Bignon endlich, eine Intervention des Kaisers herbeizuführen. Zu Ende des Jahres 1809 erhielt der französische Gesandte Weisungen Napoleons, denen zufolge der Kaiser eine gerechte Behandlung der badischen Untertanen ohne Unterschied der Konfession wünsche [27]). Diese Instruktion enthielt, kennzeichnend für die subjektive Gleichgültigkeit Napoleons, keinerlei persönliche Bemerkungen über Mitglieder des Ministeriums. Trotzdem aber spielte Bignon in einer darauffolgenden Unterredung mit Reizenstein [28]) auf das Innenministerium an und verlangte die Beibehaltung Hackes. Reizenstein, empört über diese Einmischung Frankreichs, bot im ersten Zorn seinen Rücktritt an, lenkte dann aber ein und antwortete wegen der Entlassung Hackes anfangs ausweichend. Seine geheime Absicht dabei war, in Erfahrung zu bringen, wie weit die Wünsche Napoleons reichten, und wo die eigenmächtigen Bestrebungen des Gesandten anfingen. Während er Bignon mit vagen Versprechungen hinhielt, wandte er sich in einer großen Denkschrift an Napoleon direkt [29]), wies den Vorwurf einer Unterdrückung der katholischen Volksteile zurück, überführte den französischen Gesandten ungenauer Unterrichtung und bat den Kaiser,

---

[21]) ebd. S. 268 f., 280 f.

[22]) ebd. S. 274.

[23]) Vgl. Brief der Gräfin Hochberg an Napoleon vom 13. XI. 1809 bei Bapst a. a. O. p. 337 ss. nr. XXIII. In eben diesem Brief bietet die Gräfin auch ihre drei Söhne Napoleon für französische Dienste an. Desgl. empfiehlt sie ihre Tochter Amalie seinem Schutz.

[24]) Schon im Mai 1809 beklagte sich Reizenstein in einem Brief an den Erbprinzen über den langsamen und ungenauen Gang der Geschäfte, Andreas, Verwaltungsorganisation S. 243; s. auch Bericht Bignons vom 28. II. 1809 bei Bapst a. a. O. p. 172, note 1; ähnlich Berichte vom 26. III. und 15. V. 1809.

[25]) Bapst, a. a. O. p. 176, note 1, Bericht Bignons vom 22. II. 10.

[26]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 298.

[27]) Note Champagnys vom 16. XII. 1809, ebd. S. 282.

[28]) Am 29. XII. 1809.

[29]) Schreiben vom 31. XII. 1809. Inhalt bei Andreas, Verwaltungsorganisation S. 284 ff.

das badische Reformwerk erst nach einem Jahr einer genauen Prüfung zu unterziehen. Nachdem dieses Schreiben abgegangen war, erfolgte die offizielle Ernennung Marschalls zum Innenminister und die Hackes zum badischen Gesandten in Wien. Aber Reizensteins Schreiben blieb ohne Erfolg. Abgesehen davon, daß Napoleon diesen direkten Schritt eines fremden Ministers mißbilligte, fiel der Erbprinz durch seine Unfähigkeit und Gleichgültigkeit dem eigenen Minister in den Rücken und machte dessen Bemühungen zunichte. Champagny, durch neue Berichte Bignons über die antikatholische Haltung in Karlsruhe unterrichtet [30]), glaubte den Wünschen seines Herrn mehr Nachdruck verleihen zu müssen; er beauftragte Bignon ein zweites Mal [31]), jedoch ohne erneute Instruktionen Napoleons [32]), für eine gerechte Behandlung der Katholiken in Baden einzutreten. In einer Audienz, die sich der Gesandte daraufhin ohne Wissen Reizensteins von dem Thronfolger erbat [33]), erklärte derselbe, an der Person Marschalls kein Interesse zu haben und gab auf der ganzen Linie nach. Da Reizenstein seinen Herrn nicht vor dem Gesandten bloßstellen konnte, mußte er zunächst gute Miene zum bösen Spiel machen, Durch einen letzten Versuch aber hoffte er, Bignon doch noch der Eigenmächtigkeit zu überführen. Er zwang den Erbprinzen, von Bignon eine offizielle Note zu verlangen, aus der die Schritte des Gesandten eindeutig als Wünsche Napoleons hervorgehen sollten [34]). Bignon, aufs äußerste gereizt durch diesen Schachzug des badischen Ministers, sandte neue aufhetzende Berichte nach Paris, in denen er Reizensteins Vorgehen als Beleidigung gegen den Kaiser darstellte und die Entfernung des Ministers verlangte. Ueberdies berichtete er von bevorzugter Verwendung preußischer und hessischer Offiziere im badischen Corps und traf damit in Paris ins Schwarze. Napoleon befahl Dalberg und Andlau zu Champagny, und dieser mußte als ausdrücklichen und bestimmten Willen des Kaisers die gleichmäßige Besetzung aller amtlichen Stellen in Baden fordern [35]). Der Kaiser, so hieß es, könne nicht dulden, daß man Untertanen, die er selbst dem Großherzogtum zugewiesen habe, als „mißliebige Subjekte und sozusagen als Heloten" behandle. Aber auch in diesem Befehl noch fielen keine Namen, sondern Champagny hatte nur die prinzipielle Einstellung Napoleons klarzulegen. Reizenstein aber, da der Erbprinz ihn in keiner Weise unterstützte, war gewillt, auf diese Intervention hin zurückzutreten. Die Parität in den Ministerien wurde da-

[30]) ebd. S. 287 f.
[31]) Note Champagnys vom 18. I. 1810, ebd. S. 289.
[32]) Es heißt darin ausdrücklich: „quoique l'Empereur ne m'ait point donné de nouveaux ordres relativement à l'organisation du grand-duché de Bade je crois néanmoins devoir vous rappeler les instructions ..... du 16. XII. ....", Paris A.d.a.é. Corr, Bade 9, nr. 219.
[33]) Am 26. I. 1810, Andreas, Verwaltungsorganisation S. 289.
[34]) ebd. S. 291 ff.
[35]) ebd. S. 296 ff.

durch erreicht, daß das Amt Reizensteins wegfiel und auf den Posten Marschalls der Katholik Andlau berufen wurde [36]). Aeußerlich hatte Bignon somit seinen Willen erreicht; da aber Andlau durch die Territorialverhandlungen bis zum Herbst in Paris beschäftigt war, führten Reizenstein und Marschall die Geschäfte noch bis zum November 1810 kommissarisch weiter. Die ruhige Durchführung der Reform war dadurch bis zu einem gewissen Grade gesichert. Karl unterrichtete Napoleon in einem persönlichen Schreiben [37]) von den angeordneten Maßnahmen, und entschloß sich, von Andlau [38]) und Reizenstein gedrängt, selbst nach Paris zu reisen. Da es auf dieser Reise infolge eindringlichster Vorstellungen Reizensteins [39]) zu einer Versöhnung des Thronfolgerpaares kam, konnte der Erbprinz in aller Ruhe einer Audienz bei Napoleon entgegensehen. Schon dem Freiherrn von Andlau, der Champagny den Brief seines Herrn überbracht hatte, hatte der französische Minister die volle Genugtuung Frankreichs ausgesprochen [40]). Und ebenso konnte Karl sich persönlich davon überzeugen, daß die Lage Badens in Paris viel weniger schlecht beurteilt wurde, als es Bignon darzustellen beliebt hatte [41]). Sowohl Karl als auch Andlau wurde versichert, daß Napoleon Reizensteins Bemühungen anerkenne und gegen dessen Person nichts einzuwenden habe. Bignon hörte zwar nicht auf, auch in der folgenden Zeit noch über die Unfähigkeit des Thronfolgers und Reizensteins Despotismus zu berichten [42]), aber er erhielt von Paris aus keine Antwort mehr. Die Worte, mit denen Napoleon den badischen Gesandten am Schluß der Territorialverhandlungen entlassen hatte [43]), waren wohl ernste Ermahnungen, die in der Hauptsache an die Person des Thronfolgers gerichtet waren, waren aber weit entfernt von der Androhung französischen Eingreifens. Und als im Sommer 1811 der neue französische Gesandte in Karlsruhe, Baron Moustier [44]) versuchen wollte, eine ähnliche Rolle wie Bignon zu spielen, ließ ihm Napoleon kurzerhand mitteilen, „er habe keine übelangebrachte Arroganz an diesem Hof an den Tag zu legen; er sei dort, um seine Aufwartung zu machen, nicht aber um zu erniedrigen und aufzutrumpfen“ [45]).

Der innere Aufbau Badens vollzog sich in der Folge ohne nennenswerte französische Einmischung. In außenpolitischer Hinsicht aber sollte

---

[36]) ebd. S. 301 f.
[37]) Schreiben vom 1. III. 1810 bei Bapst a. a. O. p. 341 s. nr. XXV.
[38]) s. S. 134 ff.
[39]) Die eindringlichen Briefe Reizensteins vom 22. und 23. III. 1810 an den Thronfolger anläßlich dieser Reise bei Schnabel a. a. O. S. 143 ff.
[40]) Andreas, Verwaltungsorganisation S. 304.
[41]) ebd. S. 308.
[42]) ebd. S. 309 ff.
[43]) s. S. 135.
[44]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 328; Moustier traf Mitte März 1811 in Karlsruhe ein.
[45]) Note vom 24. VIII. 1811, ebd. S. 329.

Baden noch einmal in kostspieligster Weise für Territorialvergrößerung und Souveränitätsgarantie zahlen: im russisch-französischen Krieg.

II. Badens Teilnahme am Krieg von 1812/13. Anschluß des Großherzogs an die Verbündeten.

Als am 10. Juni 1811 der erste Großherzog Badens für immer die Augen geschlossen hatte, stand Europa schon im Zeichen eines neuen Krieges. Alle Welt wußte, daß das Ende der russisch-französischen Freundschaft nicht ohne Kampf erfolgen würde. Seit dem Spätherbst 1810 verstärkten sich die Anzeichen eines Bruches der russisch-französischen Allianz und gelangten an die Höfe der Rheinbundfürsten [1]). Sogar auf direktem Wege sollte Baden von der russisch-französischen Spannung erfahren. Im April 1811 forderte Rußland Baden auf wegen Oldenburg, das Napoleon entgegen den Abmachungen des Tilsiter Friedens Frankreich einverleibt hatte, in Paris zu intervenieren [2]). Nicht ohne Verlegenheit und lediglich um der Form zu genügen, entledigte sich Edelsheim dieses Auftrages bei dem französischen Gesandten in Karlsruhe [3]). Noch eindeutiger aber wurde Baden über das russisch-französische Verhältnis unterrichtet, als im Mai 1811 ein Schreiben Napoleons eintraf, der zwar versicherte, noch auf gutem Fuße mit Rußland zu stehen, aber seine Stellung im Osten auszubauen wünschte [4]). Zu diesem Zweck forderte er von Baden ein Regiment Infanterie und ein Bataillon Artillerie. In kurzer Zeit kam das badische Kriegsministerium diesem Ansinnen des Kaisers nach, denn schon Ende Mai 1811 verließen zur Sicherung Danzigs badische Truppen die Heimat [5]). Gleichzeitig aber sandte der Erbprinz den Obersten von Grolmann mit einem Schreiben an Napoleon nach Paris; er sollte dem Kaiser vorstellen, daß Baden in der Folge seinen Verpflichtungen nur nachkommen könne, wenn endlich die Erlaubnis zur Rückkehr der badischen Truppen aus Spanien gegeben werde [6]). Eine Antwort darauf erfolgte nicht, und das Jahr 1811 neigte sich seinem Ende zu, ohne daß neue Forderungen an Baden gestellt

[1]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 10, nr. 234, Karlsruhe, 29. XI. 1810, Bignon an Champagny: „L'un des bruits qui se renouvellent le plus souvent dans ces contrées est celui d'une guerre entre la France et la Russie".

[2]) Baden sollte die bei De Martens, Supplément an recueil des principaux traités ... tome IX. p. 22 s, abgedruckte Protestnote Rußlands dem franz. Gesandten überreichen. Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 11, nr. 78, Karlsruhe, 11. IV. 1811, Moustier an Champagny.

[3]) ebd. Bericht vom 14. IV. 1811, ders. an dens. Edelsheim hat die Note nicht ohne „quelques petits mouvements d'embarras" mitgeteilt.

[4]) Corr. de Napol. Ier. t. XXII. nr. 17690, Saint-Cloud, 3. V. 1811, Napaléon à Charles Frédéric, grand-duc de Bade.

[5]) Bad. Militäralmanach I. S. 47; es heißt dort irrtümlich 29. III. statt 29. V. 1811.

[6]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 32, 14. V. 1811, Karl an Napoleon.

worden wären. Aber das Bewußtsein von einem bevorstehenden Krieg schlief nicht ein. Und je weiter das Jahr fortschritt, desto unliebsamere Beobachtungen mußte der französische Gesandte machen. Wenn er im Juni 1811 noch berichten konnte, daß der Erbprinz innerhalb von 14 Tagen sein Kontingent bereit halten werde, wenn Rußland sich rühre [7]), so mußte er zu Ende des Jahres feststellen, daß ein Krieg gegen die Ostmacht in Baden sehr ungern gesehen werde [8]). Die Tatsache, daß der Großherzog gegen einen Verwandten zu Felde ziehen mußte, und daß weitere erwerbspolitische Vorteile für Baden nicht mehr zu erwarten waren, ließen Bedenken aufkommen [9]). Zu einem ernsthaften Versuch, Widerstand zu leisten, reichten diese Einwände indessen nicht aus, als Napoleon dann endgültig die Mobilmachung der Kontingente verlangte [10]). Wohl ließ Edelsheim Erkundigungen anstellen, wie sich Württemberg zu dieser Forderung verhalten würde [11]), aber da der badische Gesandte aus Stuttgart von eifrigen Rüstungen berichtete [12]), so gab auch der Großherzog für sein Corps die nötigen Befehle. Am 7. Februar 1812 beauftragte er den Grafen Wilhelm von Hochberg, den Oberbefehl zu übernehmen [13]), und schon Mitte desselben Monats waren die badischen Truppen — insgesamt 6766 Mann stark — marschbereit [14]). Da Baden noch fast 2000 Mann um diese Zeit in Spanien stehen hatte, so war die Stellung von 8000 Mann, zu der Baden verpflichtet war, erfüllt. Eine Verstärkung der badischen Truppen, die Napoleon im August 1812 noch in Karlsruhe forderte [15]), wurde daher vom Großherzog mit vielen Entschuldigungen abgelehnt. Die 2000 Mann, die er noch im Lande habe, brauche er für den Schutz des Großherzogtums,

---

[7]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 11, nr. 141, Karlsruhe, 4. VI. 1811, Moustier an Champagny.

[8]) ebd. Corr. Bade 12, nr. 48, Karlsruhe, 25. XI. 1811, Moustier an Maret.

[9]) ebd. „...le bruit de la possibilité d'une guerre prochaine avec la Russie, guerre qui en touchant de si près aux affections de famille de la cour de Bade, ne lui offrirait aucune chance d'extension de frontière, est devenu ici un sujet de crainte et d'inquiétude ..."

[10]) Corr. de Napol. Ier. t. XXIII. nr. 18334, Paris, 16. XII. 1811, Napoléon à Mr. Maret. — Ueber die Teilnahme der badischen Truppen am Feldzug gegen Rußland vgl.: Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 126—226. Bad. Militäralmanach I. S. 47 f.; ebd. VI. S. 52 ff., S. 67 ff.

[11]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Württemberg, Fasz. 6 Karlsruhe, 2. II. 1812, Edelsheim an Marschall.

[12]) ebd. Bericht Marschalls an Edelsheim vom 6. II. 1812.

[13]) Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 126.

[14]) ebd. S. 127; am 16. II. 1812 verließen die Truppen ihre Garnisonen.

[15]) Corr. de Napol. Ier. t. XXIV nr. 19083, Vitebsk. 11. VIII. 1812, Napoléon à Maret. Am 26. VIII. hatte Nicolay diese Forderung in Karlsruhe überbracht.

und um die im Felde stehenden Formationen zu ergänzen [16]). Auch diesmal war die militärische Ausrüstung nicht so, wie sie hätte erwartet werden können [17]), aber da die Truppen noch bis tief in den Sommer 1811 hinein in Deutschland stehen blieben, konnte ihr Führer das Versäumte zum Teil wenigstens nachholen [18]). Am 30. August endlich erhielt das IX. Armeecorps, dem die badischen Formationen zugeteilt waren, Befehl nach Rußland zu marschieren. Das badische Corps, dessen Oberbefehlshaber persönlich an allen Gefechten teilnahm, hielt in diesem Unglücksfeldzug so tapfer stand, daß der Marschall Victor ihm das Lob aussprach, nur auf die badischen Truppen könne er sich verlassen [19]). Aber gegen Kälte, Hunger und Krankheit war auch dieses Corps nicht gesichert, ein Rest von 537 Mann war alles, was dem Großherzog von seinem Kontingent verblieb. Doch auch damit war der Friede noch nicht erkauft; denn noch waren diese Truppen nicht nach Karlsruhe zurückgekehrt, als im Januar 1813 ein neues Schreiben des Kaisers seine Bundesgenossen davon unterrichtete, daß er den Kampf auf deutschem Boden wieder aufzunehmen gedenke [20]). Schon von Moskau aus hatte er seinem Außenminister Befehl erteilt, von den Rheinbundfürsten Ergänzung ihrer Regimenter zu verlangen. Die Ereignisse in Rußland dürften auf keinen Fall lähmend auf den Eifer seiner Alliierten wirken, und als anfeuerndes Beispiel sollte Maret von den neuen französischen Rüstungen berichten [21]). Während sich in Württemberg und Bayern bereits leise Ansätze zu einem Umschwung in der bisherigen Haltung zu Frankreich zeigten, erklärte sich der badische Großherzog unverzüglich bereit, ein neues Regiment aufzustellen; die Bedenken vom Herbst 1811 waren vergessen, und weder die erste große Niederlage des Kaisers noch der Verlust seiner Truppen konnten den Großherzog in seinem Festhalten an Napoleon erschüttern. Es ist das umso unverständlicher als dies der erste Feldzug war, der Baden keine Vergrößerung gebracht hatte, und auch der neue keine weiteren versprach. Mit einer Bereitwilligkeit sondergleichen ging der Großherzog in einem Brief vom Februar 1813 auf alle Wünsche Napoleons ein [22]). Besonders beruhigte er den Kaiser, der in seinem Schreiben vom 18. Januar nachdrücklichst auf den „inneren Feind" der Rheinbundstaaten hingewiesen hatte, über die zuverlässige Stimmung seines Landes. Auf allen Gebieten des öffent-

---

[16]) Brief Karls an Napoleon vom 8. IX. 1812, ungedruckt, s. Beilage VI. Am selben Tag überreichte Edelsheim dem französischen Gesandten eine dem obigen Brief entsprechende Note. Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Frkr. Fasz. 82.

[17]) Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten. S. 132, 148.

[18]) Bad. Militäralmanach VI. S. 67.

[19]) ebd. S. 70.

[20]) Corr. de Napol. Ier. t. XXIV. nr. 19462, Paris, 18. I. 1813.

[21]) ebd. nr. 19218, Moscou, 23. IX. 1812.

[22]) Schreiben vom 13. II. 1813 ungedruckt, s. Beilage VII.

lichen Lebens war eine strenge Zensur gewährleistet und der Großherzog versprach, stets den väterlichen Ratschlägen des Kaisers zu folgen. Im Gegensatz zu den Königen von Bayern [23]) und von Württemberg [24]) wagte Großherzog Karl mit keiner Silbe die ungeheuren Verluste in Rußland zu erwähnen, er gab im Gegenteil seiner uneingeschränkten Bewunderung für die Person und das Werk Napelons beredten Ausdruck. Und mit derselben Eindringlichkeit bat er den Kaiser, in jedem Augenblick davon überzeugt zu sein, daß Baden alle Anstrengungen machen würde, die die Umstände erforderten. Was den Großherzog zu der Abfassung dieses in diesem Zeitpunkt höchst auffallenden Schriftstückes trieb, ist unklar. Sicher ist wohl nur das Eine, daß das Ansehen des Kaisers durch das Fiasko des russischen Feldzuges in Baden nichts an Glanz verloren hatte, und daß dem Großherzog in keiner Minute der Gedanke an die Möglichkeit einer vollständigen Besiegung Napoleons kam. Zur Erklärung könnten noch zwei weitere Umstände dienen. Auf der einen Seite ist es die Veranlagung des Großherzogs, dem jede neue Entscheidung verhaßt war, und für den der Anschluß an Frankreich schon so etwas wie eine altgewohnte Bequemlichkeit sein mochte. Und auf der anderen Seite waren Nachrichten von einem neuen engen französisch-österreichischen Bündnis nach Karlsruhe gelangt [25]). Im November 1812 hatte der badische Gesandte in Wien, Baron von Hacke, noch geschrieben, daß eine französisch-österreichische Allianz sehr ungern in Wien gesehen werde und hatte dabei gleichzeitig von einer russisch-österreichischen Konvention berichtet [26]). Als aber der Großherzog seinen Brief an Napoleon schrieb, waren inzwischen anderslautende Berichte eingetroffen, denen zufolge sich Oesterreich wieder enger an Frankreich angeschlossen hatte. Und bei einer solchen Situation, sofern eine Rücksicht darauf wirklich mitgespielt haben sollte, mochte es geraten erscheinen, den immer noch mächtigen Kaiser einer unbedingten Gefolgschaft Badens zu versichern. So schnell es die Umstände erlaubten, wurde ein neues Kontingent aufgestellt. In einem zweiten Schreiben versicherte der Großherzog Napoleon, der einen Militärbevollmächtigten an die Rheinbundhöfe gesandt hatte, um über den Stand der Rüstungen genau unterrichtet zu werden [27]), seiner völligen Bereitschaft [28]). Und der französische Gesandte

[23]) Schreiben des Königs von Bayern an Napoleon vom 3. III. 1813 gedruckt bei Doeberl a. a. O. S. 412.

[24]) Schreiben des Königs von Württemberg an Napoleon vom 26. I. 1813 gedruckt bei Schloßberger, Politische und militärische Korr. a. a. O. S. 271.

[25]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. I Pers.Ver. Markgrafschaft u. GH. Baden, Karl Ludwig Friedr. Corr. mit Edelsheim 1804—1814, ebd. teilt Edelsheim dem Großherzog einen Bericht Hackes aus Wien vom 15. I. 1813 mit.

[26]) ebd. Bericht vom 6. XI. 1812.

[27]) Corr. de Napol. Ier. t. XXV. nr. 19637, Paris, 2. III. 1813, instructions pour le capitaine Laplace.

[28]) Brief Karls an Napoleon vom 6. III. 1813 ungedruckt, s. Beilage VIII.

schrieb befriedigt nach Paris, daß er sich über schlechten Willen der badischen Regierung nicht beklagen könne [29]). Ende März und Anfang April verließen 3080 Mann, wiederum unter dem Befehl des Grafen Wilhelm von Hochberg, ihre Garnisonen. Weitere 1200 Mann, die im September 1812 als Ersatzmannschaften für das badische Corps nach Rußland aufgebrochen waren und ihr Ziel nicht mehr erreicht hatten, taten schon seit dem 7. Februar in Glogau Festungsdienst [30]). Während der König von Württemberg zögerte, seine Truppen aus dem Land zu lassen und bevorstehende Aufstände in Vorarlberg und Tirol vorschützte, um sein Verhalten zu rechtfertigen [31]), fochten die badischen Formationen in ungeschmälerter Treue unter französischen Fahnen. Mit wechselndem Kriegsglück kämpften sie bei Weißenfels, Lützen, Königswerder, Bautzen und Reichenbach. Und nach Ablauf des Waffenstillstandes im Sommer 1813 führte Graf von Hochberg noch einmal 2700 Mann für Frankreich ins Feld [32]). Der Weg dieser Truppen ging von Karlsruhe nach Leipzig, wo sich ihr Schicksal endgültig entscheiden sollte. Bayern war schon vor der Schlacht von Leipzig der Allianz der Verbündeten beigetreten [33]), das württembergische Corps ging während der Schlacht zu den Alliierten über [34]); die badischen Truppen aber gerieten mitsamt ihrem Generalleutnat in preußische Gefangenschaft [35]). Mit aller Energie wehrte sich der Führer des badischen Corps gegen Zeitungsnachrichten, die von einem Ueberlaufen der Badener berichtet hatten [36]). Er schrieb deshalb an den Fürsten Schwarzenberg [37]) und war empört, daß diese Nachricht trotzdem weiterverbreitet wurde [38]). Und als ihm die Wahl gelassen wurde, entweder sich und seine Truppen der Armee der Verbündeten zur Verfügung zu stellen oder aber nach Rußland in Gefangenschaft zu gehen [39]), entschied er sich keineswegs

[29]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 13, nr. 64, Karlsruhe, 11. III. 1813, Nicolay an Maret.

[30]) Ueber die Teilnahme Badens am Krieg gegen die Alliierten in Schlesien und Sachsen vgl. Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 227 bis 278. Militäralmanach I. S. 49 ff., ebd. VI. S. 54 f., S. 74 ff.

[31]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Württemberg, Fasz. 6. Bericht Marschalls aus Stuttgart an Edelsheim vom 2. IV. 1813, vgl. auch Pfister a. a. O. S. 223 f.

[32]) Bad. Militäralmanach VI. S. 55; die Gesamtstärke des Kontingents betrug also 6980 Mann. Ferner standen immer noch 1000 Mann in Spanien.

[33]) Doeberl a. a. O. S. 398 f.

[34]) Pfister a. a. O. S. 371.

[35]) Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 255 f.

[36]) ebd. S. 262 f.

[37]) ebd. S. 497 f. Delitsch, 22. X. 1813, Graf Wilhelm von Hochberg an den Generalfeldmarschall Fürsten von Schwarzenberg.

[38]) ebd. S. 263.

[39]) v. Röder, a. a. O. S. 245. Berlin 27. XI. 1813, Graf Wilhelm von Hochberg an den Großherzog Karl.

für die Sache der Alliierten [40]). Die badischen Truppen wären nach Rußland gebracht worden, wenn nicht im letzten Augenblick Nachrichten aus der Heimat eingetroffen wären, die von Badens Beitritt zur Allianz berichteten.

Diese Haltung des Führers der badischen Truppen war eine natürliche Folge der badischen Politik, die bis zur Schlacht von Leipzig und noch darüber hinaus keinerlei Schwanken kannte. Das Großherzogtum Baden, Regierung wie Volk, nimmt in dieser die Befreiung Deutschlands vorbereitenden Zeit unter den süddeutschen Rheinbundstaaten eine gänzlich isolierte Stellung ein. Während im Frühjahr 1813 sich eine antifranzösische Stimmung bei Bayern [41]) und Württembergern [42]) langsam fühlbar machte, ist davon in Baden noch nichts zu spüren. Die Konvention Yorks verurteilte man [43]), die Aufrufe des Königs von Preußen und des russischen General Kutusoff blieben ohne jede Wirkung. Meldungen über die Stimmung der badischen Untertanen, die in Karlsruhe einliefen, berichteten wohl von der Friedenssehnsucht des Volkes, in Ladenburg wurde sogar Sympathie für Rußland bemerkt, aber sonst war politisches Interesse kaum vorhanden, und im Lande herrschte überall (eine freilich von einer strengen Zensur überwachte) vollkommene Ruhe [44]). Während Bayern fürchten mußte, das neugewonnene Franken wieder an Preußen zu verlieren, lauteten die Berichte über „die biederen Breisgauer, von denen in keinem Fall eine Widersetzlichkeit, noch viel weniger ein Aufruhr zu befürchten" sei, durchaus befriedigend [45]). Der König von Württemberg war schon im Februar von der immer mehr wachsenden antifranzösischen Stimmung seiner Untertanen unterrichtet [46]), der französische Gesandte dagegen konnte noch am 26. August 1813, also nach dem Beitritt Oesterreichs zur Koalition, von absoluter Ruhe im Großherzogtum berichten [47]). Wenn schon im Volk von geringen Ausnahmen abgesehen, von einer Begeisterung für die deutsche Sache keine Rede sein konnte, so war das

---

[40]) Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten, S. 268

[41]) Doeberl a. a. O. S. 362 f.

[42]) Pfister a. a. O. S. 182.

[43]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 13, nr. 15. Karlsruhe, 19. I. 1813, Nicolay an Maret: „on a trouvé la conduite du roi de Prusse aussi loyale que celle du général d'York infâme".

[44]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Kriegssache Fasz. 869, Fasziculus eingekommener amtlicher Schreiben die politische Stimmung der Untertanen in Beziehung auf die Kriegsverhältnisse betreffend. Enthält Berichte vom Februar — Mai 1813.

[45]) ebd. Kriegssache, Fasz. 864, Bericht an Edelsheim aus Freiburg vom 11. I. 1813.

[46]) Vgl. das Schreiben König Friedrichs an seinen Gesandten in Paris vom Februar 1813 bei Pfister, a. a. O. S. 182.

[47]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 13, nr. 201, Karlsruhe, 16. VIII. 1813, Nicolay an Maret.

bei der badischen Regierung noch viel weniger der Fall. Bis nach dem Vertrag von Frankfurt am 5. November hat der Großherzog an Napoleon festgehalten [48]). Zu den Siegen von Lützen und Dresden hatte er dem Kaiser herzliche Glückwunsschreiben gesandt [49]). Noch nach dem Anschluß an die Alliierten schickte er dem französischen Gesandten, der Karlsruhe bereits verlassen hatte, sein Bild und sprach ihm sein Bedauern über den notwendig gewordenen Abbruch der diplomatischen Beziehungen aus [50]). Er mußte es freilich in Kauf nehmen, daß ihm der Gesandte das Bild, trotz der offenkundlich Frankreich freundlichen Gesinnung seiner Person, zurückschickte [51]). Sieht man von dieser persönlichen profranzösischen Einstellung des Großherzogs ab, so fragt sich, inwieweit die politische Lage des Großherzogtums die Regierung zwang, bis zum letztmöglichen Augenblick bei Napoleon auszuharren.

Es ist zunächst auffällig, daß es bei Baden, im Gegensatz zu Bayern und Württemberg, nichts gibt, was etwa einem allmählichen Uebergang zur Allianz der großen Mächte gleichkäme. Der Anschluß erfolgte ohne jede politisch-diplomatische Vorbereitung. Bayern und Württemberg standen seit dem Frühjahr 1813 mit Oesterreich und Preußen in Verbindung. Oesterreich war von sich aus in außerordentlich kluger und geschickter Weise an die beiden Rheinbundstaaten herangetreten, hatte beruhigende Erklärungen über den Besitzstand der beiden Königreiche abgegeben und um direkte Verhandlungen gebeten [52]). In ähnlicher Weise hatte sich auch Preußen an Bayern gewandt [53]). Ein Schritt Oesterreichs am Karlsruher Hof war, wohl im Bewußtsein von der schwierigen politisch-geographischen Lage des Großherzogtums, nicht erfolgt. Die Unterhandlungen mit den beiden anderen Rheinbundstaaten waren aber bereits so weit gediehen, daß Bayern schon im Mai 1813 zur Neutralität entschlossen [54]) und Württemberg im April einen Sonderbeauftragten nach Wien entsandte [55]). Der Sieg Napoleons bei Bautzen (20. und 21. Mai) unterbrach dann vorläufig wieder alle diese politischen Unternehmungen. Daß im übrigen diese Bereitwilligkeit Bayerns und Württembergs in keiner Weise aus Liebe zur nationaldeutschen Sache zu verstehen war, zeigte die Haltung dieser beiden Höfe Baden gegenüber. Es ist bezeichnend für die „souveräne" Politik Bayerns und Württem-

[48]) Ueber Badens Austritt aus dem Rheinbund vgl. den Aufsatz von Windelband a. a. O. Ueber die ungünstige Quellenlage für diesen Abschnitt s. ebd. S. 112.
[49]) ebd. S. 119.
[50]) Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 13, nr. 285, Karlsruhe, 20. XI. 1813, Großherzog Karl an Nicolay; Kopie.
[51]) ebd. nr. 286, Dankschreiben Nicolays vom 24. XI. 1813.
[52]) Doeberl a. a. O. S. 370 f.; Pfister a. a. O. S. 209.
[53]) Doeberl a. a. O. S. 364.
[54]) ebd. S. 373 ff.
[55]) Pfister a. a. O. S. 210.

bergs, daß von dort keinerlei Mitteilungen nach Karlsruhe über eine eventuelle Kursänderung erfolgte. An die Möglichkeit eines politischen Zusammenschlusses der drei süddeutschen Staaten dachte niemand. Aehnlich wie im Sommer 1806 war man um eine möglichst „selbständige" Politik bemüht, nur mit dem Unterschied, daß es nicht mehr Frankreich war, um dessen Gunst man sich bewarb, sondern Oesterreich. Denn im Falle einer Niederlage Napoleons war es Oesterreich, das den Rheinbundstaaten ihren Besitz garantieren konnte. Von den Zentralverwaltungsplänen des Freiherrn vom Stein hatten die süddeutschen Fürsten nichts zu hoffen [56]). Freilich wehrte sich auch Metternich nicht aus Liebe zu den Rheinbundstaaten gegen eine Absetzung ihrer Fürsten; die Furcht vor einem Ueberwiegen des preußischen Einflusses in Süddeutschland zwang ihn, auf jede Rückeroberung altösterreichischer Gebiete zu verzichten [57]). Aber Bayern und Württemberg genügte weder die freundliche Haltung Oesterreichs noch die gemeinsame Front gegen Baden. Auch gegenseitig versuchten sie sich noch den Rang abzulaufen. Um möglichst gut bei Oesterreich angeschrieben zu sein, versuchte Bayern, Württemberg durch hinterhältige Anträge in Wien zu kompromittieren [58]). Während Bayern selbst mit Oesterreich verhandelte, bot es Württemberg eine Militärkonvention gegen eine Invasion der Alliierten an. Württemberg sollte dadurch möglichst lange von Verhandlungen mit der alten Kaisermacht ferngehalten werden [59]). In der Zwischenzeit hoffte Bayern soweit zu sein, um die Vermittlerrolle zwischen Oesterreich und den übrigen Rheinbundfürsten zu übernehmen. Als der König von Württemberg von diesem zweideutigen Vorgehen Bayerns erfuhr, rächte er sich seinerseits, indem er Napoleon von dem Abfall Bayerns unterrichtete [60]). Er mochte hoffen, Napoleon dadurch zur Gefangennahme der bayrischen Truppen zu veranlassen, sodaß Bayern ohne militärischen Schutz dem Fortgang des Krieges ausgeliefert gewesen wäre. Aber in seltsamer Verblendung glaubte der Kaiser nicht an einen Umschwung der bayrischen Politik, und Württemberg erreichte nichts. Bayern schloß sich in aller Heimlichkeit im Vertrag von Ried am 8. Oktober den Verbündeten an [61]) und kämpfte in der Schlacht bei Leipzig bereits gegen den Protektor des Rheinbundes. Württemberg stand erst seit dem 23. Oktober durch Abschluß einer Militärkonvention auf Seiten der Verbündeten [62]); der Staatsvertrag, durch den Württemberg offiziell der Sache der Ver-

---

[56]) Windelband a. a. O. S. 104 f., 108 f.
[57]) ebd. S. 110.
[58]) Doeberl a. a. O. S. 390 f.
[59]) ebd. S. 391.
[60]) s. a. Pfister a. a. O. S. 390 f. über eine Unterredung Metternichs mit dem württembergischen Vertreter, Graf Zeppelin.
[61]) Martens, Supplément au Recueil des principaux Traités t. I. p. 610 ss.
[62]) Pfister a. a. O. S. 375, 394 f.

bündeten beitrat, wurde sogar noch zehn Tage später, nach der Schlacht von Hanau (31. Oktober) am 2. November in Fulda abgeschlossen [63]). Baden stand während dieser Vorgänge ganz abseits. In Karlsruhe wußte man wohl, daß Württemberg in Verhandlungen mit den Alliierten stehe [64]), und daß Oesterreich von Bayern keinerlei Gebiete zurückverlangte [65]). Aber konnte dieselbe Haltung auch Baden gegenüber erwartet werden? Die Beziehungen zu Oesterreich in den vorhergehenden Jahren waren zwar durchaus freundschaftlich gewesen, und der österreichische Kaiser hatte dem badischen Gesandten überzeugend sein Verständnis für die Lage Badens, die den Großherzog zum Anschluß an Frankreich gezwungen hatte, ausgesprochen [66]). Jetzt aber drangen Gerüchte nach Baden, die wissen wollten, daß Oesterreich Bayern im Vertrag von Ried die Pfalz garantiert habe [67]); und mußte man nicht fürchten, daß auch Württemberg versuchen würde, seinen Anschluß durch den Erwerb badischen Gebietes zu erkaufen? [68]). Diese Bedenken müssen eine große Rolle gespielt haben, denn noch am 25. Oktober war man sich in einer Staatsratssitzung darüber einig, daß der Abfall von Frankreich keineswegs zu früh erfolgen dürfe, um Napoleon nicht unnötig zu reizen [69]). Das Vertrauen auf den Sieg und Schutz der Verbündeten überwog also nicht die Furcht vor einem noch nicht entscheidend geschlagenen Napoleon. Da aber österreichische und bayrische Truppen in bedrohliche Nähe des Großherzogtums rückten, entschloß man sich wenigstens, den Kaiser um Neutralität für Baden zu bitten [70]). Die Ungewißheit über das zukünftige Schicksal Badens wurde etwas geklärt, als am 24. Oktober der Generalmajor von Schäffer mit Berichten des Grafen Hochberg in Karlsruhe eintraf [71]). Der Oberbefehlshaber der badischen Truppen meldete, daß in einer Audienz bei dem Zaren und dem König

[63]) Martens, Supplément, t. I p. 643 ss.

[64]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III Dipl. Korr. Württemberg, Fasz. 6. Berichte Marschalls aus Stuttgart an Edelsheim vom 12. X., 14. X. und 16. X. 1813.

[65]) ebd. Dipl. Korr. Bayern Fasz. 22, München, 19. VIII. 1813, Degenfeld an Edelsheim.

[66]) ebd. Dipl. Korr. Oesterreich Fasz. 102, Wien 23. IV. 1810. Bericht Hackes an Edelsheim über seine Antrittsaudienz am 22. IV. 1810. Der Kaiser hat zu ihm gesagt: „Je n'ai jamais méconnu la conduite du grand-duc et j'ai toujours rendu justice à ses principes. Il n'a jamais fait plus qu'il ne devait faire. Il a du céder aux circonstances comme tout le monde". Ueber diese günstige Aufnahme des badischen Vertreters in Wien erstattete Bignon unverzüglich nach Paris Bericht. Paris, A.d.a.é. Corr. Bade 10, nr. 28, Karlsruhe 3. V. 1810.

[67]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. 1. Korr. Edelsheim mit Hacke, Fasz. 12, Freiburg, 7. X. 1813; s. a. Windelband, a. a. O. S. 123.

[68]) Ueber die Möglichkeit, Württemberg durch badisches Gebiet zu entschädigen, s. Pfister a. a. O. S. 400.

[69]) Windelband, a. a. O. S. 113.

[70]) ebd.

[71]) Muhl, a. a. O. S. 256.

von Preußen beide Monarchen sich verständnisvoll über die Lage Badens geäußert hatten [72]), und daß Friedrich Wilhelm den badischen Truppen eine Frist von drei Wochen zugebilligt hatte, innerhalb derer sich der Großherzog entschließen sollte [73]). Vier Tage darauf wurde Schäffer mit Briefen Karls und Reizensteins an den König von Preußen [74]) und Hardenberg [75]) ins Hauptquartier nach Frankfurt geschickt. Der Großherzog hatte sich zunächst lediglich entschlossen, auch von Preußen nichts anderes als die Anerkennung der badischen Neutralität zu erbitten. Er war noch keineswegs zum Austritt aus dem Rheinbund bereit. Und auch Reizenstein, den der Großherzog in dieser schwierigen Lage wieder zu sich gerufen hatte [76]), stand der nationaldeutschen Sache fremd gegenüber [77]). Da Napoleon auf Badens Ersuchen um Neutralität noch nicht geantwortet hatte, bat der Großherzog am 3. November zum zweiten Mal darum [78]). Er berichtete dem Kaiser von der Mission Schäffer, versicherte ihn seiner unerschütterlichen Treue und legte dar, wie ihn nur die geographische Lage Badens zu seinem Vorgehen zwang. Er stellte ferner dem Kaiser vor, daß Badens Neutralität auch in Frankreichs Interesse läge, da so eine neutrale Grenzlinie von der Schweiz bis zum Main verlängert würde. Aber seine Bemühungen waren umsonst. Am 5. November traf die abschlägige Antwort Napoleons ein [79]). Der Kaiser wünschte entweder Freunde oder Feinde zu haben, neutrale Staaten konnten ihm in diesem Augenblick nichts nützen. Er bot dem Großherzog an, nach Frankreich zu gehen, wann er es für nötig hielte, und erwartete im übrigen von ihm, daß er nur den Gesetzen der Ehre und den Banden des Blutes folgen werde. Der Gesandte, der den Brief überbrachte, forderte bis zum Abend eine eindeutige Erklärung [80]). Da inzwischen Badens Lage durch den Beitritt Württembergs und Hessens vom 2. November noch schwieriger geworden war, konnte von einer freien Entscheidung nicht mehr die Rede sein. Es war nicht „richtiger politischer Instinkt“ [81]), der Badens Diplomaten trieb, „sich an Oesterreich anzulehnen“, sondern der Zwang des Augenblicks. Am 5. November abends noch fand die entscheidende Staatsratssitzung statt [82]), in der Reizenstein nunmehr den Anschluß befürwortete. Die Motive, mit denen der Entschluß begründet wurde, zeigen mit aller

[72]) Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 259 ff.
[73]) ebd. S. 493, Leipzig 20. X. 1813, Generalleutnant Graf Wilhelm von Hochberg an den Großherzog Karl, Windelband a. a. O. S. 113.
[74]) Gedruckt bei von Röder, a. a. O., Denkwürdigkeiten S. 243 ff.
[75]) Windelband a. a. O. S. 114; Muhl a. a. O. S. 257.
[76]) ebd. S. 111.
[77]) Schnabel, a. a. O. S. 155 f.
[78]) Windelband, a. a. O. S. 114 f.
[79]) ebd. S. 115 .
[80]) ebd. S. 117.
[81]) Maria Glaser, a. a. O. S. 272.
[82]) Windelband, a. a. O. S. 117 f.

Deutlichkeit die erbärmliche unsichere Politik des „souveränen" Großherzogtums. Man trat der Allianz bei, weil sich der Sieg den Verbündeten zuzuneigen schien; weil man sich dadurch, vorerst „der Landesregierung erhalte" und weil man hoffen könne, sich in der Zukunft im Falle einer deutschen Selbständigkeit eine anständige Existenz darin zu sichern. Die nationaldeutsche Sache wurde nur in einer negativen Formulierung erwähnt. Wenn nämlich, so hieß es, die Alliierten wider Erwarten nicht siegen sollten, „so rette man sich wenigstens vor Vorwürfen des Landes, das dem deutschen Nationalgeist sich überlassend bei Ergreifung der entgegengesetzten Partie schon jetzt schwer im Gehorsam zu halten sein würde" [83]). Während Reizenstein beauftragt wurde, am folgenden Tag ins Hauptquartier abzureisen, überlegte sich der Großherzog, ob er nicht besser doch nach Frankreich ginge, um dort die endgültige Entscheidung des Krieges abzuwarten [84]). Als Reizenstein in Frankfurt eintraf, hatte sich die französische Situation sehr verschlechtert. Als er anfänglich versuchte, für Baden vielleicht doch noch die Neutralität zu erlangen, wurde er kurzerhand ausgelacht [85]). Mit seinem späten Entschluß hatte sich der Großherzog die Sympathie der Alliierten verscherzt. Die Lage Badens war so bedrohlich, daß Reizenstein die Anwesenheit Karls als unbedingt notwendig empfahl [86]). Unwillig und nur der Not gehorchend begab sich der Großherzog am 11. November nach Frankfurt. Durch eine Aussprache mit dem Zaren, den Briefe der Markgräfin Amalie günstiger gestimmt haben mochten [87]), und durch die Vermittlung des Königs von Preußen, kam dann am 15. November ein Vertragsentwurf zustande, der die Bedingungen des Anschlusses regelte. Reizenstein hatte recht, wenn er fürchtete eher eine Kapitulation als Konvention abschließen zu müssen [88]). Durch den am 20. November unterzeichneten Vertrag von Frankfurt [89]) erklärte Baden seinen Austritt aus dem Rheinbund und verpflichtete sich, mit allen Kräften die Unabhängigkeit Deutschlands zu unterstützen. Die Höhe des von Baden zu stellenden Kontingents, die innerhalb des Rheinbundes 8000 Mann betragen hatte, wurde nunmehr auf 20 000 Mann festgesetzt [90]). Baden wurde dafür Souveränität und Besitzstand garantiert. In einem Separatartikel aber mußte sich der Großherzog bereit erklären, gegen Entschädigung in etwaige Abtretungen, die die Neuordnung Deutschlands notwendig machen würde, einzuwilligen. Es ist mit Recht betont worden, daß Baden diesen verhältnismäßig günstigen Vertrag nicht der Geschicklich-

[83]) Windelband, S. 118 f.
[84]) ebd. S. 119.
[85]) Pfister, a. a. O. S. 400.
[86]) Windelband, a. a. O. S. 122.
[87]) ebd. S. 125.
[88]) ebd. S. 122.
[89]) Martens, Supplément a. a. O. t. I p. 649.
[90]) Windelband, a. a. O. S. 127.

keit seiner Diplomatie, sondern den obwaltenden Umständen verdankte[91]). Die Verbündeten hatten nur zu recht gehabt, wenn sie Baden das lange Festhalten an Napoleon verargt hatten. Denn am 20. November sandte der Großherzog eine Erklärung an alle Höfe[92]), aus der man deutlich herauslesen konnte, daß nur die Gewalt der politischen Lage ihn zum Anschluß gezwungen hatte. Mit keiner Silbe wurde die Befreiung Deutschlands aus der Fremdherrschaft erwähnt; als ersehntes Ziel galt ihm nur der Friede schlechthin und als „höchster Wunsch" . . ., die Freundschaft und das gute Einvernehmen wieder erstehen zu sehen, das bisher zwischen Baden und Frankreich bestanden hatte". Hierin kam die wahre Ansicht des Großherzogs zum Ausdruck und nicht in dem Aufruf an das Volk, der am gleichen Tag erlassen wurde[93]), Da wurde, lediglich aus ängstlicher Rücksicht auf die wachsende Begeisterung des Volkes, als das große Ziel des Kampfes neben der Erhaltung Badens, die Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands aufgeführt. Aber selbst dieser Aufruf war so lahm und kraftlos, daß er die wahre Gesinnung der Regierung nur schlecht verhehlte. Aber auch das Echo, das auf den Aufruf erfolgte, blieb weit hinter der Begeisterung, die in Norddeutschland und selbst in Bayern[94]) herrschte, zurück. Abgesehen von einigen wenigen wahrhaft deutsch empfindenden Kreisen ist die geistige Teilnahme Badens am deutschen Befreiungskampf gering. Die Zahl derer, die nationaldeutsche Gesinnung mit Opportunismus verwechselten und derer, die persönlich durch Konskription und Kriegssteuern gegen Frankreich verbittert waren[95]), war größer als die Menge derjenigen, die mit deutsch patriotischer Empfindung für die Befreiung kämpften[96]). Das Bewußtsein als Verbündete mit Napoleon gekämpft und gesiegt zu haben, war noch in vielen Köpfen lebendig. Die Tatsache, daß Baden unter Napoleons Protektorat ansehnliche Landgebiete erobert hatte, blieb bestehen und verfehlte ihre Wirkung nicht.

Baden als Verbündeter Napoleons hatte nicht wie Preußen unter der Fremdherrschaft schwer leiden müssen. Der Austritt aus dem Rheinbund be-

---

[91]) ebd. S. 128.

[92]) Gedruckt ebd. S. 131 f.

[93]) Gedruckt ebd. S. 132 f.

[94]) Karlsruhe, H. u. St. Arch. III. Dipl. Korr. Bayern, Fasz. 22, München, 26. X. 1813, Degenfeld an Edelsheim: „Il est impossible d'exprimer l'enthousiasme avec lequel la nouvelle alliance avec l'Autriche a été reçue dans la capitale et dans les provinces".

[95]) Windelband a. a. O. 140 f .

[96]) Windelband a. a. O. S. 139, 145; Markgraf Wilhelm, Denkwürdigkeiten S. 273: „So geschah denn, was nicht unterlassen werden konnte, aber ohne Enthusiasmus für die sogenannte deutsche Sache".

deutete hier zunächst nicht viel mehr als eine allgemein sichtbare Trennung von Frankreich; der Boden für eine fruchtbare Aufnahme nationaldeutschen Gedankenguts wurde formal damit vorbereitet, eine Eroberung des badischen Volkes für Deutschland aber war erst einer noch fernen Zukunft vorbehalten.

Schluß.

Es herrscht kein Zweifel mehr darüber, daß die acht Jahre des Rheinbundes zu den unerfreulichsten Epochen unserer deutschen Geschichte gehören. Zwar konnte der Vorwurf des bewußten Verrats am Deutschtum, den die junge Geschichtsschreibung des national geeinten Deutschland erhob, zurückgewiesen werden. Wir wissen, daß Gewalt auf der französischen und Ohnmacht auf der Habsburger Seite deutsche Fürsten zum Anschluß an Frankreich zwang. Wir wissen weiter, daß die nationale Idee erst in den Anfängen ihrer Politisierung begriffen war und der Kampf für ein noch nicht bestehendes Deutschland von den Rheinbundfürsten nicht erwartet werden konnte. Unbefriedigt von dieser der geschichtlichen Wahrheit entsprechenden Feststellung versuchte man darüber hinaus, der Rheinbundzeit einen für die deutsche Geschichte positiven Sinn zu geben. Aus der Kenntnis der Vorgänge von 1871 wurde nachträglich diese Epoche der Ohnmacht und Zerrissenheit bejaht, weil sich in ihr „ein schließlich auch im Sinne der deutschen Zukunft segensreicher Vorgang", die Bildung der modernen Mittelstaaten vollzogen hatte [1]). Auch sollte die engstirnige eifersüchtige Politik der Rheinbunddiplomaten nicht als solche gelten, sondern erklärt werden aus dem „Zusammenstoß zweier Epochen", aus „weiten Zusammenhängen, denen diese Staatsmänner mehr oder minder bewußt dienten" [2]). So sehr der Hinweis auf die sich in der Rheinbundperiode vollziehende Staatenbildung zu Recht besteht, und so unwahrscheinlich dagegen eine höheren Zwecken dienende Rheinbundpolitik ist, beide Argumente heben gleicherweise ab auf eine nationale Zukunft, deren Wurzeln man in dieser sonst so unerfreulichen Periode sehen möchte. Für die zum deutschen Reich von 1871 führende Entwicklung sind aber die sich unmittelbar aus der Rheinbundzeit ergebenden vorwiegend negativen Folgen ebenso wichtig als die sich erst 60 Jahre später zeigenden positiven Ergebnisse. Es sollte in dem Bewußtsein von wahrer, über alle Jahrhunderte hinweg immer wieder aufleuchtender Größe deutscher Geschichte unnötig sein, eine Vergangenheit, die der Gegenwart unbequem oder unverständlich erscheint, entweder als unwürdig zu brandmarken oder ihr Werte und Gesinnungen der Gegenwart zu unterstellen, die in ihr noch nicht wirksam sein konnten. Es gibt auch Zeiten, die wichtig sind für den Gesamtablauf der Geschichte dadurch, daß sie uns zeigen, was nicht möglich war. An dieser Stelle muß auch die Rheinbundzeit eingeordnet werden. Sie hat mit aller, wie uns scheint, demütigenden Schärfe gelehrt, daß kleine und mittlere deutsche Länder als „souveräne" Staaten nicht existieren können. Seit dem hohen Mittelalter waren die Reichsstände bemüht, dem römischen Kaiser mit List und Gewalt oder auch durch tatkräftige Hilfe

[1]) Andreas, Verwaltungsorganisation, S. 3.
[2]) ders. Baden nach dem Wiener Frieden, S. 76.

ein Hoheitsrecht nach dem anderen abzujagen. Durch inner- und außerreichische Bündnisse, durch Aufruhr und Gehorsamsverweigerung gelang es ihnen, sich dem Machtbereich des Kaisers mehr und mehr zu entziehen. Ein durch universale Hausmachtpolitik und schließlich unausrottbare reichsständische Territorialmacht geschwächtes Kaisertum mußte es dulden, daß im siebzehnten Jahrhundert der König von Frankreich deutschen Fürsten die in die „Libertät" hineingesteigerte Landeshoheit garantierte. Bis zum Auftreten Napoleons waren Ansehen und Herrschaftsbereich des römischen Kaisertums durch die Politik der mächtigen Reichsfürsten, insbesondere Brandenburg-Preußens, so sehr gesunken, daß um die Wende des neunzehnten Jahrhunderts das Reich als Idee zwar noch weiterlebte, als politisches Gebilde aber tot war. Das Reich, nach außen mühsam noch durch den alten Lehnsverband zusammengehalten, war entartet zu einer Vielheit von großen, mittleren und kleineren Territorien. Den letzten Schlußstein dieser Entwicklung setzte Napoleon, als er 1805 die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg und Baden zu souveränen Staaten erklärte. Alle reichsverfassungsmäßigen, bis dahin immer noch in Reichstag, Kammergericht und Kreisverfassung sichtbaren Bindungen wurden gelöst, und als nur sich selbst Gehorsam schuldende „Mächte" schlossen die Könige von Bayern und Württemberg und der Großherzog von Baden das Bündnis mit Napoleon. Napoleon brauchte souveräne deutsche Bundesstaaten, um das Reich zu zerstören, er fragte aber nicht danach, ob die Voraussetzungen zur Souveränität auch gegeben waren. Es ist eine ironische Fügung des Schicksals, daß gerade der Mann, aus dessen Händen die Reichsfürsten die lang ersehnte Souveränität entgegennahmen, den Beweis lieferte, daß diese Souveränität der tatsächlichen Leistungsfähigkeit ihrer Inhaber nicht entsprach. Im Bewußtsein seiner Schwäche hatte Baden die Souveränität nur zögernd angenommen; daß es seit Jahrhunderten an eine oberste bestätigende Instanz gewöhnt war, hatte die Behandlung der Erbfolgefrage gezeigt. Daß selbständige Vertragsabschlüsse wie sie im diplomatischen Geschäftsverkehr souveräner Staaten üblich sind, zwischen Bayern, Württemberg und Baden nicht möglich waren, hatten die vielen Territorialverhandlungen in Paris bewiesen. Und zu alledem waren diese Territorien in ein so drückendes Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Protektor geraten, wie es in den Zeiten der reichsverfassungsmäßigen Bindung nie vorhanden gewesen war. Abgesehen von der übermächtigen Persönlichkeit Napoleons, die naturgemäß auf die Stellung der Rheinbundfürsten drückte, war es das Fehlen der Voraussetzungen zur Bildung eines wirklichen modernen Staates von europäischer Geltung, welches ihre Souveränität illusorisch machen mußte. Baden besonders fehlte in erster Linie ein genügend großer Gebietsumfang, ein geschultes Heer, das das Land in jedem Falle hätte schützen können und eine durchgebildete Verwaltungsbeamtenschaft. Die badische Souveränität war ein Recht ohne Inhalt, eine Schale ohne Kern. Die Machtmittel Badens

waren so gering, daß es von den Machtgelüsten und Intriguen eines französischen Gesandten den Verlust seiner Existenz befürchten mußte. Da Baden überdies noch das besondere Unglück hatte, von einem unfähigen Fürsten regiert zu werden, so traten alle diese Mängel besonders kraß zu Tage. Und ebensosehr wie im Gefolge Napoleons zeigte sich die Schwäche Badens beim Anschluß an die Verbündeten. Auch dort konnte es auf Grund seiner hilflosen Lage keine selbständige Entscheidung treffen. Die Geschichte dieser Jahre lehrte, daß Baden ohne Anlehnung an eine größere Macht nicht existieren konnte. Die selbständige diplomatische Beziehung zu souveränen Staaten war für Baden nicht möglich, Baden bedurfte der engen Verbindung mit einer stärkeren Macht. Es hatte sich gezeigt, daß Gebietserwerbungen allein, so berechtigt sie vom Standpunkt eines gesunden Arrondierungsbestrebens immer sein mochten, den Besitz der Souveränität noch nicht rechtfertigten. Die historische Aufgabe, die in der Rheinbundzeit erfüllt wurde, bleibt die negative. Mit der gleichen geschichtlichen Notwendigkeit, mit der Baden auf den Weg der Souveränität gezwungen worden war, wurde es von ihm wieder heruntergedrängt. Die Aufgabe, die Baden im Sinne einer kommenden deutschen Einheit zu erfüllen hatte, mußte ihm von außen durch eine echte organisch entwickelte Staatsmacht gewiesen werden, durch Brandenburg-Preußen.

Beilagen und Exkurse.

Beilagen.

I. *)

Bade, le 3 octobre 1806.

Sire,

Votre M. I. et R. a daignée accueillir avec tant de bonté et d'intérêt les représentations de mon ministre du Cabinet Baron de Reitzenstein relativement au droit de successibilité que j'avais désiré constamment d'assurer à mes fils du second lit et à leur postérité masculine en cas d'exstinction entière de la postérité de mes fils du premier lit. Il a suffi de son gracieux agrément pour en faire expédier de suite l'acte formel sanctionné du plein consentement de mon petit fils le Grand-Duc héréditaire et de mes fils les Margraves Frédéric et Louis.

I'ose espérer, et j'en demande instamment la faveur â Votre Majesté, Sire, qu'Elle me permette de Lui en faire présenter un Exemplaire solennisé avec une traduction en français, La suppliant très humblement d'ordonner qu'ils soient déposées dans Ses archives Impériales avec la gracieuse assurance de vouloir constamment accorder au maintien de cette disposition irrévocable Sa puissante garantie à laquelle ma postérité la plus reculée aura toujours secours.

En mon particulier, Sire, ma respectueuse confiance en Votre gracieux appui est fondée sur les titres incontestables de Vos bienfaits qui rejailissent sur toute ma maison. Il appartient à Votre Maj. d'en être aussi dorévenant le seul Protecteur, le Conservateur et d'en augmenter le Lustre et la Puissance selon les circonstances favorables qui pourront se présenter dans la suite et qu'Elle saura toujours faire naître à propos.

Agréez, Sire, que mon référendaire intime le sieur Oehl puisse mettre aux Pieds de Votre Maj. l'acte mentionné dont la transmission respectueuse comble un des voeux les plus chers à mon coeur et qu'elle soit accompagnée de l'hommage de ma profonde vénération et de mon inaltérable dévouement,

de Votre M. I. et R.
Sire,
Le très humble et très dévoué
serviteur et cousin
Charles Frédéric

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 7, nr. 226, Copie.)

*) s. Kap. IV. Anm. 97.

II. *)

Bade, le 3 octobre 1806.

Monsieur le Duc,

Le porteur de la présente mon référendaire intime Charles Joseph Oehl ayant été envoyé en qualité de commissaire général de mon gouvernement pendant la guerre précédente au quartier général de S. M. l'Empereur de France, Roi d'Italie m'a fait l'éloge des bontés et de la confiance même dont V. A. l'a honoré en l'admettant à concerter le traité de Brunn du 12 de décembre de l'année 1805.

Conformément à mon respectueux dévouement pour S. M. I. et R. je l'envois dans cette même qualité derechef dans les circonstances actuelles pour soigner les intérêts réciproques entre l'armée française et mes états.

Je saisis avec empressement cette occasion de prier V. A. de vouloir bien lui continuer les bontés en l'accueillant et l'écoutant favorablement surtout relativement à l'objet de la garantie gracieuse de la succession de mes fils du second lit que j'ai sollicité de S. M. et que l'Empereur a bien voulu agréer d'après les assurances donnés à mon Ministre Baron de Reitzenstein à Paris.

Je le charge en outre d'assurer plus particulièrement V. A. des sentiments les plus distingués pour Sa personne et de la considération la plus parfaite que je Lui ai invariablement voué.

Charles Frédéric.

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 7, nr. 227).

*) s. Kap. IV. Anm. 98.

III. *)

Paris, le 6 janvier 1808.

Mon fils,

Je suis peu content de vous, la princesse votre épouse a été six semaines malade à la mort et non seulement vous n'avez pas été la voir, mais vous l'avez abandonnée à la discrétion de quelques malheureux intriguants, dont on l'a entourée. Je ne me serais pas attendu que la maison de Bade ait eu tant de bassesse, et que vous ayez eu assez peu de coeur pour laisser votre femme sans aucuns soins et manques même de nécessaire. Si j'avais connu votre caractère comme je le connais je me serais bien garder de vous donner pour femme une personne qui m'intéresse. Du reste si vous voulez continuer à vous conduire ainsi, renvoyez-moi ma fille, vous êtes indigne d'Elle. Quant à vous, Dieu vous fasse du bien. Je ne m'en prends pas dans tout ceci au grand-duc que j'aime et respecte, je suis persuadé qu'il ignore tous les mauvais procédés que l'on a fait. Mais votre conduite à vous, Charles, est aussi inconvenable que votre caractère, je vois que le mal qu'on m'avait dit de vous et de certaines

personnes qui font tant du tort dans les états de Bade, était vrai. Comportez-vous cependant de manière que je n'aie pas à intervenir dans ces affaires. J'envoye le Sieur Talleyrand mon Chambellan porter quelques consolations à la malheureuse princesse. Vous lui ferez connaître vos résolutions.

Bade, le 15 septembre 1808.

Napoléon.

(Archiv Herrnsheim; Copie von Karls Hand.)

*) s. Kap. IV. Anm. 218.

IV. *)

Bade, le 15 septembre 1808.

Sire,

La lettre en date du 7 de ce mois dont V. M. m'a honoré m'instruit de Ses intentions à l'egard de mon contingent de sa formation et de son emploi. 2000 hommes sont déjà à la disposition de V. M., j'y joins un régiment de cavalerie de 400 hommes, le reste formant au-delà de 4000 hommes, se trouvera prêt à marcher au premier signal.

Voilà Sire! Le résultat des efforts que je puis faire, pour répondre de nouveau aux sacrifices auxquels les circonstances paraissent appeller les états de la confédération.

Il est impossible du reste que dans la situation des choses de tels efforts puissent être continués longtemps. Un tiers des revenus du pays est absorbé par les pensions et les dettes publiques, qu'en vertu du traité avec V. M. je dois payer; les suspendre porterait la misère et le désespoir dans toutes les familles.

Les impôts ont été augmentés et le mécontentement en est l'effet. Le crédit public est mal; l'instabilité des évènements le détruit. Les impôts sont arriérés, parceque le commerce et la circulation sont empêchés. Nul emprunt peut se faire.

Les nouvelles que répandent nos ennemis produisent une telle impression que je dois supplier V. M. de ne pas vouloir employer les contingents contre l'insurrection en Espagne; le soldat y marchant avec répugnance ne peut inspirer aucune confiance.

Ajoutez, Sire, à ces impressions que des corps de Ses armées, à leur dernier passage ont mal traité toutes les provinces et ont exigé plus que lorsqu'ils marchèrent en ennemis, tandis qu'une augmentation de solde exceptée on refuse tous aux contingents allemands appelés en France.

J'ai cru, Sire, devoir instruire V. M. de tous ces détails, et en conclure que les états de la confédération ne pourront soutenir longtemps cet armement militaire, si V. M. ne les fait participer proportionnellement aux

avantages qui résultent pour le trésor de France d'une guerre qui épuise celui des autres.

Si V. M. voulût croire à cette vérité que je Lui expose avec confiance et respect, j'oserai solliciter d'Elle, de vouloir avancer au grand-duché de Bade un ou deux millions de livres, pour lesquels les intérêts et le nantissement par annuité se régleraient facilement, et qui fourniraient les moyens de tenir le contingent sur le pied de guerre aussi longtemps que cela sera nécessaire.

Agréez, Sire, l'hommage de mon inaltérable et respectueux dévouement,

Sire,
de V. M. J. et R.
Le très dévoué bon frère et cousin
Charles Frédéric.

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 8 nr. 337).

*) s. Kap. V. II. Anm. 5.

V. *)

Carlsruhe, le 19 octobre 1808.

Sire,

Conformément à l'important avis que V. M. I. et R. a bien voulu me donner par Sa gracieuse lettre d'Erfort du 12 de ce mois, avec la communication des protestations réitérées et très précises des dispositions pacifiques de l'empereur d'Autriche dont il résultait que la tranquillité des états de la confédération n'était plus menacée en aucune manière et que je pouvais lever le rassemblement de mes troupes et les faire rentrer dans leurs quartiers accoutumés, j'ai pris de suite les mesures nécessaires à cet égard. J'aurai également soin d'instruire mon chargé d'affaires près la cour de Vienne, d'y tenir un langage analogue à ce que V. M. juge convenable dans cette circonstance. Les soins que V. M. vient d'employer dereché avec un si parfait succès pour le maintien de la tranquillité de l'Allemagne Lui assurent la plus profonde gratitude de tous les états qui participent à cet inappréciable bienfait. Veuillez, Sire, en agréer particulièrement l'hommage de ma part et me permettre d'y ajouter celui de ma plus respectueuse reconnaissance du gracieux accueil que V. M. a daignée accorder à mon petit-fils et à son épouse chérie pendant qu'ils ont eu le bonheur de Lui faire leur cour à Erfort. Je suis avec les sentiments de la plus haute vénération,

Sire,
de V. M. I. et R.
Le très dévoué bon frère et cousin
Charles Frédéric

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 8, nr. 353; das dazugehörige Konzept in H. u. St. Fasz. 835.) III. Kriegssache, Arch. Karlsruhe,

*) s. Kap. V. II. Anm. 7.

VI. *)

Carlsruhe, le 8 septembre 1812.

Sire,

Le ministre de V. M. I. et R. près de moi m'a demandé au nom de V. M. outre mon contingent un bataillon d'infanterie, 500 chevaux de cavalerie et 6 pièces d'artillerie qui seraient destinés à se porter sur les côtes de la mer Baltique d'après les intentions que V. M. m'a fait connaître au mois d'avril de cette année. J'ai fait une levée extraordinaire de 2000 hommes pour en former des dépots pour les régiments qui sont en campagne et pour avoir des troupes exercées dans le grand-duché au cas de réclamation de mes voisins et pour maintenir la police. Cette mesure me met à même d'entretenir toujours au grand complet mes troupes faisant partie de l'Armée du Nord. V. M. ne doutera pas du zèle que je mettrai dans toutes les occasions où il me sera possible de contribuer à servir même avec des sacrifices la cause de V. M. et pouvoir Lui prouver dans toutes les circonstances le respectueux attachement pour Sa personne qui guidera constamment mes démarches.

Dans la confiance en Votre justice, Sire, je me permets de faire observer à V. M. l'embarras extrême dans lequel je me trouve de remplir Sa demande, toutes mes dispositions étant dirigées vers le complétement de mon contingent. Le résultat d'un nouveau départ des troupes serait sous tous les rapports l'épuisement des moyens d'entretien du contingent. Je supplie donc V. M. de vouloir bien prendre en considération les motifs que je viens de Lui soumettre et d'agréer l'hommage de mon inaltérable et respectueux dévouement,

Sire,
de V. M. I. et R.
Le très dévoué fils
Charles

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 12, nr. 285, Copie).

*) s. Kap. VI. II. Anm. 16.

VII. *)

Carlsruhe, le 10 février 1813.

Sire,

Les communications importantes que V. M. I. et R. me fait par la lettre dont Elle m'a honoré an date du 18 janvier sont pour moi une nouvelle preuve de l'intérêt inappréciable qu'Elle daigne prendre à la consolidation

du système politique de l'Allemagne et à la prospérité des gouvernements dont l'existence en est inséparable. Les détails dans lesquels il a plû à V. M. d'y entrer tant pour le passé que pour l'avenir, m'ont fait naître des sensations que j'aurais de la peine à démêler. Si d'un côté l'imagination la plus hardie est presqu'obligée de s'arrêter en voulant suivre la marche victorieuse de V. M. depuis la Vistule jusqu'à la capitale de l'empire russe; si l'héroisme qui se montre au-dessus de la fortune et de toutes les adversités physiques, offre un aspect peut-être plus majestueux encore et excite l'admiration au plus haut dégré, de l'autre côte le développement immense de forces de Votre empire est un phénomène tout aussi étonnant. Le tableau que V. M. en a tracé, combien n'est-il pas fait pour remplir de confiance Vos alliés et d'épouvanter les ennemis déclarés ou cachés de Votre gloire?

Quant à moi, Sire, appelé en même temps par les liens les plus doux et les plus sacrés, à m'attacher aux hautes destinées de V. M. et de la dynastie qu'Elle a fondée, je suis pénétré de la nécessité de faire de mon côté tous les efforts que les circonstances exigent et je supplie V. M. d'être assuré que je ne cesserai pas un moment de me diriger d'après ce principe.

Je n'ai pas manqué et je ne manquerais pas dans la suite de me conformer aux avis paternels que V. M. daigne me donner pour me garantir des projets des agitateurs dont le mot de ralliement sera éternellement la déstruction des gouvernements existants. Les armes avec qu'ils attaquent l'autorité légitime sont connues, et je suis en mésure contre toute atteinte. Les journaux sont soumis à une censure immédiate et préalables à l'impression. Les ministres de tous les cultes ont en général donné jusqu'ici des preuves d'un bon esprit. Néanmoins je viens de faire ordonner aux départements ecclésiastiques de faire recommander à tous les curés de s'appliquer particulièrement dans leur prédication à l'entretenir dans leurs paroissiens les sentiments de fidélité et d'obéissance que la religion leur prescrit envers l'autorité établie, et j'ai tout lieu de croire que cette mesure qui n'a rien d'alarmant suffira pour contenir les prêtres dans les bornes de leur devoir. Enfin quant aux différentes branches d'instruction publique, les lycées, gymnases et universités par la nature même, de leur régime sont soumis à une telle surveillance qu'il suffira également de recommander aux instituteurs et aux professeurs de rédoubler le vigilance pour le maintien d'une exacte discipline et d'une sévère police.

Pour ce qui regarde la réorganisation de mon contingent dèsque les premiers rapports de sa presqu'entière dissolution me furent parvenus je fis ordonner la levée d'une conscription extraordinaire pour le porter dans le plus court délai à son ancien état, et je ferai partir au plus tard les premiers jours d'avril un régiment de cavalerie, quatre pièces d'artillerie, le troisième régiment de ligne et un bataillon de renfort pour compléter le premier régiment déjà en garnison à Glogau.

Permettez, Sire, que j'exprime à V. M. ma profonde reconnaissance sur l'auguste garantie qu'Elle donne à Ses alliés. C'est sur Elle que je me repose avec une entière sécurité pour tout ce qui regarde les intérêts de ma maison et de mon pays.

Agréez, Sire, l'hommage de mon inaltérable et respectueux dévouement, Sire, de V. M. I. et R.

Le très dévoué fils
Charles

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 13, nr. 28).
*) s. Kap. VI. II. Anm. 22.

VIII. *)

Carlsruhe, le 6 mars 1813.

Sire,

Je viens de recevoir la lettre du 2 de ce mois que V. M. I. et R. m'a fait l'honneur de m'adresser par Son officier d'ordonnance Mr. le Comte de la Place. La réorganisation de mes troupes ayant été accompagnée de beaucoup de difficultés occasionné par le court délai mis à leur perfectionnement, je n'ai cependant rien eu de plus empressé que de les faire actives le mieux possible afin de pouvoir en accélérer l'emploi utile. En conséquence je ferai partir pour Wurzbourg le 25 de ce mois un régiment de cavalerie et deux bataillons d'infanterie de ligne avec quatre pièces d'artillerie, qui sont suivi le 31 d'un troisième bataillon d'infanterie d'après l'état que je prends la liberté de joindre ici de la totalité de mes troupes disponibles dans ce moment. N'ayant rien de plus à coeur qu'aller en toutes choses au devant des désirs de V. M. je La supplie de vouloir mesurer en conséquence mon zèle et mon dévouement pour Son auguste personne et pour la bonne chose qu'Elle daigne protéger.

Agréez, Sire, l'hommage de mon inaltérable et respectueux dévouement, Sire, de V. M. I. et R.

Le très dévoué fils
Charles

(Paris, A. d. a. é. Corr. Bade 13, nr. 58, eigenhändig).
*) s. Kap. VI. II. Anm. 28.

Exkurs I.

Dalbergs Reichstraditionalismus [1]).

Dalbergs Reichstraditionalismus wird besonders aus zwei Denkschriften (die eine vom Sept. 1804 [2]), die andere vom August 1806) [3]), sowie aus seinem Wunsche deutlich, das deutsche Kaisertum Napelons übertragen zu sehen. Er gehörte zu jener Partei im Reiche, die an den überkommenen Ueberlieferungen festhielt und von Mediatisierung und Säkularisierung nicht allzuviel wissen wollte [4]); ausschlaggebend für ihn war dabei der Gedanke an die Macht des Kaiserhauses und die Einheit des Reichsverbandes, die ihm mit Recht durch die Neuordnung des Jahres 1803 gefährdet schienen.

In der ersten Denkschrift setzt sich Dalberg mit dem Lüneviller Frieden und dem Reichsdeputationshauptschluß auseinander. Er stellt bedauernd die „incertitude critique" fest, die beide Verträge hinsichtlich der Reichsverfassung zurückgelassen haben und tadelt die Vergrößerung der Territorien; man hat mit dieser Stärkung der größeren Reichsstände die Reichsverfassung geschwächt, denn die Territorialherren, ohnehin daran gewöhnt, den bestehenden Ordnungen nur dann Folge zu leisten, wenn es für sie Vorteil verspricht, werden künftig die an sich schon schwache Exekutivgewalt des Kaisers umso mehr verachten. Er vermißt den „respect sacré", den seiner Ansicht nach die Fürsten dem Reich schuldig sind und den Schutz, den sie ihm gegen jeden Angriff leisten müßten. Statt dessen aber gefällt

---

[1]) Ueber das Fortwirken der Reichsidee in Deutschland in der Zeit des untergehenden Römischen Reiches Teutscher Nation vgl. die Abhandlung von A. Berney a. a. O.

[2]) Obser, PK. VI. Nr. 240. „De l'influence de la Russie sur l'Empire Germanique", Sept. 1804.

[3]) Ebd. Nr. 409. „L'Allemagne vu de l'observatoire des Tuileries en août 1806". Obser läßt die Frage offen, ob diese Denkschrift vom Kurerzkanzler Dalberg oder von dem badischen Gesandten Dalbergs stammt. Zu beweisen ist die Urheberschaft des badischen Gesandten nicht, aber verschiedene an und für sich unbedeutende Beobachtungen und Vergleiche sprechen doch sehr für den badischen Gesandten. Z. B. ist auffällig, daß die Namen der Bayern und Hessen (s. Kap. IV. Anm. 31) benutzt werden, um besonders „partikularistische" Interessen zu betonen; das geschieht auch in anderen Arbeiten Dalbergs; ferner steht in dieser Denkschrift ein Zitat des Marschall Villars, den Dalberg auch sonst noch öfters zitiert (in: „De l'Influence de la Russie sur l'Empire Germanique", und in einer Denkschrift von Anfang Februar 1807. „Idées concernant le partage future des conquêtes faites par la France en Allemagne" Abschrift Herrnsheim), und schließlich noch der Vergleich mit Polen, dessen Schicksal Dalberg wiederholt dem Reich voraussagt, wenn es sich nicht zu einer festen Verfassung entschließt. Diese Vergleiche sind zwar keineswegs Beweise, es können auch zufällige Uebereinstimmungen sein, aber bis zum Beweis des Gegenteils können wir wohl annehmen, daß der badische Gesandte der Verfasser ist.

[4]) Ueber Dalbergs Stellung zur Mediatisierung vgl. auch Exkurs III.

es einigen „unvorsichtigen Fürsten und ihren verschiedenen treulosen Ratgebern, in erster Linie Bayern, Hand an die Wurzeln des Reiches zu legen und seine Grundlagen zu zerstören". Das Fortleben des Reiches erscheint ihm wichtiger als das Wachsen der Einzelstaaten. Freilich muß er zugeben, daß Oesterreich allen Einfluß im Reich verloren hat, daß die Zeiten Maria Theresias, wo Habsburg sich in geschickter Weise der Zuneigung des Reiches versicherte, vorüber sind. Um die drohende Anarchie im Reiche zu verhindern, denkt er an die Anlehnung eines deutschen Fürstenbundes an Rußland, das (wie im Teschener Frieden) die Garantie für eine Reichsverfassung übernehmen und alle Gesetze und Maßnahmen, die auf Ruhe und Ordnung abheben, und sonst Sache Oesterreichs sein würden, fördern soll. Dalberg hört nicht auf, den Gang der Entwicklung zu bedauern. Noch in seiner Denkschrift vom August 1806, nach dem Abschluß des Rheinbundes, mißbilligt er „die schlechte Gesinnung" [5]) der Fürsten, die die deutsche Nation in eine solche verhängnisvolle Epoche ihrer Geschichte getrieben hat. Ueberdies trauert er über die Unfähigkeit des Habsburger Hauses, seine Rechte zu verteidigen, die unter eine fähigen Hand „eine unerschöpfliche Quelle von Ruhm, Macht und Ehre" [6]) sein könnten.

Umso auffälliger erscheint es auf den ersten Blick, wenn Dalberg sich gleichzeitig für ein deutsches Kaisertum Napoleons einsetzt. Dieser Gedanke, der erstmals im Mai 1805 unter dem unmittelbaren Eindruck der Krönungsfeierlichkeiten in Mailand begegnet [7]), bedient sich anfangs einer ganz romantischen, völlig unpolitischen und von Dalberg selbst als poetisch [8]) gekennzeichneten Form. Zunächst wird die Wiederherstellung des mittelalterlichen Weltkaisertums durch Napoleon um des Weltkaisertums selbst willen angestrebt [9]). Aber dieser Gedanke wandelt sich mit der Zeit; Napoleon als Träger der deutschen Kaiserkrone soll, ähnlich wie zwei Jahre früher Rußland, Mittel zum Zweck sein, um dem zerfallenden Reich einen Zusammenhalt zu sichern. Angesichts der Unsicherheit des deutschen Schicksals erscheint ihm eine Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an Napoleon zumindest nützlich, um im Reich wieder einen Zustand von Ruhe und Ordnung aufzurichten [10]); dem preußischen Gesandten Lucchesini, der Dalberg vorhält, daß die deutschen Fürsten unrecht handeln, sich Frankreich in die Arme zu werfen, antwortet er, unter Napoleon als Oberhaupt würde vielleicht eines Tages wenigstens der deutsche Name erhal-

[5]) „le mauvais esprit".
[6]) „une source inépuisable de gloire de puissance et d'honneur".
[7]) Obser, PK. V. Nr. 277, Mailand, 19. V. 1805, Dalberg an Edelsheim.
[8]) ebd.
[9]) „... si cet Empire (Allemagne) saurait avoir un esprit public, s'élèver à une grande et vaste conception, je lui conseillerais de trouver son Empereur avec la France et l'Italie dans la personne de Bonaparte et de rétablir ainsi l'Empire d'occident, donnant la loi au reste de l'Europe et peut-être du monde connu". Ebd.
[10]) ebd. V. Nr. 556, Paris, 18. III. 1806, Dalberg an Edelsheim.

ten bleiben; für den Untergang des Reiches seien allein die Höfe von Wien und Berlin verantwortlich [11]). In der Denkschrift vom August 1806 [12]) hat Dalberg seine Gedanken über die Form einer Herrschaft Napoleons über Deutschland am deutlichsten formuliert. Ein einheitlicher Verband ist nötig, denn nur ein solcher kann den Einzelstaaten Schutz bieten. Aber nicht nur durch ein loses föderatives Band sollen die Reichsstände untereinander verbunden sein, sondern eine Verfassung soll die Pflichten und Rechte aller regeln. Ein Ansatz dazu ist im Rheinbund gegeben, aber er umfaßt zunächst nur einen Teil der deutschen Staaten. Wenn erst die norddeutschen Territorien auch darin vereinigt sind, so soll einer der Fürsten die Initiative zu einer engen Bindung der Bundesmitglieder ergreifen. Dalberg stellt zu diesem Zweck vier Grundsätze auf [13]), die er als Vorbedingung betrachtet. Der Kaiser der Franzosen ist das erbliche Oberhaupt der deutschen Staaten, die sich in ordentlichen und außerordentlichen Reichstagen präsentieren, und nimmt als solcher den Titel: Kaiser des Abendlandes an. Der Kaiser der Franzosen ist der oberste Richter der Staaten, in Einzelfällen auch der der Untertanen. Der Kaiser der Franzosen ist der oberste Feldherr der vereinigten Kontingente und organisiert als solcher den Generalstab und das Ganze der einzelnen Armeen. Der vierte Grundsatz sieht die Beibehaltung der Lehnsverfassung vor; als oberster Lehnsherr wird der Kaiser der Franzosen Lehen und Titel für dem Reich geleistete Dienste vergeben.

Dalberg überträgt mit diesen Prinzipien die Rechte des römischen Kaisers auf Napoleon; ein abendländisches Kaiserreich französischer Nation ist für ihn somit eine direkte Fortsetzung des Heiligen Römischen Reiches Teutscher Nation; er betrachtet diese Lösung als den einzig noch möglichen Ausweg für die Rettung des Reiches, wenn es nicht, ähnlich wie Polen von großen Mächten umklammert, eines Tages das polnische Schicksal, unter die Großen aufgeteilt zu werden, erleiden will. Dem neuen Bund kann nach Dalbergs Ansicht nur durch den Anschluß an Frankreich „eine nationale Existenz" garantiert werden; wenn die Fürsten diese Notwendigkeit nicht freiwillig und aus Vernunftsgründen einsehen, muß man sie nötigenfalls mit Gewalt dazu zwingen.

Es ist keine Bewunderung für das Genie Napoleons, die Dalberg zu solchen Gedankengängen trieb [14]), sondern der Wunsch, die alte Reichs-

[11]) ebd. Nr. 586, Paris, 30. IV. 1806, ders. an dens.
[12]) Vgl. Anm. 3.
[13]) Obser, PK. VI. Nr. 409. S. 367 f.
[14]) Er bezeichnet gelegentlich einmal die Aussicht auf ein abendländisches Kaiserreich unter Napoleons Führung als „perspective effrayante". Obser, PK. V. Nr. 622, Paris, 19. VI. 1806, Dalberg an Edelsheim. Diese Aeußerung ist zu erklären aus der Abneigung Dalbergs, die er vor Napoleons Willkür und Despotismus empfand und widerspricht nicht seinen Wünschen nach einem einigen mächtigen Reich.

verfassung zu erhalten. Er verkannte damit aber ebensosehr den alle nationalen Wünsche und Grenzen sprengenden Willen Napoleons als auch den Selbständigkeitsdrang der deutschen Fürsten, die soeben vom Joch der Habsburger befreit, keine Lust bezeigt haben würden, in den Lehensverband zurückzukehren und somit auf ihre eben gewonnene „Souveränität" zu verzichten. Für die Tatsache aber, daß die Idee des Reiches seine Existenz überdauerte, ist Dalberg ein lebendiger Zeuge.

Exkurs II.

Dalbergs Urteil über Napoleon.

Dalbergs Kritik an Napoleon setzt schon bald nach Antritt seiner Gesandtschaft in Paris ein. Wohl kann er sich der Bewunderung für Napoleons Genialität nicht entziehen, aber auch diese ist weit mehr verstandesmäßig als gefühlsmäßig bedingt. Im Grunde ist ihm diese alle herkömmlichen Schranken durchbrechende Naturkraft immer fremd geblieben. Er erkannte in Napoleon nicht die einzigartige Verbindung von Staatsmann und Feldherr, er bejahte nicht die dämonische Gewalt, von der dieser Mensch getrieben wurde, sondern führte dessen Handeln auf einen unersättlichen persönlichen Ehrgeiz zurück. Verwundert schreibt er an Edelsheim, daß Napoleons Verwaltungstätigkeit von Tag zu Tag mehr Erfolg zeigte, trotz des Charakters von Gewalt und Despotismus, den sie trage [1]). Es erscheint ihm ebenso unvernünftig wie unmoralisch, daß Napoleon seinen Willen mit dem Willen aller gleichsetzt. Aus späteren Aeußerungen erkennen wir den Niederschlag von Gesprächen mit Talleyrand, dessen etatistische Politik Dalberg viel verwandter war als die imperiale Napoleons. Wiederholt stellt er den Friedenswillen Talleyrands den kriegerischen Absichten des Kaisers gegenüber. So schreibt er zum Kriegsausbruch von 1806 in seinem Tagebuch: „Herr von Talleyrand setzt seine ganze Kraft ein, um den Kaiser zurückzuhalten, und wie mir scheint, verbinden sich die anderen Minister mit Talleyrand. Aber ich bin überzeugt, daß diese Opposition erfolglos sein wird. Der Kaiser sieht in dieser Gelegenheit den Glanz zu neuen Siegen" [2]). Als der Krieg dann ausgebrochen, Preußen besiegt war, und Napoleon im Winter seine Armeen nach Polen geführt hatte, wurde der Wunsch nach Frieden auch in der Umgebung des Kaisers laut. Aber Talleyrand sprach Dalberg gegenüber seine Bedenken aus, einen Friedensschluß herbeizuführen, denn auf allen Seiten seien die Leidenschaften zu sehr erregt. Dalberg antwortete ihm, daß das einzige Hin-

[1]) Obser, PK. IV. Nr. 525, Paris, 19. VII. 1803, Dalberg an Edelsheim.
[2]) „Mr. de Talleyrand emploie tous ses efforts à arrêter l'Empereur et les autres ministres me paraissent également se réunir à lui. Mais je suis persuadé que cette opposition sera sans effet. L'Empereur voit dans cette circonstance l'éclat de nouvelles victoires". Arch. Herrnsheim. Tagebucheintragung vom 19. IX. 1806.

dernis der Kaiser selber sei und fügte hinzu: „er ist toll, Euer Kaiser". Nachdenklich erwiderte Talleyrand: „Sie glauben es, ich denke wie Sie, aber bis zu dem Zeitpunkt, wo Europa das aussprechen wird, wird noch viel Zeit vergehen, und wir müssen durch sie hindurch" [3]). Es ist nicht Zufall, daß Dalberg solche Aeußerungen in sein Tagebuch einträgt, sondern sie entsprechen seiner eigenen Ueberzeugung. Aus derselben Einstellung heraus notiert er auch Bemerkungen aus des Kaisers Umgebung über den Frieden von Tilsit. Talleyrand hatte den Tilsiter Vertrag einen „Frieden, der zu nichts Vernünftigem führt", genannt [4]), und La Besnardière, der Chef des Auswärtigen Amtes, hatte sich noch schärfer geäußert. Er warf Napoleon politische Kurzsichtigkeit vor, da der Kaiser nach der Niederwerfung Oesterreichs nun auch Preußen zu Boden geworfen habe und somit einer russischen Invasion jedes Hindernis aus dem Wege geräumt und die wichtigste Barriere gegen die östlichen Barbaren zerstört habe [5]). Diese Einwände, vom Standpunkt ausgewogener kontinentaler Machtverhältnisse betrachtet, bestanden durchaus zu Recht. Sie sind symptomatisch für die Vertreter des Ancien Régime, die sich notgedrungen der Politik Napoleons versagen mußten, des Mannes, dessen Einmaligkeit weniger in der politischen Geschichte Europas als in der Geistesgeschichte der Menschheit fortlebt. Diese Einmaligkeit aber schon zu Lebzeiten zu begreifen, konnte von Menschen, die nur Zeugen seiner politischen Gewalttaten waren, nicht erwartet werden.

Exkurs III.

Dalbergs Denkschrift:

„Idées concernant le partage future des conquètes faites par la France en Allemagne" vom Februar 1807 [1]).

Diese Denkschrift Dalbergs geht auf eine Aufforderung Talleyrands vom Januar 1807 [2]) zurück, der sie zweifellos Napoleon als eine mögliche

[3]) „Je lui fis l'observation que le seul obstacle à la paix était l'Empereur, j'osai lui dire, il est fou votre Empereur. Mr. d. Talleyrand me regarda et dit, vous le croyez, je le pense comme vous, mais jusqu'à l'époque où l'Europe le prononcera il se passera pas mal de temps et il faut le traverser". ebd. Eintragung vom 1. I. 1807; vgl. auch Kap. IV. Anm. 42.

[4]) „cette paix ne mène à rien de raisonnable"; ebd. „Gurre aveo la Prusse 1806/07, Mémoire.

[5]) „Il me dit qu'il la regardait comme la stipulation la plus funeste que l'Empereur avait pu signer. Qu'après avoir détruit l'Autriche il faisait la même chose pour la Prusse, qu'aucun obstacle s'opposait maintenant à l'invasion prochaine de la Russie et que nos enfants auraient un jour à pleurer du manque de prévoyance de l'Empereur qui détruisait ainsi l'importante barrière qui avait existé contre les barbares". Herrnsheim.

[1]) s. Kap. IV. Anm. 113, 1.

[2]) s. S. 98 f.

Lösung der deutschen Angelegenheiten, falls dieser darauf zu sprechen kommen sollte, vorlegen wollte. Die Denkschrift ist dementsprechend in der Einleitung an die Adresse des großmächtigen Protektors gerichtet und geht von Voraussetzungen aus, von denen man annehmen kann, daß Talleyrand sie Dalberg als Bedingungen sine qua non französischerseits vorgestellt hat. Der erste Teil der Denkschrift bringt demzufolge eine Aufstellung dieser Voraussetzungen, während der zweite den Plan, wie Dalberg sich die Verteilung der eroberten Ländermassen dachte, darstellt. Der Inhalt der Denkschrift ist in der Hauptsache folgender:

Die fünf Voraussetzungen des ersten Teils, ohne die es keine Neuordnung gibt, sind:

A. I. Eine Entscheidung über das Schicksal Hannovers und Braunschweigs wird zunächst zurückgestellt, um einen Frieden mit England zu erleichtern.

II. Der Kurfürst von Hessen wird nicht in den Rheinbund aufgenommen, und der Fürst von Fulda-Oranien kehrt nicht in sein Land zurück.

III. Ein großer Teil der diesen beiden Fürsten genommenen Länder zusammen mit Ländern des Königs von Preußen werden ein Königreich Westfalen bilden.

IV. Einige kleinere Fürsten müssen zugunsten von mächtigeren Nachbarn mediatisiert werden.

V. Napoleon wird sich, wie in Italien, einige Gebiete zum Zwecke besonderer Belohnungen reservieren, sei es für Männer besonderen Verdienstes, sei es für den einen oder anderen Rheinbundfürsten, mit dem er in verwandtschaftlichen Beziehungen steht. (Es ist wahrscheinlich, daß der letzte Teil des vorhergehenden Satzes von Dalberg im Hinblick auf das Haus Baden selbständig hinzugefügt ist.) — Dalberg fragt dann im zweiten Teil:

B. a) nach dem Umfang und Inhalt der zur Verteilung kommenden Ländermasse. Da handelt es sich:

1. um die Gebiete, die Preußen verloren hat und um solche, die auf Preußens Seite gestanden haben, und die dem Rheinbund nicht angehören werden.

2. um die Länder, die ihre Existenz gewahrt haben und Mitglieder des Rheinbundes werden wollen.

3. schließlich um alle die Gebiete, die für eine Verteilung zugunsten der Alliierten und Verwandten Napoleons in Frage kommen. Charakteristisch ist die konservative Einstellung Dalbergs zu einer Vergrößerung der unter die Gruppe a 2) fallenden Länder. Er spricht sich hier eindeutig gegen jede weitere Mediatisierung aus: „Nous observons qu'il n'est aucunement en opposition avec l'intérêt de la France et qu'il est plus que conforme à la justice de laisser subsister isolément la plus grande

partie des princes et états que des considérations majeures n'anéantissent. Les maisons de Mecklenburg, de Brunswick, de Waldeck et de Lippe quel intérêt existe-t-il de les médiatiser . . .".

Ferner fragt Dalberg

b) nach welchen allgemeinen und

c) nach welchen besonderen Prinzipien eine Verteilung der zur Verfügung stehenden Gesamtziffer von 2 409 532 Einwohnern erfolgen soll:

b) 1. Es sollen nur die alten Alliierten Napoleons das Recht auf Länderzuwachs haben. (Diese Voraussetzung ist besonders gegen Sachsen gerichtet).

2. Abtretungen und Tausch sollen untereinander möglich sein, um eine sinngemäße Abrundung zu ermöglichen. Wer sich weigert, seine Interessen mit den Interessen aller ohne stichhaltige Gründe in Einklang zu bringen, soll gar nichts bekommen. (Dalberg weist dabei auf Württemberg hin). Bei den besonderen Prinzipien ist u. a. zu berücksichtigen:

c) 1. die Erhaltung der drei Hansestädte als die Bankiers von ganz Deutschland,

2. Westfalen soll etwa 1,5 Millionen Einwohner erhalten. Für die Mitglieder der Königsbank wäre eine Vergrößerung von 80—130 000 Einwohnern angemessen, weniger für den Fürsten Primas und für die Mitglieder der Fürstenbank etwa 15—25 000 Einwohner. Auf diese Art und Weise würden noch etwa 50—60 000 Einwohner übrig bleiben „qui peuvent satisfaire à des intentions particulières où des actes de générosité nécessaires". Da ist für eine Sonderbevorzugung an erster Stelle das Haus Baden zu nennen, „parce qu'elle a porté et au milieu des crises les plus difficiles une fidélité à toute épreuve à la France, qu'elle n'a jamais varié dans ses affections, sa confiance et son dévouement à la personne de l'empereur et qu'il doit au nom de sa fille et au titre de son beaufils une protection qui soit digne de celui qui donne et de ceux qui recoivent". (Ferner setzt sich Dalberg bezeichnenderweise noch dafür ein, daß Nassau-Oranien und Thurn und Taxis aus diesem „Fond" eine Entschädigung erhalten). Im übrigen soll die Verteilung folgendermaßen erfolgen:

Baden erhält	129 000	Einwohner
Bayern erhält	169 000	„
Württemberg erhält	116 000	„
Hessen-Darmstadt erhält	105 000	„
Fürst-Primas erhält	60 000	„
Nassau	30 000	„
Berg	84 000	„

Anhang.

Quellen- und Literatur-Verzeichnis.

I. Ungedruckte Quellen.

Paris: Archives des Affaires Etrangères [1]).
Archives Nationaux.
Karlsruhe: Haus- und Staatsarchiv [2]).
Herrnsheim: Freiherr von Heyl'sches Archiv [3]).

Abkürzungen: [1]) Paris, A.d.a.é.
[2]) Karlsruhe, H. u. St. Arch.
[3]) Archiv Herrnsheim.

2. Gedruckte Quellen.

Akten des Wiener Kongresses 1814/15. Erlangen 1819 Bd. VIII., hrsg. v. J. L. Klüber.

Briefwechsel der Königin Katharina und des Königs Jérome von Westfalen sowie des Kaisers Napoleon I. mit dem König Friedrich von Württemberg. Herausgegeben von Dr. August v. Schloßberger, Stuttgart 3. Bd. 1886/87.

La Campagne de 1805 en Allemagne: p. P. C. Alombert et J. Colin, T. I, II, III_1, III_2, Paris 1902 ff.

Correspondence de Napoléon Ier. Publ. par Ordre de l'Empereur Napoleon III, 32 vols. Paris 1858—1870, t. 1805—1813.

Correspondence inédite de Napoléon Ier. Conservée aux Archives de la Guerre, publiée par Ernest Picard et Louis Tuetey, 5 vols. 1912—1925 t. I, Paris 1912.

Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Freiherrn C. R. v. Schäffer, hrsg. von Georg Muhl, Pforzheim 1840.

Denkwürdigkeiten des Generals der Infanterie Markgrafen Wilhelm von Baden. Mit Noten und Beilagen herausgegeben von Freih. Philipp Röder von Diersburg. Karlsruhe 1864.

Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm von Baden, Bd. I, 1792—1818. Herausgegeben von der Bad. Histor. Kommission; bearbeitet von Karl Obser, Heidelberg 1906.

Grolmann, L. v.: Tagebuch über den Feldzug des Erbgroßherzogs Karl von Baden 1806/07. Bearb. u. hrsg. von F. v. d. Wengen, Freiburg 1887.

„ Tagebuch eines deutschen Offiziers über seinen Feldzug in Spanien 1808. Hrsg. v. P. J. Rehfues, Nürnberg 1814.

Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden. 1783—1806. Hrsg. von B. Erdmannsdörffer und K. Obser, Bd. II—VI, Heidelberg 1892—1915 (Abkrz. Obser, PK.).

Politische und Militärische Korrespondenz König Friedrichs von Württemberg mit Napoleon. 1805—1810. Hrsg. von A. von Schloßberger, Stuttgart 1889.

Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon. 1800—1809. p. p. Pierre Bertrand, Paris 1889.

Mémoires du Prince Adam Czartoryski et Corréspondence avec l'Empereur Alexander Ier; Préface de M. Ch. de Mazade, 2 ts. Paris 1887.

Recueil des Principaux Traités de la France, p.p.A. et J. de Clercq. t. II Paris s.a .

Recueil des Principaux Traités d'Alliance ... p.p.G.F. de Martens. — t, VIII. 1803—1806. Göttingen 1835.

Supplément au Recueil des Principaux Traités d'Alliance ... p.p. G.F. de Martens. t. I, Göttingen 1817. t. V. ebd. 1824.

Thiard, A. Th. de: Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard chambellan de Napoléon Ier. p.p. L. Lex. Paris 1900.

Badische Truppen in Spanien 1810—1813, nach den Aufzeichnungen eines badischen Offiziers, herausgeg. v. Friedr. v. Weech, Bd. Neujahrsbl. Karlsruhe 1892.

3. Literatur.

Andreas, W.: Geschichte der bad. Verwaltungsorganisation und Verfassung Bd. I, Leipzig 1913.

„ Baden nach dem Wiener Frieden 1809. Neujahrsbl. d. Bad. Hist. Kommission, Heidelberg 1912.

Badischer Militäralmanach, Bd. I 1854; III. 1856; IV. 1857; V. 1858; VI. 1859; VIII. 1861; IX. 1862; X. 1863.

Bapst, E. Ambassadeur de France: A la conquête du Trône de Bade. La comtesse de Hochberg, la grande duchesse Stéphanie, Gaspard Hauser. Paris 1930.

v. Beaulieu-Marconnay: Karl von Dalberg und seine Zeit. Weimar 1879.

Berney, A.: Reichstradition und Nationalstaatsgedanke 1789—1815. Histor. Zeitschr. Heft 140, 1929.

Bitterauf, Th.: Geschichte des Rheinbundes. I. München 1905.

Drais, Freiherr v.: Gemälde über Karl Friedrich dem Markgrafen, Kurfürsten und Großherzog von Baden. 2. Abtlg. Mannheim 1828.

Doeberl, M.: Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I. — Abh. d. Hist. Kl. der Kgl. Bayr. Akademie d. Wiss. Bd. 24, II. Abt., München 1909.

Fournier, Aug.: Napoleon I. Bd. II, 4. Aufl. 1922.

Glaser, Maria: Die badische Politik und die deutsche Frage zur Zeit der Befreiungskriege und des Wiener Kongresses. ZGORh. NF. 41, 1928, S. 268 ff.

Gmeinwiser, Jos.: Die bayrische Politik im Jahre 1805. Phil. Diss. München 1928.

Heigel, K. Th. v.: Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Auflösung des alten Reichs. Bd. II, Stuttgart 1911.

Heunisch, A. J. v.: Das Großherzogtum Baden, mit Beigaben von Dr. Bader, Heidelberg 1857.

Hölzle, E.: Das Napoleonische Staatssystem in Deutschland. HZ. 148, 1933.

Keßler, E.: Beitrag zum Beginn des Krieges von 1805. Weimar 1907.

Kleinschmidt, A.: Karl Friedrich von Baden, Heidelberg 1878.

Krieg von Hochfelden, Wilh.: Geschichtliche Darstellung sämtlicher Begebenheiten und Kriegsvorfälle der Großherzog. Bad. Truppen in Spanien von 1808 bis Ende 1813 in Verbindung der allgemeinen be-

deutenden Ereignisse der Rheinischen Bundesdivision in der franz. Gesamtarmee. Freiburg 1823.

Obser, K.: Frankfurt und Baden 1805/06. — Arch. f. Frankfurter Geschichte und Kunst Bd. 7, 1901.

„ Ein Tagebuch über die Zusammenkunft des Kurfürsten Karl Friedrich von Baden mit Napoleon in Mainz (Sept. 1804). ZGORh. NF. 14. 1899.

„ Die Sendung des Oberhofmeisters Freiherrn Christian von Berkheim nach Paris im Jahre 1807 und seine Unterredung mit Napoleon. ZGORh. NF. 23. 1908.

„ Zur Geschichte der bad. Presse in der Rheinbundzeit ZGORh. NF. 14, S. 111 ff.

Pape, R.: Die Auflösung des alten Reiches. Die Grenzboten IV, 1887.

Pfister, Albert: Aus dem Lager des Rheinbundes 1812 und 1813. Stuttgart und Leipzig 1897.

Pölitz, Karl H. L.: Der Rheinbund historisch und statistisch dargestellt, Leipzig 1811.

Probst, Maria: Die Familienpolitik des bayrischen Herrscherhauses zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Schriftenreihe z. bayer. Landesgeschichte Bd. 15, München 1933.

Refardt, E.: Aus den Papieren des russischen Staatsrates Andreas Merian. Basler Jahrb. 1918.

Ueber den Rheinischen Bund und dessen Folgen von einem Sachsen = Minerva, ein Journal historischen und politischen Inhalts, herausgeg. v. J. v. Archenholz, Jg. 1808. Bd. 1 und 2.

Gedanken über den künftigen Zustand der Rheinischen Bundesländer = ebd. 1808, Bd. 4.

Sauzey: Les Allemands sous les Aigles français. Essays sur les troupes de la confédération du Rhin 1806—1814. T. II, Le Contingent Badois, Paris 1904.

Schnabel, Fr.: Sigismund von Reizenstein, Heidelberg 1927.

Schneider, E.: Württemberg und der Preßburger Friede. Württ. Vierteljahreshefte NF. 15, 1906.

„ Aus der württembergischen Geschichte. Vortr. u. Abh. Stuttgart 1926.

Steiner, Gustav: Rheinbund und „Königreich Helvetien" 1805—1807. Basler Zs. f. Gesch. u. Altertumskunde, Bd. 18. 1919.

Theobald, Herm.: Baden und Frankreich 1805/06. Mannheimer Schulprogramm 1908.

Weech, Friedr. v.: Badische Geschichte, Karlsruhe 1890.

„ Baden unter den Großherzogen Karl Friedrich, Karl, Ludwig 1738 bis 1830. Acht öffentl. Vorträge. Freiburg 1863.

„ Badische Biographien, Teil I und II, Heidelberg 1875.

Wendorf, Hermann: Die Ideenwelt des Fürsten Talleyrand. HVJSch. XXVIII. 1934. S. 335 ff.

Wengen, Fr. v. d.: Der Feldzug der großherzogl. bad. Truppen unter Oberst Freih. Karl von Stockhorn gegen die Vorarlberger und Tiroler 1809. Herausgeg. v. Freih. Otto v. Stockhorn. Heidelberg 1910.

Windelband, Wolfg. Badens Austritt aus dem Rheinbund. ZGORh. NF. 25, 1910, S. 102 ff.

Lebenslauf.

Ich, Anneliese, Julie, Else W a l l e r, evangelischer Konfession, wurde am 27. August 1908 in Bremen als Tochter des Kaufmanns und Restaurateurs Ludwig Waller und seiner Frau Julie, geb. Schelle geboren.

Von Ostern 1915 bis Ostern 1922 besuchte ich in Bremen das Privatlyzeum von Fräulein Anna Bredenkamp. Ostern 1922 trat ich in die U III der Realgymnasialen Studienanstalt an der kleinen Helle ein. Im Februar 1928 legte ich dort die Reifeprüfung ab und bezog im April 1928 die Albert-Ludwig-Universität zu Freiburg i. Br., um mich vornehmlich dem Studium der Geschichte zu widmen. Vom SS. 1928 bis SS. 1929 und vom SS. 1931 bis WS. 1932/33 studierte ich in Freiburg Geschichte, Deutsch und Französisch. Das WS. 1929/30 verbrachte ich an der Universität Berlin, wo ich am Seminar von Prof. Dr. Herm. Oncken teilnahm. Im WS. 1930/31 studierte ich an der Sorbonne in Paris und arbeitete im Seminar von Herrn Prof. Guyot. Die Hauptarbeit meines Aufenthalts in Paris galt archivalischen Forschungen für meine Dissertation. Dank der freundlichen Unterstützung meines Lehrers, Herrn Prof. Gerhard Ritter und der Deutschen Botschaft in Paris konnte ich im Archiv des Auswärtigen Amtes, im Kriegsarchiv, im Nationalarchiv und in der Nationalbibliothek arbeiten. Archivarbeiten im Generallandesarchiv in Karlsruhe und im Freiherrn von Heyl'schen Archiv in Herrnsheim folgten. Im Januar 1933 meldete ich mich zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, die ich im Dezember 1933 in Karlsruhe bestand. In der darauffolgenden Zeit arbeitete ich an der Fertigstellung meiner Dissertation.

Für Anregung und Förderung meiner Arbeit und meines geschichtlichen Studiums bin ich meinem verehrten Lehrer, Herrn Prof. G. Ritter im besonderen, der Freiburger Historischen Schule im allgemeinen zu größtem Dank verpflichtet. Für meine Studien in Deutsch und Französisch waren mir Vorlesungen und Uebungen der Herren Professoren Friedr. Wilhelm, Hanns Heiß und Friedr. Greiner von besonderem Nutzen.